

TRADER-KIDS

In den Fängen
einer Finanzsekte

AHRFLUT

Die Wut der
Überlebenden

ABI 22

So ungerecht
wie nie

Wohlstandskiller Inflation

Was, wenn der Mittelschicht das Geld ausgeht? Der neue Verteilungskampf



Printed in Germany
Tschechien Kč 220,-
Ungarn Ft 3390,-
Spanien € 7,40
Spanien/Kanaren € 7,70
Slowakei € 7,40
Slowenien € 7,20
Portugal (cont) € 7,20
Schweiz sfr 8,90
Norwegen NOK 97,-
Österreich € 6,80
Griechenland € 7,50
Italien € 7,80
Finnland € 9,10
Frankreich € 7,40
BeNeLux € 7,10
Dänemark dkr 67,95

EQE

SIE SENKEN DEN FUß. ER IHREN CO₂-ABDRUCK.

Statussymbol einer neuen Zeit. Der vollelektrische EQE beeindruckt mit bis zu 639 km¹ Reichweite (nach WLTP), kurzen Ladezeiten und null lokalen Emissionen.

Mehr erfahren unter mercedes-benz.de/eqe



JETZT IM ONLINE STORE

mercedes-benz.de/onlinestore

EQE 350 | WLTP: Stromverbrauch kombiniert: 18,8–16,0 kWh/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 0 g/km¹

¹Stromverbrauch und Reichweite wurden auf Grundlage der VO 2017/1151/EU ermittelt und sind abhängig von der Fahrzeugkonfiguration.

HAUSMITTEILUNG

Selenskyj

| Seite 70

Der Weg zu Wolodymyr Selenskyjs Geburtsort Krywyj Rih führte SPIEGEL-Auslandsreporter **Walter Mayr** über das umkämpfte Mykolajiw am Schwarzen Meer in die Industriemetropole in der Zentralukraine. Hier ist der heutige Präsident aufgewachsen. Doch befragt zum berühmten Sohn der Stadt, gaben sich die Bürger von Krywyj Rih überraschend zugeknöpft: Die einen befürchteten Ärger mit Kiew, wenn sie sich kritisch äußern; andere wollten sich nicht fotografieren lassen, aus Angst vor gezielten Racheakten der Russen. Mayr sprach mit Selenskyj-Anhängern und -Kritikern, mit Stahlkochern, Weggefährterinnen und Anwohnern. Sein Fazit: »Vielen in dieser lange prorussisch orientierten Stadt fällt es noch schwer zu begreifen, dass Krywyj Rih zum Symbol für den Überlebenskampf der Ukraine geworden ist.«



Julia Kochetova / DER SPIEGEL



Wilma Leskowitz

Flutnacht

| Seite 44

Am 14. Juli 2021 kam es nach extremen Starkregen zu einer der schwersten Flutkatastrophen in Deutschland, 184 Menschen starben. Doch das Naturdesaster ist auch die Geschichte eines Behördenversagens, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Es hätte nicht so viele Tote gegeben, wenn rechtzeitig gewarnt und evakuiert worden wäre, kritisieren Flutopfer. Ein SPIEGEL-Team hat Überlebende sowie Helfer getroffen und rekonstruiert, wie sie die dramatischen Stunden erlebten. Redakteurin **Annette Großbongardt** besuchte den zerstörten Campingplatz Stahlhütte, wo die ersten Menschen von den Wassermassen mitgerissen wurden. »Viele sind noch immer wütend«, sagt Großbongardt.

Volkswagen

| Seite 60

SPIEGEL-Gespräche mit den Chefs von VW haben Tradition. Ob Ferdinand Piëch, Martin Winterkorn oder Matthias Müller: Keiner der Konzernoberen hatte Berührungängste. Der aktuelle Boss Herbert Diess ließ sich mehr als vier Jahre Zeit, ehe er die Redakteure **Steffen Klusmann** und **Simon Hage** am Montag zum Interview empfing: »Sie standen auf meiner Prioritätenliste nicht weit oben.« In einem Pavillon der Wolfsburger Autostadt, vor einem neuen E-Bulli, stellte er sich den Fragen – zum anstehenden Verbrennerverbot, zu der Übermacht des Elektropioniers Tesla und zum umstrittenen VW-Werk in der chinesischen Unruhregion Xinjiang. Angesprochen auf den Erzrivalen Elon Musk, zückte Diess spontan das Smartphone und blickte in seinen Kalender: Musk habe am Dienstag Geburtstag, er müsse ihm unbedingt gratulieren.



Volker Crone / DER SPIEGEL

Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis

Der Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus geht dieses Jahr an SPIEGEL-Reporter Christoph Reuter. Wie Reuter »Print und Podcasts, Onlinevideos und TV-Dokumentationen, TV-Interviews und Auftritte als Talkshowgast in seiner Arbeit verbindet«, sei in einer multimedial verschmelzenden Kommunikationswelt »wegweisend«, so die Begründung.



»Dein SPIEGEL«

Sechs Wochen Sommerferien kommen Kindern meist zu kurz vor, und trotzdem kann ihnen die Zeit manchmal ganz schön lang werden. Damit keine Langeweile aufkommt, gibt es das neue Sommerheft von »Dein SPIEGEL«: mit Geschichten etwa über den eleganten Wassersport Wingfoil-Surfen, vor allem aber mit 33 Bastel- und Spieletipps. »Dein SPIEGEL« – »Der schönste Sommer« ist ab Dienstag im Handel.

AVERNA & DOLCI:

ENTDECKE DAS PERFEKTE DESSERT.



Seit 1868 begeistert Averna mit einem einzigartigen Rezept aus Sizilien: **besonders milder, bittersüßer Geschmack** durch mediterrane Kräuter, sizilianische Orangen, Zitronen und Granatäpfel. Die Kombination von Averna und süßen Desserts sorgt für einen einzigartigen Genussmoment.

Entdecke die
sanfte Seele Siziliens.

amaroaverna.com/de

AMARO
AVERNA
SICILIANO

Enjoy responsibly



Leonhard Foeger / REUTERS

Angst vor dem Abstieg

TITEL Deutschland steht vor der größten Krise der Nachkriegszeit. Pandemie, Ukrainekrieg und Inflation bedrohen den Wohlstand. Deshalb will die Regierung die Bürger entlasten. Aber die Gefahr ist groß, dass alles noch schlimmer wird. Und es ist umstritten, wer von den Maßnahmen profitieren soll. | 12, 18, 24



Verena Brünig / DER SPIEGEL

Volker Wissing

Der Verkehrsminister über seine Autovorlieben und den Porsche von Christian Lindner | 26



Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL

Anika Decker

Ihre Filme sind Kassenschlager – doch die Drehbuchautorin will mehr. | 102



C.Hardt / Future Image / IMAGO

Eva Menasse

Die Autorin kritisiert die enthemmte Antisemitismus-Diskussion auf der Documenta. | 40

TITEL

12 | Sozialpolitik Wie die Regierung den Preisanstieg abfedern will

18 | Inflation Die Mittelschicht leidet unter der Teuerung – fünf Betroffene berichten

24 | Notenbanken Viele Rezepte gegen die Inflation wirken nicht

DEUTSCHLAND

6 | Leitartikel Unsere Sehnsucht nach Normalität ist verständlich, passt aber nicht in diese Zeit

8 | Rechte Stiftung könnte von SPD-Veto profitieren / Plagiatsvorwürfe gegen Münchner Rechtsmediziner / Mensagerichte bald deutlich teurer? / Die da unten / So gesehen: Schule aus

26 | Verkehrspolitik SPIEGEL-Gespräch mit Minister Volker Wissing über seine Pläne mit der Bahn und die Zukunft des Verbrennungsmotors

29 | Parlament Die jungen Abgeordneten sind viel braver als erwartet

30 | Karrieren Der Däne Claus Ruhe Madsen wird neuer Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, trotz durchwachsender Bilanz

32 | Pandemie Corona-General Carsten Breuer zur Impfkampagne und die Aussichten für den Herbst

34 | Bildung Große Lücken im Corona-Abitur

36 | Justiz Kann man dem rechtsextremen Soldaten Franco A. nachweisen, dass er Anschläge plante?

38 | Gerechtigkeit Der ewige Kampf einer Frau für gleiche Bezahlung

DEBATTE

40 | Antisemitismus Eva Menasse über die fatale Lust der Deutschen an Symbolpolitik

REPORTER

42 | Familienalbum / Sind Kurzarmhemden unmodisch?

43 | Eine Meldung und ihre Geschichte Ein Kind wird geboren – beim Metallica-Konzert

44 | Hochwasser Rekonstruktion der Todesflut vor einem Jahr – wird nie geklärt, wer die Verantwortung trägt?

52 | Kolumne Alles Gutsch

WIRTSCHAFT

54 | Banken wollen Milliarden vom Bund / Berlin droht Müllchaos

56 | Finanzgurus Junge Deutsche haben wenig Scheu vor Börsengeschäften – eine dubiose Anlegersekte nutzt das aus

60 | Mobilität SPIEGEL-Gespräch mit VW-Boss Herbert Diess über seinen Konkurrenten Elon Musk und das Geschäft mit China

63 | Tourismus Das Flughafenchaos wird uns lange begleiten

64 | Serie: Die neue Unabhängigkeit (II) Wie Brüssel Sanktionen gegen Russland orchestriert

AUSLAND

68 | Neues Referendum in Schottland? / Bolsonaros gefährlicher Wahlplan

70 | Ukraine Was ein Besuch in der Geburtsstadt von Selenskyj über den Präsidenten erklärt

74 | Hongkong 25 Jahre nach der Übergabe an China fliehen Dissidenten aus der britischen Ex-Kronkolonie nach London

76 | Nahost In der Stadt Dschenin eskaliert ein neuer Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern

78 | USA Der Extremismus der Republikaner gefährdet die Demokratie

80 | Frankreich Was hat der Monsterprozess gegen Täter des 13. November 2015 gebracht?

SPORT

83 | Die Auslandsstarts der Tour de France / Haben Läufer mit Prothesen Vorteile?

84 | Geschlechter Sollen Transathletinnen in Frauenwettbewerben antreten?

86 | Fußball Das deutsche Nationalteam der Frauen droht den Anschluss zu verlieren

WISSEN

90 | Wie schlimm wird der Zeckensommer? / Uno-Bericht zu Cannabiskonsum

92 | Umwelt Helfen Seegrasswiesen, das Weltklima zu retten?

95 | Pandemie Warum Deutschland mehr Abwassertests braucht

96 | Verhaltensforschung Untreue und Trennungen im Tierreich

98 | Raumfahrt Nasa-Chef Bill Nelson über die Zusammenarbeit mit Russland und die amerikanischen Mondpläne

KULTUR

100 | Der Historienfilm »Corsage« / Die Gruselserie »In with the Devil« / Gucci-Mode für Haustiere

102 | Karrieren Anika Decker, eine der erfolgreichsten Frauen im deutschen Film, legt sich mit den Männern an

106 | Literatur Die besten Bücher für den Sommer

108 | Streaming Matthias Brandt spielt in »King of Stonks« einen Ekel-CEO

112 | Veranstalter Theater und Konzerthallen bleiben leer. Warum?

115 | Musikkritik Jochen Distelmeyers neues Album »Gefühlte Wahrheiten«

SPIEGEL-TV-Programm | **110** Bestseller | **111** Impressum, Leserservice | **116** Nachrufe | **117** Personalien | **118** Briefe | **120** Hohlspiegel / Rückspiegel | **122**



Dominik Asbach / laif

Ein deutsches Desaster

184 Menschen starben bei der verheerenden Flut im Juli 2021. Ein Jahr danach warten Opfer weiter darauf, dass jemand Verantwortung für das Versagen des Katastrophenschutzes übernimmt. | **44**



Illustration: Matthias Schardt / DER SPIEGEL

Finanzcrash im Kinderzimmer

Mit dem Versprechen auf schnellen Reichtum an der Börse locken dubiose Online-Akademien junge Leute an. Für die Jugendlichen und ihre Familien wird der Traum vom Geld bald zur Falle. | **56**



Netflix

Wirecard, eine Komödie

Die Serie »King of Stonks« widmet sich den Enthemmungen der Fintechbranche. Es geht um Reichtum und Gier – eine Persiflage auf den Wirecard-Skandal. | **108**

Jetzt erst recht!?

LEITARTIKEL Abschalten, in den Urlaub fliegen, das Leid der Welt verdrängen. Die Sehnsucht nach Normalität ist groß. Passt aber nicht so recht in die Zeit.



Passagierschlangen im Flughafen Düsseldorf am vergangenen Sonnabend

Stell dir vor, es ist Krieg – und die Deutschen fliegen beschwingt in den Urlaub. Nachdem sie sich am Flughafen in endlose Warteschlangen eingereiht haben. Und nicht wissen, ob ihr Koffer überhaupt ankommen wird.

Klingt nach einem schlechten Film, ist aber Realität. Der alljährliche Sommerreisewahnsinn erreicht in diesem Jahr eine neue Dimension. Mitten in der schwersten Energiekrise seit mindestens einem halben Jahrhundert wollen alle nur noch eins: weg.

Nicht nur beim Check-in, vor der Security und am Gepäckband herrscht vielerorts Chaos. Mietwagen sind ausgebucht, Strandresorts überfüllt, überall fehlt Personal. Und doch sind Millionen Menschen willens, für das Ferienvergnügen viel Geld auszugeben. Das Phänomen ist nahezu global, der Massentourismus wieder en vogue. Es gibt sogar ein Wort für den Trend zum »Jetzt erst recht«-Urlaub: Revenge Travel. Das Rachereisen als ausgestreckter Mittelfinger gegen den aufgestauten Frust und den Stillstand während der Pandemie.

Was für eine Kehrtwende. Hatte es nicht nach dem Ausbruch von Corona geheißen, nun breche eine neue Zeit an? Eine Zeit des bewussten, freiwilligen Verzichts?

Im Frühjahr 2020, als ganze Flugzeugflotten von einem Tag auf den nächsten stillgelegt wurden und Abermillionen Pendler sich ins Homeoffice einquartierten, war schon vom »Ende des Ölzeitalters« die Rede. Damals stürzte der Preis für US-Rohöl einmal sogar weit unter die Null-Dollar-Marke. So überflüssig schien der schwarze Stoff. Kurzzeitig.

Die Welt ist eines Besseren belehrt worden. Selbst die Airlines und Veranstalter wurden von dem abrupten Konsumrausch kalt erwischt. Sonst würde jetzt nicht allerorten ein solches Chaos herrschen.

Die fossilen Brennstoffe sind wieder heiß begehrt – und so teuer wie lange nicht. Nie zuvor hat die Menschheit derart viel Erdgas konsumiert und derart viel Kohle produziert wie zuletzt. Unsere Spezies verheizt an die 16 Milliarden Liter Erdöl. Nicht pro Jahr. Sondern Tag für Tag. Das entspricht dem Tegernsee, randvoll mit Öl, alle drei Wochen. Die viel beschworene neue Normalität ist die alte, energiefressende.

Auf der Strecke bleibt, mal wieder, der Kampf gegen die Klimakrise. Obwohl die Warnzeichen nun wirklich nicht mehr zu übersehen sind. In immer kürzeren Abständen gehen Bilder von Hitzewellen, Überschwemmungen, Waldbränden um die Welt. Egal. Der Krieg hat der Versorgung mit fossilen Brennstoffen wieder oberste Priorität verliehen.

Und warum sollen sich die Leute um Klimaneutralität im Kleinen bemühen, wenn die Regierungen im Großen das Gegenteil vorgeben? Der beim G7-Gipfel gegründete »Klimaklub« klingt gut, ist aber erst mal lediglich ein weiterer Arbeitskreis, in dem Absichtsreden formuliert werden. Das europaweite Aus für den Verbrenner ab 2035 haben die Deutschen am Ende mitgetragen, aber nur gerade so. Wirklich mit Leidenschaft macht sich Bundeskanzler Olaf Scholz derzeit vor allem für Investitionen in neue Erdgasprojekte stark.

Die wohl krudeste aller Botschaften in Sachen Klimaschutz war der Tankrabbat, mit dem die Ampelkoalition den Sprit und damit das Autofahren künstlich verbilligt hat. Obwohl wir eigentlich weniger Benzin und Diesel verbrauchen sollten – und nicht mehr. Im Bestreben, den Wählerinnen und Wählern möglichst wenig zuzumuten, klammert sich die Regierung an die ewig gleichen Entlastungsmaßnahmen.

Nur lassen sich jahrzehntealte Verhaltensmuster so nicht durchbrechen. Wer will, dass die Menschen nachhaltiger konsumieren, muss die richtigen Anreize schaffen – und die Preise dem Markt überlassen. Auch wenn's wehtut. Dass Airlines etwa immer noch massenhaft CO₂-Verschmutzungsrechte gratis zugeteilt bekommen, ist absurd.

Und wenn Flugreisen dadurch teurer werden, dann ist das eben so. Vielleicht kriegen es die Fluglinien und Airportbetreiber, die sich über Jahrzehnte auf ein fatales Preisdumping eingelassen haben, ja sogar wieder hin, ihre Gäste anständig abzufertigen. Weil sie dann die Mittel haben, das nötige Personal vorzuhalten. Was bringt ein Billigticket, wenn man es nicht rechtzeitig bis zum Schalter schafft, weil die Warteschlange zu lang ist?

Natürlich muss die Regierung bei steigenden Preisen darauf achten, dass all jenen geholfen wird, die nicht mehr zurechtkommen mit ihrem verfügbaren Einkommen. Nur sollte sie sich dabei auf diejenigen beschränken, die das Geld auch wirklich brauchen. Beim Tankrabbat ist das nicht gelungen.

Claus Hecking

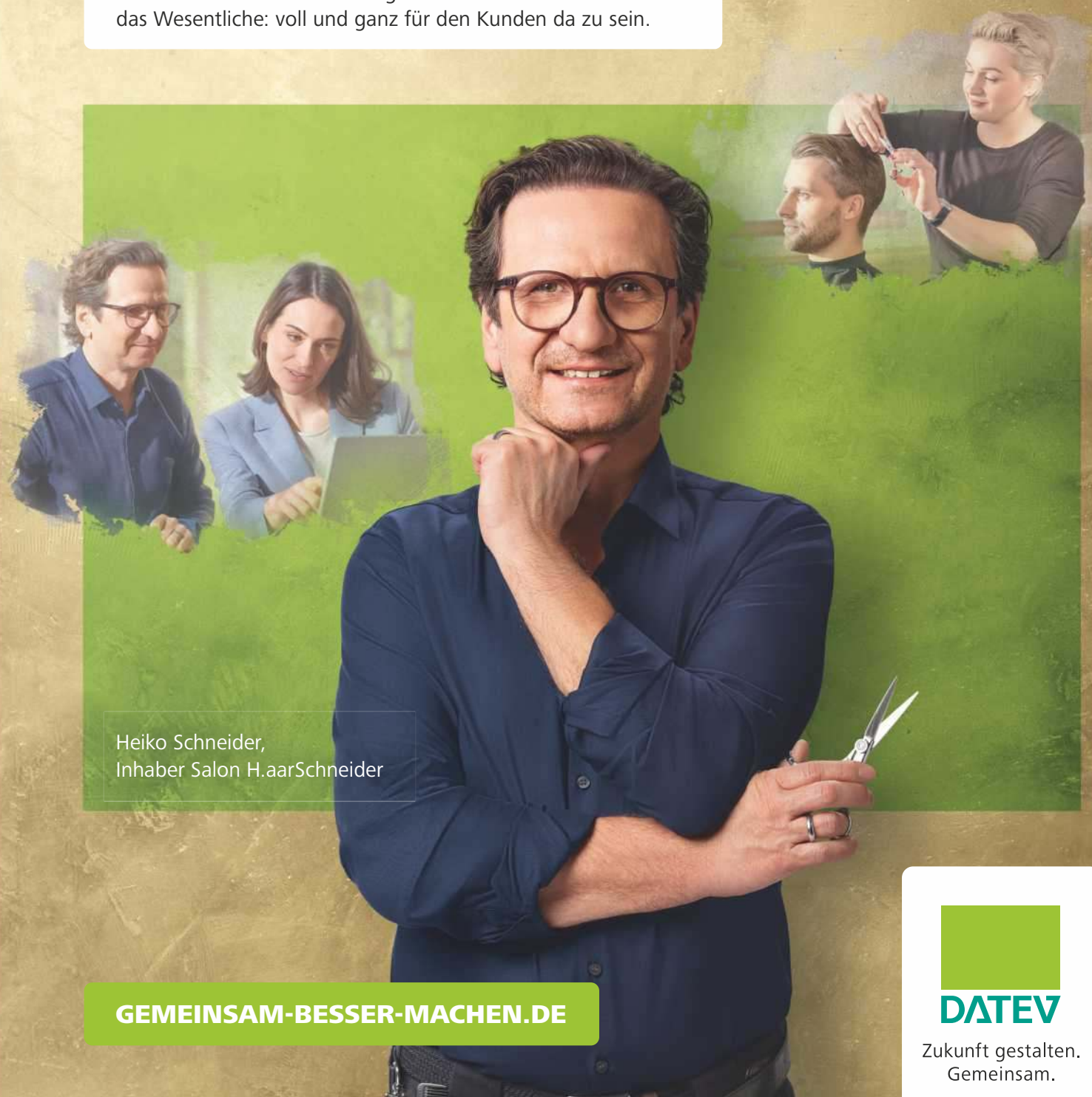
Revenge Travel – Rachereisen als ausgestreckter Mittelfinger gegen den aufgestauten Frust.

ICH BESCHÄFTIGE 40 MITARBEITER.

DA MUSS DIE LOHNBUCHHALTUNG

SCHNELL UND DIGITAL LAUFEN.

Der Salon H.aarSchneider setzt mit innovativen Konzepten neue Maßstäbe beim Kundenerlebnis. Dank der Unterstützung seiner Steuerberatung und den intelligenten Lösungen von DATEV sind alle Abläufe rund um die Lohnbuchhaltung und das Personalwesen schnell und digital. So entsteht Freiraum für das Wesentliche: voll und ganz für den Kunden da zu sein.



Heiko Schneider,
Inhaber Salon H.aarSchneider

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.



Kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine floh ein Teil der jüdischen Gemeinde aus der Hafenstadt Odessa, manche kamen nach Berlin. Unter ihnen war ein junges Paar, Elisheva Chaya und Gabriel Grigoriev. Sie kennen sich seit drei Jahren, vor zwei Jahren verlobten sie sich. Und diese Woche heirateten sie ganz traditionell, Hunderte Kilometer von ihrer Heimat entfernt. Unterstützt von der Berliner Chabad-Gemeinde feierten sie ein großes Fest, mit Hunderten Gästen wie jenen auf dem Foto.

Profitiert AfD-nahe Stiftung von SPD-Blockade?

HAUSHALT Die Genossen bremsen ein Stiftungsfinanzierungsgesetz aus – und helfen damit den extrem Rechten.

In der Ampelkoalition gibt es Ärger über die Finanzierung politischer Stiftungen. SPD, Grüne und FDP hatten sich darauf verständigt, der AfD-nahen und extrem rechten Desiderius-Erasmus-Stiftung keine Haushaltsmittel zukommen zu lassen, damit sie nicht mit Staatsgeldern demokratiefeindliche Inhalte verbreiten kann. Die AfD klagt dagegen. Es geht um bis zu 70 Millionen Euro pro Jahr, plus eine sogenannte Anschubfinanzierung. Experten wie der Staatsrechtler Christoph Möllers halten es für möglich, dass die Stiftung gewinnt – oder das Gericht zumindest fordern könnte, die Verteilung der Mittel juristisch auf festere Füße zu stellen. Aktuell entscheidet der Haushaltsausschuss im Bundestag darüber, das Verfahren ist nicht sonderlich transparent. Grüne und FDP würden gern ein entsprechendes Gesetz auf den Weg bringen, in dem auch verankert ist, dass Stiftungen sich aktiv für die freiheitlich-demokra-

tische Grundordnung einsetzen müssen. Doch die SPD blockiert das, obwohl im Koalitionsvertrag steht, dass man die Finanzierung von Stiftungen »rechtlich besser absichern« will. Dirk Wiese, SPD-Fraktionsvize und zuständig für das Thema, verteidigt dies: Ein Stiftungsgesetz sei eine denkbare Möglichkeit, »würde aber nicht zwingend einen Mehrwert an Transparenz und Kontrolle schaffen«. Aus der Rechtsprechung sei eine Notwendigkeit »bislang nicht abzuleiten« und bei Experten umstritten. Eine bessere rechtliche Absicherung sei auch über einen einfachen Beschluss im Haushaltsgesetz oder gegebenenfalls angepasste Verwaltungsvorschriften möglich. Grüne und FDP halten dies jedoch für ungenügend. Die Ampelpartner vermuten, dass die zögerliche Haltung der SPD damit zu tun hat, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung aktuell nach der Konrad-Adenauer-Stiftung das meiste Geld bekommt. AKM, MBA

Chaos bei Daten

INTERNET Zwei Jahre nach dem Ende des »Privacy Shield«-Abkommens zur Datenübermittlung zwischen der EU und den USA sind die Folgekosten für EU-Unternehmen weiterhin unklar. Wie aus der Antwort auf eine Anfrage des FDP-Europaabgeordneten Moritz Körner hervorgeht, hat die EU-Kommission keine derartige Bewertung vorgenommen. Das Gleiche gilt für mögliche Kosten in der EU, sollte Google Analytics EU-weit verboten werden. Die Datenschutzbehörden Frankreichs und Österreichs haben das Statistiktool bereits als unvereinbar mit der Datenschutz-Grundverordnung eingestuft. Mit Google

Analytics verfolgen Internetseiten-Betreiber das Verhalten der Nutzer, die Daten gehen an den US-Konzern. Der Europäische Gerichtshof hat »Privacy Shield« im Juli 2020 gekippt, seitdem herrscht Rechtsunsicherheit; die US-Senatorin Maria Cantwell sah transatlantischen Handel »im Wert von mehr als einer Billion Dollar gefährdet«. Zwar hat die Kommission sich Ende März mit Washington im Grundsatz auf ein neues Abkommen geeinigt – mit dem Inkrafttreten rechnet sie aber erst im Frühjahr 2023. »Es ist nicht zu erwarten, dass das zukünftige Abkommen die Bürgerrechte ausreichend schützen wird«, kritisiert FDP-Mann Körner. MBE

»Arbeit geplündert«

HOCHSCHULEN Der Vorstand des Instituts für Rechtsmedizin an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Matthias Graw, sieht sich schweren Plagiatsvorwürfen ausgesetzt. Plagiatssucher Martin Heidingsfelder hatte nach einem Hinweis die Dissertation des Professors aus dem Jahr 1987 überprüft. »Wir müssen hier von einem eindeutigen Übersetzungsplagiat sprechen, bei dem eine englischsprachige Arbeit regelrecht geplündert wurde«, sagt Heidingsfelder. Graw habe in seiner Doktorarbeit ganze Passagen und etliche Tabellen aus einem in Bukarest erschienenen Kongressband von 1982 ohne Quellenhinweis übernommen. Zudem

bestehe der Verdacht, dass mindestens ein geschilderter Laborversuch gar nicht durchgeführt wurde. Graw ließ seine Anwälte gegenüber dem SPIEGEL erklären, die Vorwürfe seien »grob falsch und in der Sache absurd«. Es gebe Zeugen für die damals durchgeführten Versuche. Er befinde sich derzeit auf einer Reise und habe keinen Zugriff auf seine Dissertation. Weil die vor mehr als 30 Jahren entstanden sei, könne er sich aktuell nicht mehr an genutzte Quellen wie etwa die englischsprachige Arbeit erinnern. Vielleicht habe er nur ordnungsgemäß die Habilitationsschrift seines Doktorvaters zitiert. Graw kündigte eine ausführliche Stellungnahme nach seiner Rückkehr an. HIM

Nachgezählt

Durch Waldbrände zerstörte Fläche in Deutschland



DIE DA UNTEN

Hanseatischer Humor



Von Anna Clauß

Klimaklub gegründet! Ölpreisdeckel gezim-mert! Milliarden gegen den Hunger gesammelt! Das Zusammentreffen der mächtigsten Demokratievertefchter der Welt auf dem G7-Gipfel in Elmau hat zu beachtlichen Absichtserklärungen geführt. Und einen überraschenden Blick hinter die harmlos wirkende Grinsekater-Fassade des deutschen Kanzlers ermöglicht.

Ob Olaf Scholz die versprochenen Sicherheitsgarantien für die Ukraine konkretisieren könnte, wollte die Journalistin Rosalia Romaniec auf der Abschlusspressekonferenz wissen. Scholz antwortete mit: »Ja.« Dann entschloss er sich zu einer Kunstpause, bevor er ein »Könnte ich« hinterherschob. Hüsteln im Publikum, verschmitztes Lächeln am Rednerpult. Dann endlich konkretisierte der Kanzler: »Das war's.«

Keine Antwort ist auch eine Antwort, heißt es. In der Tat drängen sich mehrere Interpretationsmöglichkeiten für Scholz' verbale Arbeitsverweigerung auf.

Es könnte zum Beispiel sein, dass der Kanzler aufs Klo musste und sich deshalb dazu entschloss, eine Frage, die so ähnlich kurz zuvor bereits gestellt worden war, nicht erneut lang und ausweichend zu beantworten. Als politische Korrespondentin, die viel Lebenszeit mit dem Entziffern nichtssagender Politiker-Schachtelsätze verlor, hat, könnte man Scholz' Schmallippigkeit als Mut zum Klartext begrüßen.

Noch mutiger wäre Scholz allerdings gewesen, hätte er zugegeben, dass es Sicherheitsgarantien für die Ukraine derzeit nur im Konjunktiv

gibt, also in der Realität womöglich nie geben wird.

Könnte es sein, dass der Kanzler also schlicht gelogen hat? Könnte man gar behaupten, dass es sich bei Olaf Scholz um den arrogantesten Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik handelt? Könnte es sein, dass seine Forderungen nach mehr Respekt kurz vor der Bundestagswahl nicht mehr als ein gelungener Wahlkampf-Gag waren? Könnte es sich bei Scholz' Kanzlerkampagne um hanseatischen Humor gehandelt haben, den das Deutschland außerhalb Hamburgs als Politikangebot auf Augenhöhe

Könnte es sein, dass Scholz' Forderungen nach mehr Respekt nicht mehr als ein Wahlkampf-Gag waren?

missverstanden hat? Könnte es sich bei Scholz' Auftreten gar um eine Demonstration von Gefühllosigkeit, Härte und Aggressivität gehandelt haben?

Am Ende spielt es keine große Rolle, was Scholz dazu getrieben hat, vor laufenden Kameras eine Journalistin zu verhöhnen. Er mag sich für witzig, schlagfertig und sowieso schlauer als alle anderen zusammen halten. Tatsächlich wirkt sein Auftritt, als Clip in den sozialen Medien mittlerweile tausendfach verbreitet, in erster Linie peinlich. So also präsentiert sich der deutsche Bundeskanzler, der dem globalen Publikum ja noch neu ist. Das ist seine Art, mit einer Frau umzugehen, die doch nur ihren Job macht?

Dabei könnte Olaf Scholz doch souverän, menschlich oder herzlich auftreten. Könnte er? Vielleicht kann er es einfach nicht.

An dieser Stelle schreiben Anna Clauß, Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.



Kohl kam Genscher zuvor

ZEITGESCHICHTE Jürgen Chrobog, Ex-Staatssekretär und einst Pressesprecher von Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), berichtet in seinen Memoiren (»Ein Leben in der Politik«) Neues vom historischen Zwist zwischen Genscher und Kanzler Helmut Kohl. Demnach überraschte Kohl nach dem Mauerfall nicht nur die Weltöffentlichkeit, sondern auch

Genscher, als er am 28. November 1989 unerwartet seinen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit im Bundestag vorstellte. Selten habe er diesen »so aufgebracht« gesehen, schreibt Chrobog. Auch die Alliierten waren empört. Kohl wollte die Einheit auf die internationale Tagesordnung setzen, bevor Rivale Genscher es tat. Offenbar eine berechtigte Befürchtung. Laut Chrobog warf der Außenminister intern die Frage auf, »warum nicht wir auf eine ähnliche, aber bes-

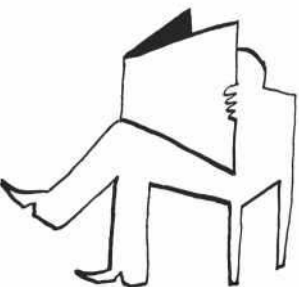
sere Idee gekommen waren«. Chrobog zufolge versuchte Kohl auch, Genscher vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschef fernzuhalten: Die Delegationen seien zu groß. Damit scheiterte der CDU-Politiker – Genscher gelang es, die meisten Außenminister der anderen Staaten von der Notwendigkeit ihrer Teilnahme zu überzeugen. Die Zusammenarbeit mit dem Kanzleramt sei »in allen Kohl-Jahren nicht erfreulich« gewesen, bilanziert Chrobog. **KLW**

Teure Messengerichte

INFLATION Das Mittagessen in der Mensa könnte für Studierende bald deutlich teurer werden. Grund sind die durch den Ukrainekrieg stark gestiegenen Einkaufspreise für Lebensmittel und die deutlich höheren Betriebskosten der Mensen. »Einen Rindfleisch-Burger mit Mozzarella, Tomate, Basilikum-Aioli und Kartoffelspalten konnten wir bisher für 3,45 Euro anbieten – den Preis müssen wir jetzt eigentlich auf 4,55 Euro erhöhen«, sagt Torsten Schmidt, Leiter der Hochschulgastronomie beim Studentenwerk Schleswig-Holstein in Kiel. Der Einkaufspreis für das beliebte Gericht ist seit Januar um mehr als 48 Prozent nach oben geschossen, von 1,76 Euro auf 2,62 Euro. Damit die gestiegenen Preise nicht nur von den Studierenden getragen werden, fordert das Deutsche Studentenwerk (DSW) stärkere finanzielle Unterstützung. »Die Bundesländer, die seit Anfang der 1990er-Jahre ihre Finanzhilfen an die Studierendenwerke auf rund zehn Prozent von deren Gesamteinnahmen zurückgefahren haben, müssen uns jetzt finanziell stärker unterstützen«, sagt DSW-Generalsekretär Matthias Anbuhl. Mensen und Wohnheime seien nicht profitorientiert und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. »Wir können und wollen die Preissteigerungen nicht eins zu eins an die Studierenden weitergeben«, so Anbuhl. **HIM**

Schule aus

SO GESEHEN Mit kürzeren Schulstunden zum Bildungserfolg



Mit einem innovativen Bildungskonzept will eine Berliner Grundschule die Qualität des Unterrichts anheben: Künftig sollen die Schulstunden hier nur noch 40 statt der bisher üblichen 45 Minuten dauern. Durch die Maßnahme könnten »mehr Angebote für die Schülerinnen und Schüler« gemacht werden, zitiert die »Berliner Morgenpost« eine namentlich nicht genannte Schulleiterin im Bezirk Neukölln.

Untersuchungen zeigen, dass tatsächlich ein großer Teil der herkömmlichen Schulstunde bildungslos verpufft:

Oft herrscht in den ersten Minuten noch große Unruhe, ebenso in den Minuten vor dem Ende der Stunde. Würde auf diese bildungslose Zeit verzichtet, wäre allen geholfen.

Weitere Kürzungen wären denkbar und sinnvoll. Für die Stoffvermittlung ungenutzt verstreichen etwa die Minuten, in denen das Lehrpersonal sich mit verunglückten Scherzen der Jugend anbietet, Schnur aus dem Privatleben verzapft oder vergebens Ruhe einfordert. Ebenso sinnlos verrinnt die Zeit, die dumme Schülerfragen und die Suche

nach Federmäppchen sowie Turnbeutel beanspruchen.

Die Kürzung auf 40 Minuten kann nur ein Anfang der Gesundschumpfung sein. Mit einer schrittweisen Beschneidung um jährlich weitere fünf Minuten könnte bereits im Schuljahr 2029/30 die Fünf-Minuten-Stunde erreicht sein, in der endlich hoch konzentrierte Wissensvermittlung in Reinform praktiziert werden kann. Und schon ein Jahr darauf, mit Einführung der Null-Minuten-Stunde, wäre dann auch der Lehrkräftemangel endgültig behoben. Stefan Kuzmany

Jusos für Freitests

PANDEMIE Die Jusos kritisieren die weitgehende Abschaffung der kostenlosen Corona-Schnelltests. Angesichts einer »ausgewachsenen Sommerwelle« die Bürgertests derart zu streichen, sei »aus sozialer und pandemischer Perspektive verantwortungslos«, sagt die Chefin der SPD-Nachwuchsorganisation Jessica Rosenthal. Seit Donnerstag gibt es die Gratis-Schnelltests nur noch für bestimmte Gruppen, etwa für

Menschen, die sich nicht impfen lassen können. Rosenthal hält das für einen Fehler: »Der Sommer ist die Zeit der Begegnungen.« Damit dies nicht ungeschützt geschehe, brauche es weiterhin kostenfreie Testangebote. Es müsse verhindert werden, dass der Schutz vor dem Virus wieder zu einer sozialen Frage werde, so Rosenthal. Drei Euro pro Test sei »für viele nicht zu leisten«. Es sei nicht nachvollziehbar, wieso eine der effektivsten Schutzmaßnahmen gestrichen werde. CTE

»Längst nicht alles gut«

Der Arzt Friedrich Stapf, 76, aus München über das Ende des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche

SPIEGEL: Herr Stapf, Sie führen seit mehr als 40 Jahren Abtreibungen durch. Bislang durften sie nicht öffentlich darüber informieren, weil das Strafgesetzbuch ein Werbeverbot enthielt. Wurden Sie schon mal bestraft?

Stapf: Ich wurde etwa 15- bis 20-mal wegen dieses Paragraphen angezeigt, die Verfahren wurden alle gegen eine Geldbuße eingestellt. Vor einigen Jahren wollte ich das bis zum Bundesverfassungsgericht durchfechten, aber mein Anwalt sagte: Spinnst du, das kostet dich nur Geld und Energie – und du wirst den Prozess nicht gewinnen.

SPIEGEL: Nun hat der Bundestag diesen umstrittenen Paragraphen 219a abgeschafft. Wie haben Sie das aufgenommen?

Stapf: Nach der Abstimmung gab es im Bundestag einen Empfang der Ampelkoalition für die verurteilten Ärztinnen. Frau Kristina Hänel und weitere waren da, ich war auch eingeladen. Das war schön, mit den Politikern zu reden, die haben sich für unsere Ausdauer bedankt. Dass die eigene Tätigkeit öffentlich auch mal respektiert und anerkannt wird, war wichtig und hat sich gut angefühlt.

SPIEGEL: Werden Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, in Deutschland gut versorgt?

Stapf: Die Bundesländer sind gesetzlich verpflichtet, ein aus-

reichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. Bis heute hat es kein Bundesland für nötig befunden, sich richtig darum zu kümmern. Die meisten können sich darauf verlassen, dass es genug niedergelassene Ärztinnen und Ärzte gibt, die das machen. Es kann aber nicht sein, dass wir in meiner Klinik über ein Drittel der Abbrüche in Bayern machen, wie das aktuell der Fall ist.

SPIEGEL: Welche Probleme haben Frauen trotz der Abschaffung des Paragraphen 219a heute noch, wenn sie sich für einen legalen Schwangerschaftsabbruch entscheiden?

Stapf: Mit der Abschaffung des Paragraphen ist längst nicht alles gut. Zum Beispiel müsste die Regelung der Kostenübernahme für bedürftige Frauen durch die Krankenkasse vereinfacht und beschleunigt werden. Meines Wissens trifft das in Bayern auf die Mehrheit der Patientinnen zu. Die Kassen erstatten etwa Frauen, die weniger als 1200 Euro netto verdienen, die Kosten eines Abbruchs, das sind etwa 400 bis 600 Euro. Aber sie müssen auf die Bewilligung oft viele Tage warten. Dann wird es manchmal mit den Fristen eng, innerhalb derer sie legal abtreiben dürfen. JLO



Stapf

Johannes Simon / picture alliance



Jörg Müller / DER SPIEGEL

»Hassbotschaften abkratzen«

DER AUGENZEUGE Der Linguist Jannis Androutsopoulos, 55, von der Universität Hamburg untersucht auf Aufklebern, Aushängen und Plakaten, wie Corona unsere Sprache verändert hat – und stieß auf Empathie und viel Frust.

»Manchmal reicht mir ein Blick auf die Aufkleber an einem Ampelmast, um wahrzunehmen, wie die Pandemie unsere Gesellschaft verändert hat. Ich habe vor vier Jahren eine App entwickelt, mit der Studierende öffentliche Schilder und Aushänge dokumentieren können. Die Bilder werden dann auf einer Onlinekarte gesammelt, genannt »LinguaSnapp Hamburg«. Um die 4000 Fotos sind bislang zusammengekommen, mehr als 800 haben die Coronakrise als Thema. So hat sich für mich ein neues Forschungsprojekt ergeben.

Die meisten Einträge kommen aus der ersten Phase der Pandemie, da dominierten Verbotsschilder und Durchhalteparolen. Vieles war improvisiert: Flüchtig gekritzelt auf einen Zettel, notdürftig an ein Schaufenster geschrieben. Ein Zettel hat mich bewegt: Da hatte jemand einen »Segen zum Mitnehmen« gebastelt. Er sah aus wie ein Wohnungsgesuch, mit Schnipseln zum Abreißen. Je länger die Pandemie dauerte, umso sichtbarer wurde der Frust. Slogans von »Querdenkern« und Coronaleugnern nahmen zu. Ich finde, man muss nicht alles stehen

lassen. Ich selbst habe auch schon Aufkleber mit Hassbotschaften abgekratzt. Manchmal nimmt das perverse Züge an. Ich habe im Netz Berichte gelesen von einem Schwurbleraufkleber, der eine Art Judenstern zeigt. Unter ihm verbarg sich eine Rasierklinge. Sobald jemand versuchte, ihn abzukratzen, verletzte er sich. Ich hätte so etwas nicht für möglich gehalten.

Auch der Ukrainekrieg verändert unsere Städte. Nur wenige Tage nach dem russischen Angriff prangte auf den Anzeigen vieler Busse in Hamburg anstelle des Fahrziels der Slogan »#StopptDenKrieg«. Gebäude wurden angestrahlt, Menschen positionierten sich in sozialen Netzwerken. Diese spontane Solidarisierung mit einer Sache geht immer schneller, das ist zumindest mein Eindruck. Unsere Gesellschaft schaltet heute viel schneller in den Krisenmodus. Aber wir verlassen ihn auch wieder zügig. Und mit der Zeit verschwinden dann auch in der Stadt die Spuren, die eine Krise hinterlassen hat.«

Aufgezeichnet von Christopher Piltz



Die Not frisst sich nach oben

SOZIALPOLITIK Deutschland steht vor einer der größten Krisen

seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Inflation erreicht Rekordhöhen, eine Rezession droht. Und der Regierung fehlt ein gemeinsames Projekt, wie sich der soziale Frieden sichern ließe.

Es gehört zur Jobbeschreibung von Ulrich Schneider, dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, die Lage der Armen und Schwachen im Land als besonders prekär und bedrohlich zu beschreiben. Das macht er in schöner Regelmäßigkeit, seit mehr als 20 Jahren schon. Was er aber am Mittwoch bei der Vorstellung des Armutsberichts 2022 mit dem Titel »Zwischen Pandemie und Inflation« in Berlin schilderte, überstieg die üblichen Warnungen. Von »dramatischen Befunden« und »brutalen« Auswirkungen sprach Schneider und warnte: »Deutschland droht am unteren Rand schlicht auseinanderzubrechen.«

Seit der Wiedervereinigung habe es nicht mehr so viele arme Menschen in Deutschland gegeben, so Schneider. 13,8 Millionen seien es im Jahr 2021 gewesen. Nie hätten mehr Kinder und Alte in Armut leben müssen. Nie sei die Armutsquote so rasant gestiegen wie 2020 und 2021. Auch unter den Berufstätigen gebe es immer mehr Menschen, die nicht genug Geld für ein Leben mit gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe haben. Besonders unter den Selbstständigen habe es noch nie einen so prägnanten Anstieg gegeben.

Und die Zahlen, auf die sich Schneider bezieht, stammen aus dem Jahr 2021. Damals spielten Inflation und steigende Energiekosten noch eine viel kleinere Rolle. Wie wird die Lage erst in diesem Herbst werden, wenn die Nachzahlungen für Strom und Gas in die Briefkästen flattern? Am unteren Rand der Gesellschaft werde dann »schlichte Verzweiflung« herrschen, aber auch in Teilen der Mittelschicht würden diese Nachzahlungen »reinschlagen«, glaubt Schneider.

Es gibt viele Expertinnen und Politiker, die ein düsteres Bild der näheren Zukunft des Landes zeichnen. Aber nicht nur sie sind pessimistisch. Trotz der staatlichen Entlastungspakete mit gestrichener EEG-Umlage und Einmalzahlungen gibt fast ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger laut einer repräsentativen Umfrage der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung an, von ihrer finanziellen Lage »äußerst stark« oder »stark« belastet zu sein. Viele verzichten bereits auf Urlaub, Kleidung oder gar Lebensmittel.

Schon jetzt klettern die Preise in Deutschland rekordverdächtig. Mit 7,6 Prozent ist die Inflation so hoch wie nie zuvor im wiederver-

einigten Deutschland. Zwar stiegen die Preise im Juni etwas weniger stark als im Mai. Aber das dürfte auf das Konto von Tankrabbat und 9-Euro-Ticket gehen. Die beunruhigende Perspektive lautet: Wenn diese befristeten Rabattaktionen auslaufen, könnte es wieder einen kräftigen Inflationssprung nach oben geben. Verbrauchern und Unternehmen drohen vor allem exorbitant steigende Preise bei der Energie, besonders beim Gas. Die Wirtschaft könnte in eine tiefe Rezession abgleiten, der Verlust vieler Arbeitsplätze droht.

Ist das deutsche Wohlstandsmodell in Gefahr? Vieles spricht dafür, dass die Krise auch die Mittelschicht in Schwierigkeiten bringen könnte. Von der Politik wird das mit großer Sorge betrachtet, weil die Mittelschicht Staat und Demokratie in besonderer Weise stützt, mit ihren politischen Überzeugungen, ihrem Arbeitseinsatz und dem Wunsch nach soliden Verhältnissen. Wenn die Mittelschicht kippt, kann alles kippen.

Niemand weiß, was passiert, wenn der Wohlstand drastisch schwindet. Und niemand will es wissen. Deshalb wird alles getan, um das zu verhindern. Siehe die Pandemie. Der Staat hat Milliarden ausgegeben, um die Verhältnisse zu stabilisieren. Die Erwartungen sind hoch, dass er es wieder tut. Aber es würde ihn überfordern, jeden Verlust abzufangen. Deshalb wird vor allem darüber gestritten, wem geholfen wird und wem nicht.

Vergleichbar ist die Dramatik der Situation allenfalls mit der Ölpreiskrise von 1973. Doch damals gab es eine vergleichsweise begrenzte Störung der Weltwirtschaft. Jetzt treffen mehrere globale Krisen aufeinander. Die drohende Rezession in vielen großen Industrienationen, allen voran in den USA. Die Coronapandemie mit ihren Störungen der Lieferketten. Und natürlich der Angriff Russlands auf die Ukraine und dessen verheerende Auswirkungen auf die Energiepreise. Heizöl, Kraftstoffe und Erdgas sind schon im zweiten Jahr der Pandemie teurer geworden.

»Die Lage hat sich dramatisch verändert.«

Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär

»Wir laufen in eine harte Zeit rein«, glaubt Vizekanzler Robert Habeck und stimmt die Bevölkerung auf weitere finanzielle Einbußen ein. »Das ist noch nicht das Ende.« Was die Lage so beunruhigend macht, ist der Ausblick. Auch wenn von der Zucchini bis zum LED-Bildschirm schon vieles deutlich teurer geworden ist, haben die Produzenten ihre höheren Kosten noch gar nicht voll an die Kundschaft weitergegeben.

Viele Bürgerinnen und Bürger richten sich bereits darauf ein, künftig kürzerzutreten, auch beim Kauf von Alltäglichem. 39 Prozent wollen weniger Nahrungs- und Genussmittel kaufen, davon 10 Prozent sogar bedeutend weniger, hat die Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt. Die gefühlte Inflation liege derzeit bei fast 18 Prozent, sagt der Chefvolkswirt der DekaBank, Ulrich Kater, und erklärt sich das mit dem Verbrauchervertrauen, das komplett eingebrochen sei. »Das ist konjunkturhemmend«, sagt der Ökonom. Denn wenn die Menschen deutlich weniger konsumieren, würgt dies das Wirtschaftswachstum noch schneller ab.

Die Konjunkturprognosen für Deutschland liegen teilweise ohnehin bei mageren 1,5 Prozent Wachstum, und das nur, wenn Wladimir Putin den Gashahn doch nicht vollständig abdreht. In der Bundesregierung laufen bereits die Vorbereitungen für genau diesen Fall. Stichtag ist der 21. Juli. Durch die wichtigste Gasleitung Nord Stream 1 fließen schon seit zwei Wochen nur noch 40 Prozent der üblichen Menge aus Russland. Im Juli wird sie wie jedes Jahr gewartet und dafür abgeschaltet. Bislang wurde sie nach spätestens zehn Tagen wieder hochgefahren. Jetzt rätselt man in der Bundesregierung, unter Gasversorgern und der Industrie bange: Werden die Russen die Ventile auch dieses Jahr wieder öffnen?

Wenn nicht, müssten bestimmte Industriebereiche, die Gas benötigen, im Winter vermutlich abgeschaltet werden. Für manche Branchen und deren Angestellten wäre das katastrophal, zigfache Jobverluste garantiert. Sollte im zweiten Halbjahr – also von Juli an – kein russisches Gas mehr zur Verfügung stehen, könnte Deutschlands Wirtschaftsleistung um 12,7 Prozent einbrechen, hat eine Untersuchung des Prognos-Instituts im Auftrag der bayerischen Wirtschaft ergeben. Deutschland würde dann »in eine tiefe Re-

zession gleiten«, fürchtet Prognos-Chefvolkswirt Michael Böhrer. »Insgesamt wären rechnerisch etwa 5,6 Millionen Arbeitsplätze von den Folgen betroffen«, sagt Bertram Brosardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Der 21. Juli könnte also zum Schicksalstag werden. Bleibt die Röhre dicht, dürfte die Bundesregierung die dritte und höchste Gefahrenstufe für die Gasversorgung des Landes ausrufen. Folge: Die Gaspreise würden weiter hochschnellen. Die Rechnungen könnten sich im Herbst verdreifachen, fürchtet der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller.

Es sind auch solche Szenarien, derentwegen sich die Bundesregierung um den sozialen Frieden im Land sorgt. Zumindest Teile dieser Regierung. Aus der FDP sind die Signale widersprüchlich. Weil die Risiken historisch sind, erklärte Scholz Anfang Juni: »Ich möchte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaften und die Arbeitgeber zu einer konzertierten Aktion zusammenrufen.«

Bislang wird die Inflation von einmaligen Schocks wie dem Ukrainekrieg getrieben. Den Bundeskanzler aber treibt die Sorge, sie könnte sich längerfristig auf hohem Niveau verfestigen und eine sogenannte Lohn-Preis-Spirale auslösen: Starke Lohnerhöhungen als Reaktion auf die Inflation würden die Produktionskosten nach oben treiben, in der Folge würden die Unternehmen die Preise anheben, was womöglich höhere Lohnforderungen der Gewerkschaften zur Folge hätte.

Deshalb will Scholz mit den Spitzen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden an diesem Montag im Kanzleramt bereden, wie man der Preisentwicklung begegnen kann. Mit am Tisch werden Vertreter der Bundesbank und des Sachverständigenrats sitzen. Es gehe darum, einen Weg zu finden, »Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziell Luft zu verschaffen, ohne die Arbeitgeber zu überfordern und Inflationsrisiken anzuhäufen«, so Scholz. Allerdings hat die Politik nur begrenzt Einfluss auf die Inflation. Sie kann vor allem die Folgen abmildern und Einbußen gerechter verteilen. Mehr Macht hat die Europäische Zentralbank, die mit steigenden Zinsen die Preisentwicklung aufhalten kann (siehe Seite 24).

Der Auftakt zur konzertierten Aktion verlief mehr als rumpelig, was vor allem an der schlechten Kommunikation des Kanzlers lag. Der explizite Bezug auf die »konzertierte Aktion« von 1967 etwa weckt vor allem bei den Gewerkschaften eher unangenehme Erinnerungen. Damals, zu Zeiten der ersten Großen Koalition unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), wurde sie von Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) ins Leben gerufen: In einem abgestimmten Verfahren sollte die Runde aus Politik, Bundesbank, Gewerkschaften und Arbeitgebern in der Rezession für Stabilität und Wachstum sorgen. Doch das gelang nicht wirklich.

Vorgaben für die Lohnforderungen lehnten Arbeitnehmervertreter damals als Eingriff in

die Tarifaufonomie letztlich ab. Weil die Wirtschaft sich schneller erholte als gedacht, gingen die Gewinne der Unternehmen schon Ende der 1960er-Jahre wieder durch die Decke. In der Industrie begannen die Beschäftigten, sich in wilden Streiks höhere Löhne zu erkämpfen, ihren anfänglichen Widerstand gaben die Gewerkschaften schnell auf und zogen mit hohen Forderungen in die kommenden Runden – die erste und einzige Lohn-Preis-Spirale in der Geschichte der Bundesrepublik nahm ihren Anfang.

Scholz' bislang einziger konkreter Vorschlag zur sozialen Abfederung – Sonderzahlungen von Arbeitgebern an ihre Beschäftigten steuerfrei zu stellen – stößt bei den Sozialpartnern auf Skepsis bis Ablehnung. »Tarifverhandlungen werden nicht im Kanzleramt geführt«, kommentierte die neue DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi kalt. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger war ähnlich begeistert: »Tarifverhandlungen werden nicht im Bundestag geführt.«

Es ist nicht so, dass die Gewerkschaften grundsätzlich etwas gegen steuerfreie Sonderzahlungen hätten, aber sie wollen sie nicht gegen reguläre Lohnerhöhungen in den anstehenden Tarifrunden eintauschen. Zumindest wurde Scholz' Vorschlag so aufgefasst. Hinter den Kulissen beschwichtigte mittlerweile sein Umfeld, der Kanzler habe das so weder gesagt noch gemeint.

Der Druck in den Betrieben ist nach Jahren mit häufigen Einmalzahlungen groß, endlich auch mal dauerhafte Gehaltserhöhungen zu bekommen – zumal viele Preise gerade im Bereich Energie so schnell nicht auf ihr altes Niveau zurückfallen werden. Gleich drei große Tarifrunden stehen in den kommenden sechs Monaten an – in der Metall- und Elektroindustrie, der Chemie und im öffentlichen Dienst, sie betreffen insgesamt rund sieben Millionen Beschäftigte.

Auch in der SPD stößt die Idee einer steuerfreien Einmalzahlung auf wenig Begeisterung. »Das kann nur ein Teil der Lösung sein«, sagt Wiebke Esdar, Chefin der Parlamentarischen Linken in der SPD-Fraktion. Sie fordert ein ganzes Bündel an Maßnahmen gegen die Folgen der Inflation. »Wir müssen jetzt was für Rentnerinnen und Rentner tun, die Hartz-IV-Sätze erhöhen und Menschen mit geringen Einkommen entlasten.«

Noch weiter geht Juso-Chefin Jessica Rosenthal. Sie will das 9-Euro-Ticket im öffentlichen Nahverkehr über die geplanten drei Monate hinaus verlängern sowie Studierende und Auszubildende entlasten. »Viele junge Menschen haben Existenzängste und große

»Lindner muss aufhören, für das reichste Prozent der Gesellschaft zu leben.«

Jessica Rosenthal, Juso-Vorsitzende

Sorge vor der nächsten Gasrechnung.« Die Bundesregierung müsse Stromsperrungen und Kündigungen von Gasanbietern verbieten, etwa mit einem Härtefallfonds. Bei den Hartz-IV-Sätzen nennt Rosenthal den Vorschlag von Sozialverbänden, der eine Erhöhung von bislang 449 auf 600 Euro vorsieht, eine »gute Grundlage«. Ähnlich sieht es die Grünevorsitzende Ricarda Lang. In der Grundsicherung müsse etwas passieren, am besten eine Regelsatzerhöhung. »Wir können uns nicht damit zufriedengeben, dass in unserem reichen Land die Grundsicherung nicht zum Leben reicht.«

»Nur die Regelsätze zu erhöhen wäre ungerecht«, sagt hingegen der SPD-Abgeordnete Helge Lindh. In seinem Wahlkreis Wuppertal gebe es viele Langzeitarbeitslose, ein Drittel der Kinder lebe von Sozialleistungen. Lindh wünscht sich auch Entlastungen für Geringverdiener. »Wir müssen die Gruppe in den Fokus nehmen, die sich immer gerade so durchgeschlagen hat. Die haben null Reserven und sind die Ungehörten, Ausgeschlossenen.« Er werde von Bürgern angesprochen, die sich noch nie beschwert hätten, jetzt aber über die Preise für Milch, Butter und Fleisch klagten. »Da gibt es eine große Ratlosigkeit und Angst, in Armut zu rutschen«, sagt Lindh. »Die Leute fragen sich: Was kommt da noch alles?«

Einig ist man sich in der SPD beim »Sozialen Klimageld«, das Arbeitsminister Hubertus Heil vorgeschlagen hat. Alleinstehende mit weniger als 4000 Euro brutto und Ehepaare mit zusammen weniger als 8000 Euro Verdienst im Monat sollen dadurch entlastet werden. »Das muss jetzt kommen«, fordert Juso-Chefin Rosenthal. »Lindner muss endlich liefern. Wir können nicht mehr bis 2024 mit der Umsetzung warten.«

Doch der Finanzminister denkt gar nicht daran. Lindner hält viele Vorschläge aus dem linken Teil des Koalitionslagers für teuer und schädlich. Er fürchtet, dass die zusätzlichen Hilfen die Inflation noch befeuern könnten, weil sie die Nachfrage stärken und so die Preise zusätzlich in die Höhe treiben könnten.

Stattdessen empfiehlt Lindner sein altes Lieblingsprojekt nun auch als Mittel gegen die Inflation: die Begradigung der kalten Progression. Dabei werden die Verdienstgrenzen in der Einkommensteuer um die Inflationsrate angehoben. So wird verhindert, dass Steuerzahler in höhere Progressionsstufen aufrücken und mehr an den Fiskus abführen müssen, selbst wenn ihr Gehaltsplus nur den Kaufkraftverlust ausgleicht. Wenn der Fiskus seine Inflationsgewinne über die Einkommensteuer an die Bürger zurückgebe, bringe er keine zusätzliche Kaufkraft in den Wirtschaftskreislauf ein, stattdessen stabilisiere er die Nachfrage, glaubt Lindner.

Wenn Arbeitnehmer und Gewerkschaften aber wüssten, dass ihnen keine Kaufkraft verloren gehe, dann müssten sie bei den anstehenden Tarifrunden nicht versuchen, einen Inflationsausgleich zu erstreiten. So könne, hofft

Lindner, die berühmte Lohn-Preis-Spirale verhindert werden.

Doch vermutlich wird keiner dieser Vorschläge die Inflation entscheidend stoppen. Weil sie durch nichts stärker getrieben wird als durch den Anstieg der Energiepreise. Die hohen Preise bleiben zunächst bei den Versorgern hängen, die sich für viel Geld an den Spotmärkten eindecken müssen. Die meisten ihrer privaten Kunden haben verhältnismäßig günstige Lieferverträge mit einer Preisbindung von mehreren Monaten.

Vielen Gaskonzernen drohen deshalb Milliardenverluste, für einige könnte es die Pleite bedeuten, was wiederum das Aus für andere Konzerne nach sich ziehen könnte – ein Dominoeffekt, den Wirtschaftsminister Habeck in Anspielung auf die Finanzkrise von 2008 »Lehman-Brothers-Effekt« nennt. Die Gasversorgung von Millionen Haushalten wäre genauso gefährdet wie die von Großabnehmern der Industrie.

Um dies zu verhindern, müsste der Staat mit Milliardensummen die Energieversorger vor der Pleite retten. Oder er erlaubt, dass sie ihre massiv erhöhten Einkaufspreise an die Kunden weitergeben. Eine Preisanpassungsklausel im Energiesicherungsgesetz macht das möglich. Dies jedoch wäre ein unmittelbarer Schock, der die ohnehin immer größer werdenden sozialen Verwerfungen weiter beschleunigen würde. »Längst sind nicht mehr nur Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen von den hohen Preisen betroffen«, sagt die Vorständin des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Jutta Gurkmann.

Die Verbraucherzentralen beobachten in ihren Beratungsstellen, wie sich die Not langsam durch die gesellschaftlichen Schichten nach oben frisst, bis zur Mittelschicht. »Wenn die Gasversorger die hohen Preise komplett weitergeben, werden viele ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können«, befürchtet Gurkmann.

Der Staat ist also in jedem Fall gefragt. Egal ob er die Gasversorger mit Milliarden vor der Insolvenz schützt oder die Bürger entlastet. In Habecks Wirtschaftsministerium wird an einem Auffangsystem für Gasversorgungsunternehmen gearbeitet. Alternativ könnten die Gaspreise für die Kunden eingefroren werden. Die Preisdifferenz zu den realen Kosten auf dem Gasmarkt würde der Staat tragen, oder sie würde über eine Umlage auf alle Gaskunden verteilt. So sollen unkalkulierbare Preissprünge für die Verbraucherinnen und Verbraucher vermieden werden.

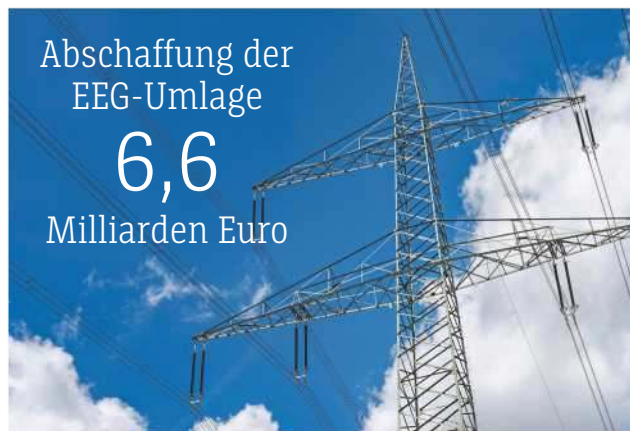
Wer soll das bezahlen?

Kosten der Entlastungspakete
der Bundesregierung



Erhöhung des
Grundfreibetrags
3,1
Milliarden Euro

Michael Götterbauer / IMAGO



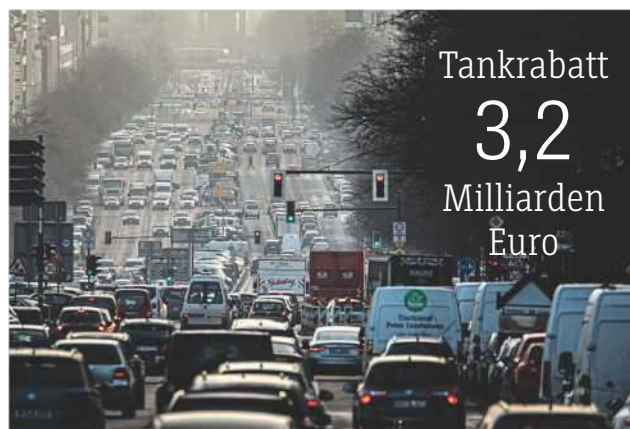
Abschaffung der
EEG-Umlage
6,6
Milliarden Euro

Norbert Neetz / IMAGO



9-Euro-Ticket
2,5
Milliarden Euro

Arnulf Hettrich / IMAGO



Tankrabbat
3,2
Milliarden
Euro

Florian Gaertner / Photothek / Getty Images

Dazu planen Habecks Leute weitere Entlastungen. Offiziell hält man sich bis zum Treffen im Rahmen der konzertierten Aktion bedeckt. Man wolle sich seine Ideen nicht zerreden lassen, sagt der Minister. Es geht dabei um eine Quadratur des Kreises.

Entlastungen dürfen nicht mehr mit der Gießkanne verteilt werden. »Für solche Lösungen, ähnlich wie den Tankrabbat, fehlt schlicht das Geld«, sagt ein hoher Beamter. Die Erleichterungen sollen aber zugleich die Inflation nicht weiter antreiben. Und, das ist dem grünen Klimaminister wichtig: Sie sollen den Energiesparwillen der Leute nicht mindern. »Schließlich wollen wir unsere Abhängigkeit von Russlands Energie und den CO₂-Ausstoß verringern«, sagt der Ministeriale.

Deshalb setzt man im Wirtschaftsministerium auf Staatsgeld, das pro Kopf ausgezahlt wird, wie beim Energiegeld aus dem zweiten Entlastungspaket. Dabei bekommen alle eine feste Summe ausgezahlt. Zudem könnte man unmittelbar in den Energiemarkt eingreifen. Darüber denkt man im Ministerium, vor allem aber in der grünen Bundestagsfraktion nach. Beim Erdöl könnte ein staatliches Einkaufskartell gebildet werden, beim Gas auf EU-Ebene. Schon heute sind die meisten der 27 Mitgliedsländer über ein gemeinsames Pipelinenetz miteinander verbunden.

»Ich kann mir einen gemeinsamen europäischen Einkauf und klare Preisansagen beim Gas gut vorstellen«, sagt der Haushaltsexperte der Grünen, Sven-Christian Kindler. Unterstützt wird er von Anton Hofreiter. »Mit Preisobergrenzen oder Einkaufskartellen könnten wir die exorbitanten Gewinne der Konzerne stutzen«, sagt der Vorsitzende des Europaausschusses. »Und wenn es um Importe aus Russland geht, überweisen wir Putin weniger Geld für seine Kriegskasse.«

Bei SPD und Grünen wächst zudem der Wunsch, Unternehmen und Reiche an den Kosten der Krise zu beteiligen. Da wäre etwa die sogenannte Übergewinnsteuer: Konzerne, die von der Lage an den Energiemärkten besonders profitieren, sollen eine Sonderabgabe zahlen. Die FDP lehnt sie bislang mit Verweis auf den Koalitionsvertrag ab.

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert will das nicht gelten lassen. »Die Lage hat sich doch dramatisch verändert seit Dezember«, sagt er. »Eine Übergewinnsteuer wäre fair und würde dem Geist des Koalitionsvertrages entsprechen: keine Mehrbelastung für



Wirtschaftsminister Schiller (4. v. l.) bei Konzentrierte-Aktion-Runde 1968: Kein wirklicher Erfolg

die Leistungsträger in der Mitte der Gesellschaft.« Genossinnen vom linken Flügel gehen weiter und nehmen die Topverdiener in den Blick. »Wir müssen über die Besteuerung sehr hoher Einkommen sprechen, weil die Entlastungsmaßnahmen des Staates finanziert werden müssen«, sagt Wiebke Esdar, Chefin der Parlamentarischen Linken. Sie sehe das »auch als Start in eine Umverteilung und als Zeichen der Gerechtigkeit in Zeiten, in denen Menschen Angst haben, ihre Heizung oder Lebensmittel nicht mehr bezahlen zu können«. Juso-Chefin Rosenthal wünscht sich einen »Krisensoli von Topverdienern«. Zudem plädiert sie für eine Vermögensabgabe und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer.

Ähnliche Töne kommen von den Grünen. »Wir brauchen eine Umverteilung der Härten. Reiche und die, die Übergewinne anhäufen, werden etwas abgeben müssen«, sagt Katrin Göring-Eckardt, Vize-Bundestagspräsidentin von den Grünen. »Wir sind alle der Staat, und das bedeutet eben auch, dass alle etwas beitragen müssen. Wer wie der Finanzminister Überstunden fordert, hat nicht verstanden, was diese Krise für die hart arbeitende Bevölkerung bedeutet.« Und Grünenchefin Lang sagt mit Blick auf die FDP: »Die Zeitenwende bedeutet, dass wir alle alte Gewissheiten hinterfragen müssen. Wir Grüne zeigen das etwa bei Waffenlieferungen und LNG-Terminals.«

Lindner und seine FDP lehnen Steuererhöhungen jedoch ab, zum jetzigen Zeitpunkt noch entschiedener als sonst. Ihr Argument: Die Wirtschaftsentwicklung schwäche sich wegen des Ukrainekriegs merklich ab, da wären höhere Steuern Gift für die Konjunktur.

Besonders allergisch reagieren Lindner & Co. auf den Vorschlag der rot-grünen Koalitionspartner, den Spitzensteuersatz anzuhäben. Er gilt für die meisten Firmen. Für rund 80 Prozent von ihnen ist die Einkommensteuer die Unternehmensteuer. Schon jetzt sei Deutschland für Unternehmen im

internationalen Vergleich ein Hochsteuerland. Noch größer sind die Abwehrreaktionen gegen eine Vermögensteuer. Die FDP hält sie für ökonomisch besonders schädlich, weil sie auch dann anfällt, wenn ein Unternehmen Verluste einfährt. Sie geht zulasten der Unternehmenssubstanz. Zudem ist sie wenig ergiebig, dafür aber verwaltungsaufwendig.

In der SPD-Spitze macht man sich aktuell wenig Illusionen, was die Chancen einer Vermögensabgabe angeht. Er habe die FDP im Wahlkampf so verstanden, dass sie die arbeitende Mitte entlasten wolle, sagt Kühnert. »Jetzt sind wir jedoch in der ungerechten Situation, dass wir stinknormale Erwerbseinkommen mit Zusatzbeiträgen in der Krankenversicherung belasten, weil die FDP den Krisenprofiteuren partout keine Übergewinnsteuer zumuten will.« Er frage sich, »ob das wirklich das letzte Wort der Liberalen sein kann«.

FDP-Chef Lindner wirkt derweil fest entschlossen, beim Thema Schuldenbremse und Steuererhöhungen eisern zu bleiben und SPD und Grüne ins Leere laufen zu lassen. Für »verantwortungslos« hält das Rosenthal. »Christian Lindner muss sich der Realität stellen und aufhören, in einem Wunderland für das reichste Prozent der Gesellschaft zu leben«, sagt die Jungsozialistin. Echte Partner reden eher nicht so übereinander.

Auch bei den Grünen ist man zunehmend genervt von der Blockadehaltung der FDP. »Diese Koalition möchte eine Koalition des Fortschritts sein. Um Fortschritte zu machen, muss man Bremsen lösen«, sagt Göring-Eckardt. »Da können wir besser werden, definitiv.« Als »hoch nervös« nimmt ein führender Sozialdemokrat die FDP nach drei verlorenen Landtagswahlen wahr. Die Grünen wiederum seien »wie ein Sack Flöhe«, jeden Tag komme ein Fachpolitiker mit einer unabgestimmten Idee um die Ecke.

Dabei ist den Ampelparteien bewusst, welches gesellschaftliche Spaltpotenzial in dem

Thema steckt. Und wie sehr sie populistischen Parteien in die Hände spielen könnte.

Die zerzauste Linke lauert bereits auf ihre Chance, die Regierung von links angreifen zu können. Mit Blick auf den Ukrainekrieg sieht der Parteivize Lorenz Gösta Beutin eine Möglichkeit, wo das Geld für die Entlastung herkommen soll. »Unsere Forderung ist: Kriegsprofiteure zur Kasse«, so Beutin. Er erwartet einen heißen Herbst: »Sicher wird es heftige Proteste geben. Als Linke werden wir dafür wirken, dass der nicht von rechts genutzt wird, sondern für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Klimaschutz gleichermaßen.«

Auf dem Parteitag der AfD Mitte Juni im sächsischen Riesa war trotz aller internen Differenzen die Vorfreude auf kommende Krisen zu beobachten. Guido Reil, Europaabgeordneter und früherer Sozialdemokrat aus dem Ruhrgebiet, fuhr in praller Hitze mit seinem »Kältebus« für Obdachlose vor die Parteitagshalle. In den Wintermonaten wird er zum Winterbus, dann steuert er damit wöchentlich Stellen an, an denen Obdachlose leben. Diesmal sei der Bus nicht nur praktisch gewesen, um Werbematerial nach Riesa zu transportieren, »sondern brachte mir auch schöne Bilder«, sagt Reil. Für ihn ist klar: »Alles schießt nach oben, alles wird teurer, der soziale Faktor ist die Zukunft der AfD.«

In Riesa gab die neue Co-Parteichefin Alice Weidel den Ton vor: »Eine Inflationsrate von zehn Prozent ist noch gar nichts, wir werden noch mehr sehen«, rief sie den Delegierten zu. »Was glauben wir, was eigentlich in diesem Land los sein wird?« Nur die AfD könne die kommenden Probleme lösen.

Die Partei unterstützt eine Kampagne, mit der vor einem angeblich drohenden Blackout, einem tagelangen und großflächigen Stromausfall, gewarnt wird. In Thüringen, dem Landesverband des Rechtsextremisten Björn Höcke, werden mit Fraktionsgeldern bereits entsprechende Flyer gedruckt. Ein Video auf Höckes Facebook-Seite zeigt anschaulich, wie die AfD sich die Krise ausmalt: In einer Wohnung gehen alle Lichter aus.

Droht auch in Deutschland eine Gelbwestenbewegung wie in Frankreich, wo sich Enttäuschte vom rechten wie vom linken politischen Rand gemeinsam gegen das Establishment unterhaken und das Land mit Protesten lahmlegen?

Das Glück der Bundesregierung könnte sein, dass sowohl die Linke als auch die AfD aktuell ziemlich derangiert daherkommen. Die Linke hat Monate des Flügelstreits hinter sich. Die AfD ebenfalls. Sie ist sogar so unprofessionell, dass es ihr nicht gelang, ihren Parteitag wie geplant zu beenden.

Dieser Umstand ist das Einzige, was die Regierung der Ampelkoalition derzeit beruhigen könnte.

Markus Dettmer, Markus Feldenkirchen, Timo Lehmann, Ann-Katrin Müller, Christian Reiermann, Anna Reimann, Christian Teews, Gerald Traufetter, Severin Weiland



SEHEN SIE DIE WELT IN EINEM NEUEN LICHT

DER VOLLELEKTRISCHE
GENESIS GV60 IST DA



IT'S ABOUT TIME
[GENESIS.COM](https://www.genesis.com)

Genesis GV60 Sport Plus Elektrische 180kW RR + 180kW FF (490 PS): Stromverbrauch kombiniert in kWh/100km: 19,1; CO₂-Emissionen kombiniert in g/km: 0; Elektrische Reichweite kombiniert in km: 466km (Werte in WLTP).

Unter dem Strich

INFLATION Seit die Preise steigen, müssen viele Menschen rechnen, um sich das Leben leisten zu können. Besuche bei einer Familie, einem Single, einer Rentnerin und zwei Alleinerziehenden – eine Reise durch Teuerland.



Familie Diezinger

Beruf: Kinderpflegerin, Erzieher
Einkommen: 4000 Euro netto

Fünf Menschen, fünf Leben, die zusammen vielleicht so etwas wie den deutschen Durchschnitt abbilden: Jens Diezinger, Erzieher und Familienvater. Astrid Weber, Verwaltungsangestellte, Mutter einer Tochter. René Baumgart, Weinexperte und Single. Dagmar Neiser, Rentnerin. Jana Knaack, alleinerziehend. Fünf Menschen, die ihr Leben neu ordnen müssen, seit fast alles teurer wird. Die sich nach einem Einkauf im Supermarkt wundern, was das alles kostet.

Sechs Eier: 2,99 Euro.

300 Gramm junger Gouda: 4,59 Euro.

Ein Kilogramm gemischtes Hack: 8,99 Euro.

Im Februar lag die Inflationsrate bei 5,1 Prozent, im Mai stieg sie auf 7,9 Prozent, das war der höchste Wert seit fast einem halben Jahrhundert. Im Juni fällt sie wohl leicht und beträgt 7,6 Prozent. Hohe Inflationsraten verringern die Kaufkraft, man kann sich für sein Geld weniger leisten.

Lieferengpässe wegen des Krieges in der Ukraine – etwa von Weizen, der als Futtermittel gebraucht wird – lassen die Preise von Lebensmitteln steigen. Butter war im Mai 43 Prozent teurer als vor einem Jahr.

Rapsöl: 65,2 Prozent teurer.
Nudeln: 33,2 Prozent teurer.

Die Sanktionen gegen Russland treiben die Energiepreise hoch. Außerdem beträgt die CO₂-Abgabe seit Anfang des Jahres 30 Euro für jede Tonne Kohlendioxid, das bei der Verbrennung von Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas entsteht. Auch deswegen kostete Heizöl in diesem Mai fast doppelt so viel wie im vergangenen, plus 94,8 Prozent.

Erdgas: 55,2 Prozent teurer.
Strom: 21,5 Prozent teurer.
Diesel: 52 Prozent teurer.

Die Bundesregierung versucht, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Mit einer Energiekostenpauschale von 300 Euro. Mit einem Bonus von 100 Euro pro Kind für Familien. Mit einer niedrigeren Energiesteuer auf Kraftstoffe, mit dem 9-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr, beides für drei Monate. All das wird den Bund rund 17 Milliarden Euro kosten.

Die Frage ist, wem es hilft. Die Zuschüsse werden »die Kaufkraftverluste der Bürger lediglich teilweise auffangen«, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ermittelt. Eine Rentnerin, die weniger als 900 Euro im Monat bekommt, wird in diesem Jahr nur um 46 Euro entlastet, wie das Düsseldorfer Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung errechnet hat. Von dieser Summe hat die Inflation schon jetzt nichts mehr übrig gelassen. Ein Paar mit zwei Kindern und einem gemeinsamen Nettoeinkommen zwischen 2000 und 2600 Euro wird um 1006 Euro entlastet. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat es aber bereits 398 Euro mehr ausgegeben, als wenn die Inflation bei zwei Prozent läge.

Diese Geschichte ist eine Reise durch Teuerland. Zu Menschen, die auf der Einkommenskala nicht ganz oben stehen und nicht ganz unten. Wie geht es ihnen? Was können sie sich noch leisten? Und wie blicken sie in die Zukunft?

Stadecken-Elshheim

Jens Diezinger hat Angst. Angst davor, dass die Inflation »gekommen ist, um zu bleiben«, wie er sagt. Und dass er dann nachts schlaflos im Bett liegt, weil er überlegen muss, wie er den Kühlschrank für seine Familie vollbekommen soll. Rund 4000 Euro netto haben die Diezingers im Monat zur Verfügung. »Das ist an Tag 23 alles weg. Wenn am Ende des Geldes noch mehr Monat übrig ist, wird es brenzlig.« Nach diesem Satz geht Jens Diezinger auf den Balkon, eine Zigarette rauchen.

Die Diezingers, das sind Vater Jens Diezinger, 44 Jahre alt, und Mutter Carolin Witter-Diezinger, 41. Lena ist 15, Vincent 14, Henning 12, Valentin 9 und Pauline 3. Stadecken-Elshheim ist eine Ortsgemeinde in Rheinland-Pfalz mit sanften Hügeln, geprägt vom Weinbau. Nach Mainz fährt man etwa 20 Minuten mit dem Auto, zum Frankfurter Flughafen eine halbe Stunde. Die Gegend ist beliebt bei Piloten, Bankern und Journalisten.

Familie Diezinger teilt sich 83 Quadratmeter einer Einliegerwohnung im ersten Stock, vier Zimmer. Die beiden jüngsten Kinder schlafen mit den Eltern in einem Raum, der mittlere Sohn übernachtet bei der Oma, die im Erdgeschoss wohnt und der das Haus gehört. Die Diezingers zahlen keine Miete, für die Nebenkosten hat Jens Diezinger der Schwiegermutter bisher 500 Euro überwiesen, wegen der steigenden Energiepreise werden es nun 700 sein. Die Waschmaschine läuft bei ihnen mehrmals am Tag, manchmal von morgens 9 bis abends 20 Uhr ohne Pause. Der Wäschetrockner bleibt jetzt aus.

»An Tag 23 ist alles weg. Wenn am Ende des Geldes noch mehr Monat übrig ist, wird es brenzlig.«

Jens Diezinger

Es ist noch nicht lange her, da wurde in der Nachbarschaft eine Doppelhaushälfte frei, 140 Quadratmeter, kleiner Garten, zwei Bäder, mit genügend Zimmern für alle. Der Vermieter hat 2000 Euro kalt bezahlt. »Selbst ohne Mieterhöhung wäre das für uns nicht drin«, sagt Jens Diezinger. »Zuzüglich Heizung und Strom wäre mein Gehalt ja weg.«

Er arbeitet als Erzieher in einer Kita und sitzt am Wochenende in einem Kulturzentrum in Mainz an der Kasse, sein Nebenjob. Inklusive Kindergeld kommt er auf Einnahmen in Höhe von 2900 Euro netto. Seine Frau ist gelernte Reiseverkehrskauffrau und arbeitet als Kinderpflegerin. Von Mai bis Juli hilft sie samstags und sonntags noch in der Küche einer Weinstube aus, und sie hat ein Kleingewerbe angemeldet, sie schneidert Kissenbezüge, T-Shirts, Puppen. Insgesamt verdient sie etwa 1100 Euro.

Auf der Ausgabenseite stehen 500 Euro monatliche Tilgung für drei Kredite: für das Auto, den Kühlschrank, das Sofa. Knapp 400 Euro für Diesel. Jens Diezinger pendelt 50 Kilometer zur Arbeit, wenn er noch nach Mainz fährt, weil ein Kind zum Arzt muss, sind es bereits 100 Kilometer an einem Tag. 170 Euro für vier Handyverträge. Kfz-Versicherung und Hausratversicherung. Die Zusatzversicherung für Brillen und Zahn-

behandlungen der Kinder kostet 30 Euro im Monat. Für Lebensmittel, Putzutensilien und Kleidung geben die Diezingers pro Woche 400 Euro aus. Meist gehen sie zu Aldi, Lidl, Penny, dm, C&A, H&M.

Wenn sich Carolin Witter-Diezinger eine Jeans kauft, kostet die 29 Euro. Hennings Fußballschuhe sind vom Flohmarkt. Für neue Turnschuhe müssen auch mal 19 Euro reichen.

Vor der steigenden Inflation haben sie einmal in der Woche einen Großeinkauf im Supermarkt gemacht. Inzwischen kauft Jens Diezinger jeden Tag ein, auf dem Rückweg von der Arbeit, um eine Autofahrt zu sparen. Seit die Preise gestiegen sind, kaufen die Diezingers weniger Nahrungsmittel ein. Erdbeeren, Gurken, Tomaten und Salat haben sie jetzt selbst im Garten angepflanzt.

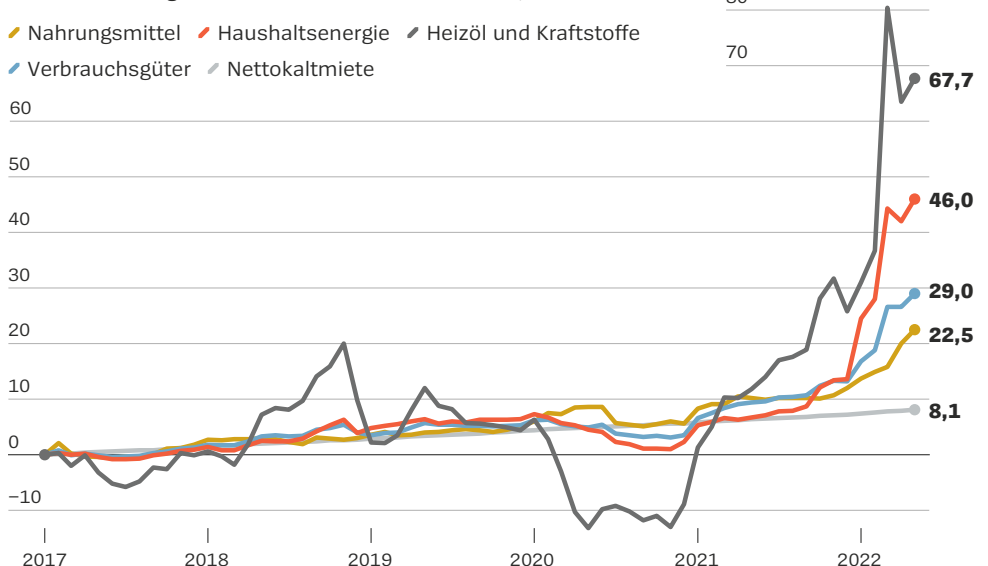
Für das Abendessen ist Lena zuständig, das älteste Kind. Sie beginnt im August eine Lehre zur Fachfrau für Restaurants und Veranstaltungsgastronomie. Lena überlegt sich, was es geben soll, und schreibt einen Einkaufszettel für ihren Vater. Sie kocht oft Kartoffeln, Reis, Nudeln, weil die satt machen und günstig sind. Gibt es Fleisch, dann Huhn oder Schwein.

Lena sagt: »Ich versuche, ausgewogen zu kochen. Gemüse, Kohlenhydrate, Ballaststoffe, gesunde Fette. Das Problem ist: gesund kochen und günstig einkaufen – das überschneidet sich nicht.« Für eine 15-Jährige wirkt Lena ungewöhnlich erwachsen.

Der Vater sagt, dass ihn die Zigaretten im Monat 120 Euro kosten. Die Mutter trifft sich häufig mittwochs mit einer Freundin, sie gehen dann manchmal essen. Noch sind sie nicht so weit, darauf zu verzichten. Unantastbar ist für die Diezingers auch der Sommerurlaub: Seit Jahren fahren sie für drei Wochen nach

Teurer Alltag

Preisveränderungen in Deutschland seit Januar 2017, in Prozent



Quelle: Destatis

Büsum an die Nordsee, sie legen dafür das Jahr über Geld zurück.

Zur Familientradition gehört es, dass sie in Büsum einmal am Tag im Café Venezia Eis essen, es gibt für jeden eine Kugel. Carolin Witter-Diezinger hat sich schon informiert: Eine Kugel kostet mittlerweile 1,50 Euro, 20 Cent mehr als im letzten Urlaub. Das sind 29,40 Euro zusätzliche Ausgaben. Sie wollen ihr Ritual dieses Mal unbedingt noch beibehalten, aber sie stellen sich die Frage, wie viel es ihnen wert sein darf. Zwischendurch hatte es so ausgesehen, als reichte ihr Geld nicht einmal für Ferien ohne Eis. Dann hatten die Kinder vorgeschlagen, auf Weihnachtsgeschenke zu verzichten und das Geld in die Urlaubskasse zu legen. 2023 soll das Ferienhaus 250 Euro mehr kosten. Möglicherweise sei der Urlaub dann nicht mehr drin, sagt Jens Diezinger.

Selbst schuld, das ist ein Vorwurf, den Carolin und Jens Diezinger öfter hören. Als sie sich schon einmal in den Medien zu ihrer finanziellen Situation geäußert hatten, hieß es in den Kommentaren auf Facebook: Was haben die auch fünf Kinder! Großfamilien haben keinen guten Ruf in Deutschland, wo die Geburtenrate bei 1,53 Kindern pro Frau liegt. Diezinger sagt: »Wir haben nie geplant, fünf Kinder zu bekommen. Aber Wunsch Kinder sind sie alle. Und ich habe mich nie hingestellt und gesagt: So, lieber Staat, jetzt zahl mal.«

Die Eltern legen Wert darauf, dass ihre Kinder fleißig sind und verantwortungsbewusst. Alle haben Küchendienst, müssen Wäsche falten.

Jens Diezinger wünscht sich von der Regierung eine dauerhafte Entlastung. Einmalige Sonderzahlungen bringen ihm nichts, sagt er, auch die Kindergelderhöhung reiche nicht. »Die sind wie Kamelle im Karneval: schnell hingeworfen zum kurzfristigen Genuss. Ich vermisste einen Masterplan.« Vergangenes Jahr zahlte sein Arbeitgeber ihm einen steuerfreien Coronabonus, der dazu führte, dass er 138 Euro zu viel verdiente, um die Lernmittelfreiung für seine Kinder zu erhalten. Er sagt, er habe deshalb Schulbücher ausleihen und noch welche für 867 Euro kaufen müssen. Am Ende zahlte er also drauf.

Das 9-Euro-Ticket? Nutzt der Mutter, weil sie keinen Führerschein hat und eine einfache Fahrt mit dem Bus nach Mainz sonst 6,50 Euro kostet. Jens Diezinger nimmt es nicht in Anspruch. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln würde er eine Stunde und 18 Mi-

nuten zur Arbeit brauchen. Und zurück genauso lang.

Statt mit dem Auto fährt er neuerdings aber zweimal in der Woche mit dem Rad.

Siegen

An der Innenseite ihrer Wohnungstür klebt ein gelber Zettel, darauf steht: »Heizungstherme abstellen«. Wenn Astrid Weber morgens zur Arbeit geht, erinnert sie die Notiz daran, Gas zu sparen. Seit Februar zahlt sie 96 Euro im Monat für Heizung und Warmwasser, vorher waren es 80. Und an die Nachzahlung bei der nächsten Jahresabrechnung will sie lieber nicht denken.

Es ist der 24. Mai, für die restlichen sieben Tage des Monats hat sie für sich und ihre Tochter noch 50 Euro in bar und 211 Euro auf dem Girokonto. Wenig Spielraum für unvorhergesehene Kosten.

Siegen hat gut 100 000 Einwohner und liegt in einer wachstumsstarken Region Nordrhein-Westfalens. Astrid Weber wohnt auf 50 Quadratmetern zur Miete, zwei Zimmer, Küche, Bad, sie ist 43 Jahre alt, eine alleinerziehende Mutter. Ihre Tochter Madita ist 9 und kommt in die vierte Klasse. Weber hat einen Realschulabschluss und eine Ausbildung zur Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten, sie hat in einer Apotheke gearbeitet, wechselte in die Gastronomie, wurde schwanger, die Beziehung ging in die Brüche. Nach der Elternzeit schulte sie um zur Industriekauffrau, nun arbeitet sie Teilzeit, 32 Stunden pro Woche in der Verwaltung der Arbeiterwohlfahrt.

Auf dem Küchentisch steht ein Zettelkasten mit Tankbelegen und

»Ich suche Lösungsansätze. Vom Jammern geht die Inflation ja nicht runter.«

René Baumgart

Im Supermarkt zahlt sie 44,36 Euro, »und im Einkaufswagen liegt praktisch nichts«.

Astrid Weber



Astrid Weber

Beruf: Verwaltungsangestellte
Einkommen: 2300 Euro netto

Kassenbons aus dem Supermarkt, sie hat am Laptop eine Tabelle erstellt mit all ihren Einnahmen und Ausgaben, ein digitales Haushaltsbuch. Außerdem liegt da eine eng beschriebene Seite aus einem Colleagueblock, »Sparmaßnahmen« steht unterstrichen in der ersten Zeile, darunter folgen 27 Punkte, die sie sich überlegt hat: »Flohmärkte«, »Gefrierschrank abtauen«, »Bedürfnisse prüfen«.

Astrid Weber schneidet und färbt sich die Haare selbst, aussortierte Kleidung bietet sie bei Ebay-Kleinanzeigen an, oder sie bringt die Sachen zu H&M, wo sie für jede Tüte einen Rabattgutschein erhält. In den vergangenen elf Jahren war sie einmal im Urlaub, eine Woche lang in Ägypten. Für ihre Tochter zahlt sie Reitstunden und Musikunterricht, darüber hinaus legt sie jeden Monat fünf Euro zur Seite, die für Maditas Führerschein gedacht sind.

Ein Drittel der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern lebte im vergangenen Jahr von Hartz IV, Astrid Weber geht es vergleichsweise gut. »Weil ich das weiß, jammere ich nicht«, sagt sie. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft gehört sie zur Mittelschicht im engen Sinn. Sie verdient 1845 Euro netto, zuzüglich Kindergeld und Unterhalt kommt sie auf 2300 Euro. Zieht sie ihre Fixkosten ab, etwa für Miete, Versicherungen, Internet und Netflix-Account, bleiben rund 1000 Euro übrig.

Am Monatsanfang nimmt sie vier Briefumschläge, für jede Woche einen, und steckt jeweils 100 Euro hinein. Von dem Geld kauft sie Lebensmittel. Jetzt blättert sie durch ihre Quittungen, schaut in ihre Tabelle mit Soll und Haben und vergleicht Preise: Das Brot, das sie immer nimmt, ist 30 Cent teurer geworden, für einen Eisbergsalat hat sie 1,59 Euro bezahlt statt 39 Cent. An der Supermarktkasse kommen schnell 44,36 Euro zusammen, »und im Einkaufswagen liegt praktisch nichts«.

Das Schulessen für die Tochter ist zwei Euro im Monat teurer geworden, und sie geht davon aus, dass der Beitrag noch mal erhöht wird. Dass ihr Stromabschlag steigen wird, steht für sie außer Frage. Sie fährt einen Renault, der innerorts sieben bis acht Liter verbraucht. »Einmal volltanken kostet mich gut 90 Euro«, sagt sie. Und ist froh, nicht zur Arbeit pendeln zu müssen. Alles in allem bleiben ihr »150 Euro weniger im Monat« als früher.

Astrid Weber will sich nicht stärker einschränken als nötig. Sie versucht, Lustkäufe wie Schmuck zu vermeiden, findet es aber sinnvoll, »einmal hoch-

wertig zu kaufen statt fünfmal billig«, beim Fleisch zum Beispiel. Sie muss keinen Kredit tilgen, doch die Preissteigerungen kommen zu einer Zeit, in der sie Kapital aufbauen wollte; sie hört den Podcast von Natascha Wegelin, die als »Madame Money Penny« Finanzcoaching für Frauen anbietet. Astrid Weber hat keine Aktien, sie hat ein Sparbuch.

Darauf will sie die Energiepauschale einzahlen. Auch den Kinderbonus. Mit dem »geschenkten Geld«, wie sie sagt, will sie nicht kalkulieren. Von den Maßnahmen der Regierung hält Astrid Weber eher wenig. Das 9-Euro-Ticket brauche sie nicht, und es sei ja offensichtlich, dass die Mineralölkonzerne die Steuersenkung beim Benzin nicht an die Kunden weitergeben. Sie sagt: »Von einer dauerhaften Erhöhung des Kindergeldes hätte ich mehr.«

Sie meint, dass Deutschland vor entscheidenden Jahren stehe. Dass das Sozialversicherungssystem irgendwann kollabieren, dass die Rente bei vielen Menschen nicht reichen werde, um die Existenz zu sichern. »Wir brauchen das bedingungslose Grundeinkommen.«

Hamburg

Auf dem Sideboard hinter René Baumgart stehen Flaschen: Rotwein, Weißwein aus Italien und Frankreich, Deutschland, Österreich, den USA. Er hat einen großen Teil seines Lebens dem Genuss verschrieben. An einem Abend im Sternerestaurant könne er sich noch lange danach erfreuen, sagt er.

Baumgart ist 55 Jahre alt, er vertreibt Wein für einen Großhändler. Er lebt allein, sein zwölfjähriger Sohn wohnt bei der Mutter und verbringt jeden Dienstag und jedes zweite Wochenende bei ihm. Baumgart ist gelernter Kellner und ein Kind der ehemaligen DDR, bis zur Wende arbeitete er im Palasthotel gegenüber vom Berliner Dom, dann wurde er Sommelier, bis er in den Handel wechselte, auch wegen der geregelten Arbeitszeiten. Er kocht mit Leidenschaft, Paprika, Nudeln, Knoblauch und Zucchini hat er immer im Haus. Baumgart ist einer, der zum Erdbeerbauern fährt, wenn er findet, dass die Früchte im Supermarkt zu wenig Qualität liefern.

Wie kommt so einer jetzt zurecht?

»Ich suche Lösungsansätze. Vom Jammern geht die Inflation ja nicht runter.«

Corona hat die Gastronomiebranche durchgewirbelt, viele Betriebe konnten sich nicht halten, auch weil ihnen in den Monaten der Kurzarbeit die Mitarbeiter abhandengekommen sind. Baumgart sagt, viele Wirte seien gerade derart mit der Suche nach Personal beschäftigt, dass sie nicht darüber nachdenken, wie sich ihr Weinsortiment neu aufstellen lasse. Potenzielle Kunden würden Termine nun häufiger kurzfristig absagen. Und gleichzeitig beeinträchtigte die Inflation den Handel. »Die Weinpreise explodieren«, sagt Baumgart.

Er steht in einer Lagerhalle im Industriegebiet Billbrook, bis unter die Decke stapeln sich Kisten. »Überall gibt es Engpässe. Man-



Philipp Meuser / DER SPIEGEL

René Baumgart

Beruf: Weinvertrieb für den Großhandel
Einkommen: keine Angabe

che Winzer können nicht liefern, weil es keine Kartons und Etiketten mehr gibt. Einigen gehen sogar die Flaschen aus.«

Baumgart hat sich entschieden, der Krise auch etwas Positives abzugewinnen. »Man lernt das, was man hat, wieder mehr zu schätzen. Viele Menschen konsumieren jetzt bewusster.«

4000 bis 5000 Euro brutto im Monat seien in seinem Beruf möglich, wie viel er genau verdient, mag er nicht verraten. Seine Ausgaben aber lassen sich beziffern: Die Miete für 75 Quadratmeter sei gerade um 40 auf 980 Euro erhöht worden. Er bediene drei Sparverträge, er zahle Unterhalt für seinen Sohn. Die Zusatzversicherung für dessen Zahnsperre teile er sich mit der Mutter. Hinzu kämen die Raten für eine Hausratversicherung und eine Rechtsschutzversicherung.

»Wir werden gerade alle Zahlenmenschen«, sagt er. »Man guckt sich jeden Benzinpreis an der Tankstelle an.«

Baumgart kauft lieber fünfmal in der Woche ein als einmal. Er kann sich nicht vorstellen, bereits am Montag zu wissen, was er am Sonntag essen möchte. Außerdem würden so weniger Lebensmittel verderben. Er zahlt seine Einkäufe mit Kreditkarte und hat schon überlegt, wie er angesichts der ständig steigenden Preise am besten den Überblick über seine Ausgaben behält.

»Generell habe ich mein Leben bislang nicht sehr verändert. Ich habe noch nie mehr ausgegeben, als ich mir leisten konnte.« Er sei im Gegenteil ein Mensch, der freiwillig einen höheren Abschlag für Strom und Wasser wähle, weil er am Ende des Jahres lieber Geld zurückbekomme als nachzahle. »Ich

gehe jetzt weniger essen, ja. Und ich achte vielleicht noch mehr auf Sonderaktionen und Rabatte.« Gerade erst habe er für drei Kinokarten 10,35 statt 30 Euro ausgegeben. »Wenn man sich kümmert, ist vieles möglich.«

Und doch hat Baumgart vor Kurzem noch einen 450-Euro-Job bei einem Spitzenkoch angenommen. Das Trinkgeld, das er von den Gästen bekommt, spart er für besondere Anlässe und den Urlaub mit seinem Sohn. Drei Wochen wollen sie in den Sommerferien verreisen: Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Niedersachsen – einschließlich Abenteuerpark und Störtebeker-Festspiele. »Dafür würde ich abends auch Regale im Supermarkt auffüllen«, sagt René Baumgart. Er brauche Geld auch, um Lebenserinnerungen zu sammeln, die unverzichtbar seien.

München

In der Rotbuchenstraße wohnt Dagmar Neiser mit ihrem Mann Peter, sie ist 71 Jahre alt und er 86. Zwei von rund 270 000 Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt. Die beiden haben vergangenes Jahr im Juli geheiratet, »weil wir nicht allein durch den letzten Lebensabschnitt gehen wollten«, wie Frau Neiser sagt. Wenn sie einen Wunsch frei hätte, würde sie mit ihrem Mann für einen Tag in die Therme nach Bad Füssing fahren, im warmen Wasser baden und danach eine Massage genießen. Aber ers-tens können beide nicht mehr gut laufen, und zweitens haben sie kaum genug Geld für die notwendigen Dinge des täglichen Lebens.

Für den neuen, gut tausend Euro teuren Herd hat Dagmar Neiser fast vier Jahre lang gespart. Sie überweist jeden Monat 20 Euro vom Girokonto aufs Sparbuch, ihre Rücklage für solche Fälle.

39 Jahre lang hat Dagmar Neiser gearbeitet, sie erhält monatlich 455,80 Euro Erwerbsminderungsrente und als ehemalige Angestellte im öffentlichen Dienst noch einmal 112,33 Euro Zusatzrente. Weil das zum Leben nicht reicht, zahlt ihr der Bezirk Oberbayern eine Grundsicherung von 349,69 Euro. Alles zusammen ergibt 917,82 Euro. Damit liegt sie unter der Erwerbsminderungsrente, die eine deutsche Frau im Durchschnitt Ende 2021 erhalten hat, die betrug 994 Euro.

Dagmar Neiser hat nach der Hauptschule eine Ausbildung zur Industriekauffrau gemacht, später für ein Unternehmen gearbeitet, das Bremssysteme herstellt. Mit 19 lernte sie ihren ersten Mann kennen, »ich war schockverliebt«, sagt sie. Später machte er sich als Immobilienmakler selbstständig, Dagmar Neiser erledigte die Aufgaben im Büro. Nach 20 Jahren wurde die Ehe geschieden. Da sei ihr aufgefallen, sagt sie, dass er kaum für sie in die Rentenkasse eingezahlt habe. Sie stand ohne Wohnung und ohne Job da. Mit 46 schulte sie noch einmal um, zur Verwaltungsfachangestellten.

Bis zu ihrem 60. Lebensjahr war sie bei der Stadtentwässerung München tätig, dann entdeckten Ärzte bei ihr einen gutartigen Tumor im Gehirn. Sie konnte nicht weiterarbei-



Tanja Kernweiss / DER SPIEGEL

Dagmar Neiser

Beruf: Rentnerin
Einkommen:
917,82 Euro netto

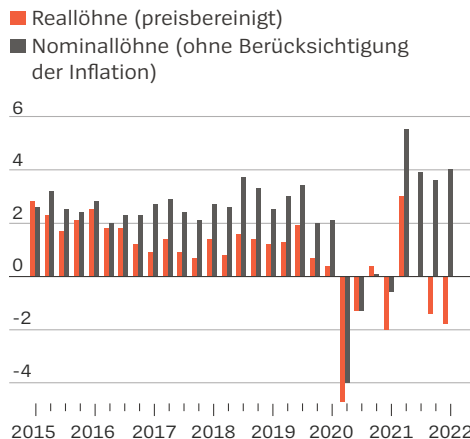
ten, bekam eine Abfindung von 8000 Euro und erhält seit Juni 2010 Rente.

Jetzt sitzt sie in ihrer Küche, im Regal stapeln sich Teepackungen, Honiggläser und Puderzucker. Ihr Mann, der für die U.S. Air Force und später beim Zoll gearbeitet hat, fühlt sich nicht gut heute, er hat sich hingelegt.

Weil sie als bedürftig gilt, unterstützt die Seniorenhilfe LichtBlick sie monatlich mit 35 Euro, das Geld kommt von einem anonymen Wohltäter, der Verein hat mehr als 2600 solcher Patenschaften abgeschlossen. LichtBlick hat Dagmar Neiser in den vergangenen Jahren einen Kühlschrank gespendet, eine Waschmaschine, einen Schlafzimmerschrank, einen Kurs für Wassergymnastik und die Hochzeit mit 300 Euro unterstützt. Von dem Betrag fuhr die Neisers mit dem Taxi zum Standesamt und zurück und bestellten sich abends Pizza.

Im Minus

Entwicklung der Löhne in Deutschland gegenüber dem Vorjahresquartal, in Prozent



Quelle: Destatis

Das Paar lebt im Bezirk Untergiesing-Harlaching, der Stadtteil ist ruhig und grün. Ihre 53-Quadratmeter-Wohnung kostet 489 Euro warm, ein Schnäppchen für München. Der Stromabschlag beträgt 90 Euro, für Telefon und Internet müssen sie 40 Euro zahlen. Sie haben getrennte Konten und teilen sich die Mittagsmahlzeit, die als Essen auf Rädern für den Mann gebracht wird.

Weil sie keine schweren Tüten tragen kann, lässt sich Dagmar Neiser die Einkäufe liefern. Vier- bis fünfmal im Monat ordert sie bei Rewe oder Bringmeister.de, die Rechnungen fallen seit ein paar Wochen merklich höher aus. Für 400 Gramm Butter zahlt sie 4,29 Euro, ein Liter Milch kostet 1,39 Euro, der Preis für die Aufbackbrötchen stieg von 0,99 Cent auf 1,09 Euro, dann auf 1,69. Dagmar Neiser sammelt Payback-Punkte, die sie wieder für Lebensmittel einsetzt.

Die Rentenerhöhung im Juli von 5,35 Prozent, es ist die höchste seit Jahrzehnten, geht an ihr vorbei – was sie zusätzlich bekommt, wird ihr bei der Grundsicherung angerechnet. Das 9-Euro-Ticket kann sie nicht gebrauchen, sie verlässt kaum die Wohnung. Weil sie kein Auto besitzt, profitiert sie nicht vom Tankrabatt. Die Energiepauschale erhalten Rentnerinnen und Rentner wie sie nicht.

Eine Rentnerin aus Pforzheim hat deshalb vor dem Sozialgericht Klage eingereicht, sie mahnt eine Verletzung von Artikel 3, Absatz 1 des Grundgesetzes an, in dem es heißt: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.« Dagmar Neiser glaubt nicht, dass die Klage erfolgreich sein wird. Sie glaubt, dass bald noch weniger Menschen angemessen von der Rente leben können. Zum Beispiel die Frau vom Pflegedienst, die zu ihr kommt. Die zahle für ihr Apartment 900 Euro, müsse einen Nebenjob machen und könne trotzdem nicht privat vorsorgen fürs Alter. »Diese Leute sind die Sozialhilfeempfänger der Zukunft.« Sie sagt, sie sei froh, nicht mehr jung zu sein.

Lychen

Jana Knaack hat Rhabarberkuchen aufgetragen. Hefeteig, Streusel und dazwischen das Obst aus dem Garten. »Das Rezept gibt es jetzt, solange wir Rhabarber ernten«, sagt sie. Ihre beiden Töchter, 12 und 14 Jahre alt, haben den Tisch unterm Sonnenschirm gedeckt. Kaffee, blaue Keramikbecher, passende Servietten. »Wir versuchen immer, es uns schön zu machen«, sagt Jana Knaack. »Aber ich kann dabei sehr pragmatisch sein: Wenn es eng wird, ist Essen eben Nahrungsaufnahme und nicht jeden Tag Genuss.«

Knaack ist 44 Jahre alt und in der ehemaligen DDR aufgewachsen, nach der Wende hatten die Eltern ihre Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren und mussten beruflich neu anfangen. Sie hatten Kredite für ihr Haus abzubezahlen, was ihnen in ihrer Situation schwerfiel, zwischendurch wurde es auch für das Hobby der Tochter eng: Reiten. Ihr Lehrer habe aus Freundlichkeit auf den Monatsbeitrag verzichtet, erzählt Knaack.

»Ich möchte verhindern, dass meine Kinder einmal ähnliche Sorgen mitbekommen.«

Lychen liegt in der Uckermark, in Brandenburg. Die Menschen in diesem Bundesland verdienen im Schnitt fast zehn Prozent weniger als durchschnittlich in Deutschland. Wenig Industrie, viele Seen, viel Wald, kaum eine andere Region ist ähnlich dünn besiedelt und strukturschwach. Doch das Zuhause der Knaacks ist ein Idyll. Sie bewohnen die umgebaute Remise einer ehemaligen Backsteinmühle, rote Rosen ranken an alten Mauern, der Garten wird von einem Wasserlauf begrenzt. Zum Grundstück gehört auch ein großes Ferienhaus, das Jana Knaack vermietet. Neun Betten, zwei Bäder, alte Holzdielen, warme Farben, für eine Übernachtung nimmt sie 220 Euro.

In ihrem eigentlichen Beruf berät Jana Knaack als Angestellte Menschen, die Fördermittel der Europäischen Union für ländliche Entwicklung beantragen wollen, 32 Stunden in der Woche. Doch was anfangs eine sauber durchgerechnete Kombination aus Haupt- und Nebenjob schien, macht ihr zunehmend Sorgen.

Im März 2020 wurde Jana Knaack geschieden, bis dahin hatte sie das Ferienhaus mit ihrem Mann bewirtschaftet, es war meist Monate im Voraus ausgebucht. Sie nahm einen Kredit von 150 000 Euro auf, um das Grundstück mit den beiden Häusern nach der Trennung behalten zu können. Dann kamen die Pandemie und das Beherbergungsverbot: Einnahmen, mit denen sie gerechnet hatte, blieben aus. Und 80 Prozent der Coronahilfen müsse sie zurückzahlen: insgesamt 6000 Euro.

Hinzu kommen monatlich 700 Euro für den Kredit. Außerdem der Betrag für drei Handyverträge für sie und die Kinder. Das Leben einer Alleinerziehenden auf dem Land, wo kaum ein Bus fährt und die Schule 20 Kilometer entfernt liegt, lässt sich ohne Handy schlecht organisieren. Dann die Rate für den Autokredit. Der Stellplatz für das Pferd, das sie vor der Pandemie für sich und die Töchter angeschafft hatte. 250 Euro Stallmiete waren es bislang, jetzt sind es 300 Euro.

Dagegen stehen ihr Gehalt und die Einnahmen aus dem Ferienhaus, in guten Monaten seien es zusammen etwa 3000 Euro netto. Es gibt eine Solaranlage und eine Heizung mit Holz und Pellets, sie verursache ungefähr halb so viele Kosten wie eine Gasheizung, sagt Knaack. Doch die Anlagen mussten häufiger als gedacht

»Ich glaube, dass bald noch weniger Menschen angemessen von der Rente leben können.«

Dagmar Neiser

»Manche dieser Preissteigerungen sind nicht verhältnismäßig und auch nicht erklärbar.«

Jana Knaack

gewartet werden. Das Dach braucht eine Reparatur. Und die Mädchen wachsen aus den Schuhen.

Jana Knaack hat Betriebswirtschaft studiert, Haushalten sei für sie immer selbstverständlich gewesen, sagt sie. Jede kleine Summe, die sie erübrigen konnte, habe sie weggelegt, einige Tausend Euro hat sie so als Sicherheit angespart. Falls das Auto kaputtgehe, sei sie aufgeschmissen, sagt sie. Neuerdings jedoch bleibe kein Euro übrig am Ende des Monats.

Im Gegenteil, sie hat sich bei ihrer Reserve bedienen müssen. Das Pferd ist unheilbar erkrankt, es brauchte ein Inhalationsgerät, dazu Medikamente. »Dieses Pferd, unser Pferd, wird jetzt eine Rechenaufgabe«, sagt Jana Knaack. »Können wir ein Tier behalten, das ein Pflegefall ist?« Der Gedanke, dass sein Leben von ihrem Geldbeutel abhängt, quält sie.

Sie habe für sich seit zwei Jahren keine Kleidung gekauft, sagt sie. Und sie gebe nicht mehr als 100 Euro in der Woche für Lebensmittel aus. Noch hält sie es durch, trotz der steigenden Preise. Sie kaufe nur noch das, was sie für bezahlbar halte, und koche dann entsprechend. Wenn die Mädchen Lust auf Eis hätten, gebe es auch mal Wassereis aus pürierten Früchten.

Und statt Fleisch süßsaure Eier mit Kartoffeln.

Sie überlegt jetzt genau, welche Strecken sie mit ihrem Hybridauto fährt. Die Zeit spontaner Ausflüge, etwa nach Berlin, sei vorüber. Knaack weiß jetzt dienstliche Termine an der polnischen Grenze zu schätzen, weil sie im Nachbarland günstiger tanken kann. Ihre Eltern, die eine Stunde entfernt wohnen, besucht sie seltener.

Jana Knaack ist überzeugt vom Staat und seinen Strukturen. Ohne öffentliches Geld, ohne Fördermittel auch aus der EU, stünde die Uckermark nicht halb so gut da, meint sie. Sie verabscheue es, wenn Menschen ständig über Politik meckerten. Aber es ärgert sie, dass sie für zwei Kilo Äpfel statt 1,99 Euro nun 3,69 im Supermarkt zahlen soll, obwohl es sich um dieselbe Sorte handelt, die im Herbst eingelagert wurde. Oder dass Handwerkerarbeiten nun oft viel teurer geworden sind. »Manche dieser Preissteigerungen sind nicht verhältnismäßig und auch nicht erklärbar«, meint sie. »Da springen viele auf einen Zug auf, ohne dass es der Politik gelingt, es zu verhindern.«

Sie hofft, dass die Buchungslage für ihr Ferienhaus in den kommenden Monaten so positiv bleibt, wie sie derzeit ist. »Wenn nun zusätzlich zur Inflation die Coronazahlen steigen und Feriengäste ausbleiben, kann ich das nicht mehr auffangen.« Anfang des Jahres ging es ihr wie vielen Müttern in dieser Zeit, sie war überlastet und musste für mehrere Wochen aussetzen. Seither versucht sie, mehr auf ihre Gesundheit zu achten.

Sie sagt sich, dass es viele Menschen gibt, die mit weitaus weniger auskommen müssen. Dass sich zur Not alles verkaufen lässt und sie und ihre Töchter in einer Mietwohnung neu anfangen könnten. Sie erinnert sich in letzter Zeit oft daran, wie sie als Kind auf dem Holzbein ihres Opas saß. Er war kriegsversehrt, hatte seine Heimat verloren und habe sich trotzdem nie unterkriegen lassen. »Ich habe bislang bei allen Krisen gedacht, dass es nicht so schlimm ist wie das, was er erleben musste«, sagt sie.

Im nächsten Monat will sie mit ihrer älteren Tochter ein paar Tage verreisen, Paris, sie hat die Bahnfahrt vor längerer Zeit gebucht, zum Sonderpreis. Die Reise ist ein Geschenk. Das Mädchen feiert Jugendweihe, statt mit der Familie ein großes Fest zu feiern, wollte es lieber den Eiffelturm sehen. »Im Zweifel greife ich dafür dann das Ersparte an. Alles andere wäre doch dumm.«

Maik Großekathöfer, Katja Thimm

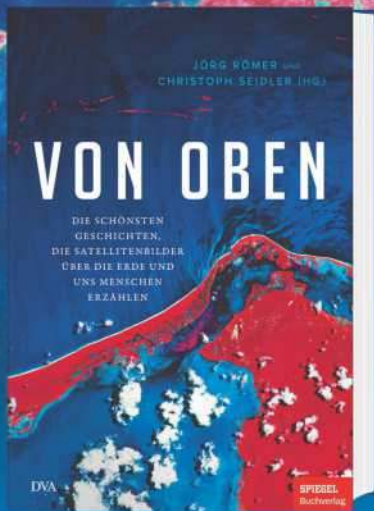


Scarlett Werth / DER SPIEGEL

Jana Knaack

Beruf: Regionalmanagerin
Einkommen: bis zu 3000 Euro netto

FASZINATION ERDE



288 Seiten, durchgehend vierfarbig,
gebunden · 24,00 €

Qualmende Vulkane,
einsame Wüsten,
traumhafte Atolle
und pulsierende Metropolen:
Über 50 faszinierende
Aufnahmen aus dem All und
die spannenden Geschichten
dahinter präsentiert
dieses Buch, basierend auf der
beliebten SPIEGEL-Kolumne
»Das Satellitenbild
der Woche«.

Foto: © NASA/unsplash

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag

Ein Aufguss der größten Flops

GELDPOLITIK Die Erfahrung lehrt, dass es nur ein wirksames Mittel gibt, die Inflation zu stoppen. Das haben die Akteure offenbar vergessen.

Aus den Tiefen des vergangenen Jahrhunderts kehrt ein Gespenst zurück. Nach Dekaden nahezu stabiler Preise zieht die Inflation gefährlich an. Im Juni lag das Preisniveau 7,6 Prozent höher als im Vorjahresmonat, nach 7,9 Prozent im Mai. Auf's Jahr gerechnet erwarten Ökonominnen und Ökonomen eine Preissteigerungsrate von mehr als 6 Prozent, dreimal so hoch wie das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 Prozent.

Wie konnte es so weit kommen?

Gleich mehrere Entwicklungen vermengen sich zu einem fatalen Gemisch, das den Preisturbo befeuert. Da ist zunächst die in den vergangenen zehn Jahren praktizierte lockere Geldpolitik der EZB. In der jüngeren Vergangenheit trieb die Notenbanker in Frankfurt, ebenso wie ihre Kollegen anderswo auf der Welt, vor allem die Angst vor Deflation um, also vor sinkenden Preisen.

Um sie zu verhindern, fluteten die Notenbanken in Europa und Nordamerika ihre Volkswirtschaften mit frisch geschaffenen Euros, Dollars und Pfund. Sie drückten die Leitzinsen auf null oder darunter und kauften massenhaft Staatsanleihen an.

Die Geldschwemme legte das Fundament für die gegenwärtigen Preissteigerungen, denn Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen. Ohne üppige Geldversorgung hätten Anbieter von Waren und Dienstleistungen keinen Spielraum, ihre Preise zu erhöhen.

In einer Volkswirtschaft mit konstanter Geldausstattung würden steigende Preise etwa für Energie gleichsam automatisch zu sinkenden bei allen anderen Produkten führen. Weil die Menschen mehr fürs Tanken ausgeben, sparen sie zum Beispiel beim Essen. Als Folge bleiben Lebensmittel übrig, sie werden billiger. Das Preisniveau ändert sich nicht.

Das Gegenteil passiert, wenn die Notenbanken die Geldschleusen öffnen, wie in den vergangenen Jahren. Dann ergeben sich Überwälzungsspielräume. Und die werden gegenwärtig reichlich ausgenutzt. Wegen des Krieges in der Ukraine werden Öl und Gas knapp. Die Energieunternehmen haben keine Scheu,

ihre gestiegenen Beschaffungskosten an die Kunden weiterzureichen.

Viele wichtige Wirtschaftsgüter wurden schon vorher knapp und teuer. Die Coronapandemie brachte Lieferketten durcheinander und die Globalisierung zum Stillstand. Früher sorgte die weltweite wirtschaftliche Verflechtung für niedrige Preise, weil immer wieder billige Produktionsstandorte in die globale Arbeitsteilung eingegliedert wurden. Damit ist es vorerst vorbei.

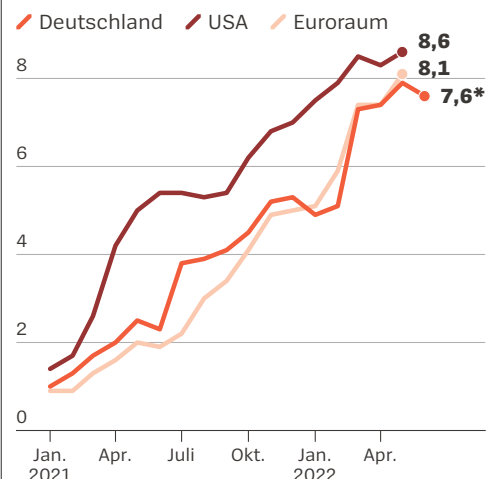
Corona treibt noch aus einem anderen Grund die Preise. Während der Pandemie gaben die Menschen weniger Geld aus. Auf ihren Konten sammelten sich Ersparnisse. Sie werden nun verstärkt abgehoben. Wenn zu viel Geld hinter zu wenig Gütern herjagt, steigen die Preise.

Das Problem bei staatlichen Eingriffen gegen steigende Preise, die nun allenthalben gefordert werden, ist: Die Politik kann die sozialen Folgen der Inflation lindern – gegen den Preisanstieg selbst kann sie nur wenig ausrichten.

Die Eingriffe verpuffen häufig wirkungslos, manchmal verschlimmern sie die Lage sogar.

Preisschock

Inflationsraten, Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



Quelle: OECD

* vorläufig

Ein gutes Beispiel ist der Tankrabatt. Der Fiskus verzichtet auf 30 Cent je Liter Benzin, in der Hoffnung, dass die Preise an den Zapfsäulen sinken. Der Erfolg hielt sich in Grenzen. Mit ihrer Aktion machte die Regierung ein ohnehin knappes Gut künstlich billiger. Als Folge stieg die Nachfrage, die Preise für Diesel kletterten auf ihr altes Niveau, zum Teil darüber.

Ähnlich verhält es sich mit der Idee, Preise, etwa für Gas, einzufrieren. Mit befristeten Preisdeckeln aller Art versuchte die Regierung des damaligen US-Präsidenten Richard Nixon schon vor zwei Generationen, die Inflation zu zügeln. Sie scheiterte erbärmlich.

Das ist einfach zu erklären: Wenn die Regierung eine Preisobergrenze festlegt, die unter dem Marktpreis liegt, bieten die Unternehmen weniger von den Produkten an, weil sich das Geschäft nicht mehr lohnt. Die Preise steigen zwar nicht mehr, dafür gibt es Lieferengpässe. Fallen die Restriktionen weg, schießen die Preise umso stärker in die Höhe.

Die aktuelle Debatte wirkt wie ein Aufguss längst vergangener Tage, nach dem Motto: die größten Flops der Sechziger- und Siebzigerjahre und das Schlechteste von heute. Nach etlichen Jahren des vergeblichen Herumexperimentierens zeigte sich vor gut 40 Jahren im industrialisierten Westen, dass es nur eine Möglichkeit gab, anhaltende Inflation zu drücken: Die Notenbanken erhöhten die Zinsen kräftig. Damit dämpften sie Nachfrage und Preisauftrieb – und stürzten ihre Volkswirtschaften nicht selten in die Rezession.

Eine Notenbank nach der anderen entschied sich damals für die Rosskur. Dabei zeigte sich ein deutliches Muster: Je später sie einschränkten, desto tiefer fiel die anschließende Anpassungskrise aus.

Was also sollte die EZB tun?

In den zurückliegenden Jahren ging es für sie stets darum, die Eurozone vor dem Kollaps zu retten und die Neuverschuldung der europäischen Regierungen durch günstige Zinsen zu ermöglichen.

Dem Kampf gegen zu hohe Preise, ihrem eigentlichen Auftrag, musste sich die EZB dagegen noch nie wirklich stellen – die Inflation lag selten deutlich höher als die anvisierten zwei Prozent. Das stellt die Währungsbehörde unter ihrer Chefin Christine Lagarde vor kaum lösbare, teils hausgemachte Probleme. Einerseits müsste sie bei Inflationsraten von acht Prozent ihre Leitzinsen drastisch anheben, um der Öffentlichkeit zu demonstrieren, wie ernst sie ihre Aufgabe nimmt.

Andererseits, so steht es in den EU-Verträgen, soll sie »die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union« unterstützen. Das gilt zwar unter der Bedingung, dass erst einmal die Preise stabil sind. Klar ist aber auch, dass die Zentralbank mit zu krassen Zinserhöhungen hoch verschuldete Südländer in Schwierigkeiten bringen würde.

Das Dilemma, in dem die EZB steckt, ist zum Teil selbst verschuldet. Allzu lange glaubte sie, dass die Inflation nur vorübergehend sei. Das passte zu ihrem neuen, 2021 formu-



EZB-Chefin
Lagarde

Thomas Piroz / DER SPIEGEL

lierten Ziel, Preissteigerungen von über zwei Prozent eine Zeit lang einfach zu tolerieren.

Die stärkste Waffe der Notenbanken ist die Kommunikation: Konkrete Maßnahmen wie Zinsschritte oder der Ankauf von Staatsanleihen wirken nur selten unmittelbar. Umso stärker müssen EZB, Fed und Co. versuchen, die Erwartungen von Unternehmen, Verbrauchern und Investoren mit Worten zu steuern. Gelingt ihnen das, können sie etwa die berühmte Lohn-Preis-Spirale verhindern. Wenn die Tarifpartner fürchten müssen, dass die EZB notfalls mit harten Maßnahmen die Inflation bekämpft, auch unter Inkaufnahme einer Rezession, halten sie sich eher zurück. Umgekehrt gilt: Sehen die Notenbanker die Sache zu entspannt, werden Gewerkschaften mehr Gehalt fordern und Verbraucher Ausgaben vorziehen – und so die Inflation zusätzlich befeuern.

Den Zeitpunkt, verbal wirksam zu intervenieren, hat die EZB offenkundig verpasst.

Und auch ihre Ankündigung, die Zinsen im Juli um 0,25 Prozent anzuheben, taugt nicht als Signal der Entschlossenheit. So haben die Frankfurter Währungshüter mit gleich zwei Problemen zu kämpfen: der Inflation sowie den nach wie vor gewaltigen ökonomischen Unterschieden in der Eurozone.

Ablesbar ist das an der Entwicklung italienischer Staatsanleihen, die seit einigen Wochen deutlich höher rentieren als deutsche. Die EZB hält die Entwicklung für so bedrohlich, dass sie angekündigt hat, am Kapitalmarkt wieder Staatsanleihen bestimmter Länder zu kaufen, um deren Zinsen zu drücken – kaum eine Woche nachdem sie mitgeteilt hatte, dass Schluss sei mit der Geldpolitik im Ausnahmestadium.

Und so bleibt die Notenbank, aus Angst um den Zusammenhalt der Eurozone, Gefangene ihrer selbst. Und die Inflation wird ein Gespenst von heute.

Tim Bartz, Christian Reiermann

»Ein Auto muss vor allem praktisch sein«

SPIEGEL-GESPRÄCH Verkehrsminister Volker Wissing, 52, über seine Pläne, der Bahn die Verspätungen auszutreiben, die Zukunft des Verbrennungsmotors und Konflikte in der Ampelkoalition



FDP-Politiker Wissing in seinem Büro: »Ich mag die S- und U-Bahnen Berlins«

SPIEGEL: Herr Minister, stimmt es, dass Sie mit der U-Bahn ins Ministerium fahren?

Wissing: Ich mag die S- und U-Bahnen Berlins. Schon als Bundestagsabgeordneter und auch später, wenn ich als Landesminister in der Stadt zu tun hatte, habe ich sie gerne benutzt.

SPIEGEL: Warum tun Sie sich das an, wo Sie doch mit der Dienstlimousine fahren könnten?

Wissing: Den Dienstwagen nehme ich, wenn es meine Arbeit erfordert. Vertrauliche Telefonate kann ich in der S-Bahn nicht führen.

SPIEGEL: Derzeit herrscht ein unglaublicher Run auf das 9-Euro-Ticket, die Züge und Busse sind voll. Haben Sie nicht die Sorge, dass die Menschen sich entsetzt abwenden und sagen: Ich habe keine Lust, mir im Regional-express die Beine in den Bauch zu stehen?

Wissing: Die Rückmeldungen, die ich bekomme, sind durchweg positiv. Die meisten Kundinnen und Kunden sagen übrigens, das Beste an dem Ticket sei gar nicht mal der Preis. Endlich müssen sie nicht mehr nachschauen, welchen Tarif sie lösen müssen. Das 9-Euro-Ticket ist ganz einfach zu verwenden.

SPIEGEL: Müsste dieses einfache Prinzip nicht auf Dauer erhalten bleiben?

Wissing: Am Wochenende kam auf einer Veranstaltung jemand zu mir, der sagte, er habe das erste Mal in seiner Heimatregion Freunde besuchen können, ohne durch drei verschiedene Verkehrsverbünde zu fahren und unterschiedliche Fahrscheine ziehen zu müssen. Die Strecke war deutlich weniger als 100 Kilometer. Wir müssen alles daransetzen, die Tarife künftig unkompliziert zu gestalten. Daher analysieren wir das 9-Euro-Ticket derzeit sehr genau.

SPIEGEL: Sollten all diese Nahverkehrsverbünde radikal zusammengelegt werden?

Wissing: Um solche Fragen zu klären, habe ich gemeinsam mit den Ländern eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Bis zum Herbst wollen wir Vorschläge erarbeiten, wie der ÖPNV künftig noch attraktiver werden kann. Das 9-Euro-Ticket liefert uns hierbei wichtige Erkenntnisse. Im Übrigen hat es viel besser funktioniert als von manchen behauptet. Gerade war der Bahn-Vorstand bei mir im Ministerium und hat berichtet, man habe nur in wenigen Fällen Probleme mit übertakten Zügen gehabt.

SPIEGEL: Was passiert, wenn die Energiepreise weiter steigen, gibt es dann eine Wiederauflage des 9-Euro-Tickets?

Wissing: Das Ticket war von Anfang an für drei Monate konzipiert. Dauerhaft können wir es nicht für neun Euro pro Monat anbieten. Im Herbst auf der Verkehrsministerkonferenz werden wir beraten, wie es weitergeht. Fest steht: Wir wollen den Nahverkehr attraktiver machen.

SPIEGEL: Das müsste auch für die Deutsche Bahn gelten, die ist offensichtlich ein riesiger Sanierungsfall. Wie schlimm steht es um den Staatskonzern?

Wissing: Die Bahn hat selbst erkannt, dass etwas grundlegend verändert werden muss.

Gegenverkehr

»Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit von Bundesverkehrsminister Volker Wissing?«, Angaben in Prozent

eher/sehr unzufrieden

61

eher/sehr zufrieden

10

5 • Quelle: Civey-Umfrage für den SPIEGEL vom 15. bis 29. Juni; Befragte: 5011; die statistische Ungenauigkeit der Umfrage liegt bei bis zu 2,5 Prozentpunkten; an 100 fehlende Prozent: »unentschieden«

Wenn wir mit dem ehrgeizigen Ziel rangehen, den Personenverkehr und den Güterverkehr weiter zu verstärken, dann kann man das auf der Grundlage der bisherigen Netzinfrastruktur schlicht nicht leisten.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich von der Konzernspitze hinters Licht geführt über das wahre Ausmaß der Misere?

Wissing: Die ersten Gespräche, die ich mit dem Infrastrukturvorstand nach meinem Amtsantritt geführt habe, ließen die Probleme nicht in dem Maße erkennen, wie ich sie später vorgefunden habe. Ich war dann sehr überrascht, als er den Konzern verlassen wollte. Zumal in dieser Zeit die Pünktlichkeit der Bahn noch einmal rapide abnahm. Mir war es wichtig zu wissen, wie es zu diesen Verspätungen kommt und wie wir sie vermeiden können. Ich habe volles Verständnis dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger verärgert sind, wenn Züge mit riesiger Verspätung kommen. Es ist kein Problem, wenn ein Zug mal fünf Minuten zu spät kommt. Wenn er zwei Stunden verspätet ist oder gar nicht fährt, ist das eine Zumutung.

SPIEGEL: Und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?

Wissing: Unser Netz ist heutzutage so angelegt, dass Baustellen sehr schnell den Zugverkehr massiv beeinträchtigen. Es fehlen etwa Signale auf dem Gegengleis für Züge, die einer Baustelle ausweichen. Das bedeutet, dass sie sehr langsam fahren müssen und sich dadurch der Überholvorgang an einer Baustelle verlängert. So kommt es zu massiven Zugverspätungen oder gar Zugausfällen. Wir müssen deswegen das Netz so modernisieren, dass das Überholen einer Baustelle nur noch zu einer minimalen Betriebsbeeinträchtigung führt und Züge wieder pünktlich ankommen.

SPIEGEL: Was soll genau geschehen?

Wissing: Wir wollen einen gesamten Streckenkorridor vollständig sanieren. Das heißt: wo es notwendig ist, das Gleisbett erneuern, die Oberleitungen erneuern, die Signalisie-

rung in Gegenrichtung anbringen und auch mehr Weichen einbauen, um aufs Gegengleis wechseln und schnell zurückwechseln zu können. Reparaturarbeiten müssen so geplant und durchgeführt werden, dass man sie im Alltagsbetrieb kaum merkt.

SPIEGEL: In Österreich lässt man diese Flickschusterei seit 2008 sein. Warum erst jetzt in Deutschland?

Wissing: Eigentlich liegt es auf der Hand, so vorzugehen. Warum man das bislang nicht getan hat, müssen Sie meine Vorgänger fragen.

SPIEGEL: Oder den Bahn-Vorstand. Woher nehmen Sie das Vertrauen, dass er das Problem endlich lösen wird?

Wissing: Aus den Gesprächen, die ich mit den Personen geführt habe. Ein Personalwechsel löst ein solch tiefgehendes Infrastrukturproblem nicht über Nacht. Genauso ist es nicht hilfreich, einfach Geld auf den Tisch zu legen und zu meinen, jetzt sei alles wieder gut.

SPIEGEL: Sie haben in Ihrem Ministerium eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Ist das nicht ein Misstrauensbeweis gegen Vorstand und Aufsichtsrat?

Wissing: Nein, das ist vielmehr ein klares Bekenntnis, dass ich mich persönlich um eine Lösung kümmern will. Dafür brauche ich Fachleute in diesem Gremium, die kontinuierlich nachverfolgen, wie die Ziele erreicht werden.

SPIEGEL: Nicht nur die Infrastruktur der Bahn ist marode, auch die Autobahnbrücken sind es. Im Dezember ließen Sie von einem auf den anderen Tag eine wichtige Talbrücke der A45 sperren. Erwarten die Deutschen weitere solch böse Überraschungen?

Wissing: Ich habe gleich nach Amtsübernahme eine Bestandsaufnahme angeordnet. Die hat ergeben, dass wir 4000 marode Autobahnbrücken haben. Das stellt für unsere Gesellschaft ein erhebliches Risiko dar. Bislang wurden nur 200 Brücken pro Jahr repariert. Wir werden diese Zahl verdoppeln und wollen alle Brücken bis zum Jahr 2030 saniert haben.

SPIEGEL: Werden in Ihrer Amtszeit neue Autobahnen gebaut, auch wenn Ihr grüner Koalitionspartner davon gar nichts hält?

Wissing: Es gibt einen Bundesverkehrswegeplan, beschlossen vom Bundestag, in dem sich weitere Ausbauprojekte befinden, und der gilt, solange ihn der Bundestag nicht ändert.

SPIEGEL: Ein umkämpftes Beispiel ist der Autobahnring A100 in Berlin. Den wollen viele Bürger nicht, auch die SPD in der Hauptstadt rückte unlängst von den Plänen ab. Warum halten Sie daran fest?

Wissing: Selbstverständlich prüfen wir, ob geplante Autobahnneubauten weiterhin dem Verkehrsbedarf entsprechen. Dazu haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben.

SPIEGEL: Und wenn das Gutachten keinen Bedarf erkennt, dann würden Sie auch den A100-Ausbau beerdigen?

Wissing: Das kann nur der Bundestag entscheiden. Ich will nur anmerken, dass sich

»Es nicht hilfreich, Geld auf den Tisch zu legen und zu meinen, es wird gut.«

gesellschaftliche Umstände auch so verändern können, dass neue Verkehrswege notwendig werden.

SPIEGEL: Ein großes Kampffeld ist die Zukunft des Automobils. In dieser Woche gab es einen Kompromiss im EU-Umweltministerrat. Eigentlich sollen Autos mit Auspuff verboten werden. Doch auf Druck der FDP ist eine Zusatzklärung in die Einigung gekommen. Darin wird die EU-Kommission aufgefordert, Ausnahmen für Autos mit E-Fuels möglich zu machen. Warum hängt die FDP so an der alten Technologie?

Wissing: Diese Haltung entspricht ganz klar dem, was schon während der Sondierungsgespräche und auch bei den Koalitionsverhandlungen vereinbart worden ist. Die Regierung hat die unterschiedlichen Interpretationen, die es darüber gab, nun gelöst und noch einmal betont, wie wichtig Technologieoffenheit beim Erreichen der Klimaneutralität ist.

SPIEGEL: Die Grünen feiern den nächtlichen Kompromiss auf EU-Ebene dennoch als Aus für den Verbrenner. Wer hat denn jetzt recht?

Wissing: Wir setzen auf Klimaneutralität im Verkehr, das ist die wirklich gute Nachricht. Der Verbrennungsmotor soll erhalten bleiben – unter der Voraussetzung, dass er nachweislich nur mit E-Fuels betrieben wird.

SPIEGEL: Umweltministerin Steffi Lemke von den Grünen erweckte den Eindruck, es gehe beim Aus für den Verbrenner ab 2035 auch um Pkw, die mit alternativen Kraftstoffen wie dem E-Fuel angetrieben werden. Empfinden Sie das als Foulspiel?

Wissing: Wir haben es hier mit einem der größten Transformationsprozesse in unserer Geschichte zu tun. Das muss so technologieoffen wie möglich gestaltet werden, das ist für die FDP ein wichtiges Anliegen.

SPIEGEL: Und deshalb gehören E-Fuels dazu?

Wissing: Ja, denn die brauchen wir. Wir müssen unsere Mobilität klimaneutral gestalten. Aber wie wir diesen Weg gehen, wie wir die Gesellschaft dabei mitnehmen, wie wir Arbeitsplätze sichern, wie wir Technologieführerschaft erhalten, wie wir dafür sorgen, dass unser Automobilstandort seine hohen Beschäftigungszahlen sichert, darüber müssen wir technologieoffen diskutieren. Niemand kann das Ende dieses Transformationsprozesses heute schon klar voraussagen. Es wäre deshalb fahrlässig, klimaneutrale Lösungsansätze frühzeitig auszuschließen.

SPIEGEL: Viele Grüne werfen Ihnen einen mangelnden Ehrgeiz beim Klimaschutz vor.

Wissing: Das ist falsch. Wenn eine Wissensgesellschaft erfolgreich sein will, muss sie die Vielfalt der Argumente zulassen und einen offenen Diskurs pflegen.

SPIEGEL: Aufseiten der Industrie gibt es ein Bedürfnis nach Planungssicherheit, die mit Vorgaben zur Elektromobilität leben kann.

»Energiesparen ist ein Beitrag zur Unabhängigkeit unseres Landes von Putin.«

Wissing: Es geht aber nicht darum, ob Unternehmen damit leben können, sondern ob die Bürgerinnen und Bürger und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das können. Die Automobilindustrie spielt in unserem Land eine überragende Rolle.

SPIEGEL: Die Effizienz elektrischer Autos ist aber im Vergleich zu Verbrennerautos enorm. Legt nicht allein die physikalische Vernunft einen raschen Umstieg nahe?

Wissing: Ich will die Elektromobilität durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur befördern. Ich glaube aber nicht, dass es irgendjemandem hilft, wenn man andere klimafreundliche Technologien aus politischen Gründen verbietet. Im Übrigen produzieren wir unsere Fahrzeuge überwiegend für den nicht deutschen Markt, und da ist die Verengung auf einen technologischen Weg nicht vorgezeichnet. Wir müssen den Einsatz synthetischer Kraftstoffe erhöhen, um weltweit zu einer klimaneutralen Mobilität zu kommen.

SPIEGEL: Ist das ein Dauerkonflikt, der mit den Grünen bis zum Ende der Legislaturperiode bleibt?

Wissing: Ich finde es nicht schlimm, wenn in einer solch grundlegenden Frage eine politische Kontroverse stattfindet. Es geht um den größten Umbau der Industriegeschichte Deutschlands. Zum Glück haben wir mehrere Optionen – Elektromobilität, Wasserstoff und auch E-Fuels.

SPIEGEL: 15 Millionen batteriebetriebene Elektroautos sollen laut Koalitionsvertrag bis 2030 auf den Straßen rollen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Sie das erreichen?

Wissing: Indem ich die notwendige Infrastruktur aufbaue, um diese Fahrzeuge nutzen zu können. Im Übrigen leben wir in einer Marktwirtschaft, es gibt keine staatliche Vorgabe, wie viele Fahrzeuge von wie vielen Bürgern bis zu welchem Stichtag gekauft werden müssen. Deswegen ist der Masterplan Ladeinfrastruktur so wichtig, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen.



Wissing, SPIEGEL-Redakteure*

SPIEGEL: Sie waren einer der starken Befürworter einer Ampelregierung im Bund. Sind Sie manchmal frustriert, wenn Sie auf die Streitereien der jüngsten Zeit blicken?

Wissing: Ich versuche, die Dinge voranzutreiben und meinen Beitrag zu leisten, zwischen unterschiedlichen Parteien und Positionen zu vermitteln. Wir müssen vorankommen und können Probleme nicht in die Dauerschleife hängen.

SPIEGEL: Mitunter haben wir den Eindruck, die FDP suche im Moment verzweifelt nach Themen, um sich von den Grünen abzusetzen.

Wissing: Die FDP hat eine anspruchsvolle Agenda, an deren Umsetzung wir arbeiten.

SPIEGEL: Würden Sie vom Kauf eines SUV abraten?

Wissing: Meine Vorstellung von Marktwirtschaft in einer freiheitlichen Demokratie besteht nicht darin, dass der Staat private Kaufentscheidungen empfiehlt.

SPIEGEL: Ist das Auto für Sie Status oder ein Fortbewegungsmittel?

Wissing: Es ist ein Mittel zum Zweck. Ein Auto muss vor allem praktisch sein.

SPIEGEL: Ihr Parteivorsitzender fährt indes gern gelegentlich seinen Oldtimer-Porsche aus.

Wissing: Menschen sind unterschiedlich. Das macht die Vielfalt unserer Gesellschaft aus. Eine offene Gesellschaft zeichnet sich durch ihre Freiräume aus, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich selbst zu entfalten und ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe zu leben. Das ist etwas Wunderbares.

SPIEGEL: Gibt es ein Menschenrecht auf den Kauf eines spritfressenden SUV?

Wissing: Es gibt kein Verbot, sich ein bestimmtes Auto zu kaufen.

SPIEGEL: Dann müsste eine Kaufentscheidung also aus dem moralischen Empfinden des Konsumenten heraus geschehen, der ein so großes Auto nicht mehr zeitgemäß findet?

Wissing: In einer freiheitlichen Gesellschaft kommt es immer auf die Verantwortung des Individuums an.

SPIEGEL: In anderen Ländern wie Frankreich gelten Tempolimits. Warum sperrt sich die FDP so dagegen?

Wissing: Keiner der Koalitionspartner fand das Tempolimit so wichtig, dass es Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hätte. Wir haben uns auf andere Maßnahmen konzentriert.

SPIEGEL: Wie wäre es statt eines Verbotes mit einem Appell, als Beitrag zum Energiesparen nur noch Richtgeschwindigkeit zu fahren?

Wissing: Ich halte es grundsätzlich für sehr vernünftig, möglichst wenig Energie zu verbrauchen, auch beim Autofahren. Energie ist knapp, und jeder Beitrag zum Energiesparen ist ein Beitrag zur Unabhängigkeit unseres Landes von Herrn Putin. Aber das sollte aus dem Gefühl der Verantwortung geschehen, nicht durch Zwang.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Severin Weiland und Gerald Trautvetter im Ministerium in Berlin.



HC Plambeck



HC Plambeck / DER SPIEGEL



Steffen Roth



HC Plambeck / DER SPIEGEL

Abgeordnete Rosenthal, Hönel, Klose, Klüssendorf: Pech mit Corona, Krieg und Inflation

Immer schön auf Linie

PARLAMENT Der Bundestag ist so jung wie seit 50 Jahren nicht mehr, nur eine Revolte blieb aus. Die neuen Abgeordneten von SPD und Grünen zielen nicht auf Krawall, sie wollen Profis sein.

Das Risiko einer baldigen Revolte schien hoch, damals vor neun Monaten. Einen Tag nach der Bundestagswahl stand der künftige Kanzler Olaf Scholz im Studio der ARD, ihm gegenüber Moderatorin Tina Hassel. Es ging um Koalitionsoptionen, um Kernthemen der SPD, am Ende ging es auch um die Veränderungen in seiner Fraktion.

Die SPD im Bundestag sei ja nun jünger und größer geworden, sagte die Moderatorin. 49 Jusos gehören dem Parlament an, knapp ein Viertel der Fraktion. »Das sind, wenn man es so sagen will, die Truppen von Kevin Kühnert«, sagte Hassel und erinnerte an den langjährigen Juso-Vorsitzenden, der die SPD Anfang 2018 mit seiner Kampagne gegen die Große Koalition vor sich hergetrieben hatte. Ähnlich war die Lage beim künftigen Koalitionspartner: 27 junge Menschen, der Grünen Jugend nahestehend, hatten ein Mandat gewonnen, mehr als ein Fünftel der Fraktion. Drohte nun die Rebellion der Jungen in der Bundespolitik?

Gut 270 Tage später ist klar: Die Revolte ist ausgeblieben. Die Jungen im Bundestag wirken sprachlos, selbst bei ihren Kernthemen wie dem Klimaschutz. Viele scheinen ihre Rolle noch zu suchen, zwischen Loyalität mit Partei und Regierung einerseits und dem Kampf für die Anliegen ihrer Generation andererseits. Wurde ihr Einfluss überschätzt?

Jessica Rosenthal ist Kühnerts Nachfolgerin als Juso-Vorsitzende, sie hätte die Anführerin einer linken Bewegung inner- und außerhalb des Bundestags werden können. Einmal hatte sie kurz den Aufstand geprobt, beim Thema Sondervermögen für die Bundeswehr. Sie hatte einen scharfen Gastbeitrag gegen das Vorhaben geschrieben, was ihr einen Rüffel des Fraktionsvorsitzenden einbrachte. Im Bundestag stimmte sie mit einigen Jusos gegen das 100-Milliarden-Euro-Projekt, die unter 30-jährigen Mitglieder der Grünenfraktion votierten geschlossen mit Ja.

Bei anderen Themen aber blieb Rosenthal auf Linie. Man arbeite gut zusammen: »Viele Ältere haben verstanden, dass wir gebraucht werden«, sagt die 29-Jährige. Und das scheint das Bedürfnis auch von vielen anderen jungen Abgeordneten zu sein: gebraucht zu werden. Sie setzen auf Konstruktives statt auf Krawall.

Sie hatten auch einfach Pech: Als sie in den Bundestag gewählt wurden, herrschte Corona, richtig ankommen konnten sie nicht. Schon nach wenigen Monaten begannen Krieg und Inflation. In Krisenzeiten, so ist die ungeschriebene Regel, versammeln sich die Parteien hinter der Regierung. Der Aufstand macht dann erst mal Pause.

Abgeordnete wie Tim Klüssendorf zeigen allerdings, wie viel hinter den Kulissen geschieht. Der Wirtschaftswissenschaftler aus Lübeck ist ebenfalls ein neuer Juso im Bundestag. Sein Herzensthema ist die einmalige Vermögensabgabe. Er will den Reichen einen Teil ihres Gelds abknöpfen – ein sozialdemokratischer Traum. »Ich wurde von älteren Kollegen dafür belächelt, dass ich mir das zur Aufgabe gemacht habe«, sagt der 30-Jährige. Er habe oft zu hören bekommen, dass er besser etwas tiefer stapeln und sich mit Machbarem beschäftigen solle. Doch er habe Lust, die Grundsatzfragen zu diskutieren, sagt Klüssendorf.

Die Jungen treiben die Themen voran, die ihnen wichtig sind, auch fernab der öffentlichen Wahrnehmung. Die Bafög-Reform zählt dazu, das Bürgergeld oder die Abschaffung des Strafrechtsparagrafen 219a, der das Werben für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellte. Man wisse bei manchen Themen, dass es ohne junge Menschen nicht so gekommen wäre, sagt Juso-Chefin Rosenthal.

»Wir machen uns bemerkbar«, sagt auch Bruno Hönel, der für die Grünen im Haushaltsausschuss sitzt. Dem vielleicht prestigeträchtigsten Gremium im Parlament, ein Sitz dort bedeutet Einfluss auf alle Ressorts der Bundesregierung. Psychologin Hönel ist mit 26 Jahren das jüngste Mitglied. Auch im Auswärtigen Ausschuss gibt es in dieser Legislaturperiode mehrere Neulinge unter dreißig.

Rebellen sind diese jungen Menschen nicht. »Wir sind doch nicht da, um gegen die Linie zu sein, wir schaffen gemeinsam mit anderen die Linie«, sagt Rosenthal. Die große Zahl an jungen SPD-Abgeordneten verschaffe ihnen den nötigen Einfluss, um die Linie mitzuprägen.

»Wir sind in ein bestehendes System hineingekommen und müssen uns darin zurechtfinden«, sagt die ehemalige Berliner Juso-Vorsitzende und heutige Bundestagsabgeordnete Annika Klose. »Wir knien uns rein und lernen gleichzeitig.« Ohne Kompromisse komme man nicht aus, sagt die 30-Jährige.

Dass solche Worte bisweilen befremdlich klingen, liegt auch am Bild, das die Öffentlichkeit von jungen Politikerinnen und Politikern hat. Es wurde in den vergangenen Jahren von Aktivismus geprägt, die Klimabewegung Fridays for Future steht für eine neue, effektive Form, mit der junge Menschen auf sich aufmerksam machen. Jüngst kritisierte Deutschlands berühmteste Klimaaktivistin, Luisa Neubauer, dass die Grünen dafür gefeiert würden, ihre Ideale über Bord zu werfen.

Die meisten der jungen Abgeordneten aber wollen als professionelle Politiker und Politikerinnen wahrgenommen werden. »Wir brauchen Politik, die sich an Realitäten orientiert, die voranschreitet und nicht nur reaktionär ist«, sagt der Grüne Hönel.

Das Beispiel Kühnert aber zeigt, dass sich unbekümmerte Rebellion – gezielt vorgetragen – auch lohnen kann: In einem Interview mit der »Zeit« hatte Kühnert 2019 gefordert, große Unternehmen zu kollektivieren. Heute könnte er dergleichen kaum noch fordern. Und doch hat die Idee ihm reichlich Aufmerksamkeit verschafft. Und ihn dahin gebracht, wo er heute ist.

Laura Meyer, Mascha Wolf



Politiker Madsen im Rostocker Rathaus: Stadtverwaltung als Start-up

Mann der Superlative

KARRIEREN Der Däne Claus Ruhe Madsen ist neuer Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein. Dabei ist seine Bilanz als Rostocker Oberbürgermeister ziemlich durchwachsen.

Ein Tag im Juni, noch ist Claus Ruhe Madsen Rostocks Oberbürgermeister. Er empfängt in einem hellen Raum im Rathaus, darin ein langer weißer Tisch, Stehhocker, ein großer Bildschirm, Start-up-Gefühl. »Smile City Rostock« steht auf einem Plakat an der Wand. Doch Madsen klingt, als hätte er gerade nicht viel zu lachen.

Er spricht von Frust. Davon, als Parteiloser isoliert zu sein. Von zermürbenden Diskussionen. Hundert Stunden die Woche arbeite er oft, und trotzdem heiße es, er müsse sich mehr kümmern. »Das tut weh.« Irgendwann sagt er: »Das alles soll nicht klingen wie ein Frustding.«

Der Mann, der so unzufrieden wirkt mit seinem alten Amt, hat nun ein neues. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) präsentierte Madsen am Montag als Wirtschaftsminister. Die neue Aufgabe

entspricht dem Selbstverständnis des 49-Jährigen, der es mit Superlativen hat. Er sei Jahrgangsbester am Struer Statsgymnasium gewesen, so steht es auf der Website des Rostocker Rathauses. Er war erster Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt ohne deutschen Pass. Nun ist er der erste ausländische Minister eines deutschen Kabinetts seit Bestehen der Bundesrepublik.

Madsens Aufstieg überrascht, denn in Rostock galt er zuletzt als entzaubert. Madsen, so heißt es dort, sei ein Mann der Ideen, nicht der Details. Aber wer dauerhaft erfolgreich sein will, muss seine Ideen auch umsetzen können.

Als Späteinsteiger hat Madsen in der Politik eine steile Karriere hingelegt. Er kam Anfang der Neunzigerjahre aus Dänemark ins Ruhrgebiet, arbeitete dort im Lager und Verkauf eines Möbelhauses. Danach gründete er mit Partnern eine Firma in Rostock und wur-

de dort 2013 Präsident der Industrie- und Handelskammer. Er bewarb sich für die Oberbürgermeisterwahl 2019, unterstützt von CDU und FDP. Im Wahlkampf war er mit dem Lastenrad unterwegs – und gewann.

Etwa ein halbes Jahr war er im Amt, da begann die Coronakrise. Madsen profilierte sich als Manager der Pandemie. Mitten in der ersten Coronawelle, Ende April 2020, meldete er: Rostock sei coronafrei, »vielleicht sogar als erste Großstadt in Deutschland«. Ein Superlativ à la Madsen. Er reagierte in der Krise schneller als viele andere, ließ ein Konzert absagen und unter anderem medizinisches Personal frühzeitig testen. Die Rostocker Inzidenzen blieben über weite Strecken relativ niedrig, was auch, aber nicht allein an Madsen lag.

Er wurde in Talkshows eingeladen und bundesweit bekannt. Seine Bürgerinnen und Bürger waren stolz auf ihren Verwaltungschef. Knapp drei Jahrzehnte nach den rassistischen Ausschreitungen in Lichtenhagen prägte ihr OB ein modernes Bild der Stadt. Er wollte weniger Papier, Rostock sollte digital sein, er wollte 100-Tage-Challenges für seine Verwaltung einführen, »Fast-Lane-Arbeitsbereiche« für schnelle Ergebnisse. Stadtverwaltung als Start-up, das schien Madsens Konzept.

Aber von diesem Hype ist in Rostock nicht mehr viel übrig. »Eher mittelprächtig« sei Madsens Bilanz, sagt selbst ein einstiger Unterstützer. Viele seiner Ideen seien nicht umgesetzt worden. Als Sündenfall gilt seinen Kritikerinnen und Kritikern der Umgang mit der Bundesgartenschau.

Der einst so beliebte Bürgermeister, dem selbst Gegner Charme attestieren, wird dafür verantwortlich gemacht, dass Rostock die Bundesgartenschau 2025 absagen musste – und damit womöglich hohe Fördermittel für Stadtentwicklung verlor. Die Stadt, ausgehungert durch jahrelanges Sparen, wollte endlich wieder im großen Stil investieren. Nebenbei sollte das Event helfen, die Verwaltung anzutreiben.

Für die Bundesgartenschau (Bug) nahm sich Rostock acht Großprojekte für mehr als 140 Millionen Euro vor, die bis 2025 fertig sein sollten, darunter eine rund 500 Meter lange Brücke für Radler und Fußgänger über die Warnow. Das »womöglich größte Fahrradinfrastrukturprojekt« Deutschlands, sagt Madsen.

Doch keines der Projekte kam auch nur in die Nähe der Bauphase. Stattdessen verzettelte man sich in der Vorbereitung – und sagte die Buga schließlich ab. Madsen schiebt das Aus auf die wegen Corona überlastete Verwaltung, die explodierenden Baukosten nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, den Fachkräftemangel. Dabei begannen die Probleme vor dem Krieg und vor Corona.

Die erste Chefplanerin der Gartenschau warnte bereits im November 2019 vor Verzögerungen, sie überwarf sich mit Madsen und gab schließlich auf. Danach blieben wichtige Stellen unbesetzt, anderswo wurden Parallelstrukturen geschaffen.

Und Madsen? Er habe zugesehen, sagen Kritiker. Er fehlte bei Sitzungen, stellte die Buga bisweilen selbst infrage. Er habe das Projekt nicht zur Chefsache gemacht.

Madsen kontert, als Oberbürgermeister habe er viele Aufgaben. »Man kann niemals sagen: Ich kümmere mich jetzt nur um die Buga, weil das ist Chefsache.«

Er sagt: »Ich bin eigentlich nur ein Beobachter. Ich gehe durch einen Raum oder einen Prozess und stelle fest, das geht auch anders.« Madsen findet, deutsche Verwaltungen seien »sehr stark auf Kommandolinie«, sie erwarteten eine klare Ansage. Skandinavier hingegen stellten lieber Fragen.

Man merkt, dass er sich in der Rolle des Dänen gefällt, der auf die Deutschen blickt. Des Unternehmers, der auf die Politik blickt. Diese Außenperspektive kann heilsam sein – seine Kritik ist in Teilen berechtigt. Aber Madsen ist nun mal Politiker. Und nicht Politikberater. Er trägt die Verantwortung.

Wie viel genau die Absage der Bundesgartenschau Rostock kosten wird, ist noch nicht absehbar. Einzelne der Großprojekte sollen trotzdem kommen, nur wann, das ist offen. Das Land hatte 60 Millionen Euro Fördermittel versprochen, unklar ist, wie viel Geld nach der Absage fließen soll.

Ministerpräsident Günther hat die Kritik an Madsens Führungsstil nicht abgeschreckt. Schon seit Monaten hatte es Gerüchte gege-



Wahlkämpfer Madsen 2019

ben, der Däne würde nach Kiel wechseln, die Madsen als »Quatsch« abtat.

Allerdings war Madsen laut CDU-Kreisen nicht die erste Wahl. Zwei Kandidaten sagten Günther aus persönlichen Gründen ab: der junge Abgeordnete Lukas Kilian, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, und Klaus-Hinrich Vater, Vize der Industrie- und Handelskammer Kiel.

Vater verband seine Absage aber mit einer Empfehlung für Madsen. Der sei wie gemacht für den Job. Günther imponiere die Art, wie Madsen Politik mache und eine Verwaltung führe, heißt es in Kiel. Der Däne sei dynamisch, selbstbewusst, eine »Rampensau« und zugleich nicht so selbstverliebt wie der vorherige Amtsinhaber Bernd Buchholz (FDP).

Bevor Günther den Dänen anheuerte, ließ er einen Verwaltungsrechtler prüfen: Wäre es überhaupt erlaubt, einen Mann ohne deutschen Pass zum Minister zu machen?

In Hamburg und Bremen etwa ginge das nicht. Dort ist vorgeschrieben, dass Mitglieder der Landesregierung deutsche Staatsbürger sein müssen. In Schleswig-Holstein findet sich ein solcher Passus nirgends. Der Jurist kam zu dem Schluss: Ein Däne als Minister, das geht.

Dass Madsen CDU-Mitglied wird, davon gehen sie in der Partei aus. Madsen selbst sagt, das müsse man noch diskutieren.

In Schleswig-Holstein wird Madsens Berufung auch als Signal an die dänische Minderheit verstanden. Ihr politischer Arm, der SSW, hat vier Abgeordnete im Landtag. SSW-Fraktionschef Lars Harms sagt: »Ich hoffe, dass sich Madsen möglichst viel von Dänemark abguckt.« Etwa die Verwaltung, die sei dort »komplett digital«. Auch beim Tunnel durch den Fehmarnbelt, der Deutschland mit Dänemark verbinden soll, müsse Madsen »Tempo machen«.

Schon als Rostocker Oberbürgermeister beklagte Madsen das zögerliche Agieren Deutschlands bei der Beltquerung: »In Dänemark hat man längst beschlossen, wir diskutieren noch.« Nun ist er nicht mehr nur der Politikberater. Sondern muss das Projekt mit umsetzen.

Ansgar Siemens, Jean-Pierre Ziegler

WAS WÄRE DIE WELT OHNE IHRE GEGENSÄTZE?

Von der warmen Sonne der Karibik bis zu den frostigen Wundern des Ewigen Eises: Die **WORLD VOYAGER** nimmt Sie mit zu den schönsten Orten der Erde. Im ausgesuchten Kreis von maximal **200 Gästen** erleben Sie eine **Expeditions-Kreuzfahrt**, die pures Abenteuer und Luxus ohne Allüren verbindet.

Was Sie dabei erwartet, sind einzigartige Begegnungen, bezaubernde Einblicke und Momente, die Sie nie vergessen werden. Das ist **Slow Cruising** auf seine exklusivste und authentischste Art.

Sind Sie bereit für Ihr ganz persönliches Abenteuer?



Gewinnen Sie eine Traumreise in die Karibik mit der **WORLD VOYAGER**. Jetzt QR Code scannen und am Gewinnspiel teilnehmen!

nicko cruises Schiffsreisen GmbH
Mittlerer Pfad 2 | 70499 Stuttgart | info@nicko-cruises.de

www.nicko-cruises.de/flotte/world-voyager



30
JAHRE

time to discover

NICKO CRUISES®

»Nicht mehr ganz Frieden, noch nicht ganz Krieg«

PANDEMIE Corona-General Carsten Breuer über seine Zeit im Kanzleramt, die Impfziele für den Herbst und die neue hybride Kriegsgefahr für Deutschland

SPIEGEL: Herr Breuer, als Olaf Scholz ankündigte, dass Sie den Corona-Krisenstab im Kanzleramt leiten würden, schrieb er von der »größten Operation, die seit langer Zeit gemeistert werden musste«. Gemeint war die groß angelegte Impfkampagne. Was sagen Sie: Operation gelungen?

Breuer: 30 Millionen Impfungen bis Ende 2021 zu schaffen, einen Überblick und Transparenz über den verfügbaren Impfstoff in allen Bundesländern zu erlangen, die Impfinfrastruktur in weiten Teilen neu aufzubauen – da würde ich auf jeden Fall sagen: Operation gelungen.

SPIEGEL: Nach den 30 Millionen Impfungen kam die Kampagne ins Stocken. Woran lag das?

Breuer: Man kann niemanden zum Impfen tragen. Wir können nur genügend Impfstoff anbieten und die nötige Infrastruktur bereitstellen. Ob die Menschen dann einsehen, wie notwendig das Impfen ist, das ist damit nicht zu beeinflussen.

SPIEGEL: Wirklich? Zu einer Kampagne gehört auch Überzeugung. War die Bundesregierung, waren Sie nicht überzeugend genug?

Breuer: Am Anfang gab es lange Schlangen vor den Zentren. Zwischen Weihnachten und Neujahr gingen die Zahlen dann zurück, und danach, muss man offen sagen, war der Schwung erlahmt.

SPIEGEL: Anders als erhofft, schützt die Impfung viele Menschen nicht vor einer Infektion, nur vor einem schweren Verlauf. Verstehen Sie Leute, die sagen: Dann kann ich es mir auch sparen?

Breuer: Vielleicht haben wir hier ein Mentalitätsproblem, weil wir Deutschen erwarten, dass Impfungen umfassend gegen eine Ansteckung schützen. Bei den meisten Impfstoffen stimmt das auch, aber bei den Corona-Vakzinen wussten wir anfangs nicht, dass in erster Linie der Tod oder eine schwere Erkrankung verhindert werden. Als diese Erkenntnis dann da war, hatte sich die Botschaft



Moritz Skubatz / DER SPIEGEL

des geringen Ansteckungsschutzes in der Öffentlichkeit schon verfestigt.

SPIEGEL: Sie stehen unter Personenschutz. Hat es Sie überrascht, wie aggressiv die Impfgegnerbewegung ist?

Breuer: Es war für mich absolut überraschend. Ich konnte mir dieses Ausmaß an Drohungen nicht vorstellen. Bis heute kann ich mich an den Personenschutz nicht gewöhnen, und es wundert mich noch immer, dass so etwas in Deutschland notwendig ist. Im Alltag blieb die Bedrohung für mich aber eher abstrakt, auf der Straße hat mir höchstens mal einer einen kritischen Spruch zugerufen.

SPIEGEL: Gibt es Dinge, die Sie rückblickend anders oder besser machen würden?

Breuer: Wenn man einen Krisenstab zum Laufen bringt, gibt es am Anfang

Generalmajor Breuer:

»Ich konnte mir dieses Ausmaß an Drohungen nicht vorstellen«

immer Reibereien. Das Verstehen von Strukturen, das Hineinkommen in die Strukturen hätte sicher schneller laufen können, wenn wir früher einen besseren Überblick gehabt hätten. Aber den haben wir jetzt – auch für die Zukunft.

SPIEGEL: Könnte man diesen Stab wieder aktivieren, wenn der Herbst richtig übel wird?

Breuer: Jederzeit. Der Bundeskanzler hat mich auch nicht aus der Pflicht herausgelassen. Wir haben um Ostern herum gemerkt, dass wir das akute Krisenmanagement beenden konnten. Es gab nichts Operatives mehr, das man noch hätte tun können, wo man noch besser hätte koordinieren können. Wenn Sie so wollen, sind wir jetzt in einer Gefechtspause.

SPIEGEL: Gerade wird um die Corona-regeln für den Herbst gerungen. Sind Sie zufrieden mit der Vorbereitung?

Breuer: Politische Prozesse sind, wie sie sind. Für mich zählt: Dank der Arbeit aller in den letzten Monaten gibt es eine Grundvorbereitung und Aufmerksamkeit, bei der jeder genau weiß, was er zu tun hat. Wir werden im Herbst zwischen 50 und 60 Millionen Menschen impfen müssen und dafür die nötige Infrastruktur aufbauen.

SPIEGEL: Was lässt Sie glauben, dass Sie die Leute dieses Mal überzeugen können?

Breuer: Vielleicht müssen für diese Impfung gar nicht mehr so viele überzeugt werden. Wir haben immer noch rund zwölf Millionen Menschen, die zweimal geimpft sind, aber keinen Booster haben. Im Herbst werden wir neue Impfstoffe haben, die auf die neuen Virusvarianten angepasst sind. Ich verspreche mir bei denen, die schon ein-, zweimal offen für die Impfung waren, dass sie sich erneut dafür entscheiden.

SPIEGEL: Die Ungeimpften haben Sie aufgegeben?

Breuer: Nein, das Angebot an sie steht natürlich, und ich hoffe, alle nehmen es an. Aber ich bin nicht blauäugig. Es gibt eben keinen Zwang, zumindest für die meisten von uns. Man muss sich aber selbst fragen: Wie solidarisch bin ich gegenüber anderen? Impfen hat viel auch mit Solidarität zu tun.

SPIEGEL: Wie viel Impfstoff liegt bundesweit noch in den Regalen?

Breuer: Insgesamt stehen 99 Millionen Impfstoffdosen im zentralen Lager des Bundes bereit. Wie in jedem logistischen Prozess mussten wir auch hier Impfstoff vorhalten, der über das Ablaufdatum hinaus nicht gebraucht wurde. Aber es ist uns gelungen, den Anteil der Dosen, deren Haltbarkeit überschritten war, weit unter zehn

Prozent zu halten. Was wir nicht brauchten, haben wir größtenteils über die internationale Initiative Covax oder direkt an andere Länder abgegeben.

SPIEGEL: Wie viel Impfstoff wurde abgegeben?

Breuer: Allein in diesem Jahr sollen 175 Millionen Dosen aus Deutschland gesendet werden. Allerdings nehmen Covax und ähnliche Organisationen derzeit keinen Impfstoff an, da es vielen Abnehmerländern aus unterschiedlichen Gründen schwerfällt, die erhaltenen Impfstoffe rasch zu verimpfen.

SPIEGEL: Als Christian Lindner die Einsetzung des Krisenstabs angekündigt hat, sagte er: »Ein deutscher General wird ihn leiten.« Das klang wie: Jetzt wird alles gut. Brauchte es Soldaten, um die Coronalage in den Griff zu bekommen?

Breuer: Ich glaube, Soldaten können Krise. Wir sind durch unsere Ausbildung und Erfahrung in Einsätzen darauf eingestellt, auch in ungewissen Lagen Dinge nach vorn zu treiben und die Initiative zu behalten.

SPIEGEL: Die deutsche Öffentlichkeit stand der Bundeswehr lange skeptisch bis gleichgültig gegenüber. Hat sich das aus Ihrer Sicht verändert?

Breuer: Ja, das Bild der Bundeswehr in der Öffentlichkeit hat sich über die letzten Jahre ganz deutlich verändert. Während der gesamten Coronapandemie waren Soldaten täglich zu sehen, in den Gesundheitsämtern, in Kliniken, in Alten- und Pflegeheimen sowie in den Impf- und Testzentren. Auch das hat zu einer neuen Normalität beigetragen. Ebenso wie der Einsatz der Bundeswehr bei der Hochwasserkatastrophe vor rund einem Jahr das Bild unserer Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit verändert hat.

SPIEGEL: Corona, die Flutkatastrophe, zuletzt die Waldbrände – im Inland wird die Bundeswehr oft als eine Art Technisches Hilfswerk in Flecktarn eingesetzt. Ist es nicht fatal, dass sie immer wieder Lücken stopfen muss, wo der Staat nicht vorgesorgt hat?

Breuer: Ich denke, so darf man Katastrophenschutz nicht verstehen. Es ist doch zynisch zu sagen, wir setzen auf keinen Fall die Bundeswehr in einer Notlage ein, wenn zivile Stellen allein nicht in der Lage sind, die Bevölkerung ausreichend zu schützen und Hilfe zu leisten.

SPIEGEL: Für die Politik ist das bequem. Aber die Bundeswehr hat laut Grundgesetz einen anderen Auftrag, nämlich die Verteidigung des Landes.

Breuer: In der Coronapandemie hätte es ohne die Bundeswehr einfach nicht funktioniert. Das Virus war so aggressiv, dass die zivilen Verwaltungsstrukturen überfordert waren. Das konnte so niemand voraussehen. Die Strukturen sind heute deutlich besser. Ich glaube aber auch, Hilfeleistung in diesem Umfang wird es künftig nicht mehr geben können, weil die Bundeswehr sich wieder mehr ihrem eigentlichen Auftrag widmen muss. Der Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, wie dringend notwendig das ist.

SPIEGEL: Der Bundeskanzler hat die Zeitenwende ausgerufen, es gibt zusätzlich 100 Milliarden Euro für die Truppe. Auch wenn der Anlass ein schrecklicher ist – ist es für Sie eine Genugtuung, dass es gegen diesen Plan kaum politischen und gesellschaftlichen Widerstand gibt?

Breuer: Die öffentliche Debatte verlief tatsächlich einvernehmlicher, als man hätte erwarten können. Die Menschen haben in den letzten Jahren noch einmal verstärkt erlebt, dass man Vertrauen zu dieser Armee haben kann. Nun kommt die notwendige Ausstattung dazu, um die Bundeswehr als staatliches Instrument wieder so zu schärfen, dass sie aktuellen Bedrohungen entgegenreten kann. Ich weiß nicht, ob mich das freut. Ich bin aber froh, dass diese Notwendigkeit erkannt worden ist.

SPIEGEL: Sie leiten den Aufbaustab für das neue Territoriale Führungskommando der Bundeswehr. Viel spricht dafür, dass Sie auch der erste Kommandeur werden. Kann man diesen Posten übersetzen mit: Chef der Landesverteidigung?

Breuer: Der Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos, wer auch immer das dann ist, wird der Gegenpart zum Einsatzführungskommando der Bundeswehr sein. Dieses führt alle Kräfte, die im Ausland eingesetzt werden. Das Territoriale Führungskommando wird operativ für in Deutschland eingesetzte Kräfte zuständig sein. Das umfasst das gesamte Spektrum – von der Hilfeleistung im Katastrophenfall bis zur Landesverteidigung. Ein besonderer Fokus wird auf dem Thema Hybridität liegen.

SPIEGEL: Sie meinen hybride Kriegsführung?

Breuer: Hybridität ist ein Zwischenzustand – nicht mehr ganz Frieden, aber auch noch nicht ganz Krieg.

SPIEGEL: So weit sind wir schon?

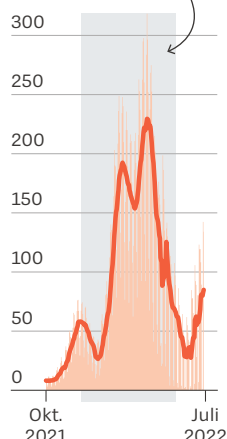
Breuer: Wir können im Moment noch gar nicht komplett erfassen, was in diesem Spektrum als direkte Bedrohung auf uns zukommen kann. Auch dafür

Spitzen-Einsatz

Tägliche neue Coronafälle in Deutschland seit Oktober 2021, in Tausend

Sieben-Tage-Durchschnitt

Coronakrisenstab der Bundesregierung unter Leitung von Breuer



Quelle: RKI; Stand: 28. Juni

»Egal was ein potenzieller Gegner auf deutschem Territorium mit uns vorhätte – wir müssen dem etwas entgegensetzen können.«

stellen wir dieses Kommando auf: um auf alle Eventualitäten reagieren zu können, um vorbereitet zu sein. Aber natürlich gibt es bereits Aktivitäten, die in diesen Bereich fallen, nehmen Sie nur die vielen Hackerangriffe auf staatliche Stellen und Parteien.

SPIEGEL: Was fällt noch unter das Stichwort Hybridität?

Breuer: Es kann der gelbe Kanister mit Totenkopfaufkleber sein, der auf der Autobahn ausläuft. Dann muss die Autobahn erst mal gesperrt werden, es entsteht ein Verkehrschaos, es gibt eine Unsicherheit. Es kann auch der umgekippte Laster im Elbtunnel sein, der alles verstopft. Hybridität kann vielfältige Erscheinungsformen haben. Daran sieht man, dass es nicht immer nur die Bundeswehr angeht.

SPIEGEL: Das klingt so, als wären Sie künftig für schwere Verkehrsunfälle zuständig?

Breuer: Wir werden uns jedes Mal fragen müssen, ob es ein Unfall ist oder etwas ganz anderes. Wir dürfen weder das eine noch das andere automatisch annehmen.

SPIEGEL: Bedeutet die Aufstellung dieses Kommandos, dass Sie befürchten, Deutschland könnte angegriffen werden?

Breuer: Es bedeutet, dass wir eine gesamtstaatliche Resilienz aufbauen müssen. Egal was ein potenzieller Gegner auf deutschem Territorium mit uns vorhätte – wir müssen dem etwas entgegensetzen können. Während des Kalten Krieges hatten wir die Strukturen dafür und waren dafür ausgebildet. Dann kam die Wiedervereinigung, und wir dachten, wir wären nur noch von Freunden umgeben. Allerspätestens seit der Annexion der Krim wissen wir, dass dies ein Irrtum war.

SPIEGEL: Früher war die Bevölkerung mit dem Thema Militär noch über die Wehrpflicht konfrontiert. Der Bundespräsident hat kürzlich die Idee einer Dienstpflicht wieder ins Spiel gebracht. Wären Sie dafür?

Breuer: Ich denke, es ist hochwillkommen, wenn alle, die etwas für die Gemeinschaft tun können, das auch tun – sei es am Anfang des Berufslebens, sei es in einer Zwischenphase. Ob das zu einer Dienstpflicht führen muss, ob man das über Freiwilligkeit machen kann, ob das in der Bundeswehr sein muss oder in Hilfsorganisationen, das ist letztlich weniger wichtig. Jedes Engagement für die Gemeinschaft hilft der Gemeinschaft und damit auch dem Einzelnen. Und auch das ist Resilienz.

Interview: Melanie Amann, Christoph Hickmann



Abiturientin Klein in Nürnberg: »Ohne die Nachhilfestunden wäre ich verloren gewesen«

Allgemeine Hochschulreife

BILDUNG Nach zwei Jahren Pandemie ist das Abitur so ungerecht wie wohl nie zuvor. Dabei hatte die Politik immer erklärt, Schulabgänger dürften durch Corona keine Nachteile erfahren.

Zu ihrem 20. Geburtstag hatte Fabia Klein einen ungewöhnlichen Wunsch: Nachhilfe in Mathe. »Ich weiß, wie merkwürdig das klingt«, sagt Klein. »Aber für mich war es das perfekte Geschenk.« Sieben Wochen lang paukte die Gymnasiastin aus Nürnberg in ihrer Freizeit lineare Algebra, Analysis und Stochastik. Kurz darauf legte sie ihre schriftlichen Abiturprüfungen ab.

So wie Fabia Klein lernten Hunderttausende im ganzen Land zwei Jahre lang unter Pandemiebedingungen. Vielerorts blieben die Schulen monatelang geschlossen, Online- oder Wechselunterricht wurde abgelöst von Präsenzzeiten, in denen die Jugendlichen mal mit, mal ohne Maske im Klassenraum saßen – wenn sie nicht unter Quarantäne standen und zu Hause bleiben mussten. Allein bis Juni 2021 fand je nach Bundesland für vier bis fünf Monate kein regulärer Unterricht statt.

»Ich hatte massive Lücken, gerade in Mathe und den Naturwissenschaften«, sagt Fabia Klein. Ausgerechnet im ersten Lockdown hätten in diesen Fächern Grundlagen gelegt werden sollen, auf denen der spätere, fürs Abitur relevante Stoff aufbaute. »Das Onlinelernen war noch nicht eingespielt, die Internetverbindungen waren oft wackelig, viele

hatten technische Probleme, Schüler wie Lehrkräfte«, erzählt die 20-Jährige. Und: »Nicht jeder hat sich am Anfang getraut, in einer Videokonferenz mit einer Wand von schwarzen Kacheln zu sprechen, wenn man etwas nicht verstanden hat.«

Was ein Oberstufenbesuch in Zeiten des Virus konkret bedeutet, wurde Fabia Klein in ihrer allerletzten Mathestunde noch einmal richtig bewusst. Da sei ein Teilbereich der Stochastik »durchgedrückt« worden, der nach den Worten ihres Lehrers »ausdrücklich prüfungsrelevant« gewesen sei. Und in Deutsch habe ihr Kurs viele Lektüren nur in Auszügen behandelt. »Um ganze Bücher zu lesen, fehlte schlicht die Zeit.« Auch wenn die Lehrkräfte an ihrer Schule sich sehr »reingehängt« hätten und jederzeit ansprechbar gewesen seien, ist sich Fabia Klein in einem sicher: »Ohne die privaten Nachhilfestunden wäre ich verloren gewesen.«

Dabei hatte die Politik stets betont, dass es so weit nicht kommen sollte. Der Schülerschaft dürften »keine Nachteile aus der pandemiebedingten Ausnahmesituation erwachsen«, heißt es in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) aus diesem Januar. Den Ländern stehe »eine Reihe von

Möglichkeiten offen, Schülerinnen und Schülern Hilfestellung zu geben, ohne das Anspruchsniveau abzusenken«.

Diese Möglichkeiten nutzten die Länder allerdings höchst unterschiedlich, wie aus einem internen KMK-Papier aus dem Januar hervorgeht. Im Saarland, in Hamburg und Sachsen bekamen Abiturienten 30 Minuten mehr Zeit für ihre schriftlichen Prüfungen, in Berlin nur in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch. In Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen bekamen die Lehrkräfte von den Landesregierungen mehr Prüfungsaufgaben zur Auswahl. So konnten sie die Themen, die im Unterricht nicht mehr geschafft wurden, leichter ausschließen. Bremen prüfte in Chemie, Biologie und Physik weniger Themen ab als bisher. Thüringen verschoob die Klausurtermine um drei Wochen nach hinten. Hamburg forderte seine Lehrkräfte zu einer »rücksichtsvollen Korrektur« auf. Und Niedersachsen, so gab es der Kultusminister kürzlich bekannt, hob die Durchschnittsnote im Fach Mathematik nachträglich um einen Punkt an.

Was auf den ersten Blick wie pragmatische Nachsicht erscheint, wirft bei genauem Hinsehen Fragen auf: nach Fairness, Gleichbehandlung oder Wettbewerbsverzerrung. Wo die Abiturnote noch immer über den Zugang zu Universitäten entscheidet, über Karrierewege und Lebensträume, kann der eher freihändige, zuweilen beliebige Umgang mit Erleichterungen zu echten Benachteiligungen führen. Und wo diverse Stoffe ausgelassen oder nur im Schnelldurchgang vermittelt wurden, liegt die Vermutung nahe, dass mancherorts ein »Abitur light« abgelegt wurde.

»Die Fülle an unabgestimmten Sonderregelungen hat die bundesweite Vergleichbarkeit des Abiturs mehr beschädigt als je zuvor«, sagt Mathias Brodtkorb, Autor des Buchs »Der Abiturbetrug« und bis 2016 Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern. Schon vorher sei eine Allgemeine Hochschulreife aus Sachsen nicht mit einem Abiturzeugnis aus Nordrhein-Westfalen oder Berlin vergleichbar gewesen – trotz der immerwährenden Ankündigungen der KMK, das Abitur deutschlandweit gerechter zu machen. »Die jetzigen Erleichterungen führen alle Bemühungen um Standardisierung ad absurdum.«

Das Versprechen, die aktuelle Schülergeneration dürfe durch Corona keinen Nachteil erfahren, habe die KMK somit nicht gehalten. Schließlich, betont Brodtkorb, gehe es ja nicht nur um den Notendurchschnitt, mit dem die jungen Menschen die Schulen verließen: »Wir müssen davon ausgehen, dass große Teile des Stoffes nicht oder nicht richtig gelernt wurden – natürlich ist das ein Nachteil, da ist Schaden entstanden. Auch wenn das angesichts der Pandemie nur schwer vermeidbar war: Wir können es nicht wegdiskutieren.«

»Was hier versprochen wurde, gleicht der Quadratur des Kreises«, sagt Marcel Helbig, Professor für Sozialwissenschaften am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Nach zwei Jahren Pandemie das Prüfungsniveau ohne Qualitätseinbußen zu halten sei kaum möglich. »Dafür waren die Einschnitte in den Lernalltag viel zu tief.«

Noch liegen die Notenspiegel nicht aus allen Ländern vor. Ein Blick ins Vorjahr zeigt aber, welche Verzerrungen ein Corona-Schuljahr auslösen kann. Damals wurden die Arbeiten für das Abitur, den Ersten und den Mittleren Schulabschluss in einigen Bundesländern teils um mehrere Wochen nach hinten geschoben – um den Prüflingen mehr Zeit zu geben, ihre pandemiebedingten Lücken zu schließen. Am Ende erzielte der Jahrgang 2021 in allen Bundesländern im Schnitt bessere Abiturnoten als 2019, in einigen Ländern sogar die besten Noten des Jahrzehnts. In Bayern stieg der Schnitt von 2,32 auf 2,18, in Sachsen von 2,24 auf 2,12. In Thüringen, auch das ein Rekord, erhielten 45 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten ein Zeugnis mit einer Eins vor dem Komma.

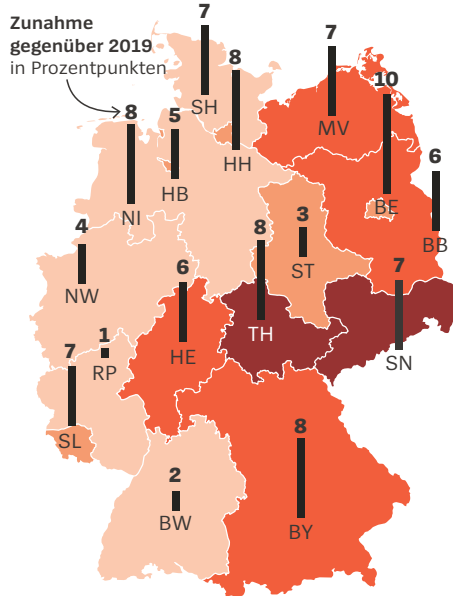
Auch die Durchfallquoten haben sich gegenüber der Vor-Corona-Zeit verändert. Rasselten 2019 in Mecklenburg-Vorpommern etwa 7,3 Prozent durch die Prüfung, waren es 2021 nur 3,7 Prozent. In Baden-Württemberg fiel sogar nur noch jeder 50. durch. »Weil die Lehrkräfte auch vorher schon angehalten waren, wohlwollend zu benoten, wurden auch Schülerinnen und Schüler durch die Prüfung geschleust, die früher ziemlich sicher kein Abitur bekommen hätten«, urteilt Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands.

Der Funktionär sorgt sich um einen Niveauverfall, der sich auch in den nächsten Jahren nicht wieder einfangen lassen.

Corona mit Bestnote

Abiturnoten mit einer Eins vor dem Komma 2021, Anteil in Prozent

weniger als 30 30 bis unter 35
35 bis unter 40 40 und mehr



5 • Quelle: KMK

»Wir befinden uns in einer Abwärtsspirale.« Es werde für die Länder »schwer bis unmöglich«, die Leistungserwartungen in den nächsten Jahren wieder hochzuschrauben, prognostiziert Meidinger. »Die Bildungspolitik fürchtet den Gegenwind aus der Eltern- und Schülerschaft, sollte das Abitur plötzlich wieder schwerer werden.«

Hochschulen, Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen – und natürlich die jungen Menschen selbst – müssten mit potenziellen Lernlücken nun umgehen, sagt Bildungswissenschaftler Helbig. Ob deren Abiturzeugnis den Titel »Allgemeine Hochschulreife« noch verdiene, sei in Teilen zumindest fraglich. Die Universitäten müssten sich auf die neue Situation einstellen und unter Umständen Brückenkurse anbieten, die den angehenden Studierenden ermöglichen, etwaige Lernlücken im Nachhinein noch aufholen zu können, fordert Helbig: »Sonst ziehen sich die Wissenslücken auch noch durch die Universitätszeit.«

An den Hochschulen beobachtet man schon seit Längerem »mit Sorge, dass das Abitur immer häufiger die allgemeine Studierfähigkeit zwar bescheinigt, aber nicht tatsächlich gewährleistet«, sagt Hochschulverbandspräsident Bernhard Kempen, Professor für Völkerrecht in Köln. Es hapere vor allem am »Text- und Schreibverständnis der Studienanfänger«, außerdem gebe es »Schwierigkeiten in Mathematik«.

Corona sei eine Sondersituation, und etwaige pandemiebedingte Defizite dürften den jungen Menschen nicht zum Nachteil gereichen. Trotzdem müsse »der »Noteninflation« generell Einhalt geboten werden«. Kempen fordert eine Rückbesinnung auf den Grundsatz, »dass Qualität Vorrang vor Quantität haben muss«. Damit das Abitur wieder überall in Deutschland Studierfähigkeit nachweise, bedürfe es erheblicher Anstrengungen. Um ein glattes »Ausreichend« zu bekommen, müssten Schülerinnen und Schüler nach der derzeit gültigen Notenverordnung der Kultusministerkonferenz nur noch 45 Prozent des Abgefragten wissen. »In manchen Ländern waren davor 50 Prozent erforderlich.«

Laura Körner, 18, teilt die Sorge der Experten. Sie hat ihr Abitur in Bonn abgelegt. Die Stochastik, auch Wahrscheinlichkeitsrechnung genannt, ist einer der drei großen Teilbereiche der gymnasialen Oberstufenmathematik. Der Stoff sei in ihrem Unterricht fast komplett hintenübergefallen, sagt Laura Körner. »Wir haben das einmal kurz angeschnitten – und dann mit unserer Lehrkraft abgesprochen, dass wir das Thema im Abitur ausschließen.« Körner und ihre Mitschülerinnen und Mitschüler konnten »auf Lücke« lernen: »Für mich war das eine Erleichterung.«

Doch für manche ihrer Freunde könnte sich das rächen. In zahlreichen Studiengängen von Betriebswirtschaftslehre über Chemie bis Psychologie ist Wahrscheinlichkeitsrechnung elementarer Bestandteil. Körner interessiert sich für Rechtswissenschaften, »zum Glück«. Miriam Olbrisch

Klaus Ressler,
Zimmerei Ressler,
Mitglied seit 1993



Jetzt
Mitglied
werden

„Meine Bank
gehört mir,
damit es um mein
Unternehmen
geht und nicht
um die Bank.“

Morgen
kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Wir sind Genossenschaftsbanken.
Die Banken, die ihren Mitgliedern
gehören.



Jetzt
QR-Code
scannen
und mehr
erfahren

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Feind in Uniform

JUSTIZ Der Prozess gegen den Bundeswehrsoldaten, der sich als Flüchtling ausgab, offenbart seine rechtsextreme Gesinnung. Aber kann man ihm nachweisen, dass er einen Terroranschlag plante?

Wie sehr 13 Monate einen Menschen doch verändern können. Im Mai vergangenen Jahres hatte Franco A. das Gericht noch betont unbeschwert betreten. Er stellte sich den Medien, die ihn verfolgten: den ersten Bundeswehrsoldaten, der laut Generalbundesanwalt wegen Terrorverdachts vor Gericht steht. Inszenierte sich nach dem ersten Verhandlungstag auf dem Treppenabsatz vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main vor einer Traube von Journalistinnen und Journalisten, verkündete fast euphorisch, er habe ein »gutes Gefühl«.

Nach 36 Verhandlungstagen sitzt Franco A. am vorigen Montag mit erkennbar ungutem Gefühl auf der Anklagebank. Und das dürfte nicht nur daran liegen, dass er seine Verlobte und das gemeinsame Kind nur durch eine Glasscheibe getrennt sehen darf. Franco A. befindet sich seit Februar wieder in Untersuchungshaft.

Nach Ansicht der Bundesanwaltschaft ist Franco A. ein Rechtsextremist und Antisemit. Er lagerte Waffen, Munition und Sprengkörper, besaß ein Exemplar von Hitlers »Mein Kampf« und wollte, so die Ankläger, einen Anschlag auf Repräsentanten des Staates verüben.

Staatsanwältin Karin Weingast, Vertreterin des Generalbundesanwalts, fordert für den Bundeswehroffizier wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Verstößen gegen das Waffen-, Sprengstoff- und Kriegswaffenkontrollgesetz sowie Betrugs eine Freiheitsstrafe von sechs Jahren und drei Monaten.

Dabei hatte das Oberlandesgericht (OLG) 2018 keinen »hinreichenden Tatverdacht« für einen Terrorprozess gesehen. Nach einer Beschwerde des Generalbundesanwalts kassierte der Bundesgerichtshof diesen Beschluss und eröffnete das Verfahren vor dem OLG. Ob Franco A. tatsächlich am 8. Juli als staatsgefährdender Gewalttäter verurteilt werden kann, scheint jedoch ungewiss.

Täter und Täterinnen in Flecktarn sind ein hochpolitisches Thema. Was in Frankfurt verhandelt wird, passt ins Bild einer ramponierten Bundeswehr, die mit rechtsextremem Gedankengut in den eigenen Reihen zu tun hat. Weit vor dem Fall des Franco A. drangen immer wieder Vorwürfe an die Öffentlichkeit. Uniformierte sollen den Hitlergruß gezeigt haben, die Wehrmacht verehren, antisemitische Lieder singen oder Munition horten. Es sind Männer, die geschworen haben, der Bundesrepublik »treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen«, die sich in Chatnachrichten gegenseitig ihrer rechten Gesinnung versichern.

Als er in Berlin den Verfassungsschutzbericht 2020 vorstellte, verkündete der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus seien »nach wie vor die größte Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland«. Dass dies auch für die eigenen Streitkräfte gilt, zeichnet sich seit Jahren ab. Im Juni 2019 hieß es im Parlamentarischen Kontrollgremium, der Militärische Abschirmdienst habe Hinweise auf den rechtsextremen Hintergrund von Soldaten nicht weiterge-



Soldat A. 2013:
Waffen, Hass und
krude Thesen

Angeklagter A.:
Rassistisches
Weltbild



Anne Dederl / Getty Images

geben. Der Staat hat offensichtlich lange Zeit unterschätzt oder nicht wahrhaben wollen, wie viele seiner Feinde Uniform tragen. Insofern fällt dem Prozess gegen Franco A. eine besondere Bedeutung zu.

Staatsanwältin Weingast attestiert dem 33-Jährigen eine verfestigte rechtsradikale Gesinnung und eine »völkisch-nationalistische, antisemitische Geisteshaltung«. In etwa 33 500 Chatnachrichten, Videos und Sprachmemos ist sein rassistisches Weltbild dokumentiert: Franco A. stellt die Ermordung von sechs Millionen Juden infrage, sympathisiert mit der Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck und fantasiert von einem »Zentralrat der Deutschen«.

Zur Beweisaufnahme hat das Gericht die Audiomitschnitte über Lautsprecher im Saal vorspielen lassen. In endlosen Selbstgesprächen fabuliert A. über Hitler und Deutschland, das von den Siegermächten »kastriert« worden sei und nun versuche, sein »dreckiges demokratisches System« anderen Ländern aufzuzwingen.

In den vergangenen Monaten hat sich A. viel Wissen über das deutsche Strafrecht angeeignet. Immer wieder wirft er mit juristischen Begriffen um sich, will den Richter belehren, nervt die eigenen Anwälte.

Keine der Behauptungen ist so krude, als dass Franco A. vor Gericht nicht doch noch eine Erläuterung nachschieben möchte. Seine Haare sind lang, ein Vollbart verdeckt sein Gesicht. Er sieht nicht mehr aus wie ein Soldat, eher wie der Rebell eines lateinamerikanischen Dschungeltrupps. Anfangs trug er im Prozess einen hellen Anzug oder karierte Hemden, nun erscheint er im weinroten Hemd der Justizvollzugsanstalt.

Seine vielen Aliaspersonalien hätten nichts mit Anschlagsplänen zu tun, beteuert er. »Ich bin restriktiv mit meinen persönlichen Daten umgegangen.« Er habe keine Pläne geschmiedet, nichts verschleiert, keine Ziele ausgespäht. Er verteidigt die rechts-esoterischen, antisemitischen Verschwörungsmythen des britischen Ex-Fußballprofis David Icke, redet ausschweifend, ohne wirklich etwas zu sagen – und verheddert sich damit immer mehr: Einmal erklärt er, dass Juden keine Deutschen sein könnten, und bezieht sich auf jüdische Autoren, die diese Meinung vertreten. Das sei »antisemitischer Blödsinn«, erzürnt sich der Vorsitzende Christoph Koller und entzieht ihm das Wort.

Aufgeflogen war Franco A. im Februar 2017. Beamte der österreichischen Polizei hatten ihn in Wien fest-

genommen, als er auf einer Toilette am Flughafen eine Pistole aus einem Versteck holen wollte. Die deutschen Beamten staunten, als sie bei der Überprüfung der Personalien feststellten, dass seine Fingerabdrücke zu zwei Menschen passten: zu dem Bundeswehroffizier Franco A. aus Offenbach – und zu dem Flüchtling David Benjamin aus Syrien, der in einer Unterkunft in Erding bei München gemeldet war.

Der Flüchtlingsandrang im Herbst 2015 habe ihn beunruhigt, sagt A. im Gericht. Er sei, während der Weihnachtsferien, spontan auf die Idee gekommen, die Schwachstellen des deutschen Asylsystems aufzudecken. Schuhcreme in den rötlichen Bart, dunkler Puder ins Gesicht, zerschlissene Klamotten – mehr sei dazu nicht nötig gewesen.

Ein früherer Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, der A.s Asylantrag bewilligte, schildert im Prozess ehrlich, wie schnell die Behörde damals die Asylverfahren von Antragstellern aus Syrien abgewickelt hat; auch wenn sie keine Ausweis-papiere vorzeigen konnten.

Die Frage, warum ein Angehöriger eines Jägerbataillons in Illkirch nahe Straßburg auf die Idee kommt, sich als syrischer Flüchtling auszugeben und registrieren zu lassen, ist im Prozess in den Hintergrund gerückt. Zwar spreche einiges dafür, dass sich A. die falsche Identität zugelegt habe, um mögliche Anschläge einem Geflüchteten zuschieben zu können, so die Staatsanwältin in ihrem Plädoyer, aber belegt werden könne dies nicht.

Sein Doppelleben als Soldat und als Syrer gibt Franco A. zu, die als Flüchtling erschlachten Leistungen von etwa 4000 Euro hat er zurückgezahlt. Befragt zur Herkunft der Waffen und 1090 Schuss Munition, die man bei ihm fand, verstrickt er sich jedoch in abstruse Geschichten. Er habe sich im Fall eines Bürgerkriegs oder eines russischen Angriffs verteidigen wollen. Wie er an die Waffen kam, dazu sagt er kein Wort. Dieses »Teilschweigen« stößt beim Senat auf wenig Verständnis. Der Vorsitzende Christoph Koller führt das Verfahren ernsthaft und besonnen, nur manchmal scheint auch seine Geduld überstrapaziert, dann warnt er den Angeklagten, mit seinen substanzlosen Einlassungen den Boden nicht zu überspannen.

Für das Misstrauen des Gerichts ist Franco A. selbst verantwortlich. Als er im Februar, also während des Prozesses, auf der Rückreise von Straßburg nach Offenbach kontrolliert wurde, trug er in einer Plastiktüte zwei Dutzend Abzeichen, Anstecknadeln und Armbinden mit Hakenkreuzen bei sich. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung entdeckten Polizeibeamte mehr als 20 Mobiltelefone, 50 Prepaid-Handykarten, einen gefälschten Impfpass und fünf Macheten. Richter Koller ließ den Offizier wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr verhaften.

Franco A., Sohn eines Italieners und einer Deutschen, machte Abitur mit der Note 1,5,

studierte Staatswissenschaften, absolvierte eine Ausbildung an der französischen Militärschule Saint-Cyr und verfasste 2014 eine Gutachten zufolge »radikalnationalistische, rassistische« Masterarbeit, die zunächst abgelehnt wurde.

Nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft war A. kein Mitglied einer terroristischen Vereinigung, aber er teilte seine hetzerischen Ansichten, auch in Chatgruppen. Er gibt zu, sich mit Kameraden ausgetauscht zu haben, die zum sogenannten Hannibal-Netzwerk mit rechten Mitgliedern der Bundeswehr gehörten.

Im Zuschauerraum sitzt seine Verlobte, gemeinsam haben sie drei Kinder. Das Jüngste, sechs Monate alt, sitzt auf ihrem Schoß. Sie ist die Schwester eines Kameraden von Franco A. und Mitglied der Linkspartei. Die erhobenen Vorwürfe hält sie für absurd. Doch Staatsanwältin Weingast bleibt in ihrem Plädoyer dabei. Franco A. habe den festen Entschluss gefasst, einen politisch motivierten Anschlag zu verüben. Er habe »eine Vielzahl von Vorbereitungshandlungen« unternommen und »ein politisch wirksames Zeichen« setzen wollen. Seine Aufzeichnungen belegten, dass A. konkret mit der Planung begonnen habe. Die Voraussetzungen für eine Verurteilung seien damit gegeben.

Seine »verabscheuungswürdige Weltanschauung«, betont Weingast, sei »per se nicht strafbar«. Sie sei aber die »Triebfeder seines geplanten Anschlags«. Aus seiner Ideologie heraus habe der Offizier ein Zeichen setzen wollen gegen »das Konstrukt des Staats, dessen Gesetze null und nichtig« seien.

Sein Auftreten vor Gericht habe diesen Verdacht bestärkt: Er habe seine antisemitischen Ausführungen als wissenschaftlich zu belegen versucht. Er habe sich zudem illegal vier Schusswaffen beschafft.

Neben den vielen Chatnachrichten stützen weitere Indizien die These der Staatsanwältin: Franco A. habe sich ein Zielfernrohr für ein Schnellfeuergewehr gekauft. Er legte eine Liste an mit Namen von Personen, die ihm zu »flüchtlingsfreundlich« daherkamen, darunter der frühere Justizminister Heiko Maas und die Grünenpolitikerin Claudia Roth. Im Juli 2016 fotografierte A. in der Tiefgarage der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin diverse Autos. Die Gründerin Anetta Kahane ist ein Feindbild in rechten Kreisen, sie erhält Morddrohungen. Er habe nur mit ihr reden wollen, behauptete der Angeklagte.

Am Ende sind es viele Indizien, die A. ins Gefängnis bringen könnten, keine Beweise. Wie auch immer das Gericht die Faktenlage bei der Urteilsverkündung nächste Woche würdigt, was Franco A. wirklich plante, bleibt rätselhaft.

Sein Ehrgeiz steht seinem Sendungsbewusstsein jedenfalls in nichts nach. Am Anfang des Prozesses hoffte er, irgendwann wieder Soldat sein zu dürfen.

Julia Jüttner

Victoria Lergenmüller,
Weinhaus Lergenmüller GmbH,
Mitglied seit 2020

Jetzt
Mitglied
werden

„Meine Bank
gehört mir,
weil mir Werte
nicht nur in Euro
wichtig sind.“

Morgen
kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Wir sind Genossenschaftsbanken.
Die Banken, die ihren Mitgliedern
gehören.



Jetzt
QR-Code
scannen
und mehr
erfahren

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Die Wut bleibt

GERECHTIGKEIT Eine Frau kämpft dafür, das Gleiche zu verdienen wie ihre männlichen Kollegen. Sie gewinnt vor Gericht. Aber das hilft ihr nicht.

Ein Tag im Juni, vor dem Arbeitsgericht Göttingen. Gabriele Gamroth-Günther, 60, hat soeben auf mehr als 34 000 Euro verzichtet. Sie hat den Richter abblitzen lassen, der ihr »mit Blick auf ihr Geburtsdatum dringlich« riet, sie solle doch endlich diesen Rechtsstreit mit ihrem Arbeitgeber beenden: »Das bringt Ruhe ins Leben.«

Doch Gamroth-Günther will keine Ruhe, sondern Gerechtigkeit. Auch für zukünftige Frauengenerationen. Deshalb verlässt sie nach der knapp zweistündigen Verhandlung das Göttinger Arbeitsgericht ohne fünfstellige Entschädigung. Nun geht der Streit mit ihrem Arbeitgeber, einer niedersächsischen Versicherung, in die nächste Instanz. Und Gabriele Gamroth-Günther hat die Chance, Rechtsgeschichte zu schreiben – zum zweiten Mal.

Ihr Fall zeigt, wie schwer es für Frauen ist, die Lohnlücke – auf Englisch: Gender Pay Gap – zu den Männern zu schließen und ihr Recht auf ein faires Gehalt durchzusetzen. Der Prozess legt auch offen, mit welchen Tricks Arbeitgeber gerechte Löhne verhindern. Und wie wenig das 2017 in Kraft getretene Entgelttransparenzgesetz in der Praxis funktioniert.

Schon einmal ist die Juristin durch alle Instanzen bis zum Bundesarbeitsgericht gezogen und hat dort im Januar 2021 ein Grundsatzzurteil zur fairen Entlohnung von Frauen erstritten (Aktenzeichen 8 AZR 488/19). Seither müssen Arbeitgeber, die Frauen weniger Gehalt zahlen als Männern, objektiv nachvollziehbare Gründe dafür liefern. Nur darauf zu verweisen, dass männliche Kollegen qualifizierter seien, schon länger im Unternehmen arbeiteten oder einfach besser verhandelt hätten, reicht nicht mehr.

Verdient eine Frau weniger als das Mediangehalt der Männer, urteilten die Erfurter Richterinnen und Richter, sei dies ein Indiz für eine »Entgeltbenachteiligung« wegen des Geschlechts. Dann muss der Arbeitgeber beweisen, dass sein System fair ist – eine Umkehr der Beweislast zugunsten der Klägerinnen.

Trotzdem verdient Gabriele Gamroth-Günther nach fast vier Jahren Rechtsstreit noch immer jeden Monat gut 1000 Euro brutto weniger als der Kollege mit dem Medianverdienst. Das sagt nicht nur viel über ihren Arbeitgeber aus, sondern auch über die mangelnde Effektivität des deutschen Arbeitsrechts. Wenn in den USA ein Unternehmen seine Mitarbeiterinnen finanziell schlechter



Klägerin
Gamroth-Günther

stellt, drohen Strafen in Millionenhöhe. Teils schaltet sich das US-Arbeitsministerium ein, um stellvertretend für die Frauen zu klagen – wie bei Google im Februar 2021. In Deutschland hingegen sind Frauen im Kampf um gerechten Lohn weitgehend auf sich allein gestellt.

Das Entgelttransparenzgesetz verpflichtet die Unternehmen seit Januar 2018, auf Anfrage jedem Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin offenzulegen, wie sie gehaltstechnisch im Verhältnis zu Kollegen dastehen, die vergleichbare Aufgaben haben.

Die Verpflichtung gilt nur für Betriebe mit mindestens 201 Beschäftigten, zudem muss es mindestens sechs Vergleichspersonen geben, und dann erfährt man auch nur das Mediangehalt – also das Gehalt der Person, die genauso viele Kollegen hat mit mehr Verdienst wie solche mit weniger Verdienst. Ausreißer nach oben und unten sind dadurch verschleiert, der Durchschnitt bleibt unbekannt.

Immerhin ist das Gesetz ein Schritt zu mehr Lohngerechtigkeit: Nur wer weiß, dass er diskriminiert wird, kann aktiv werden. Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern betrug 2021 laut Statistischem Bundesamt 18 Prozent, also rund vier Euro Bruttostundenlohn. 2006 waren es noch 23 Prozent gewesen.

Diese Kluft zwischen den Geschlechtern hat diverse Ursachen: Frauen arbeiten häufiger in Branchen mit schlechterer Vergütung, und sie erreichen seltener Führungspositionen. Aber auch wenn man die Gehälter von Männern und Frauen mit vergleichbaren Aufgaben und Qualifikationen betrachtet, die sogenannte bereinigte Lohnlücke, bleibt eine Kluft von sechs Prozent.

Bei Gamroth-Günther waren es mehr als 17 Prozent zum Mediankollegen, was sie schon lange vermutet hatte. Die Juristin arbeitet seit fast einem Vierteljahrhundert für die VGH-Versicherungsgruppe, 14 Jahre als Sachbearbeiterin, 10 Jahre als Abteilungsleiterin. »Der Job macht mir sehr viel Spaß. Und ich will ihn auch noch einige Jahre machen«, sagt sie.

Belastet der Rechtsstreit mit ihrem Arbeitgeber nicht ihren Arbeitsalltag? »Natürlich«, sagt sie. »Das geht nicht spurlos an einem vorüber. Das wünsche ich niemandem. Ich hatte schon viele schlaflose Nächte.« Nach ihrem Erfolg beim Bundesarbeitsgericht hätten ihr vereinzelt Kollegen gratuliert, erzählt sie. Aber am häufigsten habe sie gehört: »Das würde ich mich nicht trauen.«

Vor 20 Jahren hätte sich Gamroth-Günther wohl auch nicht getraut, sagt sie selbst. »Dann wäre ich in ein anderes Unternehmen gewechselt.« Aber jetzt hat sie nur noch sechs Jahre bis zur Rente. Und außerdem: »Ich sehe es nicht ein, wieso die Männer für die gleiche Arbeit später auch noch jeden Monat 100 Euro mehr Rente kriegen sollen.«

Im kleinen Verhandlungsraum der 3. Kammer des Arbeitsgerichts Göttingen hat nur wenige Meter neben Gamroth-Günther eine Kollegin aus der Personalabteilung Platz genommen. Die Frauen nicken sich kurz zu und schauen dann, so gut es geht, aneinander vorbei. Die Personalerin sagt während der zweistündigen Verhandlung kein Wort.

Gamroth-Günther hatte ihrem Anwalt gesagt, sie wolle diesmal nicht reden. Aber sobald ein Satz fällt, der ihr unrichtig erscheint, meldet sie sich doch zu Wort. Und das ist oft.

In der Verhandlung gibt der Anwalt der Gegenseite zu, dass bei den VGH-Versicherungen das Mediangehalt der Frauen niedriger ist als das der Männer. Das habe eben »mit der Lebens- und Erwerbsrealität zu tun«, sagt er lapidar.

So klar wollte ihr Arbeitgeber das Gender Pay Gap anfangs nicht zugeben. Als Gamroth-Günther am 2. Juli 2018 den Antrag auf eine Gehaltsauskunft stellte, wurde ihr zunächst nur »der Median der männlichen Abteilungsleiter, die seit 2012 eine Führungsaufgabe übernommen haben« mitgeteilt. Der lag »nur« 223,60 Euro über ihrem Gehalt.

»Das kam mir komisch vor«, sagt Gamroth-Günther. Wieso sollten als Vergleichsgruppe nur Abteilungsleiter zählen, die im selben Jahr wie sie befördert oder eingestellt worden waren? Es gab doch viele andere, die gleichwertige Arbeit leisten.

Die Juristin studierte den Gesetzestext – und beanstandete die Auskunft. Zu Recht, wie das Bundesarbeitsgericht entschied: »Für die Feststellung von gleicher oder gleichwertiger Arbeit kommt es alleine auf die tatsächlichen Anforderungen der Tätigkeit an.«

Seither fällt es den Arbeitgebern schwerer, bei der Gehaltsauskunft zu tricksen. Der Anwalt der VGH-Versicherungen versucht es trotzdem: Eigentlich müsse man für den Gehaltsvergleich mit Gabriele Gamroth-Günther

nur die Männer heranziehen, die eine Schadensabteilung leiten, argumentiert er. Der Richter wischt den Einwand vom Tisch.

Doch der Versuch zeigt, wie schwer es in der Praxis für Frauen ist, überhaupt die richtige Vergleichszahl zu erfahren, um ihr Gehalt einordnen zu können. Und wie ungleich der Kampf ist, der hier geführt wird: Auf der einen Seite der Arbeitgeber, der alle Daten kennt. Und auf der anderen Seite die Mitarbeiterin, die um jede Auskunft kämpfen muss.

Am 22. August 2018 erhielt Gamroth-Günther die relevante Zahl: 1006,60 Euro brutto monatlich lagen zwischen ihr und den Kollegen. Mit Urlaubs- und Weihnachtsgeld klaffte die Lohnlücke noch weiter. Gamroth-Günther sagt, sie habe nach diesem Schreiben erwartet, dass die Personalabteilung ihr ein Gehaltsgespräch vorschlagen würde. Aber nichts passierte. »Ich dachte, die seien im Urlaub.«

Gespräche mit ihren Vorgesetzten seien freundlich, aber ergebnislos verlaufen. Es blieb nur der Weg vor Gericht. Gamroth-Günther zögerte, Klage einzureichen. Sie schwankte zwischen der Wut über die Ungerechtigkeit und der Angst vor Konsequenzen.

Die Wut siegte. Und sie ist immer noch da.

Denn das Bundesarbeitsgericht gewährte Gamroth-Günther keinen Anspruch auf mehr Geld, sondern schickte sie für die Details zurück zum Landesarbeitsgericht Niedersachsen. Dieses sprach Gamroth-Günther 1006,60 Euro brutto zu, die Differenz

zum Mediangehalt der Männer – aber nur für sechs Monate, vom Tag der Gehaltsauskunft bis zu dem Tag, als sie ihre Klage einreichte. Dass die Ungleichheit andauerte, zählte nicht.

»Niemand kann eine Entschädigungsforderung für die Zukunft einklagen«, räumt ihr Anwalt Jan Scholand ein. »So etwas geht nur rückwirkend.«

Deshalb reichte er für seine Mandantin im April 2021 eine neue Klage ein und forderte Entschädigung für all die Monate, die inzwischen vergangen waren. Mit dieser Klage fing Gamroth-Günther wieder von vorn an, beim Arbeitsgericht in Göttingen.

Der Richter dort hat eine Excel-tabelle erstellt, und für jeden Monat von März 2019 bis Mai 2021 die Kluft zwischen dem Gehalt der Klägerin und dem Mediangehalt der Männer aufgelistet. So kommt er auf die Nachzahlung von 34 000 Euro plus Zinsen. Ab Juni 2022 schlägt er eine Gehaltserhöhung von 1029,70 Euro brutto monatlich vor.

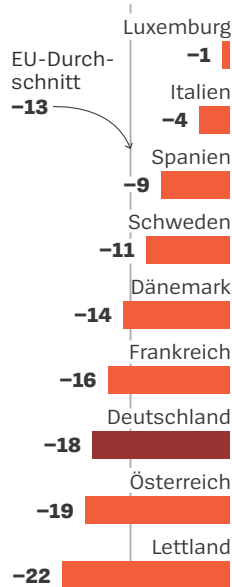
Als die Klägerin diesen Vorschlag ablehnt, ist der Richter fassungslos. »Was ist denn jetzt der Streitgegenstand?«, will er wissen.

»Ein diskriminierungsfreies Gehalt«, sagt Gamroth-Günther. Für sie gibt es ein neues Problem: Würde sie mit der Gehaltserhöhung von 1029,70 Euro noch immer weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen?

Der Richter hat in seiner Rechnung berücksichtigt, dass sie im Februar 2019 eine Gehaltserhöhung von 353,50 Euro bekommen hat und dass

Große Lücke

Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst von Frauen in EU-Staaten im Vergleich zu dem von Männern, 2020, in Prozent*



* unbereinigt; vorläufige Werte außer Schweden und Dänemark
 5 • Quelle: Destatis

die Gehälter aller Abteilungsleiter der VGH-Versicherungen um 1,7 Prozent gestiegen sind, was der Erhöhung des Tarifvertrags entspricht. Aber es gab 2021 noch eine weitere, individuelle Gehaltsrunde. Bei dieser wurde Gamroth-Günther übersprungen – mit Verweis auf den laufenden Prozess.

»Es kann doch nicht sein, dass auf der einen Seite die Gehaltserhöhung meiner Mandantin angerechnet wird und auf der anderen Seite so getan wird, als bleibe das Mediangehalt des männlichen Kollegen gleich«, sagt Jan Scholand.

Wie weit ihr Gehalt jetzt vom Mediangehalt der Männer entfernt ist, will der Arbeitgeber nicht verraten. Dafür müsste Gamroth-Günther einen neuen Auskunftsantrag stellen. Und wenn seit dem ersten Antrag noch keine zwei Jahre verstrichen sind, muss die Antragstellerin darlegen, »dass sich die Voraussetzungen wesentlich verändert haben.«

Deshalb will Gamroth-Günther keinen Vergleich. Keine Nachzahlung, keine einmalige Gehaltserhöhung. Sie will ein Urteil, dass die VGH-Versicherungen zwingt, eine gerechte Gehaltsstruktur zu schaffen.

»Die Frage gerecht oder nicht – die können wir in der Kirche klären«, wertet der Anwalt der Gegenseite.

Ein Kompromiss sei doch kein Verzicht, belehrt der Richter die Klägerin. Und: »Sie haben nun wirklich das Ende der Fahnenstange erreicht.« Die Fahnenstange scheint für Frauen kürzer zu sein als für Männer.

Wenige Stunden später ist der Tenor des Urteils da (Aktenzeichen 3 Ca 87/21 Ö): Die VGH-Versicherungen müssen 34 394,26 Euro plus Zinsen nachzahlen und 70 Prozent der Kosten des Rechtsstreits tragen. Die Grundsatzfragen bleiben offen.

Beide Seiten wollen in Berufung gehen. Gamroth-Günther hofft auf Schützenhilfe aus Brüssel. Eine neue EU-Richtlinie könnte den Anspruch auf eine Gehaltsauskunft schon für EU-Unternehmen ab 50 Beschäftigten vorsehen. Und es wird diskutiert, ob Sanktionen gegen Arbeitgeber verhängt werden, die eine Lohnlücke von mehr als fünf Prozent aufweisen.

Sollte ihr Fall abermals vor dem Bundesarbeitsgericht landen, könne es sein, dass die Richter das Grundsatzzurteil von 2021 kippen, sagt Gamroth-Günthers Anwalt: »Wer kämpft, läuft immer Gefahr zu verlieren.« Aber: »Wer nicht kämpft, hat schon verloren.« Und die Klägerin hat eine Rechtsschutzversicherung. Von den VGH-Versicherungen.

Verena Töpfer



Protest gegen ungleiche Bezahlung in den USA

Joe Raedle / Getty Images

Im Rausch des Bildersturms Was ist gefährlicher? Alte antisemitische Karikaturen aus Indonesien? Oder Antisemiten, die mit Maschinenpistolen in Synagogen eindringen?

Von Eva Menasse

Völlig sinnlos, noch etwas zu sagen, da mitten hinein ins Gebrüll. Niemand hört zu, im schlimmsten Fall brüllen sie lauter. »Glauben Sie mir, jeder Jude hat Angst vor brüllenden Deutschen«, sagte der Opernregisseur Barrie Kosky kürzlich im »SZ-Magazin«, und dieses Zitat hier ist natürlich sauunfair, denn die Deutschen sind ja deswegen so laut, weil sie es seit Jahren so verdammt ernst meinen mit der Bekämpfung des Antisemitismus und gerade wieder so schrecklich betrogen worden sind. Dabei zerstört vor allem dieses Brüllen jedes Ringen um Vernunft, Augenmaß, Verständigung, Fakten. Selbst die Politiker können einem leidtun, Bundespräsident Steinmeier mit seinem stirnfaltigen Versuch, Kunstkritik mit der Solidarität für Israel zu verschmelzen, Kanzler Scholz, der nun zum ersten Mal seit Langem nicht zur Documenta fahren wird? Wie schade für ihn. Empörend ist der Umgang mit Claudia Roth, deren Persönlichkeit und Lebenslauf Beweis genug sein sollten für ihre Ernsthaftigkeit im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus und deren Rücktritt man selbstverständlich verlangt hat, mindestens, neben dem aller anderen, die in den vergangenen Monaten auch nur in die Nähe der Documenta gekommen sind. Die einzige Forderung, die noch fehlte, war, ganz Kassel niederzubrennen, damit angemessen Buße getan ist.

Und all das wegen ein paar Männchen auf einem neun mal zwölf Meter großen Wimmelbild. Das Bild war so groß und die Männchen so klein, dass es Tage dauerte, bis man sie entdeckte. Aber dann: Deutschland, im Rausch des Bildersturms.

Nein, ich werde hier nicht auch noch beteuern, dass ich diese Darstellungen »abscheulich«, »abstoßend« und what the fuck finde, denn das ist Antisemitismus immer. Ich will auch nicht entscheiden, ob man das Wandbild hätte nur abdecken oder ganz abnehmen sollen oder ob, wie

man es bei den »Judensauen« an den kunsthistorisch wertvollen Kirchen hält, eine »Erklärungstafel« genügt hätte. »Erklärungstafel meine Mudda«, wie einer meiner Freunde sagen würde. Ich stelle mir vor, wie sie das zusammengerollte Wimmelbild des Schreckens in dunkler Nacht außer Landes geschafft haben. War auch der BND involviert? Ich habe nämlich keine Angst vor 20 Jahre alten antisemitischen Karikaturen aus Indonesien, auch nicht vor denen, die sie gewebt oder gemalt haben. Angst habe ich vor denen, die Walter Lübcke auf seiner Veranda erschießen oder versuchen, mit einer Maschinenpistole in eine voll besetzte Synagoge einzudringen.

Und schwer unbehaglich ist mir angesichts des diskursiven Reinigungsfurors eines publizistischen Bataillons aus Anti-Antisemiten, die offenbar glauben, dass sie dieses Land bald, vielleicht schon übermorgen, antisemitenfrei kriegen. Kriegt ihr aber nicht, niemals, nicht nach zweitausend Jahren des tief verwurzelten christlichen Antisemitismus, vom Holocaust gar nicht erst zu reden. Aber erst wenn ihr das versteht, kann irgendetwas besser werden. Wenn ihr versteht, gegen welchen Antisemitismus man sofort gehen muss.

Wütend bin ich übrigens auch, und zwar ganz enorm, auf die Verantwortlichen dafür, dass dieses Dings je aufgehängt wurde. Im besten Fall war es Blödsinn, im schlimmsten Sabotage, aber es bombt eine ohnehin vergiftete Debatte zurück in die Steinzeit. Die tragischen Verlierer sind all jene fachkundigen Wissenschaftler, Kulturinstitutionen, Kulturvermittler, Kuratoren, die sich um Wissensvermittlung und die Verhältnismäßigkeit der Debatten bemühen. Verlierer sind auch alle Juden, die die Wörter »Menschenrechte« und »Palästinenser« weiterhin gern in einem Satz unterbringen möchten. Über ihnen allen geht nun der Hohn der Ulf Poschardt, Jürgen Kaubes, Thomas E. Schmidts und Vol-

ker Becks nieder, die schon immer gewusst haben, dass aus dem sogenannten globalen Süden (früher: Dritte Welt) nichts anderes kommen kann als »blanker« Antisemitismus – und jetzt auch noch mit deutschen Steuergeldern!

Noch einmal von vorne. Deutschland hat den Holocaust erdacht und durchgeführt, einen der größten Völkermorde der Geschichte. Auf Stalins Konto gehen wahrscheinlich noch mehr Tote, aber die schiere Technik des zeit- und ressourcensparenden Massenmordes (Ersticken in Gaskammern, Verbrennen der Leichenberge in daneben gelegenen Öfen), zu deren reibungslosem Ablauf nur ganz wenige Arbeiter, infamerweise ebenfalls Juden, benötigt wurden, bleibt ein »schwarzes Loch des Verstehens« (Dan Diner). Diese monströse Schuld hat Deutschland auf sich geladen, und die Verantwortung für die angemessene Erinnerung daran wird es nie wieder los. Da aber Erinnerung immer ein Zustand der jeweiligen Gegenwart ist, verändert auch sie sich beständig. Nach 1945 begann sie schleppend, die Täter entkamen hunderttausendfach oder wurden lächerlich gering bestraft. Von den Nürnberger Prozessen über die Studentenrevolte 1968 bis hin zur Wiedervereinigung und dem schwierigen Abgleich der beiden deutschen Erinnerungskulturen – Deutschland ist es, so argumentiert die jüdisch-amerikanische Philosophin Susan Neiman, als erstem Land gelungen, mit dem Konzept der »Vergangenheitsaufarbeitung« neben den Helden auch die Untaten in die nationale Identität zu integrieren.

Eine erfolgreiche Schmerzgeschichte, eine schmerzhaft erfolgreiche – doch sie verändert sich weiter. Die meisten Zeitzeugen sind nun tot, die Weltpolitik ist nicht weniger kompliziert geworden, und seit Langem wird von Deutschland ge-



Gerhard Leber / IMAGO

Menasse, geboren 1970 in Wien, lebt als Schriftstellerin und Essayistin in Berlin. Zuletzt erschien ihr Roman »Dunkelblum«. Sie schreibt seit Jahrzehnten über NS-Geschichte, Schoa und Antisemitismus.



Uwe Zucchi / dpa

fordert, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Es reicht nicht mehr, die deutschen Verbrechen als Erklärung für deutsche Untätigkeit, Feigheit, Naivität oder Blindheit hochzuhalten; wie schief das gehen kann, hat die Implosion der Russland-Verständigungspolitik gerade gezeigt.

Und daher kommt es wohl, dass der geschwollene moralische Zeigefinger nicht mehr nur auf sich selbst, sondern immer häufiger auf andere weist. Da man nach all den Jahren im eigenen Purgatorium vollumfänglich verstanden zu haben glaubt, was Antisemitismus ist, und sich selbst frei davon wähnt, möchte man ihn bei anderen umso allumfassender geahndet sehen. Ein deutscher Drang zur Übererfüllung blitzt auf. Genau diesem entsprang vor drei Jahren die so ungeheuer schädliche Anti-BDS-Resolution des Bundestags, eine Resolution, die ursprünglich auf die AfD zurückging. Im Jahr 2019 wusste hierzulande noch kaum einer, was BDS (Boycott, Divestment, Sanctions) eigentlich ist: nämlich die an sich vernünftige Idee der Palästinenser, eine gewaltlose politische Alternative für die Auseinandersetzung mit Israel zu finden. Aber BDS fuhr unter anderem deswegen gegen die Wand, weil es sich nicht mit dem Boykott von Produkten der israelischen Siedler (die jeden Boykott verdienen!) zufriedengab, sondern ihn auf israelische Künstler und Wissenschaftler ausdehnt haben wollte.

Das ist, Stichwort Meinungs- und Kunstfreiheit, in demokratischen Ländern die rote Linie, das muss man gar nicht Antisemitismus nennen. Aber für die deutsche Debatte ist das beinahe schon zu hoch. Hier ist nur wichtig, dass innerhalb von drei Jahren das Akronym BDS vom Schockerfaktor her so ähnlich klingt wie RAF oder IS. In drei Jahren von null auf Hexenjagd. Seither verbringen Praktikanten in Kulturvereinen und Museen ihre »Zeit zu einem guten Teil damit, die Social-Media-Accounts der geladenen Künstler oder Theoretiker rückwirkend zu durchforsten. Nach Likes an falschen Stellen und nach potenziell belastenden Aussagen«, wie Catrin Lorch in der »Süddeutschen Zeitung« schrieb. Ein Hauch von McCarthy weht durch das Land.

Im Ausland, in Israel oder den USA, klingt es wie ein schlechter Scherz, wenn man erzählt, was danach geschah: Die 20 wichtigsten Wissenschafts- und Kulturinstitutionen, vom Goethe-Institut über das Humboldt Forum, die Bundeskulturstiftung, das Zentrum für Antisemitismusforschung, das Moses-Mendelssohn-Zentrum, das Wissenschaftskolleg und viele mehr wandten sich als »Initiative GG 5.3 Weltoffenheit« gegen die Resolution und versuchten, die fatale Auswirkung zu beschreiben, die der traurigen Regel folgt, dass, sobald man etwas verbietet, immer noch mehr verboten werden muss. Mehr als tausend Intellektuelle

Skandalkunstwerk bei der Documenta in Kassel

Die einzige Forderung, die noch fehlte, war, ganz Kassel niederzubrennen, damit angemessen Buße getan ist.

unterstützten sie, darunter Aleida Assmann, Micha Brumlik, Diedrich Diederichsen, Carl Hegemann, Eva Illouz, Matthias Lilienthal, Ulrike Ottinger, Milo Rau, Ingo Schulze, Klaus Staack. Seither gelten sie alle als BDS-Anhänger oder BDS-nah. Was bedeutet: als Antisemiten. Oh nein, das ist nicht übertrieben, man kann es nachlesen, besonders beim so gern als Kronzeugen herangezogenen dubiosen »Kasseler Bündnis gegen Antisemitismus«. Andere Kostprobe – es gäbe Hunderte – aus der notorischen »Welt«: »Ein klarer Fall von demokratischem Antisemitismus.«

Meinen die das ernst, die Jacques Schusters, Stephan Grigats, Boris Pofallas, Alexander Neubachers und Stefan Trinks? Ganz Kulturdeutschland antisemitisch unterwandert – und damit praktisch sämtliche deutschen Fachleute, die in unzähligen Büchern und Studien die deutsch-jüdische Geschichte, den Holocaust und den Antisemitismus erforscht haben? Ebenso alle Kulturvermittler vom Goethe-Institut bis zum Haus der Kulturen der Welt? Aber so ist leider der völlig enthemmte Zustand der deutschen Debatte beim Thema Antisemitismus, und das macht sie inzwischen gefährlich. Die Fachleute sind marginalisiert, die mit dem Bauchgefühl haben übernommen. Da denunziert es sich auch leichter. Mit einem Vergleich aus der Coronazeit: Nicht die Drostens geben den Ton an, sondern solche, die empfehlen, Desinfektionsmittel zu injizieren. Und es ist auch eine Art Psychodrama: Viele Deutsche glauben sich ihre kollektive Läuterung und Demokratisierung in letzter Konsequenz offenbar nicht, in selbstentlastender Absicht verschieben sie den Fokus daher auf den muslimischen sowie den ziemlich vagen, irgendwie »kulturellen« oder linken Antisemitismus.

Dabei hat sich an den Zahlen seit Jahrzehnten wenig verändert. Der ungefähre Anteil an Antisemiten bleibt mit 10 bis 15 Prozent stabil, allerdings tragen die sozialen Medien zusammen mit der Pandemie zu einer messbaren Radikalisierung der Mitte bei. Weiterhin werden rund 80 bis 90 Prozent aller antisemitischen Gewalttaten, von Körperverletzung bis Mord, von deutschen Neonazis begangen. Der nächste Anschlag à la Halle ist bestimmt längst in Planung. Deren Netzwerke reichen bekanntlich bis in Polizei und Bundeswehr. Aber lasst uns noch ein wenig über Wandteppiche aus Indonesien reden. ■

»Sind Kurzarmhemden unmodisch, Herr Murkudis?«

SPIEGEL: Ich habe gerade einen Kollegen gefragt, wie viele Kurzarmhemden er im Schrank hat. Antwort: null. Wie sieht es bei Ihnen aus?

Murkudis: Ich besitze einige. Gerade bei den Temperaturen sind sie wahnsinnig bequem. Außerdem ist die ganze Spießigkeit, die den Hemden früher anheftete, ja längst Geschichte.

SPIEGEL: Wirklich?

Murkudis: Früher waren sie weit, unförmig, pumpeten sich bei jedem Windzug auf. Heute liegen sie enger an, das kann durchaus sexy aussehen.

SPIEGEL: Bundeskanzler Olaf Scholz trug so ein Modell in Dunkelblau bei seiner Kiew-Reise, insbesondere die italienischen Medien haben sich darüber lustig gemacht.

Murkudis: Ich glaube, es war zu eng, auch an den Armen. Es wirkte dadurch eher wie eine Rüstung, nicht lässig. Ein etwas luftigeres, weißes Hemd wäre sicher besser gewesen.

SPIEGEL: Seit wann sind Kurzarmhemden wieder gesellschaftsfähig?

Murkudis: Seit drei, vier Jahren etwa. Ich bin jetzt gerade in Paris, kaufe die Sommermode für 2023 ein. Auch da sind wieder viele Kurzarmhemden dabei.

SPIEGEL: Können Sie bereits einen besonderen Trend erkennen?

Murkudis: Farben und Muster, Patchwork.

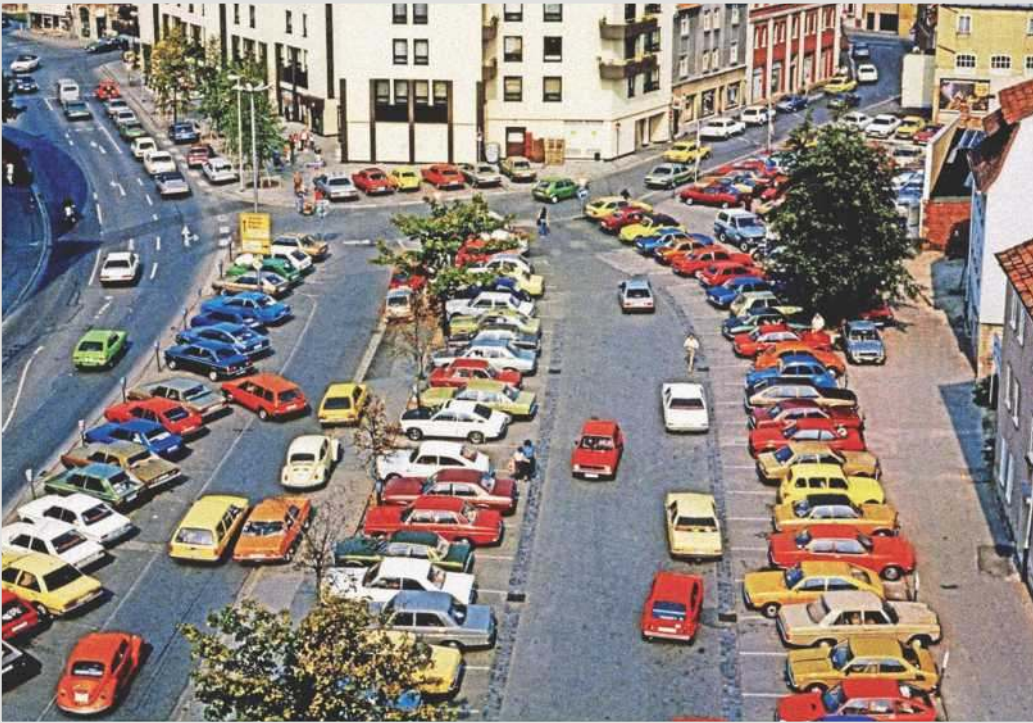
SPIEGEL: Wie stehen Sie zu Taschen auf den Hemden?

Murkudis: Kaufe ich nie ein. Taschen machen meist unschöne Beulen auf der Brust.

SPIEGEL: Zurück zur Lässigkeit. Wie viele Knöpfe sollten beim Kurzarmhemd definitiv offen sein?

Murkudis: (lacht) Bei manchen Männern wünscht man sich, sie würden es nicht so weit aufknöpfen. Ich würde sagen: höchstens zwei Knöpfe. WIN

Andreas Murkudis, 60, beschäftigt sich seit den Achtzigerjahren mit Mode. In seinen Berliner Läden führt er rund 250 Marken.



Farben, 1982

FAMILIENALBUM Horst Schunk, 73, aus Coburg

Das Bild ist aus meinem Archiv und zeigt einen Parkplatz im fränkischen Coburg. Der Parkplatz lag an der Hindenburgstraße, und ich, 33 Jahre alt, Fahrlehrer und Hobbyfotograf, stehe oben auf dem Dach der ehemaligen Hauptpost, da gibt es einen Zugang auf die Dachterrasse. Aus heutiger Sicht kaum zu glauben, wie farbenfroh, wie bunt die Autos damals waren. Grau galt in dieser Zeit als grausam, junge Leute wären kaum auf die Idee gekommen, sich in ein schwarzes oder graues Auto zu setzen. Mir gefielen die Farben. Ich habe den Parkplatz aber auch fotografiert, weil ich wusste, es würde ihn nicht mehr lange geben. Kurz nach der Aufnahme begannen die Bauarbeiten für ein Parkhaus, es wurde 1984 eröffnet, und seitdem war das Parken an der Stelle auch teurer. Wenn ich heute auf die Hindenburgstraße schaue, sind tatsächlich die meisten Autos grau oder schwarz, auch viele Gebäude sehen aus wie übergroße Grabsteine.

Überhaupt ist fast alles grau, auch Brücken, Fahrräder, Motorräder, Gartenstühle, sogar Sonnenschirme. Dunkle Fassaden oder Autodächer

heizen sich im Sommer stark auf, wenn die Sonne scheint, was bei einer ohnehin zunehmenden Erderwärmung für die Temperaturen in der Stadt nicht positiv ist. Also könnten sich Farbe und Helligkeit auch für das Mikroklima einer Kommune als gute Idee erweisen. In Regionen, in denen es schon immer eher heiß ist, in einigen Regionen Nordafrikas oder in Griechenland, bauen die Menschen ihre Häuser mit viel Weiß. Vielleicht sollten wir in Deutschland auch mal darüber nachdenken? Es gibt aber noch mehr Argumente für mehr Farben: Farben im Straßenverkehr erhöhen wesentlich die Verkehrssicherheit.

Meine Frau und ich wohnen in Coburg selbst in einem alten Stadthaus, das haben wir leuchtend gelb angestrichen. Wir fahren einen Fiat Doblò, weiß mit rotem Streifen an der Seite. Das gefällt uns. Schon John Lennon besaß einen Rolls-Royce mit Blumen drauf. Farbe ist immer ein Ausdruck der Freude.

Aufgezeichnet von Barbara Hardinghaus

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

I hear you scream

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE Warum in Brasilien eine Frau ihr Kind auf einem Metallica-Konzert geboren hat

Song 1: Whiplash

Adrenaline starts to flow / You're thrashing all around / Acting like a maniac / here we go!

Sie sagt, ihre Wehen hätten nach dem ersten Lied eingesetzt. Doch Joice Figueiró, volle 39 Wochen schwanger, Stichtag in sieben Tagen, wollte noch nicht ins Krankenhaus. Sie saß auf einem Plastikstuhl, daneben ihr Ehemann Jaime, ungefähr 50 Meter von der Bühne entfernt. Auf der Setlist standen 16 Songs.

Es war der 7. Mai 2022, ein Samstagabend. Metallica trat zum ersten Mal in Curitiba, Brasilien, auf, der Heimatstadt von Figueiró. 45 000 Menschen in einem Fußballstadion, Lichtblitze, Bühnennebel. James Hetfield, der Leadsänger, sang und schrie, als würde die Welt untergehen.

Mehr als zwei Jahre hatte Joice Figueiró auf diesen Tag gewartet.

Der erste Wille eines Menschen ist seine Geburt. Nach etwa neun Monaten im Bauch der Mutter drückt sein Kopf beharrlich gegen den Muttermund. Die Mutter kann vorhaben, was sie möchte, das Baby will jetzt auf die Welt. Der Sohn von Figueiró wollte an diesem Abend auf die Welt.

Die Nachricht von der Geburt beim Konzert machte Schlagzeilen. Die »Washington Post« führte ein Interview mit den Eltern. Vergangene Woche kam ein Fotograf des »Guardian«.

»Ich bin noch dabei, die Geschichte zu verdauen«, sagt Joice Figueiró, 31, bei einem Videotelefonat im Wohnzimmer ihres zweigeschossigen Hauses. Neben ihr sitzt ihr Ehemann Jaime, 31, ein kräftiger Typ mit schwarzem Rauschbart und Glatze. Er arbeitet als Piercer. Sie als Tätowiererin. Figueirós Dekolleté ziert ein großer Schmetterling. In ihren Armen wiegt sie das Neugeborene, zerkrautschtes Gesicht, die Haare schwarz. Sein Name: Luan James Figueiró. James wegen James Hetfield. Bei der Geburt 3025 Gramm schwer. Es ist ihr zweites Kind. Luans Schwester ist drei Jahre alt.

Jaime und Joice sind ein Paar, seit sie 14 waren. Er verliebte sich sofort in sie. Sie: ein Gothic-Girl mit lila Haaren. Er: ein Außenseiter mit mal

roten und mal blauen Haaren, der Metal hört. Sie mochte seine rebellische Art. Er spielte ihr die Songs von Metallica vor, einer seiner Lieblingsbands. Figueiró gefiel die Musik.

Es gibt Fotos von ihr im Stadion in Curitiba. Auf einem trägt sie ein schwarzes Metallica-T-Shirt, eine Bauchtasche über die Babykugel geschnallt. Die eine Hand zur Pommesgabel geformt, dem Metal-Gruß. Die andere Hand hält eine Dose Monster-Energydrink.

Song 4: Seek & Destroy

Say goodbye to the world you live in / You have always been taking / But now you're giving

Die Schmerzen in ihrem Unterleib seien anfangs nicht stark gewesen, sagt Figueiró. »Ich war elektrisiert von der Musik.«

Ihre erste Geburt hatte 36 Stunden gedauert. Sie habe gedacht: Wenn es dieses Mal genauso lange dauert, dann gibt es keinen Grund zur Eile. Sie könnten das Konzert in Ruhe zu Ende schauen, mit dem Auto nach Hause fahren, duschen, umziehen – und dann ins Krankenhaus.

Der ursprüngliche Konzerttermin war der 23. April 2020 gewesen. Jaime hatte ein halbes Jahr zuvor zwei Tickets gekauft, Premiumplätze, Tor 13, jeweils 375 brasilianische Real, umgerechnet rund 68 Euro. Das Konzert

Die erste Geburt hatte 36 Stunden gedauert. Sie dachte: Es gibt keinen Grund zur Eile.

Figueiró nach der Geburt, Screenshot von rockhard.de



METALLICA - Baby bei Konzert in Brasilien geboren

wurde wegen Corona zweimal verschoben. Am 7. Mai 2022 sollte es nun endlich so weit sein. Nur war Figueiró jetzt hochschwanger. Sie konnte nicht stundenlang stehen, eng an eng mit Tausenden Menschen. »Ich habe gehofft, das Kind vor dem Konzert zu kriegen«, sagt Figueiró. Es kam nicht. Sie beschloss, nicht zu gehen. Doch dann erfuhr sie, dass es auf dem Konzertgelände Bereiche für Rollstuhlfahrer gibt, wo auch Schwangere sitzen dürfen. Ihre Frauenärztin hatte keine Bedenken. Sofern sie sich wohlfühle, könne sie gehen. Die Schwangerschaft war komplikationslos, ein bisschen Rücken, ein bisschen Müdigkeit, sonst nichts.

Song 13: Master of Puppets

I'm pulling your strings... / Blinded by me, you can't see a thing / Just call my name 'cause I hear you scream

Figueirós Wehen wurden immer stärker. Sie klammerte sich mit ihren Händen an das Absperrgitter vor ihr. Jaime umarmte sie von hinten.

Sie: Wie viele Lieder spielen sie noch? Er: Gleich vorbei. Dann die Zugabe – drei Lieder. Sie: Schaffe ich. Er: Wie viele Wehen hast du pro Lied? Sie: Zwei.

Er: Lass uns gehen.

So erinnert sich das Paar.

Jaime rief einen Ordner. Die Feuerwehr kam. Zwei Männer setzten Figueiró in einen Rollstuhl. Die Fruchtblase platzte. Figueiró sagt, sie habe sich geschämt. Auf einem Konzert sollte man kein Kind bekommen. Der erste Song der Zugabe lief.

Im Inneren des Stadions, in der Nähe der VIP-Lounge, links hinter der Bühne, gab es einen Sanitätsraum, vier, fünf blaue Liegen, ein Fernseher hing an der Wand. Eine 28-jährige Notärztin mit feuerroten Fingernägeln leitete an diesem Abend die Schicht. Es war ihre erste Entbindung. Auf einer Liege schlief ein junger Mann, komplett besoffen, die Kleidung vollgekotzt, an einem Tropf hängend. Da traf Figueiró ein. Die Ärztin sagte: Ganz ruhig. Wir holen einen Rettungswagen, der dich ins Krankenhaus fährt. Figueiró sagte: Das Kind kommt schon. Die Ärztin maß die Öffnung des Muttermundes. Neun Zentimeter. So erinnert sie sich. Dann konnte sie den Kopf des Kindes erkennen. Figueiró presste.

Song 16: Enter Sandman


We're off to Never Neverland / Take my hand / We're off to Never Neverland

Als James Hetfield aufhörte zu singen, weinte das Kind.

Miguel Helm

Die Katastrophe, die nicht endet





HOCHWASSER Vor einem Jahr verwüstete eine Jahrhundertflut das Ahrtal und Teile Nordrhein-Westfalens, 184 Menschen starben. Noch immer ringen Überlebende mit ihren Erinnerungen, sind Häuser nicht bewohnbar, laufen Klagen – und fehlt eine Antwort auf die Frage, wer schuld ist an der Katastrophe.

Vom Wasser mitgerissene und zerstörte Gegenstände an einer Brücke in Altenahr am 19. Juli 2021

Boris Roessler / AP

Zuerst hörte Hartmuth Wichmann das Rauschen. Er saß zu Hause in Bad Neuenahr am Computer und spielte online Doppelkopf. Vor der Terrassentür sah er eine braune Brühe vorbeibrausen, an die 20 Zentimeter hoch, es war 23.15 Uhr. »Das ist ja irre«, habe er noch gedacht. Dann hörte er Glas splitterern, Momente später stand er bis zum Bauch im Wasser. »Es stieg rasend schnell«, erzählt Wichmann, »ich fing an zu schwimmen.« Der Spalt Luft zwischen ihm und der Zimmerdecke sei immer kleiner geworden.

»Es fehlten nur noch ein paar Zentimeter«, sagt Wichmann, 69, er sei mit dem Kopf schon an die Decke gestoßen. Um noch atmen zu können, habe er sich auf den Rücken gedreht, Stirn und Nase an die Decke gedrückt. Neben ihm trieben seine Möbel, die Matratze, Stühle, seine Tagesdecke, der Lattenrost, darauf habe er sich abgestützt. »Nur die Ruhe bewahren, du musst nur die Ruhe bewahren«, habe er sich gesagt, sonst habe er keine Chance zu überleben.

Wichmann war Kapitän zur See, einen Großteil seines Berufslebens bei der Bundeswehr verbrachte er auf dem Meer. Er fuhr auf Zerstörern, war Kommandant einer Fregatte und führte ganze Schiffsverbände bei See-Manövern bis hin zum Horn von Afrika. Er überstand mehrere Orkane. Nie hätte er sich vorstellen können, dass er einmal in seinem eigenen Schlafzimmer darum kämpfen müsste, nicht zu ertrinken.

Wichmann sagt, er habe nicht gefroren, aber er habe gewusst, dass er unterkühlen und ohnmächtig werden könnte, wenn er im Wasser bleibt. Er schwamm zur zerborstenen Terrassentür und brach Stück für Stück das Glas heraus, bis er hindurchpasste.

Sieben Monate nach der Flut, Ende Februar, sitzt der Pensionär bei einem Freund in Bad Neuenahr, korrekt mit Hemdkragen unter dem blauen Pullover. Er hebt seine Hände unter die Brust, um die Höhe des Wassers zu zeigen, als die Scheibe seiner Terrassentür brach. Wichmann erzählt nüchtern. Aber manchmal, wenn er von der Zeit im Wasser berichtet, zittert seine Stimme.

Am 14. Juli vergangenen Jahres schob sich nach extremen Starkregenfällen eine gewaltige Flutwelle durchs Ahrtal, mancherorts stieg der Pegel auf bis zu zehn Meter. Ganz genau weiß es niemand, denn irgendwann brachen die Messpegel ab. Die Wassermassen rissen mit, was ihnen im



Marcus Simatius / DER SPIEGEL

Der Kapitän

Hartmuth Wichmann fuhr viele Jahre lang zur See, überstand Orkane. In der Flutnacht wäre der Pensionär fast in seinem eigenen Schlafzimmer ertrunken.



Weg stand, Autos, Häuser, Straßen und Brücken, die Flut fiel über die Menschen her wie ein wildes Tier.

184 Menschen starben, allein 134 im Ahrtal. Zwei werden immer noch vermisst. Einige Menschen nahmen sich danach das Leben, aus Verzweiflung. Manche fanden Leichen in ihren Gärten, als das Wasser zurückging. Viele mussten mitansehen, wie ihre Liebsten, Nachbarn oder Arbeitskollegen in den Tod gerissen wurden. Sie können die Schreie in Todesangst nicht vergessen, die Hilferufe, minutenlang. Und dann die Stille, wenn sie verstummten.

Manche Überlebende konnten erst Monate nach der Flut über ihren Kampf gegen die Naturgewalt sprechen. Ihre Geschichten aus dieser Nacht offenbaren, wie schutzlos viele mitten im angeblich so gut organisierten Deutschland waren. Sie wussten nichts von der Gefahr, die auf sie zurollte. Sie versuchten, Hab und Gut zu retten, und ahnten nicht, dass sie das mit dem Leben bezahlen würden. Polizisten hörten Notrufe von Flutopfern, die sagten, dass sie jetzt sterben müssten – und konnten nichts tun. In Dernau wurde eine ganze Familie mitsamt ihrem Haus in die Ahr gerissen, obwohl ein Nachbar noch den Notruf erreicht hatte. Doch niemand kam. »Keine Einsatzmöglichkeit mehr«, heißt es im Polizeiprotokoll.

Häufig hing es vom Zufall ab, von Glück oder Körperkraft, wer dem Tod

entkam und wer nicht. Dem Einsatz Einzelner ist es zu verdanken, dass nicht noch mehr Menschen starben – und mancherorts Bewohner rechtzeitig in Sicherheit kamen. Viele Rettungskräfte riskierten ihr Leben.

Die Flutopfer warten bis heute auf Antwort darauf, warum sie nicht rechtzeitig gewarnt wurden, warum es keine funktionierenden Notfallpläne gab. Zwei Untersuchungsausschüsse, in Mainz und in Düsseldorf, sollen das Versagen der Behörden aufarbeiten, mit bislang überschaubarem Ergebnis.

In Nordrhein-Westfalen leiteten die Bezirksregierungen Informationen über die steigenden Wasserstände offenbar gar nicht an die Kreise weiter, die die Menschen warnen sollten.

Gegen den Ex-Landrat von Ahrweiler, Jürgen Pföhler, der seinen völlig überforderten Krisenstab im Stich ließ, und gegen seinen Einsatzleiter wird noch ermittelt.

Die Ahr riss die ersten Menschen vermutlich am frühen Abend auf dem Campingplatz Stahlhütte in den Tod. Von dort wälzte sich die Flut gut 60 Kilometer voran und tötete wohl zwischen drei und vier Uhr morgens in Sinzig ihre letzten Opfer. Mehr als sieben Stunden brauchte das Wasser, in der Zeit hätte es selbst ein reitender Bote schaffen können, Warnungen zu übermitteln. Aber die Menschen ahrabwärts erfuhren nichts davon.

Der Campingplatz, auf dem alles begann

Knapp 15 Kilometer fließt die Ahr von ihrer Quelle im Eifelörtchen Blankenheim nach Südosten, dann zieht sie eine Schleife und passiert die Landesgrenze von Nordrhein-Westfalen nach Rheinland-Pfalz. Im Flusstal wurden vor 150 Jahren noch Eisen und Stahl produziert, die Wasserkraft der Ahr trieb die Stahlhämmer an. Hier, beim Örtchen Dorsel, liegt der Campingplatz Stahlhütte.

Auf Stahlhütte begann die Katastrophe. Von hier hätte man voraussehen können, was dem Rest des Ahrtals bevorstand. Bereits nachmittags kämpften Camper und Feuerwehrleute um ihr Leben. Flussabwärts hätte »keiner mehr sterben müssen«, sagte ein Feuerwehrmann aus einem Nachbarort später als Zeuge.

Die Altenpflegerin Susanne Flaum, 57, wohnte sechs Jahre lang auf Stahlhütte mit ihrem Mann und dem ungarischen Jagdhund Henry. Es war »mein Traum«, sagt sie. Die Flaums hatten zwei Mobilheime zusammengerückt, mit Veranda und Springbrunnen, »unsere Ranch«, sagt Flaum.

Wie sie lebten hier viele mit kleinem Einkommen, Kfz-Mechaniker, Kurierfahrer, ein Postbote, Elektriker, eine Putzfrau.

Am 14. Juli regnete es auch auf dem Campingplatz an der Ahr seit dem Vormittag immer stärker, »irgendwie hatte ich ein komisches Gefühl«, erzählt Flaum. Gegen 14 Uhr habe sie einem Nachbarn geholfen, Gartensachen von der Uferböschung wegzuräumen. Auf der Ahr sei ein Klo vorbeigeschwommen, da hätten sie noch gelacht.

Gegen 15.30 Uhr »sah ich, wie oben das Wasser die Straße runterkommt, da dachte ich zum ersten Mal: Jetzt haben wir verloren«, erzählt Flaum. Kurz darauf kam der Campingplatzbesitzer, alarmiert von einem Bewohner. Da sei Wasser schon zehn Zentimeter hoch über den Platz gelaufen, berichtet der Betreiber Mario Frings. Er sei herumgegangen und habe die Camper aufgefordert, ihre Autos zum höher gelegenen Parkplatz zu fahren. »Der war leichenblass«, sagt Flaum, »genauso hilflos wie wir alle.«

Maxi Ines Meyer, 51, eine Servicekraft, die in einem holzverkleideten Mobilheim mit grünen Fensterläden direkt am Wasser lebte, sagt, schon kurz vor 16 Uhr sei sie nicht mehr von ihrer Parzelle heruntergekommen. »Ich war komplett umspült und habe versucht, mich am Hausgiebel und am Gartenzaun festzukrallen.« Ihr Lebensgefährte habe den Wagen und die Hunde in Sicherheit gebracht, dann sei er zurückgekommen und habe sie aus dem Wasser gezogen. In dem Moment sei das Haus weggerutscht, und auch ihr Partner sei von der Flut mitgerissen worden. »Keiner hat uns gewarnt«, sagt Meyer.

Sie habe es irgendwie geschafft, zum Ausgang des Campingplatzes zu kommen, wie, weiß sie nicht mehr. »Später haben mir Leute erzählt, ich hätte immer nur gerufen: Der Jörg ist weg! Der Jörg ist weg!« Sie habe keine Erinnerung daran. Wie durch ein Wunder habe er sich retten können, »weil er Boxer ist und supertrainiert«.

Inzwischen war die Feuerwehr eingetroffen. Um 16.14 Uhr, sagt der zuständige Bürgermeister, habe sie den Campingplatzbesitzer aufgefordert, den Platz zu evakuieren. Im Untersuchungsausschuss berichteten Feuerwehrleute von einem widerstrebenden Betreiber, der die Lage nicht so dramatisch eingeschätzt habe.

Er habe keine Evakuierungsaufforderung bekommen, sagt der Betreiber Mario Frings dem SPIEGEL. Er sei von sich aus noch mal herum-

gegangen und habe Bewohnern gesagt, sie müssten aus den Hütten raus. »Aber das sind alles mündige Bürger«, nicht jeder sei seiner Ansage gefolgt. Ein Mann, der sein Auto umgeparkt hatte, sei noch mal zurück auf den Platz. »Wir räumen gerade noch die Waschmaschine hoch und kommen dann sofort«, habe er gesagt. Der Mann sei später zusammen mit seiner Frau ertrunken.

Auch die Retter waren überfordert. In einer Hütte fand die Feuerwehr eine Frau, die nicht gehen konnte, die wollten sie auf einer Trage in Sicherheit bringen. Ein Feuerwehrmann ging, um das Gerät zu holen, seine 19-jährige Kameradin Katharina blieb bei der Camperin. Doch der Feuerwehrmann schaffte es nicht mehr zu ihnen zurück, »die Strömung war schon zu stark«, sagte er später aus. Die beiden Frauen wurden wohl mit samt der Hütte in die Ahr gespült. Der Vater der jungen Feuerwehrfrau war selbst als Feuerwehrmann auf dem Campingplatz im Einsatz, sie hätten den Verzweifelte davon abhalten müssen, »ins Wasser zu gehen«, berichteten später Kameraden, »er wollte unbedingt seine Tochter finden«.

Einige Menschen auf dem Campingplatz überlebten nur, weil einer der Feuerwehrleute einen zufällig vorbeifliegenden Rettungshubschrauber vom Nürburgring abfing, er kannte den Funkkanal. Doch der Helikopter hatte keine Seilwinde zur Per-

sonenrettung, Pilot und Notfallsanitäter banden sich selbst mit Gurten aneinander im Hubschrauber fest und ließen Rettungsleinen der Feuerwehr nach unten. Diese knoteten Feuerwehrleute dann um die Camper, die vom Hubschrauber durchs Wasser auf festen Grund gezogen wurden. Der Campingplatz sei »völlig überspült« gewesen, »ein Trümmerfeld, das aussah wie nach einem Tsunami«, berichtete der Sanitäter hernach.

Später am Abend konnte die Besatzung eines hessischen Polizeihubschraubers mit Seilwinde noch fünf Menschen aus den Wassermassen retten. Sechs Camper und Feuerwehrfrau Katharina blieben vermisst.

Warum war nicht rechtzeitig evakuiert worden? Nach dem Rahmenplan Hochwasser des Landes Rheinland-Pfalz sollen die Gemeinden bereits bei Alarmstufe 2, bei der noch keine unmittelbare Gefahr besteht, »Mithilfe« bei der Räumung von Campingplätzen leisten. Die Bevölkerung soll außerdem so frühzeitig gewarnt werden, dass »noch ausreichend Zeit für Selbsthilfemaßnahmen bleibt«.

Auf Stahlhütte begann der Einsatz erst, als es im Grunde schon zu spät war. Manche Camper schauten gerade fern oder tranken Kaffee, als das Wasser kam. Es habe keine Sirenen, keine Lautsprecherdurchsagen gegeben, sagen Bewohner. Von einem Evakuierungsplan hätten sie noch nie etwas gehört. Den habe es auch nicht



Die Camperinnen

Susanne Flaum und Maxi Ines Meyer lebten auf dem Campingplatz Stahlhütte. Sie haben alles verloren.



Marcus Sinaltis / DER SPIEGEL

gegeben, sagt der Campingplatzbetreiber: »Da wurde bei der Gemeinde nie drüber gesprochen, das war nie Bestandteil einer Genehmigung.«

Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Adenau sagt, für Campingplätze sei der Kreis die Genehmigungsbehörde und deshalb auch für Vorsorgemaßnahmen sowie Alarm- und Evakuierungspläne »zuständig«. Der Kreis wiederum verwies auf Nachfrage des SPIEGEL an die Gemeinde und den Betreiber.

Im Untersuchungsausschuss räumte der Krisenstabsleiter ein, es habe für Hochwasser weder einen Alarmplan gegeben noch eine mit den Gemeinden abgestimmte Meldekette entlang der Ahr.

Das erklärt ein wenig, warum die Menschen flussabwärts noch spät abends spazieren gingen, in der Wirtshaft saßen oder am Computer spielten wie Hartmuth Wichmann in Bad Neuenahr – während ahraufwärts bereits gestorben wurde. Es gab einige Lautsprecherdurchsagen der Feuerwehr, man solle Tiefgaragen und Keller meiden, flussnahe Gebäude sichern, Autos aus Gefahrenbereichen bringen, doch fand das offenbar niemand wirklich beunruhigend. Der Hochwassermeldedienst warnte nachmittags per App vor »Sturzfluten«, das bekamen die wenigsten mit.

Wichmann, der pensionierte Kapitän, hatte Glück, er konnte sich aus dem überfluteten Schlafzimmer befreien. War es sein Notfalltraining als Seemann, das ihn rettete? Mit Schnittwunden an Händen und Füßen sei er von seiner Terrasse aus über ein Auto auf den Balkon seiner Nachbarn im ersten Stock geklettert. Stundenlang habe er da im nassen Schlafanzug gesessen und auf Hilfe gewartet. Um seinen Durst zu stillen, habe er Regenwasser aus Blumentöpfen getrunken. Erst am nächsten Mittag nahm ihn ein Rettungsboot der DLRG auf.

Aus dem Schlafzimmer in den Tod

Die Eltern von Werner-Michael Minwegen wohnten nur gut zwei Kilometer von Wichmann entfernt, auf der anderen Seite der Ahr, in einer Wohnung im ersten Obergeschoss, etwa 200 Meter vom Fluss entfernt. Minwegen, 56, ein Ingenieur aus Sinzig, hat Aktenordner vor sich auf dem Tisch seines Wohnzimmers liegen, er hat alles gesammelt zum Tod seiner Eltern: Fotos ihres schlammgefüllten Autos, den Schriftwechsel mit den Versicherungen, der Staatsanwaltschaft Koblenz, die Einladung zum Staatsakt



Marcus Simaltis / DER SPIEGEL

Der Sohn

Die Eltern von Werner-Michael Minwegen ertranken in Bad Neuenahr. Er erstattete Strafanzeige gegen den Ex-Landrat wegen fahrlässiger Tötung.



mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer, das Schreiben des Landesopferbeauftragten, der ihm sein Beileid zum Tod von »Mike« Minwegen aussprach. »Wer soll das sein? Mein Vater hieß Werner«, sagt Minwegen.

Seine Eltern, davon ist er überzeugt, hätten nicht sterben müssen, wenn sie rechtzeitig gewarnt worden wären und der Landrat früher Katastrophenalarm ausgelöst hätte. Er hat deshalb Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung erstattet gegen Landrat Pfohler und dessen Krisenstabsleiter. Insgesamt 75 Strafanzeigen sind bei den Ermittlern in Koblenz eingegangen. »Ihren Tod aufzuklären«, sagt Minwegen, »das bin ich meinen Eltern schuldig.«

Als er zwei Tage nach der Flut zum ersten Mal in die unversehrte Wohnung seiner Eltern kam, habe er im Schlafzimmer die zurückgeschlagenen Bettdecken gesehen. »Die sind quasi aus dem Bett in den Tod gesprungen, in ihren Schlafanzügen«, sagt Minwegen. Sie hätten wohl schon geschlafen, als zwischen 23 Uhr und Mitternacht eine Nachbarin bei ihnen klopfte, um sie wegen des Unwetters zu warnen.

Ein Nachbar habe beobachtet, wie sein 80-jähriger Vater den Wagen aus der Tiefgarage fuhr. Er habe es sogar geschafft, das Auto abzustellen. Dann habe er versucht, gegen den reißenden

den Strom zurückzuschwimmen. »Er war ein sehr guter Schwimmer, aber er hatte keine Chance. Er klammerte sich an einen Zaun und schrie um sein Leben.« Der Nachbar habe nur hilflos zuschauen können. Dann sei der Vater abgetrieben worden. Seine Mutter habe wohl versucht, die E-Bikes aus dem Keller zu holen. »Doch wegen des Wasserdrucks ließ sich die Eisentür nach draußen nicht mehr öffnen. Sie muss elend ertrunken sein.« Der Nachbar habe auch ihre Hilferufe gehört. Irgendwann seien sie verstummt.

Als seine Mutter zwei Tage später aus der Tiefgarage geborgen wurde, fehlte von seinem Vater noch jede Spur. Erst nach drei »quälend langen« Wochen, wie Minwegen sagt, bekam er die Nachricht, dass man ihn gefunden habe, »nur eine Straße von seiner Wohnung entfernt«.

Minwegen ist aufgebracht, so viel laufe schiefe, die schleppende Aufklärung, der bürokratische Umgang mit den Opfern, der mangelhafte Katastrophenschutz. »Wir sind in Deutschland gar nicht auf große Krisen vorbereitet. Nicht technisch und nicht in den Köpfen.« Er hofft, dass die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt: »Das darf hier nicht so ausgehen wie in Duisburg nach der Loveparade, dass nachher keiner dafür geradesteht.« 2010 starben dort 21 Menschen in einem tödlichen Gedränge, die Verfahren gegen Verantwortliche wurden ohne Urteil eingestellt.

Bei Mitgliedern der Landesregierung oder von Landesbehörden, das hat die Staatsanwaltschaft bereits erklärt, könne sie bisher kein strafbares Versäumnis erkennen. Minwegen empört das: »Beim Hochwasserschutz hat keiner seine Hausaufgaben gemacht, und jetzt übernimmt keiner die Verantwortung.«

Eine hilflose Landesregierung

Als nachmittags das Wasser auf den Campingplatz Stahlhütte strömte, rühmte sich Umweltministerin Anne Spiegel im Landtag gerade, bei der Starkregenvorsorge sei Rheinland-Pfalz »Spitzenreiter«. Kurz darauf ging im Lagezentrum des Innenministeriums die Meldung vom Drama auf dem Campingplatz ein. Innenminister Roger Lewentz machte sich auf den Weg, um sich selbst dort einen Eindruck von der Lage zu verschaffen. Doch dann schwenkte er um. Um kurz nach 18 Uhr habe er die Information bekommen, es sei nicht sinnvoll, nach Dorsel zu fahren, »weil da nur noch schwer hinzukommen sei«, erklärte Lewentz später den Ermittlern.

Sein Fahrer steuerte nun den Krisenstab in Bad Neuenahr-Ahrweiler an. Noch auf der Fahrt habe er sich nach dem Hubschrauber für den Campingplatz Stahlhütte erkundigt und erfahren, dass einer aus Hessen bereitstehe, erklärt Lewentz' Sprecherin. Damit gab sich der Minister offenbar zufrieden. Warum hat er nicht sichergestellt, dass die Orte ahrabwärts gewarnt werden? Die Landesregierung, so zeigt sich, steht dieser Flut ziemlich hilflos gegenüber.

Es gab warnende Stimmen, doch sie drangen nicht durch. Sabine Riewenherm, die Präsidentin des Landesamts für Umwelt, zuständig für Hochwasserprognosen, sagte einem Mitarbeiter: »Hier bahnt sich eine Katastrophe an.« Um 17.42 Uhr versuchte sie, den Staatssekretär im Umweltministerium, Erwin Manz, zu erreichen, »Lage an der Ahr spitzt sich zu ... Bitte um Telefongespräch«. Doch der wiegelte ab, er sei bereits über den Campingplatz informiert. Manz' Chefin, Ministerin Spiegel, wird dem Untersuchungsausschuss später erzählen, sie habe zweimal beim Staatssekretär nachgefragt, ob sie denn nicht an die Ahr fahren solle. Das mache schon der Innenminister, der sei ja für Katastrophenschutz zuständig, habe Manz ihr sinngemäß geantwortet. Sie fuhr nicht.

Business as usual, dabei prognostizierte das Landesamt immer neue Höchststände der Ahr, schon um 15.24 Uhr mehr als fünf Meter, später sogar 6,81 Meter, fast doppelt so hoch wie das letzte sogenannte Jahrhunderthochwasser von 2016. Doch Spiegels Ministerium meldete, es drohe »kein Extremhochwasser«. Um 18.09 Uhr erkannte der Staatssekretär, dass die Pressemitteilung »überholt« sei: »Wir haben ein Extremereignis an der Ahr.« Als die Pressesprecherin fragte: »Müssen wir jetzt was machen?«, antwortete er jedoch: »Heute nicht«, so geht es aus Akten des Untersuchungsausschusses hervor. Bei Fragen nach Pegelständen

solle sie »an das Landesamt verweisen«. Wegdrücken statt warnen. »Nicht unsere Zuständigkeit«, erklärte Manz später dem Ausschuss.

Fast drei Stunden lang, zwischen 18.28 Uhr und 21.23 Uhr, als Menschen und Häuser von der Flut mitgerissen wurden, fanden sich keine Gespräche oder Nachrichten auf dem Handy des Staatssekretärs. Da habe er vermutlich zu Abend gegessen und zu Hause Büropost erledigt, erklärte der Mann, auf den sich Anne Spiegel nach eigenen Worten »voll und ganz« verließ. Um 21.42 Uhr informierte er sie noch einmal, dass es Probleme gebe, eingeschlossene Menschen aus ihren Häusern zu retten, »die Wasserspiegel steigen rapide«. Gegen 23 Uhr ging Manz zu Bett, so seine Aussage im Ausschuss, vorher habe er möglicherweise »noch ein Bierchen« getrunken.

Innenminister Lewentz verließ gegen 20 Uhr den Krisenstab in Bad Neuenahr-Ahrweiler mit dem Eindruck, man habe »alles im Griff«, dann ließ er sich nach Hause ins Mittelrheintal fahren. Um 0.58 Uhr alarmierte er die Ministerpräsidentin: »Liebe Malu, die Lage eskaliert, in der OG Schuld ... sind wohl 6 Häuser eingestürzt. ... Es kann Tote geben oder gegeben haben.« Da waren die Verwüstungen in Schuld aber schon seit Stunden bekannt. Dreyer antwortete dem Innenminister darauf nicht mehr, sie schlief offenbar. Um 5.33 Uhr schrieb sie: »Lieber Roger, ich bin erreichbar.« Zu dieser Zeit wurde die erste Leichensammelstelle eingerichtet.

Die angekündigte Evakuierung, die es nicht gab

In den frühen Morgenstunden des 15. Juli, nach der SMS des Innenministers an Malu Dreyer, starben im Lebenshilfehaus in Sinzig zwölf Menschen. Obwohl die Ahr flussaufwärts seit Stunden Dörfer verwüstete, hatte man die Bewohner in dem Heim für geistig und körperlich behinderte Menschen schlafen

lassen, anstatt sie in Sicherheit zu bringen. Nur 200 Meter von der Ahr entfernt.

Sigrid S., 65, machte sich Sorgen um ihre Schwester Birgit, die wegen eines Downsyndroms seit zwei Jahren in der Einrichtung lebt: »Sie hat doch solche Angst vor Gewittern.« Auf der Katastrophenwarn-App Katwarn, so erzählt S. heute, verfolgte sie die Lage entlang der Ahr.

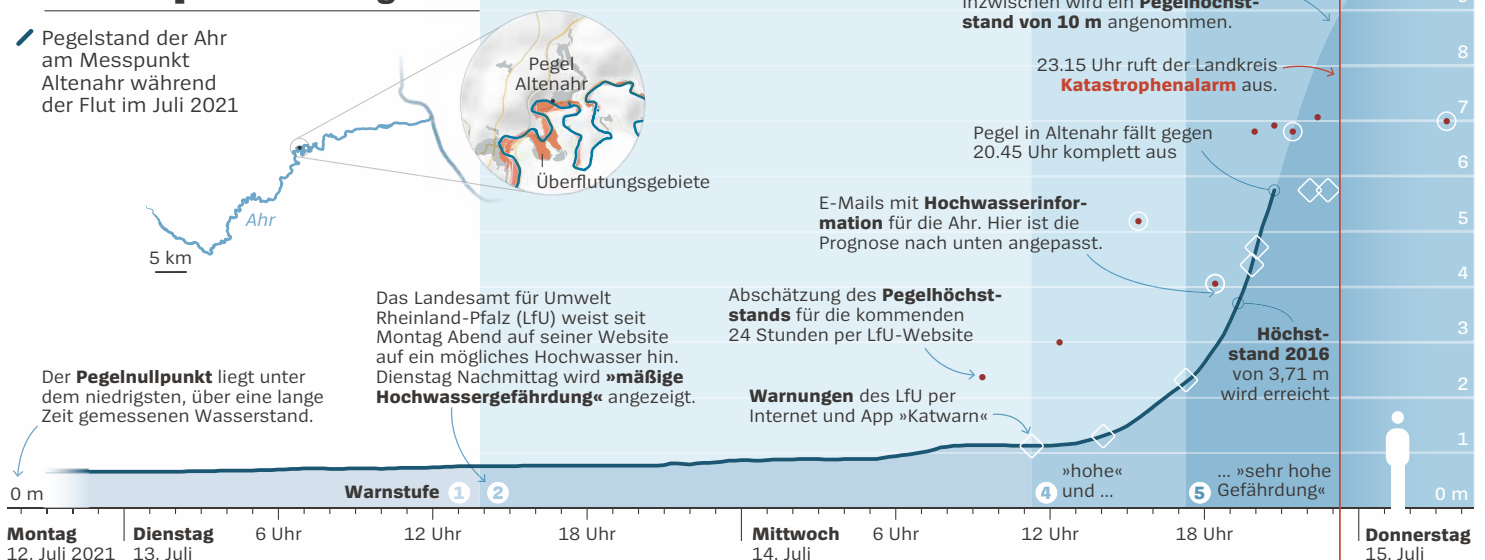
Um 23.34 Uhr, nachdem der Kreis endlich Katastrophenalarm ausgerufen hatte, erkundigte sie sich per WhatsApp, ob die Heimbewohner in Gefahr seien. Eine Betreuerin beruhigte sie, sie habe mit dem Nachtdienst gesprochen: »Da ist noch alles in Ordnung.« Kurz vor Mitternacht schrieb die Betreuerin erneut, es sei immer noch alles okay.

Um 2.28 Uhr erfuhr Sigrid S. von der Betreuerin, dass das Lebenshilfehaus nun doch evakuiert werden solle, mit ihrem Mann Hans fuhr sie sofort los. Dort trafen sie niemanden an. »Wir dachten, die Rettungsmaßnahmen laufen«, sagt ihr Mann. Das Wasser habe schon knöchelhoch im Eingang gestanden, sagt Sigrid S., »es herrschte Totenstille im Haus. Wir wussten ja nicht, dass die Bewohner in ihren Betten lagen und schliefen«.

Noch vor Mitternacht, so heißt es bei der Stadtverwaltung Sinzig, hätten Feuerwehreinheiten geklingelt und »dringend empfohlen«, das Gebäude zu räumen. Die Nachtwache habe das mit der Begründung abgelehnt, das würde die »Bewohner beunruhigen«, sagte ein Feuerwehrmann aus. Der Mitarbeiter, der in dieser Nacht allein für die Häuser mit insgesamt 36 Bewohnern zuständig war, stellt den Dialog anders dar. Er habe die Ahrwiesen im Auge behalten sollen, von einer Evakuierung sei keine Rede gewesen.

Zwischen 1.30 Uhr und 2 Uhr kam erneut ein Feuerwehrmann. Er will der Nachtwache mehrmals angeboten haben, ihm bei der Evakuierung zu helfen. Doch der Mitarbei-

Katastrophe mit Ansage



5 • Quellen: Landesamt für Umwelt Rheinland-Pfalz, Copernicus EMS

ter habe das abgelehnt, warum, bleibt unklar. Wenig später schaffte er es wegen des rasant steigenden Wassers nicht mehr aus dem Nebengebäude ins Haupthaus.

Hans S. rief die Polizei, es bestehe höchste Lebensgefahr für hilflose, eingeschlossene Personen. Seine Frau informierte die Betreuerin: »Das Haupthaus säuft ab. Es sind noch Bewohner da drin.« Kurz nach drei Uhr stand das Paar, immer noch allein, bis zu den Oberschenkeln im Wasser und musste sich nun selbst in Sicherheit bringen. »In diesem Moment hatte ich zum ersten Mal in meinem Leben Todesangst«, sagt der Architekt. Sie sahen durch ein gekipptes Fenster eine schlafende Bewohnerin. Aber sie hätten nichts tun können. »Es war viel zu laut und das Fenster zu weit weg«, sagt Sigrid S. »Um ein Haar wären wir beide selbst ertrunken«, sagt Hans S., seine Frau habe bereits bis zur Brust im Wasser gestanden, er habe sie festgehalten und weitergezogen.

Von 13 Menschen im Erdgeschoss überlebte in dieser Nacht nur ein einziger. Der Mann war auf die Fensterbank geklettert und klammerte sich dort stundenlang fest. »Ich will nicht sterben«, rief er immer wieder, berichteten Zeugen. Am frühen Morgen rettete ihn die Feuerwehr mit einem Schlauchboot. Den Bewohnern in den oberen Stockwerken, unter ihnen auch die Schwester von Ingrid S., war nichts passiert.

Einen Evakuierungsplan für die Anlage gab es bei der Feuerwehr nach deren Angaben nicht. Das Heim hatte einen Notfallplan, doch der galt für Brände. Es gab sogar einen Alarmknopf mit Sirene, der hätte alle Bewohner geweckt. Warum wurde der nicht ausgelöst? Die Lebenshilfe erklärte auf SPIEGEL-Anfrage, wegen der laufenden Ermittlungen wolle sie »keine Stellungnahme« abgeben.

Eine Rettung in letzter Sekunde und ein Nachbar, der verzweifelt

Die Versäumnisse an der Ahr und in Nordrhein-Westfalen ähneln sich: Warnungen, die unterblieben, Meldekettens, die nicht funktionierten, ein überforderter Katastrophenschutz. Als das Wasser kam, machte der damalige Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Armin Laschet gerade Wahlkampf in Süddeutschland. Die Umweltministerin Ursula Heinen-Esser war im Urlaub auf Mallorca, Innenminister Herbert Reul an der Ostsee. 4500 Einsatzkräfte taten am Abend des 14. Juli ihr Möglichstes.

49 Menschen ertranken in NRW, vor allem südlich von Bonn und in der Eifel. Wie in Rheinland-Pfalz sorgten sie sich um ihre Häuser und ihren Besitz und gerieten ahnungslos in Gefahr. Ein Mann aus Rösrath bei Köln hatte in seinem Partykeller nach dem Rechten sehen wollen und konnte dann wegen des Wasserdrucks die Tür nicht mehr öffnen. Gegen 23 Uhr hörten seine Nachbarn im Erdgeschoss den 80-Jährigen rufen: »Hilfe, ich sauf hier ab!« Das Ehepaar rannte sofort los, um ihm zu helfen. Durchs Kellerfenster riefen sie ihm zu: »Wir holen dich da raus.«



Ministerpräsidentin Dreyer, SPD-Politiker Scholz im Juli 2021: »Er hat uns belogen«

So erzählt es Günther Helzer-Wagner, der Nachbar.

Mit einer Spitzhacke versuchte er, das Eisengitter am Kellerfenster zu lösen, vergebens. Seine Frau schnitt ein Stück vom Gartenschlauch ab, damit ihr Nachbar im Keller durch den Schlauch atmen konnte. Das funktionierte zunächst. Doch das Wasser sei so schnell bis zur Decke gestiegen, dass inzwischen alarmierte Rettungstaucher, die versuchten in den Keller vorzudringen, aufgeben mussten. Um kurz vor ein Uhr meldete die Feuerwehr, der Mann sei ertrunken. Sie seien nicht vor dem Hochwasser gewarnt worden, sagt der Nachbar.

Heinrich Kaiser, 70, ein Schlosser in Rente, wollte mit seinem Transporter eine Pumpe für seinen vollgelaufenen Keller holen, als das Wasser ihn erfasste. An einem sonnigen Aprilabend steht er wieder am Ufer des Orbachs, wo er fast ums Leben gekommen wäre, das klare Wasser ist an diesem Tag nur ein paar Zentimeter tief. »Ein lächerlicher Bach eigentlich«, sagt Kaiser. Am Abend des 14. Juli 2021 war das Wasser hier vier Meter hoch. Kaisers Auto wurde mitgerissen und an eine Mauer gedrückt. Er rettete sich durch das Seitenfenster nach draußen. Die Strömung spülte ihn auf einen Feldweg, er hatte wieder Boden unter den Füßen. Da sah er eine Frau mit Gummistiefeln und einer gelben Regenjacke. Es war gegen 20 Uhr.

Plötzlich sei wieder eine Welle angeschossen gekommen »wie nach einem Dammbruch« und habe ihn und die Frau fortgerissen. Er bekam einen Ast zu fassen, schaffte es sogar, auf einen Baum am Bachufer zu klettern und sich in eine Astgabel zu setzen. Die Bundesstraße, auf der er zuvor mit seinem Auto gefahren war, war nur ein paar Meter entfernt. Feuerwehrwagen fuhren vorbei, er winkte, aber niemand sah ihn. Kaiser schrie um Hilfe, niemand hörte ihn.

Im tosenden Bach unter ihm seien Baumstämme und Toilettenhäuschen vorbeigetrieben. Dann wurde es dunkel. Er habe »Todesängste gehabt«, erzählt er, und »unheimlich gefroren«. Das habe ihn aber wachgehalten. »Wäre ich eingeschlafen, wäre ich abgerutscht und vermutlich ertrunken.« In dieser Nacht habe er viel geweint und Psalmen gebetet. Und er habe immer wieder laut gepfeifen, um auf sich aufmerksam zu machen.

Am frühen Morgen hörten ihn endlich Rettungskräfte, nach neun Stunden in der Astgabel. Mit einer Drehleiter holte ihn die Feuerwehr aus dem Baum. Die Frau mit der gelben Regenjacke fand die Polizei vier Tage später am Fluss, bedeckt mit Ästen und Hölzern.

Niemand habe ihn gewarnt, sagt Heinrich Kaiser, sonst wäre er ja wohl kaum losgefahren, geradewegs in die tödliche Gefahr.

Es gibt in Nordrhein-Westfalen inzwischen auch deutliche Hinweise, wo die Probleme lagen. Das Umwelt-Landesamt in NRW schickt bei Hochwasserlagen die sogenannten hydrologischen Lageberichte mit steigenden Wasserständen und Prognosen an die Bezirksregierungen. Das Umweltministerium in Düsseldorf behauptete nach der Flut, diese würden die Berichte an die für den Katastrophenschutz zuständigen Kreise und Städte weiterleiten. Doch aus der internen E-Mail einer Mitarbeiterin der Bezirksregierung Köln geht hervor, dass das nicht stimmte: »Weder Düsseldorf noch wir machen dies.«

Deshalb wussten die Kreise, die warnen sollten, offenbar gar nicht, was bevorstand.

Auf der Wildwasserbahn

Und so ahnten viele der ehrenamtlichen Retter nicht, dass sie bald selbst in Lebensgefahr geraten würden. Feuerwehrmann Frank Gürtler, 48, ein Mechaniker aus der Voreifel, war ein halbes Jahr lang wegen eines Rückenleidens krankgeschrieben gewesen. Erst zwei Tage vor

der Flut meldete er sich wieder zum Dienst.

Gürtler hatte mit Kameraden Keller leer gepumpt, als sein Einsatzleiter ihn mit einem Trupp des Technischen Hilfswerks (THW) Richtung Köln schickte. Die halbe Autobahn habe schon unter Wasser gestanden, erzählt Gürtler heute. Sie holten Menschen aus überspülten Fahrzeugen. Irgendwann in der Nacht hörten sie Hilferufe jenseits der Autobahn.

Die THW-Leute sagten Gürtler, er solle zu den Menschen hinausschwimmen. Weil er einen Neoprenanzug trug, hielten sie ihn für einen Strömungsretter mit Spezialausbildung. Er sei »nur Feuerwehrmann«, erklärte Gürtler – und machte es trotzdem. »Man wächst mit seinen Aufgaben«, sagt er.

Er fand eine Mutter, zwei Kinder und einen älteren Mann mit Hund, die sich vor den Fluten in ein Baumhaus gerettet hatten. Gürtler sagt, er habe ein Seil am Baum festgeknotet, um sich daran durch die Strömung entlanghangeln zu können. Ein Schlauchboot gab es nicht, deshalb nahm er eine Aluwanne vom THW-Laster. »Ich habe Angst«, habe er einem THW-Kollegen gestanden. »Ich gehe mit«, sagte der.

Gemeinsam schwammen sie zum Baumhaus, setzten zuerst das fünf Monate alte Baby in die Wanne und zogen sie hinter sich her. Der siebenjährige Junge habe gezögert, da erzählten sie ihm, es ginge jetzt auf eine Wildwasserbahn. Dann holten sie die Mutter, ihre Körpertemperatur, erfuhren sie später, betrug nur noch 28,6 Grad. Schließlich den Mann mit Hund.

Er habe keine Angst um sich gehabt, sagt Gürtler, bloß um die Kinder. Er hat selbst zwei.

Frank Gürtler ist einer von 62 000 Fluthelfern, die die Landesregierung auszeichnen will. »Helden«, nennt sie NRW-Innenminister Herbert Reul. Zu Recht, aber etliche Helfer mussten ihr Leben nur deshalb riskieren, weil es zu wenig Warnungen gab.

Die Landesregierung habe die Gefahren »völlig verkannt«, schreiben SPD und Grüne in einem ersten Bericht des Untersuchungsausschusses. Dabei hätten auch dem Innenministerium »alle relevanten Warnungen« rechtzeitig vorgelegen. Erst als es schon Tote gab, sei das Ministerium aktiv geworden. Dass Reul nur einen kleinen Krisenstab einberief, nennt die Opposition einen »Fehler«. Den hat Reul inzwischen eingeräumt und angekündigt, im Notfall künftig mehr in Düsseldorf zu entscheiden und weniger den Städten und Ge-

meinden zu überlassen. Es brauche einen »Führungsstab auf Landesebene«, sagt er jetzt.

Das Leben nach der Katastrophe

Susanne Flaum und Maxi Ines Meyer gehören jetzt zur Gruppe »Überlebende Campingplatz Stahlhütte«, die ehemalige Bewohner gegründet haben. Ende März sind sie auf den Platz gekommen, um zu zeigen, wo vor der Flut ihre Mobilheime standen.

Flaum: »Mir hat es schon wieder den Hals zugeschnürt, als ich hier mit dem Auto gerade runterkam durchs Tal, ich bin noch nicht fertig damit.«

Meyer: »Ich muss immer wieder herkommen, damit ich begreife, dass das alles nicht mehr ist. Aber ich bin jetzt psychisch wieder stabil.«

Flaum: »Dieses Rauschen, ich krieg dieses Rauschen nicht aus dem Kopf. Und jetzt guckt euch das an, jetzt plätschert die Ahr wieder so vor sich hin, als sei nichts gewesen.«

Meyer: »Früher gab es hier eine Gedenktafel für das Hochwasser von 1910, damals sind hier schon Leute abgesoffen. 1804 noch schlimmer. Man hätte es also wissen können.«

Flaum: »Meine Zähne sind auch in der Ahr! Ich hatte gerade neue bekommen, die lagen im Bad – weg.«

Meyer: »Und mir waren zwei gezogen worden. Ich hab die Steckprothesen im Wasser verloren, das Team



Der Retter

Feuerwehrmann Frank Gürtler riskierte sein Leben, um vier Menschen aus einem Baumhaus in Sicherheit zu bringen.



Marcus Simaitis / DER SPIEGEL

in der Zahnklinik hat mir dann neue gespendet, echt rührend.«

Flaum: »Als ich die Ahr gesehen habe, wie die immer mehr stieg, hab ich zu meinem Mann gesagt: Die holt sich jetzt ihr Bett zurück.«

Am Waldrand über dem Campingplatz haben sie einen Gedenkstein für die Ertrunkenen errichtet. Von der versprochenen Fluthilfe haben Meyer und Flaum bisher nur eine Pauschale für den verlorenen Hausrat bekommen. Ihr Antrag auf Wiederaufbauhilfe sei abgelehnt worden. Die Begründung: Es sei »baurechtlich nicht erlaubt gewesen«, »dauerhaft auf dem Campingplatz zu wohnen«. »Warum hat uns die Gemeinde dann mit Erstwohnsitz registriert?«, fragt Meyer. Ihren Schaden schätzt sie auf 120 000 Euro. Auch Susanne Flaum bekam eine Absage von der Förderbank des Landes: »Wohnobjekte auf Campingplätzen« könnten »keine Förderung für Gebäudeschäden erhalten«.

Sie sind sauer auf die Landesregierung und auf Olaf Scholz, der 2021 als Finanzminister das Flutgebiet besuchte: »Keiner solle wirtschaftlich schlechter dastehen als vor der Flut, das hat er uns versprochen«, sagt Meyer, »er hat uns belogen.«

In Bad Neuenahr spielt Wichmann, der pensionierte Kapitän, wieder jeden Donnerstag Doppelkopf mit seinen Freunden. Er versucht, das Gute zu sehen: »Ich habe die Flut ja mit einem Erfolgserlebnis gemeistert: Ich habe überlebt. Ich habe die Ruhe bewahrt.«

Aber noch immer lebt er in einer Ersatzwohnung, seine Mietwohnung ist nach wie vor im Rohzustand, entkernte Wände, nackter Beton am Boden. »Entweder fehlen die Handwerker, oder man hat sich mit der Versicherung noch nicht geeinigt, heißt es«, so Wichmann. Die Hausverwaltung habe ihm schon signalisiert, dass auch dieses Jahr zu Ende gehen könnte, ohne dass er wieder nach Hause ziehen kann.

Heinrich Kaiser, der Mann, der neun Stunden in der Astgabel ausharrte, kam noch ein paarmal ans Ufer des Orbachs zurück. Der Baum, der ihn gerettet hat, wurde inzwischen gefällt. »Schade«, sagt Kaiser. Nur der Stumpf ist noch übrig.

Gürtler, der Feuerwehrmann, hat eine Flasche Roséwein von der Mutter bekommen, die er aus dem Baumhaus geholt hat, auf dem Etikett steht: »Vielen Dank für die Rettung in letzter Sekunde«. Die Nacht, sagt Gürtler, habe ihm neue »Kraft gegeben«.

Matthias Bartsch, Lukas Eberle, Annette Großbongardt, Tobias Großkemper, Hubert Gude

Gedanken im Stau

ALLES GUTSCH Über festgeklebte Demonstranten, »Vollpfost_innen!« und das seltsame Gefühl, den modernen Aktivismus nicht zu verstehen

Vor ein paar Tagen stand ich im Stau. Es war ein heißer Tag, das sollte ich erwähnen. Hinten im Auto saß die Katze im Katzenkorb. Sie hasst Autofahren, aber manchmal lässt es sich nicht vermeiden. Sie maunzte ununterbrochen, im Autoradio sagten sie: Die Straßen werden blockiert von Klimaaktivisten. Da habe ich laut geflucht. Meine Frau hasst es, wenn ich im Auto fluche, aber mich entlastet das emotional. Fluchen ist mein Maunzen.

Die Klimaaktivisten hatten sich auf der Straße festgeklebt. Das ist das neue Ding im Aktivisten-Business: Festkleben mit Sekundenkleber. Dann wartet man ab, bis sich riesige Staus bilden und die Polizei kommt. Nebenbei stellt man Forderungen, die garantiert niemand erfüllen wird. In diesem Fall: Bundeskanzler Olaf Scholz soll neue Ölbohrungen in der Nordsee stoppen. »Öl sparen statt bohren« – das war das Motto. Ich dachte: Die Klimaaktivisten der Achtziger- und Neunzigerjahre hätten sich niemals auf der Straße festgeklebt, sondern natürlich direkt an der Bohrinself. Die junge Aktivistengeneration hat es einfach nicht drauf. Die sind zu satt, zu weich.

Ich stand schon oft im Stau. Wegen Unfällen, Menschen auf der Fahrbahn, Tieren auf der Fahrbahn oder einfach wegen zu vieler Autos. Meist denke ich: Reg dich nicht auf, du kannst es nicht ändern. Dann fluche ich eine Weile vor mich hin, bis ich schicksalsergeben hinter dem Lenkrad zusammensacke. Aber diesmal spürte ich eine nie da gewesene Wut. Oder anders gesagt: Tiere auf der Fahrbahn ertrage ich besser als Klimaaktivisten auf der Fahrbahn. Was mich ein wenig erschreckte, weil ich dem Klimaaktivismus doch stets freundlich gesinnt war. Jahrelang habe ich die Grünen gewählt und für Greenpeace gespendet.

Die Sonne brannte, die Katze maunzte, durch das Auto zog plötzlich der Geruch von Katzenurin, offensichtlich hatte sie sich in den Katzen-



Illustration: Mario Wagner / DER SPIEGEL

korb erleichtert. Meine Sympathie für die Klimaaktivisten hat das nicht gesteigert. Ein Freund erzählte mir mal, dass er, wenn er im Auto vor sich hin flucht, manchmal das Gefluchte gendert. Es ist kein Witz. Er mache das, um sich abzulenken, sagte mein Freund. Außerdem bekämen die aggressiven Worte durch das Gendern etwas verspielt Dadaistisches, und er fühle sich innerlich nicht so verbittert. Ich fluchte: »Vollpfost_innen!« Und: »Verdammte Idiot*innen!« Aber es half wenig. Vielleicht braucht man, ähnlich wie beim Meditieren, eine gewisse Übung.

Die Polizei kam. Halleluja, dachte ich. Später las ich, dass die Polizei die angeklebten Aktivisten aufwendig und sanft vom Asphalt ablösen musste. Mit Hilfe von Speiseöl. Man kann wohl Rapsöl nehmen, auch Olivenöl oder Sonnenblumenöl. Womöglich gibt es bei der Berliner Polizei bereits Öl-Schulungen oder die Soko »Extra Vergine«. In Paris arbeitet die Polizei nicht so rücksichtsvoll. Dort wurden kürzlich die Klimaaktivisten völlig ölfrei einfach vom Asphalt gezogen. Ich dachte: Vive la France.

Aber Wut ist seelisch kein guter Zustand. Man fühlt sich so wütend und auch irgendwie alt. Viel lieber

würde ich denken: Das sind junge, idealistische Menschen, die für eine bessere Welt kämpfen. Sei ihnen nicht gram. Zeige dich solidarisch, reiche ihnen frischen Klebstoff, die Ziele sind gut, und wärest du heute 20 Jahre alt, wer weiß, vielleicht würdest du auch dort kleben.

Aber würde ich das wirklich? Es ist eine Typfrage, schätze ich. Als Aktivist muss man radikal von seiner Sache überzeugt sein. Ich neige ständig zum Zweifel. Manchmal finde ich auch andere Meinungen richtig gut. Als Aktivist müsste ich bereit sein, Leute zu erpressen, damit sie bestimmte Dinge tun oder denken. Das wäre mir zu undemokratisch.

In meiner ostdeutschen Kindheit gab es mal einen Fußballverein mit dem schönen Namen »Aktivist Schwarze Pumpe«, und die berühmteste Aktivistin der DDR war Frida Hockauf, eine Weberin, die den Sozialismus voranbrachte durch ihre Plan-Übererfüllung. In der Schule hörten wir von der »Frida-Hockauf-Methode«, und der allseits bekannte Frida-Hockauf-Slogan lautete: »So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.«

Immerhin: Das strahlte wenigstens eine gewisse Zukunftsfreude aus. Der aktuelle Klimaaktivismus ist mir zu apokalyptisch. Diese ständige Untergangsstimmung, da stumpe ich ab.

Zudem erzeugt bei mir Aktivismus, selbst in schwacher Dosierung, schnell ein Dagegen-Gefühl. Ich möchte ein Beispiel nennen: Bin ich einige Tage nicht zu Hause, dann zieht meine Frau in meinem Arbeitszimmer sofort alle Stecker aus den Steckdosen. Meine Frau tut das, um Strom zu sparen und die Umwelt zu entlasten. Intellektuell verstehe ich ihr Handeln und stimme ihr inhaltlich völlig zu. Aber es macht mich trotzdem wahnsinnig. Auf der emotionalen Ebene.

Jetzt, wo ich im Stau stand, dachte ich: Klimaaktivisten sollten sich mehr mit der widersprüchlichen Psychologie des Menschen beschäftigen. Dann wären ihre Aktionen vielleicht erfolgreicher. Es ist doch so: Vermutlich wird keiner der vom Stau Betroffenen später nach Hause fahren und sagen: »Danke, liebe Klimaaktivisten! Durch eure kluge Klebe-Aktion habt ihr mir endlich die Augen geöffnet. Künftig werde ich mich klimapolitisch engagieren.«

Es ist eine Art von Aktivismus, die sich lieber Feinde schafft, als Verbündete sucht. Warum das der Sache dienen soll, wissen nur die Aktivisten.

Jochen-Martin Gutsch

Diese ständige Untergangsstimmung, da stumft man ab.

Noch besser, noch mehr Gesundheit: Die neue Apotheken Umschau



Mehr Infos zu
Arznei-Wirkstoffen



Mehr Forschung
und Wissenschaft



Mehr Ratschläge für
eine gesunde Ernährung

**JETZT
in Ihrer
Apotheke!**

Lesen, was gesund macht.

Finanzmetropole
Frankfurt am Main



Boris Reessler / picture alliance / dpa

Banken wollen Milliarden vom Bund

FINANZWIRTSCHAFT Deutschlands Geldinstitute hoffen darauf, dass aus dem nationalen Restrukturierungsfonds 2,3 Milliarden Euro an sie zurückfließen. Doch dagegen regt sich jetzt Widerstand.

Deutschlands Banken können auf eine Eigenkapitalspritze in Milliardenhöhe hoffen. Die Institute hatten von 2011 bis 2014 gut 2,3 Milliarden Euro in den nationalen Restrukturierungsfonds eingezahlt. Dieses Geld wird nun wieder frei. Ob der Betrag zurück an die Banken fließt, muss das Bundeskabinett auf Vorschlag des Finanzministeriums entscheiden. Mit einem Votum wird nach der parlamentarischen Sommerpause gerechnet. Beobachtern zufolge wird es aller Voraussicht nach zugunsten der Institute ausfallen.

Der Bund hatte den Fonds nach der Finanzkrise eingerichtet, um die Lasten künftiger Banken Krisen auch auf die Kreditwirtschaft abzuwälzen. Ab 2015 wurden die nationalen Fonds von einer europäischen Lösung ersetzt, dem Single Resolution Fund

(SRF). Er speist sich ebenfalls aus Beiträgen der Kreditwirtschaft. Einzahler sind Tausende Banken aus den 19 Staaten des Euro-raums. Der SRF soll bis 2023 mit etwa 80 Milliarden Euro gefüllt sein, Ende dieses Jahres werden es gut 66 Milliarden sein.

Die ursprüngliche Regelung sah vor, Beiträge aus nationalen Fonds in das europäische Pendant umzubuchen. Der Bundestag hatte – entgegen den Empfehlungen der Bundesbank und des Bundesrats – jedoch entschieden, die Altmittel übergangsweise im nationalen Restrukturierungsfonds einzubehalten, um etwaige Finanzierungslücken in der Aufbauphase des SRF schließen zu können.

Jetzt wird das Geld aus dem nationalen Fonds nicht mehr benötigt. Kommt es tatsächlich zu einer Rückerstattung, könnten

Banken und Sparkassen, zumindest der Theorie nach, ihr Eigenkapital stärken und mehr Kredite ausgeben.

Eine Rückzahlung wäre dennoch ein Unding, findet Gerhard Schick, Gründer des Vereins Bürgerbewegung Finanzwende. »Angesichts des riesigen Schadens, den die Banken in der Finanzkrise angerichtet haben, ist es frech von ihnen, jetzt Geld vom Bund zurückzufordern«, sagt der ehemalige Finanzexperte der Grünen-Bundestagsfraktion. Er fordert, dass das Geld an das Sondervermögen Finanzmarktstabilisierungsfonds überwiesen wird, das dem Bund ab 2008 zur Bankenrettung diene. »An der Frage wird sich zeigen, ob Finanzminister Christian Lindner die Interessen der Steuerzahler im Blick hat oder die der Banken.« BAZ, REI

Chinas Start-up Nio ab Herbst in Deutschland

E-MOBILITÄT Das chinesische Elektroauto-Start-up Nio will im Oktober den Verkauf in Deutschland starten und seinen ersten Showroom in Berlin eröffnen. 2021 hatte Nio in Norwegen den Vertrieb in Europa begonnen. Im Herbst soll nun mit der Limousine ET7 der Markteintritt im größten europäischen Automarkt erfolgen. Am Berliner Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche soll dann das erste Nio House eröffnen, ein aufwendiger Showroom, der etwa Konferenzräume und Bars beherbergt und Teil eines Klubkonzepts für die gehobene Kundschaft ist. Auch in Hamburg, München und Frankfurt wollen die Chinesen solche Luxustempel aufbauen. Bereits Ende Juli wird eine erste Batteriewechselstation von Nio an der A8 fertiggestellt, etliche weitere sollen zunächst an Autobahnen folgen, später auch in Städten. In China hat das



Chen Jianli / Xinhua News Agency / picture alliance

Unternehmen des Milliardärs William Li, 47, bereits 1000 solche Wechselstationen aufgebaut. Fahrer können dort leere Akkus binnen fünf Minuten gegen volle tauschen lassen, statt sie zu laden. Die nächste Batteriegeneration soll auch bidirektionales Laden ermöglichen: Aus den Akkus, die an den Wechselstationen vorgehalten werden, könnte dann Strom in das Versorgungsnetz eingespeist werden. Wann genau das Netz mit Wechselstationen steht, ist unklar. Um politische Unterstützung zu gewinnen, hat Nio unlängst ein Büro in Berlin eröffnet. Das Unternehmen wollte sich zu den Plänen nicht äußern. MHS

Berlin droht Müllchaos

ENTSORGUNG Wegen des weltweiten Kunststoffmangels fehlen in Berlin in den kommenden Monaten wohl Millionen Gelbe Säcke, in denen Wertstoffe gesammelt werden. Seit Wochen sind sie an den offiziellen Ausgabestellen kaum noch zu bekommen. Betroffen sind laut dem Entsorger Alba rund 220 000 Grundstücke in Siedlungsgebieten, bebaut zumeist mit Ein- oder Zweifamilienhäusern. Seit Herbst 2021 sei das Problem bekannt, Hoffnung auf eine baldige Entspannung macht das Unternehmen seinen

Hunderttausenden betroffenen Kunden jedoch nicht: Zwar erwartet man Mitte Juli die Lieferung von 1,3 Millionen gelben Mülltüten, eine darüber hinausgehende Prognose sei jedoch »nicht möglich«. Die ohnehin für 2023 vorgesehene Umstellung aller Berliner Haushalte auf eine Gelbe Tonne vorzuziehen passt Alba nicht in die Kalkulation. Anwohner sollten sich »untereinander mit Säcken aushelfen, falls es noch Restbestände im Haushalt gibt«. Zudem will Alba »in dieser Ausnahme-situation« transparente Säcke abholen, in denen die Wertstoffe gesammelt werden. Diese müssten die Berliner jedoch selbst einkaufen. Blaue oder schwarze Beutel indes »bleiben stehen, weil die Fahrer-Teams keine Sichtkontrolle des Sammelgutes vornehmen können«. Beim Berliner Senat ist man genervt: Mit dem Kauf von verpackten Lebensmitteln hätten die Verbraucher bereits für die Entsorgung mitgezahlt, heißt es. Die Bitte von Alba bedeute »eine finanzielle Doppelbelastung«. SBO



Sören Stache / picture alliance / dpa-Zentralbild

Konservative wenden sich gegen Atomkraft und Gas

ENERGIE Wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung im Europäischen Parlament sprechen sich einflussreiche Abgeordnete der konservativen EVP-Fraktion gegen den Vorschlag der EU-Kommission aus, Atomenergie und Erdgas als nachhaltige Technologien einzustufen. »Spätestens seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine taugt Gas nicht mehr als Brückentechnologie ins klimaneutrale Zeitalter«, sagt der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber. Kernenergie wieder-

um werde an den Finanzmärkten in der Regel nicht als nachhaltig eingestuft. »Eine EU-Gesetzgebung, die das ignoriert, geht an den Bedürfnissen der Investoren vorbei«, sagt Ferber, EVP-Sprecher im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Die Europäische Union hatte zu Beginn des Jahres eine sogenannte Taxonomie zur Bewertung grüner Technologien eingeführt. Zugleich hatte sie vorgeschlagen, Kernenergie und Gas als nachhaltige Formen zur Energieerzeugung zu werten. Darauf hatten sich zuvor Deutschland und Frankreich geeinigt. Umweltexperten dagegen kritisierten den Vorschlag als Greenwashing. MSA



Kernkraftwerk Cattenom in Frankreich

Stephane Etienne / Getty Images

Pharmafirmen warnen vor Kostenexplosion

GESUNDHEIT Die Generikabranche warnt vor einem drohenden Rückzug von Arzneimittelherstellern aus dem deutschen Markt. Durch die Inflation hätten Pharmafirmen mit Kostensteigerungen von mehreren Hundert Prozent zu kämpfen. Die könnten aber nicht einfach weitergegeben werden, weil es in Deutschland Instrumente wie Festbeträge gebe. Die legt maßgeblich der Spitzenverband der Krankenkassen fest. »Ist eine Produktion nicht mehr wirtschaftlich, hat der Hersteller keine Wahl: Entweder macht er Verluste, oder er muss sich aus der Versorgung zurückziehen«, sagt Bork Brethauer, Chef des Lobbyverbands Pro Generika. Treiber seien etwa gestiegene Seefrachtraten. Ein Container von Shanghai

nach Rotterdam hat im Januar sechsmal mehr gekostet als vor der Pandemie. Auch höhere Kosten für Verpackungen von bis zu 135 Prozent machten den Firmen zu schaffen. Zudem explodierten die Kosten für Ausgangsprodukte: Der Stoff DMA beispielsweise, Grundlage für das Diabetesmedikament Metformin, sei um 180 Prozent teurer geworden. Wenn die Politik die Arzneimittelversorgung sichern wolle, müsse es einen Aufschlag in Höhe der Inflation auf die Festbeträge geben, fordert der Verband. »Das Preismoratorium, das die Preise auf dem Niveau von 2009 eingefroren hat, darf für Generika nicht noch weiter verlängert werden«, sagt Brethauer. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte angekündigt, dass die Krankenkassenbeiträge 2023 kräftig steigen werden – auch wegen der Kosten der Arzneimittelversorgung. MUM



Illustration: Matthias Schardt / DER SPIEGEL

»Bock auf die Malediven? Ich buch den Privatjet«

FINANZGURUS Eigener Flieger, Luxusautos – und nie mehr Schule: Dubiose Online-Akademien ködern gezielt Teenager mit dem Versprechen von schnellem Reichtum. Die Geschichte eines 15-Jährigen, der sich immer tiefer in diese Scheinwelt verirrt.

In einem Teenagerzimmer, nicht weit von Frankfurt am Main, sitzt der 15-jährige Daniel Gräber* und versucht, einen der kompliziertesten Finanzmärkte der Welt zu knacken. An der Zimmertür steht »Pro-Gamer am Zocken«, auf einem Regal verstaubt ein altes Lego-Raumschiff. Daniels Pulli ist von Nike, die Socken sind von Calvin Klein. Man hört, dass er noch nicht durch den Stimmbruch ist, wenn er über seinen Traum vom Reichtum erzählt. Und wofür er seine Millionen ausgeben würde.

* Die Namen aller Personen wurden geändert.

»In der Academy geht es kollegial zu. Ich fühle mich dort wertgeschätzt.«

Daniel Gräber

Weit oben auf seiner Liste steht eine seltene Armbanduhr. Die Fassung ist aus Roségold, das Ziffernblatt aus Diamanten. Edelsteine kreisen in ihr wie Planeten. Dazu ein Lamborghini. Vielleicht eine Immobilie in Frankfurt. Und er will »random seine Kumpels anrufen« und sie auf Reisen einladen. »Yo, bro, Bock auf die Malediven? Ich buch den Privatjet.«

Zwischen Teenagerzimmer und Privatjet klafft eine große Lücke, doch Daniel ist zuversichtlich, sie zu schließen. Er will in den Devisenmarkt einsteigen. Auf seinem Laptop analysiert er Wechselkurspaare. Neuseeländischer Dollar zu japanischem Yen. Kanadischer Dollar zu Schwei-

zer Franken. Er zieht Hilfslinien durchs Auf und Ab der Kurse und erzählt vom »exponentiellen Erfolg«. Vom großen Durchbruch, den sie ihm in der Academy versprechen.

Er wirkt angefixt. So wie Zigtausende Jugendliche, die von angeblichen Finanzgurus im Internet angeworben werden und Fantasien von finanziellem Größenwahn eingepflegt bekommen. Sie posten Protzvideos aus Infinitypools, Fotos aus Privatjets – und werben darunter für ihre obskuren »Online-Akademien«. Hashtags: #Forex und #Krypto. Eine riesige neue Tradingwelle rolle heran, behaupten sie. Man müsse jetzt das Potenzial des Internets ausschöpfen.

Jetzt den Grundstein für die eigene Unabhängigkeit legen. Mit wenig Vorwissen. So gut wie ohne Startkapital. In kürzester Zeit. Ein Narr, wer noch zur Schule gehe. Oder ins Büro.

Die Generationen Y und Z gelten als besonders offen für alternative Einnahmequellen. Durch Arbeit allein werden sich wohl nur die wenigsten von ihnen ein Haus oder eine auskömmliche Rente leisten können. Das Mantra »studieren, arbeiten, reich werden« klingt für viele von ihnen wie Hohn. Viele suchen ihr Glück nun im Finanzhandel.

2021 haben rund 650 000 Deutsche unter dreißig das erste Mal Wertpapiere gekauft. Anders als ihre Eltern machen sie sich oft einen Spaß daraus. Sie streamen sich live beim Aktienhandel. Teilen unter dem Hashtag #fuckup ihre Verluste. An sich ist das eine erfreuliche Entwicklung, gerade bei den notorisch börsenskeptischen Deutschen. Nur wimmelt es in diesem Kosmos von falschen Propheten.

Daniel ist bei der IM Mastery Academy gelandet. Einem globalen Strukturvertrieb, der nach eigenen Angaben mehr als 400 000 Mitglieder hat. Die Firma behauptet, sie könne Laien für noch unerschlossene Märkte fit machen. Mit Lehrvideos, Apps und dem »richtigen Mindset«. Monatsgebühr: bis zu 275 Dollar.

Finanzexperten halten die »Akademie« für nutzlos. Psychologen sprechen von sektenähnlichen Zuständen. Finanzwächter in Belgien und Frankreich warnen vor einem Pyramidensystem. Ermittler in Spanien haben jüngst acht leitende IM-Mitglieder festgenommen.

In Deutschland indes startet die Firma durch. Von Berlin bis Bielefeld werden neue Mitglieder geworben. Rund 35 000 soll es schon geben. Oft sind es Jugendliche oder junge Erwachsene.

»Bald zahl ich die Hypothek«, hat Daniel neulich dem Vater entgegengebrüllt. Er werde nach Frankfurt ziehen, zur Not die Schule schmeißen. »Dort lernt man ja eh nichts, was man als Trader gebrauchen kann.«

Das Lockmittel

Auf dem Gymnasium fand Daniel zunächst kaum Freunde. Beim Fußball wurde er gemobbt. Er saß meist allein vor dem Rechner und zockte irgendwelche Spiele.

In der Schule rutschte er immer mehr ab. Die siebte Klasse wiederholte er freiwillig. Der Vater riet ihm, auf die Gesamtschule zu wechseln. Der Sohn fühlte sich gekränkt. »Nichts in Daniels Leben schien zu klappen«, sagt seine Mutter Martina Gräber. »Er fühlte sich wie ein Niemand.«

Anfang 2021 hörte Daniel das erste Mal von der IM Academy. Ein Nachbarsjunge namens Valentino postete plötzlich glamouröse Videos. Mal saß er im Jet nach Sylt, mal flanierete er durch Valencia. In seinem Profil stand »Robbing The Bank Legally«.

Valentinos Eltern leben in einem kleinen Reihenhaushaus nicht weit von den Gräbern. Reich sind sie nicht. »Das Ganze war echt geistes-

krank«, sagt Daniel. Er habe Valentino angechattet und gefragt, was da laufe.

Sie trafen sich. Mehrere Stunden lang erklärte Valentino ihm den Finanzmarkt. Fremdkapital, Hebelwirkung, Fibonacci: Daniel rauchte der Kopf. Doch Valentino beruhigte ihn. »Traden ist auch nur ein Skill«, sagte er. Nur eine Fertigkeit, wie Mathe und Schwimmen. Das könne wirklich jeder lernen. Es gebe da diese Online-Akademie.

Dann zeigte er Daniel einen Screenshot. Gut 100 000 Euro hatte er angeblich auf dem Konto, nur dank geschickter Trades.

Für eine Weile nutzte Daniel Valentinos IM-Account. Dann bat er den Vater, sich für ihn anzumelden. Der lehnte ab.

Daniel ließ sich nicht beirren. Er trug Zeitungen aus, um die Monatsgebühr zu finanzieren. Fand einen volljährigen Kumpel, der sich für ihn anmeldete. So konnte er auch Prämien aus dem Strukturvertrieb kassieren, der erst ab 18 ist. Am 13. Juni 2021 war es so weit. Er war jetzt ein Schüler der Academy.

Die Hirnwäsche

Durch seinen Beitritt zur IM Academy wurde Daniel Teil eines Movements. So heißen die Untergruppen der Plattform, in denen sich Mitglieder selbst organisieren. Daniels Gruppe »Empire« hat rund 2000 Mitglieder. Manche sind erst 15 oder 16.

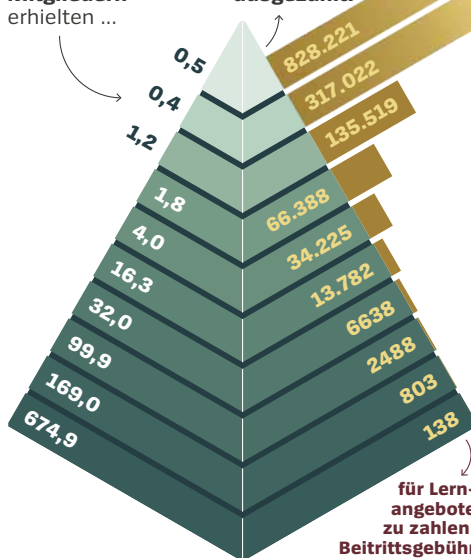
Der Gründer von Empire ist ein ehemaliger Warenhausarbeiter, der auf Instagram das Lukas-Evangelium zitiert und sich Jetski fahrend vor der Skyline Dubais zeigt. Er heißt Ilija Zubiks, ist Anfang zwanzig und streicht laut Firmenunterlagen jede Woche 12 500 Dollar für die von ihm geworbenen Mitglieder

Ein Heer von Verlierern

Mögliche Verdienste* im IM-Academy-System in den USA und Verteilung nach Hierarchieebenen

Von je tausend Mitgliedern erhielten ...

... Dollar pro Jahr ausgezahlt.



* Medianverdienste 2021
S-Quelle: International Markets Live Inc.

für Lernangebote zu zahlen:
Beitrittsgebühr
185 bis 325 Dollar,
Monatsgebühr
175 bis 275 Dollar

ein. Und für die Mitglieder, die diese werben. Und immer so weiter.

Daniels Unterricht gliederte sich in drei Bereiche. Trainingseinheiten für das richtige »Mindset«. Lehrvideos und Livestreams zum Wechselkurshandel. Und Seminare, wie man selbst Mitglieder wirbt.

Die »Mindset«-Kurse sind meist billig gemachte Motivationstrainings. »Bleib immer positiv«, heißt es darin. »Der Einzige, der dich stoppen kann, bist du selbst.« Man soll täglich Affirmationen aufsagen. Ohne T-Shirt in den Schnee gehen. Andere Lektionen sind manipulativ. IM Academy nicht mit anderen zu teilen sei, wie Krebskranken ein Heilmittel vorzuenthalten, heißt es. Man müsse bereit sein, Freunde zu verlieren.

Oberster IM-Wert ist Durchhaltevermögen. »Die ersten zwei, drei Jahre ist es hart«, heißt es immer wieder. Man müsse dranbleiben. (Und weiter die Monatsgebühr zahlen.) Irgendwann komme das exponentielle Wachstum. »Dann heißt es take, take, take.«

Daniel genoss die Komplimente in den Chats. Die gute Stimmung auf der Plattform. Bald loggte er sich fast jeden Abend ein und blieb bis zu fünf Stunden. Das Gamen gab er auf, ebenso den Fußball. Selbst beim Abendessen verschwand er in irgendwelche Calls. »In der Academy geht es sehr kollegial zu«, sagt er. »Ich fühle mich dort wertgeschätzt und von der Gruppe getragen.«

»Mitglieder solcher Organisationen bestätigen sich oft permanent gegenseitig«, sagt Psychologin Claudia Groß, die die Gruppendynamik von Strukturvertrieben erforscht, auch die der IM Academy. »Jede Kleinigkeit wird beklatscht.«

Man pumpe das eigene Selbstwertgefühl auf. Rede sich ein, man könne alles erreichen. Wer keinen Erfolg habe, gebe meist nur sich selbst die Schuld. Die Techniken sind als »Lovebombing« und »toxische Positivität« bekannt. Psychisch labile Menschen, so Groß, könnten danach süchtig werden. Auch Teenager seien gefährdet, weil ihre Identität noch nicht gefestigt sei. »Entsprechend stürzen sich solche Firmen gern auf sie.«

Die Firma

Die IM Academy wurde von Christopher Terry mitgegründet, einem Babyface mit zurückgegeltem Haar, dessen Hauptglaubenssatz lautet, dass jeder Mensch traden könne. »Du musst nicht den Markt verstehen«, soll Terry gesagt haben. »Du musst nur die Menschen am Markt verstehen.«

Als bestes Beispiel sieht er sich selbst. Auf einer inzwischen gelöschten IM-Seite beschrieb er seinen Aufstieg – vom Bauarbeiter aus der Bronx zu einem der angeblich besten Wechselkurshändler Amerikas. Seine Karriere beim Strukturvertrieb Amway verschwie er. Auf SPIEGEL-Anfragen zu seiner Biografie reagierte Terry nicht.

Im Log-in-Bereich der IM Academy strahlen einem weichgezeichnete Models entgegen. In den Lehrvideos läuft manchmal

Gangster-Rap. Währungs- und Kryptomärkte werden erklärt, dazu verschiedene Methoden der Chartanalyse.

Echten Mehrwert sollen sogenannte GoLive-Sessions bieten, in denen Dozenten ihren Bildschirm teilen, während sie am Finanzmarkt handeln. Andere IMler können ihre Orders einfach kopieren. »Copy-and-Paste-Trading« nennt die Firma das. Es sei, als würde »Warren Buffett bei dir am Tisch sitzen«, sagt ein IMler.

Holger Graf, Finanzmathematiker und ehemaliger Investmentbanker, ist skeptisch. »Forex ist ein vollkommen unberechenbarer Markt«, sagt er. Für Laien sei das zu riskant. Überhaupt setze man im Geschäft mit Wechselkursen auf längere Zeiträume, nicht auf Spontan-Trades wie bei der IM Academy. »Kein Profi sitzt einfach vor dem PC und setzt ohne relevante News darauf, dass gleich der Yen-Kurs steigt.« Chartanalysen, wie IM sie lehre, seien im Forex-Markt nutzlos. Auch in anderen Assetklassen spielten sie für professionelle Anleger kaum eine Rolle.

Der Fokus auf Forex könnte eine Verkaufsstrategie sein. Je komplizierter ein Markt sei, desto attraktiver seien angebliche Bildungsangebote vermeintlicher Finanzakademien, sagt Finanzblogger Thomas Kehl, 31, dessen Videokanal fast eine Million Menschen abonniert hat. »Wenn es schlecht läuft, heißt es, dass die Mitglieder ihre Strategie nur weiter optimieren müssen.«

Die Maschen solcher Firmen kennt Kehl gut. Nach dem Abi ist er selbst mal in einem Strukturvertrieb gelan-

det. Auch er ließ sich damals einreden, er könne den Markt schlagen. Stattdessen zehrte er nur seine Ersparnisse auf. Und teils die Rücklagen seiner Eltern. Die Anbieter seien wie »Durchlauferhitzer«, sagt Kehl. »Es funktioniert nur, weil ständig neue Leute geworben werden.«

Die IM Academy hat weder zu diesen noch zu anderen Vorwürfen Stellung genommen.

Die Eltern

Nach den stundenlangen Academy-Abenden war Daniel am nächsten Tag oft platt. »Heute gehe ich nicht zur Schule«, sagte er eines Morgens zum Vater. »Dort gibt es eh nur Dummfächer.« Er kenne Leute, die ohne Abschluss Millionär geworden seien.

»Wenn du schwänzt, schalte ich das Jugendamt ein«, drohte Heiner Gräber. »Dann hol ich die Polizei.« Er zog Daniel die Bettdecke weg.

»Warum fährst du diesen schäbigen VW?«, fragte Daniel. »Selbst deine Mitarbeiter haben bessere Autos als du.«

Solche Sprüche treffen Heiner Gräber. Weil er merkt, wie sich Daniels Wertesystem verändert, wie fremd ihm sein Sohn inzwischen ist. Der 50-jährige ITler stammt selbst aus einem Bildungshaushalt. Der Vater war Sportprofessor, die Mutter Grundschullehrerin. Sie lebten gut, aber nie verschwenderisch. Engagierten sich für Tierschutz und soziale Gerechtigkeit. Wählten zeit ihres Lebens SPD.

Die Angeberwelt der IM Academy ist Gräber ein Gräuel. Trotzdem ließ er den Sohn lange gewähren. »Er soll

»Wenn du schwänzt, schalte ich das Jugendamt ein.«

Heiner Gräber,
Daniels Vater

seine eigenen Erfahrungen machen«, sagt Gräber. Er habe als Student selbst eine Firma gegründet. »Ich wollte Daniels Unternehmergeist nicht bremsen.«

Doch die IM Academy vermittelt seinem Sohn keine unternehmerischen Werte. Reguläre Arbeit ist dort was für Verlierer. Schule sowieso. »Wir zählen zur oberen Mittelklasse«, sagt Daniels Mutter. »Aber in Daniels Wahrnehmung sind wir bettelarm.«

Daniels Eltern begannen, über die IM Academy zu recherchieren. Sie sprachen mit Daniels Vertrauenslehrer. Versuchten es mit einem Psychologen. Doch je mehr sie intervenierten, desto heftiger wurden die Streitereien. Manchmal brüllten sich Vater und Sohn aus voller Kehle an. »Mach bloß nicht so viel Druck«, warnte Martina Gräber ihren Mann. »Sonst haut Daniel noch irgendwann ab.«

Die Show

Anfang Mai findet im Park Inn am Berliner Alexanderplatz ein Werbeevent der IM Academy statt. Auf einer bassigen Bluetooth-Box läuft Flo Ridas Hit »Low«. Mehr als 100 junge Menschen klatschen, schreien und reißen die Arme in die Luft. Schülerinnen, Azubis und Studierende sind gekommen, um mit der IM Academy reich zu werden.

In Videos von anderen IM-Events badet Firmengründer Christopher Terry in einer auf und ab hüpfenden Menschenmasse. »Oooh, Christopher Terry«, singen IMler zur Melodie von »Seven Nations Army«. In einem anderen Clip beerdigt Terry den Bankrott symbolisch in einem Sarg.

Die Veranstaltung in Berlin verläuft ähnlich emotional. Tim Heine, 19, erzählt, wie »lost« er war – bis er »Rich dad, poor dad« las. Micky Gal, 22, erzählt, wie er angeblich Hunderte »Abhängig-Kranke« in die finanzielle Selbstbestimmung geführt hat. Und Ilija Zubiks, der Chef von Daniels IM-Gruppe Empire, sagt: »Wenn du keinen Weg findest, im Schlaf Geld zu verdienen, wirst du arbeiten müssen, bis du stirbst.«

Die IMler tragen Titel, die ihren Rang im Strukturvertrieb angeben. Ein P600 wie Tim Heine hat mehr als zwölf aktive Nutzer unter sich und bekommt dafür wöchentlich 150 Dollar. Bei einem Chairman 10 wie Micky Gal sind es mehr als 500 Mitglieder und 2500 Dollar die Woche. Dafür, dass hier eine Trading-Lernplattform verkauft werden soll, wird erstaunlich wenig über Trading gesprochen. Dafür viel über Träume und Mindset.



Illustration: Matthias Schardt / DER SPIEGEL

»Mit wenigen Hundert Euro kannst du hier Millionär werden«, wird auch ein IMler namens Dominik zwei Tage später in einem Zoom-Call versprechen. »Dann bist du schneller nicht mehr am Arbeiten, als du gucken kannst.« Er zieht seine Aussage auch später nicht zurück, als er schriftlich damit konfrontiert wird. Alle übrigen IMler reagieren nicht auf Bitten um Stellungnahme.

Laut den AGB der IM Academy müssen Vertriebler mindestens 18 sein. Tatsächlich fangen viele weit früher an. Er habe mit 16 seine ersten Leute geworben, erzählt einer. Die Provision bekomme man über Online-dienste wie Payquicker. So könne man gleich noch »Steuern dribbeln«. Payquicker hat auf Bitten um Stellungnahme nicht reagiert.

Gegen halb zehn erklimmt Silas Glaser, P2000, die Bühne und leitet eine Art rhythmische Sportgymnastik an. »Alle aufstehen!«, befiehlt er. »Und wieder hinsetzen!« – »Und wieder aufstehen!« – »Und wieder hinsetzen!« – »Wenn ihr es im Kleinen nicht macht, kriegt ihr es auch im Großen nicht hin.«

Viele IMler machen die Turnübungen mit. Sie hoffen, mit Recruiting reich zu werden. Dabei ist tief unten auf der IM-Website ein PDF verlinkt, das die Einkünfte aller Vertriebler in den USA aufschlüsselt. Rund zwei Drittel verdienen weniger als 500 Dollar pro Jahr, nicht einmal ein Prozent kommt auf mehr als 25 000 Dollar.

Nach drei Stunden Show beginnt man zu ahnen, was die Psychologin mit toxischer Positivität gemeint hat. Drinnen tobt der Saal, lockt das Versprechen auf eine bessere Zukunft – draußen wirkt der leer gefegte Alexanderplatz trostlos, fast einsam.

Die Bilanz

Daniels IM-Bilanz fällt bescheiden aus. Sein Kryptokonto ist im Minus. Den Dropshipping-Shop, bei dem Ware direkt vom Großhändler zum Kunden geliefert wird, hat der Vater mit Verlust liquidiert. Bei einer Simulation für Devisenhandel ist Daniel schon dreimal durchgerasselt. Rund 1000 Euro hat er in die Kurse der IM Academy gesteckt, Hunderte weitere Euro für Reisen zu IM-Veranstaltungen ausgegeben. Das Sparkonto ist fast leer. Verdient hat er bisher nichts.

In den vergangenen neun Monaten hat Daniel sein IM-Abo manchmal pausiert. In diesen Phasen äußert er sich etwas kritischer über die Firma. Er lerne dort nichts Neues mehr, sagt er einmal. Das Mindset habe er ohnehin intus. Ein paar Wochen später tritt er doch wieder bei – wegen angeblicher Tipps zum Devisenmarkt in Zeiten des Ukraine-Kriegs. Um die Monatsgebühr zu finanzieren, verkauft er seinen alten Laptop.

Plattformen wie die IM Academy stoßen mit ihren Geschäftspraktiken möglicherweise gegen mehrere Gesetze. Überzogene Gewinnversprechen können »den Tatbestand einer irreführenden oder sogar strafbaren



Illustration: Matthias Schardt / DER SPIEGEL

Werbung erfüllen«, sagt Markus Moser von der Münchner Rechtsanwaltskanzlei Herfurter. Das Hinterziehen von Steuern sei freilich auch illegal. Und Copy-and-Paste-Trading könnte eine Art von Anlageberatung sein. »Doch dafür hat die IM Academy in Deutschland gar keine Zulassung.«

Die Finanzaufsicht Bafin ermittelt bislang nicht gegen die IM Academy. Doch selbst wenn sie die Site irgendwann sperren sollte, wären Jugendliche wie Daniel kaum besser geschützt. Es gibt viele weitere solche Firmen und Seiten. Dubiose Finanzgruppenchats auf WhatsApp oder Discord. Der Bafin lagen allein im vergangenen Jahr 1332 Verdachtsfälle für illegale Anlageberatung vor.

Dazu stellt sich die Frage, ob die IM Academy ein illegales Pyramidensystem ist. Laut Moser fallen darunter Unternehmen, »bei denen es im Kern gar nicht um das Produkt geht, sondern um das Anwerben möglichst vieler zahlender Mitglieder«. Bei IM deutet einiges auf ein solches System hin.

Doch die EU-Gesetze gegen Strukturvertriebe sind schwach – und die Grenze zu einem Pyramidenschema ist fließend. Oft reicht es, dass solche Firmen irgendein Produkt, irgendeine Dienstleistung anbieten. Vielleicht einen Mindset-Kurs, egal ob dieser sein Geld wert ist. Immerhin, im Netz formiert sich inzwischen privater Widerstand. Auf YouTube, Instagram oder Reddit machen

Nutzer die Methoden der Online-Akademien transparent. Es gibt Erfahrungsberichte von Aussteigern.

Daniel Gräbers Verhalten hat sich in den vergangenen Monaten verändert. Er wirkt selbstsicher. Lässt Dinge öfter im Ungefähren. Benutzt dieses diffuse »Wir«, bei dem nicht klar ist, wer gemeint ist.

Seit Frühjahr postet er selbst Protzvideos auf Instagram. In einem lässt er den Motor eines parkenden Lamborghini aufröhren. Anfang April erwähnt Daniel, dass sich Leute bei ihm melden und nach der IM Academy fragen. Bis zum Sommer wolle er P600 sein.

Mitte Mai will er davon nichts mehr wissen. Er sei wieder raus aus der Academy, sagt er. Seine Tradingbilanz habe sich verbessert. Ein Privatinvestor wolle ihm Geld zum Traden leihen.

Nach der Schule fährt Daniel oft nach Frankfurt. Angeblich trifft er sich dort mit Millionären. Sie gehen zusammen in Uhrenläden. Machen Selfies vor verglasten Wolkenkratzen. Wollen ein Büro mieten. Seine neuen Freunde sind meist über zwanzig. »Alles ist auf einem höheren Level«, sagt Daniel. »Die Gespräche sind erwachsener, die Themen relevanter.«

Seine Mutter ist verzweifelt. Er wolle sie neuerdings in Frankfurter Luxusshops ausführen. Der Vater hat inzwischen die Taktik geändert. Statt die IM Academy zu kritisieren, nutzt er sie als Anreiz. Bei guten Noten will er Daniel die Aufnahmegebühr für eine Finanzplattform zahlen, die freiberuflichen Tradern Kapital verspricht. Das Schulthema scheint sich seitdem zu entspannen.

»Ich werde auf jeden Fall Abi machen«, sagt Daniel nun. Die Schule habe er ohnehin nie wirklich schmeißen wollen.

Zur Abifeier will er im Lamborghini vorfahren. Eine Zigarre rauchen. Vielleicht einen Bademantel tragen. »Das wäre doch ein cooler Fuck-you-Impuls.«

Mitsuo Iwamoto, Janne Knödler, Stefan Schultz

Die Recherche

Im September 2021 erreicht den SPIEGEL die verzweifelte Mail eines Lesers: Sein Sohn sei in eine dubiose Finanzorganisation eingetaucht. Monatelang recherchiert ein Team, spricht mit aktuellen und ehemaligen Mitgliedern der Gruppe, besucht selbst Events. Daniel und seine Eltern sind ungewöhnlich offen. So wird es möglich, genau zu beschreiben, wie er in die Organisation hineingezogen wird – und wie das die ganze Familie verändert.



Volker Grone / DER SPIEGEL

»Ich bin entspannter geworden«

SPIEGEL-GESPRÄCH VW-Chef Herbert Diess, 63, über seinen Stress mit dem Betriebsrat, den Zweikampf mit Elon Musk und den Umgang mit China

SPIEGEL: Herr Diess, das EU-Parlament will, dass ab 2035 keine Benzin- und Dieselaautos mehr zugelassen werden. Ihr Konzern hat 2021 noch zu 95 Prozent Verbrenner verkauft. Wie wollen Sie das schaffen?

Diess: Wir sind am besten auf dieses Szenario vorbereitet, haben schon jetzt für jedes wichtige Verbrennermodell eine Elektro-Alternative im Angebot. Bis 2025 sind wir auch bei den Batterien abgesichert, für die Zeit danach bauen wir allein in Europa sechs Zellfertigungen. Der Aufbau der Kapazitäten ist entschei-

dend. Jede einzelne Zellfabrik kostet Milliarden und benötigt Gigatonnen an Rohstoffen.

SPIEGEL: Der Krieg hat die Rohstoffknappheiten noch verschärft. Könnte also schwer werden, die Batteriefabriken auszulasten.

Diess: Grundsätzlich gibt es die Materialien, die benötigt werden, im Überfluss – vor allem Lithium und Nickel. Teils sogar in Europa. Das eigentliche Problem sind die Anlagen und Ausrüstungen für die Zellfertigung. Die kommen heute fast ausschließlich aus Asien. Da sind wir abhängig als Industrie. Wir setzen aber darauf, schon in den 2030er-Jahren eine Kreislaufwirtschaft mit mehr als 90-prozentiger Recyclingquote etablieren zu können.

SPIEGEL: Hat Deutschland genügend Strom für die Elektrowende?

Diess: Ja. Würde die Autoindustrie zu 100 Prozent E-Autos verkaufen, würden dafür sechs Prozent mehr Strom benötigt. Das ist verkraftbar. Hinzu kommt: E-Fahrzeuge stabilisieren das Netz, sie können als Pufferspeicher dienen.

SPIEGEL: Die Laufzeiten der Atomkraftwerke müssen also nicht verlängert werden?

Diess: Nein, es geht auch ohne – Atomkraft ist gegenüber erneuerbaren Energien nicht wettbewerbsfähig. Selbst wenn Engpässe auftreten, weil die gesamte Energiewende, inklusive Wärmepumpen, den Strombedarf bis 2040 verdreifachen wird, werden wir ohne Kernkraft auskommen.

SPIEGEL: 48 Millionen Benzin- und Diesel-Pkw fahren noch in Deutschland. Die könnten klimaneutralen synthetischen Kraftstoff tanken – wünscht die FDP. Wäre das sinnvoll?

Diess: Heute kostet der Sprit schon rund zwei Euro, synthetischer Kraftstoff wird wegen seiner deutlich schlechteren Energieeffizienz das Dreifache kosten. Für den Porschefahrer, der seinen alten 911er weiterfahren will, ist das sicher eine Option. Für den Mainstream ist das E-Auto die deutlich bessere Lösung, denn es wird immer preiswerter: Wer eine Solaranlage auf dem Dach hat, den kostet die Kilowattstunde etwa fünf bis zehn Cent. Das bedeutet: Bei einem Verbrauch von 15 bis 20 Kilowattstunden könnte ein E-Auto für einen Euro 100 Kilometer fahren. Das ist konkurrenzlos günstig.

SPIEGEL: Was wird im CO₂-freien Zeitalter aus dem Ferrari in Ihrer Garage?

Diess: Der wird dann eingemottet.

SPIEGEL: Sie sind mit VW als Klimavorreiter angetreten, doch andere Hersteller verfolgen mittlerweile mutigere Ziele. Opel will bereits ab 2028 nur noch vollelektrische Modelle in Europa verkaufen, Volvo und Ford ab 2030.

Diess: Das sind erst mal viele Ankündigungen. Die Realität ist, dass wir hinter Tesla der weltweit zweitgrößte E-Auto-Hersteller sind. Ein paar andere Wettbewerber sind auch früh aufgewacht, etwa die Koreaner. Die meisten anderen indes leiten gerade erst die Wende zur E-Mobilität ein. Die machen jetzt das, was wir 2015 und 2016 begonnen haben. Unser Mut hat sich ausgezahlt: Wir haben weltweit eine außerordentlich gute Auftragslage und werden die E-Auto-Produktion in der zweiten Jahreshälfte erheblich steigern. Bis 2025 wird so leicht keiner an uns vorbeikommen.

SPIEGEL: Wann rollt bei VW der letzte Verbrenner vom Band?

Diess: Weltweit haben wir noch kein Datum, in Europa wird es in den frühen Dreißigerjahren passieren.

SPIEGEL: Sie scheuen eine konkrete Ansage.

Diess: Es macht keinen Sinn, wenn ein einzelner Hersteller aus der Verbrennertechnologie aussteigt. Das ist eine Entscheidung, die die Gesellschaft mittragen muss. In einigen Weltregionen ist die E-Mobilität auch 2030 noch nicht sinnvoll, weil der Strom dort noch überwiegend mit Kohle produziert wird.

Das Gespräch führten die Redakteure Simon Hage und Steffen Klusmann.

SPIEGEL: Tesla schaffte mit seiner reinen E-Strategie zuletzt immer neue Absatz- und Gewinnrekorde. Lässt sich Elon Musk überhaupt noch einholen?

Diess: Die Zahlen sind beeindruckend. Ich hatte schon länger zweistellige Renditen für Tesla vorhergesagt. Aber auch Tesla muss Probleme lösen, hat schwierige Aufgaben vor sich. Jetzt können wir aufholen.

SPIEGEL: Wo genau schwächelt Tesla?

Diess: Die Herausforderung ist, an zwei neuen Standorten gleichzeitig die Produktion hochzufahren – in Austin und Grünheide. Beide sind extrem anspruchsvoll ausgerüstet, verfügen über hochinnovative Produktionstechnik. Die in Gang zu setzen erfordert große Anstrengungen und viel Zeit. Elon selbst gibt zu, dass die Fabriken aktuell Geld verbrennen. Zusätzlich will er noch Shanghai hochfahren.

SPIEGEL: Ist Ihr früheres Untergangsszenario, dass Tesla Sie verdrängt, vergessen?

Diess: Ein solches Untergangsszenario hat es bei uns nie gegeben.

SPIEGEL: Anfang 2020 haben Sie Ihren Führungskräften eingebläut: Wenn VW weiter so langsam umbauet, dann werde der Nachfolger des Golfs oder des Käfers womöglich kein Volkswagen mehr sein, sondern ein Tesla Model 3 mit einer Million Einheiten pro Jahr.

Diess: Ich glaube weiterhin, dass man Tesla sehr ernst nehmen muss. Die neuen Fabriken werden nicht auf dem niedrigen Leistungsniveau bleiben. Wenn wir uns dafür wappnen, denke ich aber, dass wir Tesla bis 2025 beim Absatz überholen können.

SPIEGEL: Sie wollen Porsche an die Börse bringen. Haben Sie keine Angst, dass der Marktwert des Restkonzerns dann absackt?

Diess: Nein, weil Volkswagen mit 75 Prozent Mehrheitseigentümer bei Porsche bleibt. Wir glauben, dass drei Viertel der börsennotierten Porsche AG mehr wert sein werden als 100 Prozent heute. Auch weitere Börsengänge, etwa des Batteriegeschäfts, sind denkbar. Wir werden die Transformation nicht nur aus den Cashflows finanzieren.

SPIEGEL: Sie haben versprochen, aus VW einen »digitalen Tech-Konzern« zu formen. Nun verspäten sich der Elektro-Porsche Macan und Audis Zukunftsprojekt Artemis um Jahre, weil die Software nicht rechtzeitig fertig wird.

Diess: Das ist sehr verkürzt dargestellt. Man muss den Kontext sehen. In zehn Jahren werden Autos dramatisch anders funktionieren. Sie werden weite Strecken selbst fahren. Die frei werdende Zeit – im Schnitt eine Stunde pro Tag – wird der menschliche Fahrer dann mit Streaming, Gaming, Kommunikation oder Arbeit verbringen. Das Auto wird zum Device und Datensammler. Sich für diese Ära aufzustellen wird für die Autoindustrie zur Überlebensfrage. Wir müssen die Autos digital vernetzen können, sonst bleiben wir ein Kutschenbauer – und werden abgeschnitten von den Einnahmequellen der Zukunft.

SPIEGEL: Verstehen wir. Scheint bei Ihnen aber nicht zu funktionieren. Sind deutsche



Produktion des E-Bullis ID. Buzz

Ingenieure mit derlei Software und künstlicher Intelligenz überfordert?

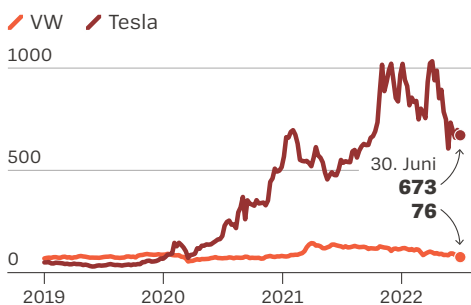
Diess: Nein, wir können das. Es stört mich, dass wir Deutschen uns das nicht zutrauen. Die Informatikabsolventen unserer Hochschulen werden weltweit mit Handkuss genommen. Die entwickeln tolle Software und KI, nur eben häufig nicht für deutsche Unternehmen, sondern für Hightechfirmen an der US-Westküste. Was in Deutschland fehlt, ist eine starke Softwarebranche.

SPIEGEL: Eine VW-interne Untersuchung der Unternehmensberatung McKinsey legte eklatante Schwächen Ihrer Softwaretochter Cariad offen. Entscheidungen werden zu langsam gefällt, es kommt zum Kompetenzangel zwischen den beteiligten Marken VW, Audi und Porsche. Die Folgen sind Mehrkosten in Milliardenhöhe. Was ist da los?

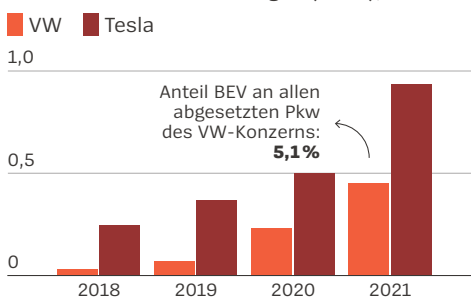
Diess: Zu den zusätzlichen Kosten kann ich nichts sagen. Ich will das aber nicht wegbü-

Herbert gegen Elon

Marktkapitalisierung, in Mrd. Euro



Absatz von Elektrofahrzeugen (BEV*), in Mio.



* reine Elektroautos

Quellen: Refinitiv Datastream, Unternehmen

geln, da gibt es tatsächlich was zu tun. Immerhin haben wir den Mut, uns dieser Jahrhundertaufgabe zu stellen. Wir können künftig nicht mehr einfach Software beim Zulieferer bestellen, einbauen und über sieben Jahre laufen lassen. Damit wären wir nicht mehr wettbewerbsfähig. Wir müssen das Auto heute kontinuierlich über Updates verbessern. Das funktioniert nur, wenn wir die Software selbst entwickeln. Das ist ein Projekt, das 10 bis 15 Jahre dauern wird und das unsere Arbeitsweise völlig verändern wird.

SPIEGEL: Der Aufsichtsrat hat Sie aufgefordert, bei der Sitzung am 8. Juli konkrete Lösungen für Cariad vorzulegen. Was werden Sie ihm präsentieren?

Diess: Wir verfolgen schon länger das Ziel, nur eine einzige Softwareplattform für alle Marken und Modelle zu entwickeln. Weil sich der Anlauf bei Porsche und Audi verzögert, haben wir uns entschieden, dass wir für eine begrenzte Zeit auch Alternativen entwickeln: Die Premiummarken programmieren vorübergehend eigene Fahrassistenzsysteme. Zeitgleich entsteht aber die Einheitsplattform 2.0, die technologische Führung dabei übernimmt Volkswagen. Um unsere Kompetenz weiter zu stärken, haben wir große Zukäufe für Cariad geplant, unter anderem in China.

SPIEGEL: Bei den Kartensystemen hatten Sie sich einst gegen einen Alleingang entschieden.

Diess: Ja, 2015 hatten sich die Hersteller beim Kartendienst Here zusammengetan. Ziel war, eine Alternative zu Google Maps aufzubauen. Aber fürs autonome Fahren brauchen wir hochpräzise Echtzeitkarten, und dafür sind die heutigen Angebote nicht mehr geeignet. Mithilfe der gesammelten Daten wird VW ein eigenes, proprietäres System aufbauen müssen.

SPIEGEL: Software muss Kernkompetenz sein?

Diess: Unbedingt. Wir müssen uns unabhängig machen von den großen Technologiespielern. Apple und Google wollen die Bildschirme im Auto dominieren und die Kundenschnittstelle übernehmen, indem sie ihre eigene Software ins Auto integrieren. Sie wollen uns die Kunden abnehmen. Das ist eine große Gefahr für uns.

SPIEGEL: Außerdem geraten Sie zunehmend zwischen die Fronten des neuen Ost-West-Konflikts zwischen den USA und China. Welchem Land fühlen Sie sich enger verbunden?

Diess: Alle großen Märkte sind für uns wichtig. In den USA sind wir erstmals seit Jahrzehnten wieder profitabel, dort haben wir bei einem Marktanteil von erst vier Prozent noch das größte Potenzial. Und China ist für uns als Wachstumsmarkt und Innovationstreiber unverzichtbar.

SPIEGEL: Sie warnen vor einer geopolitischen Blockbildung. Sollten sich Konzernchefs wie Sie noch stärker bemühen, westliche Werte in die Welt zu tragen?

Diess: Beides, wir sollten auch östliche Werte in den Westen tragen. Wir sollten zwischen beiden Blöcken vermitteln – und Deutschland wachrütteln. Hierzulande wird extrem unterschätzt, wie stark unser Wohlstand von China

mitfinanziert wird. Würden wir uns davon abkoppeln, sähe Deutschland völlig anders aus.

SPIEGEL: Wie denn?

Diess: Wir hätten sehr viel weniger Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Volkswagen etwa beschäftigt in Deutschland 20 000 bis 30 000 Entwickler. Die Hälfte davon arbeitet für Kundinnen und Kunden in China. Vier Milliarden Euro Gewinn fließen jährlich aus der Volksrepublik hierher. Meinen Führungskräften sage ich immer: Ein Großteil eures Bonus wird in China erwirtschaftet.

SPIEGEL: Für diese Abhängigkeit zahlt der Westen einen hohen Preis.

Diess: Das sehe ich anders. China hat sich unter Präsident Xi Jinping wirtschaftlich weiter geöffnet. Wir können dort erstmals von uns beherrschte Unternehmen gründen. Der anstehende Parteikongress dürfte eine weitere Öffnung bringen. China wird sich auch im Wertesystem weiter positiv entwickeln. Wir können einen Beitrag zum Wandel leisten, indem wir vor Ort vertreten sind.

SPIEGEL: Sind Sie da nicht sehr zweckoptimistisch?

Diess: Man darf die Länder nicht nur anhand der aktuellen Führung oder Regimes bewerten. Wir investieren mit einer Perspektive von 20 bis 40 Jahren, in solchen Zeiträumen kann sich viel ändern. Derzeit erleben wir auch in Europa starke antidemokratische Tendenzen. Sollen wir in solchen Ländern deshalb keine Werke mehr betreiben?

SPIEGEL: US-Präsident Joe Biden übt massive Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in China. Seit dem 21. Juni gilt ein Importbann für sämtliche Produkte, die in der Region Xinjiang produziert worden sind. VW unterhält dort auch ein Werk. Sind Sie von dem Bann betroffen?

Diess: Nein, weil wir keine Lieferanten in Xinjiang haben.

SPIEGEL: An Ihrem Werk dort gibt es massive Kritik, weil es sich mitten in einer Region befindet, in der die muslimische Minderheit der Uiguren verfolgt wird. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann, Vize-Vorsitzender des VW-Aufsichtsrats, wirft offen die Frage auf, »ob nicht eine Beendigung der Aktivität dort richtig wäre«.

Diess: Über dieses Werk denken wir ständig nach. Es wurde 2012 vor meiner Zeit mit guter Absicht gegründet: Die chinesische Regierung wollte eine unterentwickelte Region industrialisieren, wir wollten daran mitwirken. Ich hatte diesen Standort immer im Blick und habe viele meiner Führungskräfte dorthin geschickt, um sicherzustellen, dass dort alles in Ord-



Autobosse Diess, Musk

»Vier Milliarden Euro Gewinn fließen jährlich aus der Volksrepublik hierher.«

nung ist. Ich bin bis heute der Ansicht, dass wir dort bleiben sollten, weil ein Rückzug niemandem nützt.

SPIEGEL: Haben Sie das Werk mal persönlich begutachtet?

Diess: Noch nicht, die Pandemie hat meine China-Reisepläne und den Besuch im Joint-Venture-Werk Ürümqi zunichtegemacht. Ich habe mir aber fest vorgenommen, das baldmöglichst nachzuholen, zusammen mit unserem neuen Chinachef Ralf Brandstätter.

SPIEGEL: Wie können Sie sicherstellen, dass in dem Werk nicht gegen Menschenrechte verstoßen wird?

Diess: Von unserem Joint-Venture-Partner lasse ich mich mehrmals pro Jahr darüber informieren. Erst vergangene Woche hatten wir uns zuletzt dazu ausgetauscht. Im Werk arbeiten 30 Prozent religiöse Minderheiten, wir haben dort Schutzrechte und Gebetsräume. Wir können sicherstellen, dass dort keine Zwangsarbeit besteht.

SPIEGEL: Das nehmen Sie Ihrem Partner, dem chinesischen Staatskonzern SAIC, einfach so ab?

Diess: Ich habe guten Grund, SAIC-Chef Chen Hong zu glauben. Mit ihm arbeite ich seit sieben Jahren intensiv zusammen. Er hat mich noch nie belogen.

SPIEGEL: Das Bundeswirtschaftsministerium gewährt VW wegen der umstrittenen Fabrik keine Garantien für China-Investitionen mehr. Wann wird der Preis für Sie zu hoch, an dem Werk noch festzuhalten?

Diess: Größere Sorgen bereitet mir die Grundhaltung der deutschen Regierung gegenüber China. Und die Weltwirtschaft, die gerade zu kippen droht: Inflation, Energieknappheit und weltweit steigende Zinsen halte ich für höchst problematisch. Ohne die Geschäfte mit China würde die Inflation noch weiter explodieren. Wir brauchen noch mehr Dialog. Die chinesische Führung kann auch mit harten europäischen Positionen um-

gehen, aber man sollte darüber sprechen – und man sollte die wirtschaftlichen Auswirkungen verstehen.

SPIEGEL: Ihr Vertrag bei VW läuft bis Herbst 2025. In den vergangenen beiden Jahren hätten Sie im Streit mit Betriebs- und Aufsichtsräten mehrfach um ein Haar Ihren Job verloren. Was haben Sie daraus gelernt?

Diess: Ich bin entspannter geworden, weil ich sehe, dass VW mittlerweile auf einem guten Weg ist. Bei der letzten großen Diskussion Ende 2021 hatte ich mir noch Sorgen um den Standort Wolfsburg gemacht, weil die Transformation hier noch nicht angekommen ist. Demnächst bauen wir hier ein Werk für Elektroautos und ein neues Entwicklungszentrum. Es weht ein frischer Wind in Wolfsburg, auch dank der neuen Betriebsratsvorsitzenden Daniela Cavallo.

SPIEGEL: Sie werden auf Ihre alten Tage nicht zum Betriebsratsversteher, oder? Mit Cavallos Vorgänger Bernd Osterloh haben Sie sich ständig gezoft.

Diess: Ich möchte die beiden nicht vergleichen. Aber Frau Cavallo hat sich für das E-Modell in Wolfsburg starkgemacht. Und sie ist bemüht, die Arbeitsplätze hier wirklich langfristig zu sichern, sodass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch gute Jobs in Wolfsburg haben. Ihr Stil und persönlicher Umgang sind sehr positiv für Volkswagen, sie ist nicht hitzköpfig, sondern denkt die großen Themen konsequent zu Ende.

SPIEGEL: Sie klingen so gar nicht mehr nach Diess. Der mittlerweile verstorbene Patriarch Ferdinand Piëch hat Sie einst von BMW geholt, um in Wolfsburg aufzuräumen.

Diess: Das weiß ich nicht. Nach dem Einstellungsgespräch habe ich ihn nie wieder gesehen. Als ich anfang, war keiner mehr da von den Leuten, die mich eingestellt hatten. Ich hatte großen Respekt vor der Aufgabe und war mir nicht sicher, ob ich sie überhaupt annehmen sollte. Aber ich fand die letzten sieben Jahre sehr spannend. Die Mühe hat sich gelohnt. Natürlich ist noch einiges zu tun.

SPIEGEL: Sehen Sie es als Ihre Aufgabe an, einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin aufzubauen?

Diess: Unbedingt. Ich habe schon drei, vier interne Personen im Auge. Ein so großer Konzern wie Volkswagen sollte für diese Position niemanden von außen holen müssen. Bis es so weit ist, dauert es aber noch ein wenig. Wir haben die richtige Strategie, viele richtige Entscheidungen getroffen, jetzt müssen wir liefern.

SPIEGEL: Herr Diess, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Sommer des Missvergnügens

TOURISMUS Das Chaos an den Flughäfen haben Airlines und Betreiber selbst verschuldet. In der Pandemie bauten sie zu viel Personal ab – das nun überall fehlt. Wohl noch monatelang.

Wer dieser Tage die zentrale Kundenhotline der Lufthansa anruft, erreicht höchstwahrscheinlich: gar niemanden. Unter 069-86 799 799 meldete sich am vergangenen Dienstag die immer gleiche Bandansage: »Wir sind mit einem außergewöhnlich hohen Anrufaufkommen konfrontiert und tun unser Bestes, um alle Anfragen zu bearbeiten. Alle eingehenden Telefonkanäle sind derzeit belegt.« Es folgte: ein Hinweis auf die Lufthansa-Website mit einem Chatbot (der die meisten Anfragen nicht einmal versteht), das Gleiche auf Englisch.

Dann war die Leitung tot.

Bis vor Kurzem erreichten Kundinnen und Kunden immerhin noch die Lufthansa-Hotline-Warteschleife – auch wenn sie dort oft 45, 60 oder 90 Minuten ausharren mussten. Mittlerweile können sie von Glück sprechen, wenn sie überhaupt noch bis zum Warteschleifen-Jingle vordringen. Selbst die Senator-Hotline für Premium-Vielflieger der Lufthansa war am Sonntagnachmittag stundenlang unerreikbaar.

Dabei ist der Beratungsbedarf der Passagiere so groß wie wohl noch nie.

Fliegen ist zurzeit die Hölle – mit Lufthansa wie auch mit anderen Linien. Tausende, oft kurzfristige Flugstreichungen, Zwangsumbuchungen, massive Verspätungen, schier unendliche Warteschlangen an Check-in und Security, verlorene Koffer: Wer raus will, muss leiden in diesen ersten sommerlichen Chaoswochen.

Besserung ist nicht in Sicht. Nicht in diesem Sommer. Und womöglich auch nicht im nächsten.

Fluglinien, Flughäfen und Dienstleister haben sich selbst in diesen Schlamassel hineinmanövriert: mit einem überzogenen Personalabbau in der Pandemie. »Viele Unternehmen haben die Coronazeit genutzt,

um altgediente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter loszuwerden und sich zu sanieren. Im Kalkül, danach günstigere Arbeitskräfte wieder einzustellen«, sagt Luftfahrtexperte Gerald Wissel, Chef des Hamburger Beratungshauses Airborne Consulting.

Mit Abfindungsaktionen drängten Unternehmen darauf, dass Beschäftigte Aufhebungsverträgen zustimmen oder in Frührentenprogramme gingen. Die Lufthansa-Gruppe etwa befreite sich von rund 32 000 der weltweit einst 140 000 Stellen.

Und auch die Flughäfen sparten: Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport etwa strich in der Krise mehr als 4000 Stellen – und verlor darüber hinaus ungeplant Bodenpersonal, das anderswo bessere Jobs fand.

Die Menschen, derer sich die Konzerne entledigten, fehlen ihnen nun an allen Ecken und Enden: ob am Check-in oder bei der Sicherheitschleuse, an Bord oder beim Gepäck. Laut dem Flughafenverband ADV haben die Dienstleister, die an der Passagierabfertigung beteiligt sind, rund 20 Prozent weniger Personal als vor Corona. Ersatz ist kaum zu bekommen für die oft unattraktiven Jobs mit Wochenendschichten, Urlaubsverboten in der Hauptreisezeit und mäßiger Entlohnung.

»Die Airlines und Airports haben damit gerechnet, dass sie frühestens 2024 oder 2025 wieder das Vor-Corona-Niveau erreichen«, sagt Wissel. »Das war eine klassische Fehlplanung.« Schon jetzt wollen Millionen Menschen wieder fliegen, vor allem in den Urlaub.

Lufthansa-Chef Carsten Spohr räumte in einem Schreiben an die Belegschaft ein, dass der Vorstand es »an der einen oder anderen Stelle« mit dem Sparen übertrieben habe. Weil der Druck der mehr als zehn Milliarden Euro schweren Verluste in der Viruskrise so hoch gewesen sei.

Die Überforderung an den Flughäfen wird andauern. Der Luftverkehr ist noch nicht wieder auf dem Normalniveau von vor der Krise. Verbindungen fehlen, Frequenzen sind reduziert, Jets eingemottet. Man mag sich das Chaos nicht ausmalen, wenn es wieder richtig losgeht.

Als besonderes Nadelöhr erweist sich die Sicherheitskontrolle – neue Arbeitskräfte müssen nicht nur ausgebildet, sondern auch einer Zuverlässigkeitsüberprüfung unterzogen werden. Dabei müssen etwa alle ehemaligen Wohnsitze der vergangenen Jahre angegeben werden; auch nach Strafverfahren wird gesucht. Das kann dauern. Ist ein Bewerber häufiger umgezogen, auch mal länger als drei Monate.

Das dürfte auch die Pläne von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bremsen. Er will zusätzlichem Personal aus dem Ausland die Einreise nach Deutschland ermöglichen: rund 2000 Menschen, unter anderem aus der Türkei. Die müssen zertifizierte Deutschkenntnisse auf dem Niveau A2 mitbringen, teilweise auch Gefahrgutschulungen. Für diese Urlaubssaison wird das Experten zufolge nicht mehr viel bringen.

Helfen könnte moderne Technologie. Aber auf die setzt man in Deutschland nur zögerlich.

CT-Scanner etwa zeigen mittels moderner Computertomografie den Inhalt von Gepäckstücken dreidimensional und hochauflösend an. So müssen Passagiere keine Flüssigkeiten oder Computer mehr aus dem Gepäck nehmen. Das spart Zeit. Bisher werden solche Scanner hierzulande nur in München eingesetzt.

Weit weg sind deutsche Flughäfen von Innovationen, wie sie in Dubai genutzt werden. Dort laufen Passagiere durch einen sogenannten Smart Tunnel – und werden dabei biometrisch erfasst, was die manuelle Passkontrolle ersetzt.

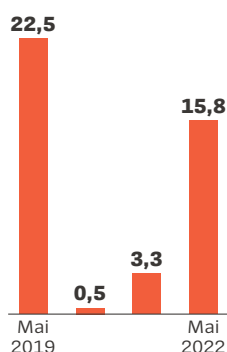
In einer weiteren Stufe könnten Sprengstoffsensoren und Metalldetektoren das Handgepäck und die Reisenden überprüfen. Schuhe oder Jacketts dürften anbehalten werden, Portemonnaies in der Hosentasche bleiben. Nur dann, wenn die künstliche Intelligenz Auffälligkeiten analysiert, müsste am Tunnelende eine manuelle Nachkontrolle stattfinden.

Bis deutsche Flughäfen so weit sind, werden noch viele Tausend Lufthansa-Passagiere ihre Maschinen verpassen – und dann die zentrale Hotline anrufen. In der Hoffnung, dass sie durchkommen.

Claus Hecking, Martin U. Müller

Rückkehr der Massen

Passagiere an deutschen Flughäfen im Monat Mai, in Mio.



Quelle: ADV

Kofferchaos am Flughafen Hamburg:

Wer reisen will, muss leiden





Michael Kappeler / dpa

Die Wirtschaftskrieger

STRAFMASSNAHMEN Die EU hat die Sanktionen gegen Putin lange vorbereitet – und greift jetzt so hart durch wie nie zuvor. Geht die Strategie auf? Ein Besuch in der Kommandozentrale in Brüssel.

Der Chefstrategie für Europas Wirtschaftskrieg gegen Russland legt auf militärisches Auftreten wenig Wert. Seine Uniform: graue Turnschuhe und blauer Businessanzug. Seine Kommandozentrale: ein unscheinbares Büro im 13. Stock des Brüsseler Kommissionsgebäudes mit Besprechungstisch, Zimmerpflanze und vollgestopftem Vitrinenschrank.

Und wer ihn fragt, ob er sich als Oberbefehlshaber im EU-Konflikt mit Moskau fühlt, bekommt als Antwort eine abwehrende Handbewegung. »So funktioniert die EU nicht«, sagt er. »Meine Aufgabe ist es, zu sondieren und dann Kompromisse zu erarbeiten.«

Björn Seibert ist einer jener Menschen in Brüssel, die kaum einer kennt

und deren Einfluss enorm ist. Der Kabinettschef von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen koordiniert seit sieben Monaten die europäischen Sanktionspakete gegen Moskau. Ihm kommt zugute, dass er gelernter Sicherheits- und Militär-experte ist. Als junger Politikwissenschaftler forschte er am Army War College in Pennsylvania. Später führte er den Leitungsstab des Berliner Verteidigungsministeriums. Bis heute sagt er »Intelligence«, wenn er von »Geheimdienstberichten« spricht, wie es so üblich ist in der Nato.

Reichen die Strafaktionen des Westens, um Moskaus Kriegsmaschine die wirtschaftliche Basis zu entziehen? Wann fängt es an, Putin wehzutun? »Einiges sieht man sofort«, sagt der langjährige Von-der-Leyen-Ver-

Teilnehmer des G7-Gipfels in Elmau:
Blaupause für die Wirtschafts-Nato

100 Milliarden

Euro an Handels-gütern sind durch die Sanktionen blockiert.

Quelle: EU

traute nüchtern. »Vieles zeigt sich erst nach Wochen, Monaten oder gar Jahren.«

Sicher ist, dass die Politik der Boykotte und Embargos den Staatenbund selbst tiefgreifend verändert hat. Die EU hat sechs Sanktionspakete verabschiedet, seit der Kreml seine Panzerrollen ließ.

Sie hat das Vermögen von mehr als 1100 Putin-Helfern und 30 Oligarchen eingefroren. Den meisten russischen Banken ist der Zugang zu Europas Finanzmärkten versperrt. Kohle aus Sibirien darf nicht mehr importiert, Flugzeugturbinen oder Trüffelpilze dürfen nicht mehr nach Moskau oder Sankt Petersburg ausgeführt werden. Handelsgüter im Wert von fast hundert Milliarden Euro sind blockiert, was sie in der Kommission inzwischen offen als »Militarisierung der Exportkontrolle« bezeichnen.

Die einstige Wirtschaftsgemeinschaft wandelt sich zur Sicherheitsallianz und baut ihren Einfluss auf die Mitgliedsländer kräftig aus. Im Zuge ihrer Sanktionen hat die EU Dutzende neue Gesetze erlassen, ihr Personal aufgestockt und eine Taskforce gegründet, die russische Finanzwerte aufspüren und einziehen soll. »Die Kommission hat die Situation geschickt genutzt, um sich weitere

Serie Die neue Unabhängigkeit – Teil II: Pandemie und Ukrainekrieg haben sichtbar gemacht, wie verflochten die Wirtschaft weltweit ist – und wie anfällig für Störungen. Viele Nationen, Unternehmen und selbst private Haushalte streben nun nach Unabhängigkeit. Aber wer kann sich schon wirklich



selbst versorgen? Wie viel internationale Vorarbeit steckt in einem Auto? Wie kommt ein Haus ohne fossile Energien aus? Ist Autonomie in Europa denkbar? Das SPIEGEL-Wirtschaftsressort geht diesen Fragen in einer Serie nach und beschreibt, wie viel Autarkie möglich ist – und wo sie an Grenzen stößt.

Kompetenzen zu sichern«, sagt ein Brüsseler EU-Diplomat.

Dass Europa keine Telefonnummer habe, wie der frühere US-Außenminister Henry Kissinger einst geklagt haben soll, würden die Beamten im Weißen Haus inzwischen wahrscheinlich kaum mehr bestätigen. Wenn es um Sanktionen geht, rufen sie heute zunächst die EU-Behörde in Brüssel an und erst dann die Regierungszentralen in Berlin oder Paris.

So soll es auch bei künftigen Konflikten laufen, zum Beispiel in der Konfrontation mit China. Geht es nach den Wirtschaftskriegern in Washington und Brüssel, hat der Ukrainekrieg die Blaupause für eine Art Wirtschafts-Nato geschaffen, die aggressive Autokraten abschrecken soll.

Geboren wurde die Idee im vergangenen November, als CIA-Direktor Bill Burns überraschend in Brüssel auftauchte. Der Geheimdienstchef kam gerade aus Moskau, wo er seine Überzeugung gefestigt hatte, dass Putin eine groß angelegte Invasion in die Ukraine plant, mit dem Epizentrum in Kiew, wie er hinzufügte. Eine militärische Antwort der Nato war ausgeschlossen, und so kamen die westlichen Hauptstädte überein, dass sie auf die Invasion mit einem wichtigen Paket gemeinsamer Wirtschaftssanktionen reagieren müssen.

Weil die Vereinigten Staaten ihr Russlandgeschäft bereits nach der Krimbesetzung 2014 zurückgefahren hatten, musste Europa mitspielen, um Putin zu beeindrucken. Brüssel wiederum fürchtete, dass die USA einseitig Sanktionen beschließen und wie in anderen Fällen auf EU-Konzerne ausweiten könnten – ohne die Europäer dabei mitreden zu lassen. Das galt es zu verhindern. Seibert setzte sich mit führenden Beamtinnen und Beamten seiner Generaldirektionen Handel, Finanzen und Energie zusammen. Wichtigste Arbeitsgrundlage waren lange Listen über die Handelsflüsse von Tausenden Waren, wo und wie sie produziert werden und wie sie bei Bedarf ersetzt werden könnten. Daraus konnte die Runde schließen, wie »Russland hohe Kosten auferlegt« und »unerwünschte Folgen für die eigenen Bürger und Unternehmen minimiert werden könnten«.

In Washington tagten Expertinnen und Experten mit demselben Ziel unter Leitung von Vizeaußenministerin Wendy Sherman sowie des stellvertretenden Sicherheitsberaters Daleep Singh, eines ehemaligen Goldman-Sachs-Bankers, der sich bereits in der Obama-Administration um internationale Finanzpolitik gekümmert hatte. Die US-Beamten hatten dicke Dossiers auf ihren

Schreibtischen, die nachzeichneten, wie die Sanktionen gegen den Iran, gegen Russland 2014 sowie den chinesischen Telekomkonzern Huawei funktioniert hatten.

Und noch etwas anderes ging aus den Geheimdienstanalysen hervor, die Washington so freigiebig wie nie zuvor mit den Verbündeten teilte: Der Kreml war offenbar seit Langem auf die Auseinandersetzung vorbereitet. Schon Monate zuvor hatten Moskaus Energiekonzerne den Gasfluss nach Europa reduziert, sodass die Speicher nur noch zu einem Bruchteil gefüllt waren. Bei einem harten Winter, so die Prognosen, würden die Reserven nicht reichen.

Gut war es um Putins Kriegskasse bestellt. Seine Zentralbankchefin Elwira Nabiullina hatte frühzeitig begonnen, die Gewinne aus Russlands lukrativen Öl- und Gasgeschäften bei westlichen Banken und Zentralbanken zu bunkern. Mehr als 300 Milliarden Dollar lagen auf den Konten, ein vermeintlich bestens gesicherter Schatz, so glaubten die Russen. Denn Reserven von Währungsbehörden wurden bislang nur in seltenen Ausnahmefällen angetastet.

Daran wollten sich die westlichen Sanktionsplaner diesmal nicht halten. Aus ihren

Analysen ging klar hervor, wo der Westen stark und Russland schwach war: im Dollar-dominierten Finanzwesen und im Technologiesektor, der von US-amerikanischen Computer- und Softwarekonzernen beherrscht wird. Auf diese Bereiche wollten die Wirtschaftskrieger ihre Maßnahmen konzentrieren.

Über die Jahreswende telefonierte Singh und Seibert oft mehrmals täglich miteinander, zweimal die Woche schalteten sich die Expertenteams in Washington und Brüssel über eine abhörsichere Videoleitung zusammen. Im Januar, Wochen vor Putins Invasion, hatten sie die Grundzüge ihres Sanktionsregimes festgezurr, das an fünf verschiedene Kriegsszenarien angepasst werden konnte. Je größer Putins Eskalation, so lautete das Prinzip, desto härter sollte die Antwort ausfallen.

Zugleich brauchten die Planer das Okay der EU-Mitgliedstaaten, und so weihte Seibert deren Brüsseler Botschafter im Januar und Februar in einer Serie von geheimen Gruppengesprächen ein. Stets stellte er die Runden so zusammen, dass genügend Vertreter Osteuropas dabei waren, die für einen entschiedenen Kurs gegen Putin warben.

Die Sanktionen selbst waren deutlich weniger umstritten als die Frage, unter welchen Bedingungen sie eingesetzt werden sollten. Das Szenario einer großen Invasion, das die Geheimdienstberichte zeichneten, hielten die meisten Diplomaten für einen Bluff. Bei einem auf den Donbass begrenzten Einmarsch wurde zu dem Zeitpunkt auch noch eine mildere Reaktion in Betracht gezogen.

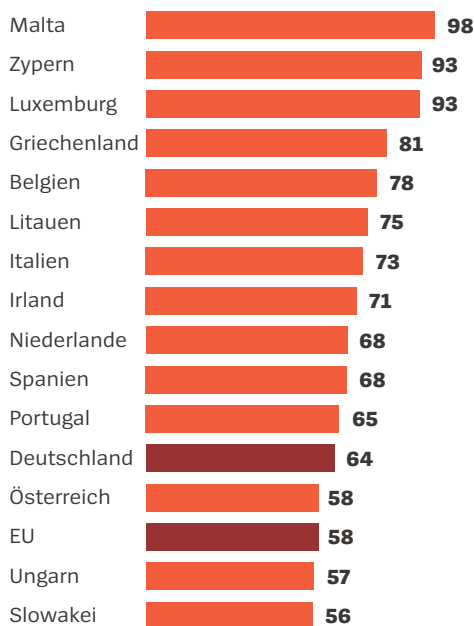
Als Putin seine Truppen dann in großer Zahl nach Kiew dirigierte, brauchten die Sanktionsplaner in Brüssel und Washington »nur noch auf den Play-Knopf zu drücken«, wie sie sagen. Unter dem Schock des russischen Großangriffs wurden sämtliche Bedenken beiseitegewischt und die Pakete in Rekordzeit durchgewinkt, wie sich ein EU-Diplomat erinnert: »Erster Tag: Ankündigung, zweiter Tag: Diskussion, dritter Tag: Verabschiedung«.

Laut von der Leyen folgten die »umfangreichsten und schwersten Sanktionen in der Geschichte« der Europäischen Union. Zugleich bildeten sie den Auftakt zu einem Wirtschaftskrieg, für den die alte Militärweisheit galt: »Kein Plan überlebt den ersten Kontakt mit dem Feind.« Die Sanktionspakete auszurollen erwies sich als der einfachere Teil der Übung. Deutlich schwerer war, sie durchzuhalten.

So hatten sich Brüssel und Washington darauf verständigt, Russlands Öl-, Gas- und

Auf Importe angewiesen

EU-Länder mit der größten Energieabhängigkeit* 2020, in Prozent



* Energieabhängigkeit = Nettoimporte ÷ brutto verfügbare Energie

Quelle: Eurostat

Kohleexporte zunächst auszusparen. Zu sehr waren Teile der EU auf die Brennstofflieferungen aus Moskau angewiesen.

Doch die Absprache hielt nicht lange. Kaum war das erste Paket verabschiedet, kündigte Kanadas Premierminister Justin Trudeau ein nationales Ölembargo an. Zur Freude der starken ukrainischen Einwanderergemeinde in seinem Land und zum Ärger jener Verbündeten, die nicht über so umfangreiche Energiereserven verfügen wie Kanada.

Als Erster schloss sich US-Präsident Biden dem Boykott an, dann sprach sich auch von der Leyen dafür aus. Es war eine voreilige Zusage, wie sich bald herausstellte; ihre Beamten hatten nur rudimentäre Alternativen für EU-Länder wie die Slowakei, Tschechien oder Ungarn entwickelt, die ihren Brennstoff über Pipelines aus Russland bezogen. Die Folge war ein erbitterter Streit unter den Mitgliedstaaten, der den Start des sechsten Sanktionspakets um Wochen verzögerte.

Schneller als geplant musste der Westen auch seine Attacke gegen die russische Zentralbank führen. Ende Februar erhielten die Regierungszentralen in Europa und den USA Hinweise, dass der Kreml damit begonnen hatte, Vermögenswerte aus westlichen Banken und Währungsbehörden abzuziehen. Um die russischen Reserven stillzulegen, musste man schnell sein. Niemand begriff das rascher als der italienische Ministerpräsident Mario Draghi, der vehement für den Plan warb, vor allem bei der zögernden US-Finanzministerin Janet Yellen.

Am frühen Morgen des 28. Februar, zwei Stunden bevor die Banken öffneten, fror der Westen russische Vermögenswerte in dreistelliger Milliardenhöhe ein. Zwar blieben die Rücklagen in Japan zunächst unangetastet, weil die Sanktionsbeschlüsse dort wegen der Zeitverschiebung nicht rechtzeitig eingetroffen waren; dennoch war der Zugriff auf Moskaus Zentralbank der bislang wohl wirkungsvollste Schlag des Westens. »Niemand hatte das auf der Rechnung«, klagte später der russische Außenminister Sergej Lawrow vor Moskauer Studenten. »Es war einfach Diebstahl.«

Im Normalfall dauert es viele Monate, bis die EU wirtschaftliche Sanktionen verabschiedet hat. Diesmal musste es mitunter binnen Stunden gehen, und so war es wenig verwunderlich, dass den Planern auch Fehler unterliefen. Mal blockierten sie versehentlich die Ausfuhr von Krankenwagen, obwohl Gesundheitsgüter von Sanktionen ausgenommen waren. Dann erschwerten sie den Transport von russischem Titan, das der Airbus-Konzern dringend in der Produktion benötigte. Brüssel musste im Nachhinein klarstellen, dass Russland den Rohstoff weiter nach Europa liefern darf.

Der Kreml schien in diesem Wirtschaftskrieg klar im Nachteil: 36 Prozent seiner Exporte gingen in die EU, aber nur 6 Prozent der europäischen Ausfuhren waren für Russland bestimmt.



Sanktionsplaner von der Leyen, Seibert (r.)

Dennoch gelang es dem Kreml, einen Teil der Attacken geschickt zu kontern. Das Lieferverbot für europäische und amerikanische Technologiegüter etwa unterlief Putin, indem er den sogenannten Parallelimport von Computern, Smartphones oder Autoteilen aus Drittstaaten legalisierte. Um die Finanzsanktionen auszubremsen, schraubte seine Notenbank die Zinsen nach oben und verpflichtete Bürger und Konzerne, den Großteil ihrer Deviseneinnahmen in Rubel zu tauschen. Das habe den Kurs der Währung sogar »über ihren Stand vom Jahresbeginn« gesteigert, stellte kürzlich die EU-Kommission fest.

Vor allem profitierte der Kreml von steigenden Weltmarktpreisen bei Öl, Gas und Kohle, die der Westen mit seinen Boykottandrohungen noch befeuerte. Schon vor dem Einmarsch seien Russlands Öleinnahmen um rund 1,4 Milliarden Euro pro Woche gestiegen, so die Analyse der Behörde. Und das, obwohl Moskau die Förderung der Brennstoffe bereits »signifikant drosseln« musste, laut Expertise um neun Prozent pro Monat.

Von einem Fehlschlag wollen die Brüsseler Sanktionsplaner indes nichts wissen. Im Gegenteil. In ihren Bilanzen stellen sie fest, es sei »sehr effektiv gewesen, dem Kreml sofortige und hohe Kosten« aufzuerlegen. Russlands Wirtschaftsleistung werde in diesem Jahr um mehr als 10 Prozent einbrechen, die privaten Investitionen sogar um über 20 Prozent.

Weil wichtige Ersatzteile fehlten, hätten russische Waffenfabriken geschlossen werden müssen, die Automobilproduktion sei »schwer angeschlagen«, im ganzen Land mangle es an Traktoren, Triebwerken oder Datenspeichern aus dem Westen. Die Maßnahmen hätten Russlands »politische und wirtschaftliche Optionen vermindert«, seine »industriellen und technologischen Kapazitäten reduziert« und

»Moskau schlägt sich besser als gedacht.«

Gabriel Felbermayr, Handelsökonom

»starke finanzielle Belastungen« ausgelöst. Kurz, so konstatiert das Papier, »die Sanktionen wirken«.

Vier Monate nach Beginn der russischen Invasion ist der Wirtschaftskonflikt mit Russland zum Stellungskrieg geworden, inklusive psychologischer Kriegführung. Während die G7-Staaten auf dem Gipfel in Elmau ihre »beispiellosen, abgestimmten Sanktionsmaßnahmen als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg« loben, prophezeien Putins Propagandisten im Moskauer Staatsfernsehen, dass die steigenden Energiepreise weite Teile Europas in die Armut treiben werden.

Einen klaren Sieger gibt es in dem Ringen bisher nicht, urteilen Experten wie Gabriel Felbermayr, Chef des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Wien. »Russland kann die technologische Abkopplung vom Westen auf Dauer nicht durchstehen«, ist er überzeugt. »Zugleich schlägt sich Moskau weit besser als gedacht, weil die Sanktionen von Europa und den USA nicht konsequent genug waren.«

Die Maßnahmen gegen russische Banken, die im Westen noch vor Kurzem als »Atom-bombe« bezeichnet worden waren, hätten wegen zahlreicher Schlupflöcher kaum Wirkung entfaltet, kritisiert der Ökonom. Das Einfrieren der Währungsreserven habe Moskau durch steigende Energieeinkünfte ausgleichen können. Und das europäische Ölembargo trete erst in einigen Monaten in Kraft. Schon jetzt aber verkaufe Moskau einen erheblichen Teil des Rohstoffs nach Indien, von wo es nicht selten den Weg in den Westen findet.

Dass die EU und Amerika den Rat vieler Experten verworfen haben, Moskaus Öleinnahmen durch gemeinsame Importzölle zu schmälern, ist für den Ökonomen das größte Versäumnis der Sanktionspolitik. Mit einem entsprechenden Gemeinschaftsbeschluss hätte sich ein »erheblicher Teil der russischen Extraprofiten abschöpfen lassen«. Das hätte indes die Benzin- und Heizölpreise weiter nach oben treiben können, was der Westen seinen inflationsgestressten Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten wollte.

Stattdessen wollen sie nun einen Höchstpreis für Russlandöl durchsetzen, der unter dem Niveau des Weltmarktpreises liegt. Westliche Versicherungskonzerne, die den Markt dominieren, sollen nur noch solchen Tankern Schutz gewähren, die Öl zu den gewünschten Konditionen transportieren. Viele Experten indes zweifeln, ob genügend Länder mitmachen, um dem Konzept zum Erfolg zu verhelfen.

Seibert, der Brüsseler Sanktionsplaner, plädiert deshalb dafür, nicht nur auf die Ökonomie zu setzen. »Der Kreml muss für seinen brutalen Angriff einen hohen wirtschaftlichen Preis zahlen«, sagt er. »Aber es braucht auch andere Maßnahmen, wie etwa Waffenlieferungen. Nur dann steigt der Druck, den Krieg zu beenden.«

Michael Sauga

Für jedes Ziel das richtige Coaching



Ich fühl mich wohl | 208 Seiten | 9,00 €

Ich kenne mich | 224 Seiten | 9,00 €

Ich schaff das schon | 208 Seiten | 9,00 €

Entdecken Sie mit der Mein-Coaching-Reihe, wie Sie Ihr Leben in kleinen Schritten verändern können. Die SPIEGEL-Coachings bieten schrittweise Anleitungen für zu Hause, samt Selbsttests zur Einschätzung der eigenen Stärken und Schwächen, Hintergrundwissen und vielen praktischen Übungen für den Alltag. Egal, welches Ziel Sie erreichen möchten, mit diesen thematischen Trainingsprogrammen wird Ihr Vorhaben Wirklichkeit!





In den ausgetrockneten Sümpfen von Dschibaisch im Südirak balanciert ein Junge auf einem Fischerboot. Es wurde zurückgelassen, als der Irak im vergangenen Jahr die schlimmste Dürre seit Jahrzehnten erlebte, die bis heute anhält. Aus dem einst so fruchtbaren Marschland am Unterlauf zwischen Euphrat und Tigris wurde eine karge Wüstenlandschaft. Innerhalb eines Jahres hat sich die Wasserversorgung aus beiden Flüssen drastisch verringert. Grund dafür sind vor allem der Klimawandel, aber auch neue Staudämme in Iran und der Türkei sowie schlechtes Wassermanagement.

Asaad Nizri / AFP

Enteinigtes Königreich?

ANALYSE Schottlands Regierungschefin will ein erneutes Referendum über die Unabhängigkeit.

Der 19. Oktober 2023 soll nun also der Moment werden, auf den halb Schottland wartet. An diesem Tag sollen die rund 5,5 Millionen Menschen im Norden des Königreichs ein weiteres Mal nach 2014 über ihre Unabhängigkeit abstimmen. So will es die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon, die am Dienstag einen Gesetzentwurf für ein Referendum vorlegte – so wie sie es seit den Regionalwahlen im vergangenen Jahr immer wieder versprochen hatte. Aber werden die Schotten in nicht einmal 16 Monaten wirklich die Wahl haben? Man darf es bezweifeln.

Denn auch wenn Sturgeon Schottlands Freiheitskampf nun mit einem Datum versehen hat, hält sie im Machtgerangel mit Boris Johnson die schlechteren Karten. Johnson weigert sich bislang kategorisch, den Schotten die verfassungsgemäße Zustimmung zu einem weiteren Referendum zu erteilen. Und Sturgeon hat ihrerseits die katalanische Variante, also ein Votum ohne

Plazet der Zentralregierung, ausgeschlossen, weil sie sich und ihrem Land damit den Weg zurück in die EU verbauen würde.

Da die Strategin aus Edinburgh jedoch bei ihren Leuten im Wort steht, plant sie nun ein politisches Domino: Nach Sturgeons Plan A soll der Supreme Court entscheiden, ob ein legales Unabhängigkeitsreferendum ohne das Ja aus London stattfinden kann. Wenn das Gericht dem einen Riegel verschieben sollte, was wahrscheinlich ist, griffe Plan B: Dann will Sturgeons Partei SNP die nächsten Wahlen im Königreich in ihrem Hoheitsgebiet zu einem De-facto-Referendum umwidmen und damit den Druck auf London erhöhen. So oder so, sagt Sturgeon: »Schottland wird die Wahl haben.«

Der Nachteil: Selbst bei einer absoluten SNP-Mehrheit wäre Schottland damit immer noch nicht raus aus der verhassten Ehe mit England. Der Vorteil: Sturgeon kann sich als Musterdemokratin adeln, die jeden legalen Weg ausprobiert hat, um ihr Volk in die Freiheit zu führen – aber ein ums andere Mal am Regelverbieger und Schottenverhöhnern Johnson gescheitert ist.

Deswegen hat es Sturgeon eilig mit ihrer Strategie: Kein anderer Regierungschef triebe ihrer Unabhängigkeitsbewegung so konsequent Anhänger in die Arme wie Johnson. Und wer weiß, wie lange der noch in der Downing Street wohnt? Jörg Schindler

Vorbild Donald Trump

BRASILIEN Für den Fall einer Niederlage bei der Wahl Anfang Oktober hat Präsident Jair Bolsonaro bereits einen Notfallplan in der Tasche: Offenbar will er das Ergebnis anzweifeln und seine Anhänger nach dem Vorbild Donald Trumps zu Protesten gegen die demokratischen Institutionen anstacheln. Darauf deutet der Einsatz von Teilen der Streitkräfte bei der Wahlüberwachung hin sowie Bolsonaros mehrfach öffentlich geäußerte Kritik am elektronischen Wahlsystem. Und das, obwohl sich das System in allen Urnengängen seit seiner Einführung Mitte der Neunzigerjahre bewährt hat. Um das Vertrauen in die Wahl zu stärken, hatte das oberste Wahlgericht erstmals die EU um die Entsendung unabhängiger Beobachter gebeten. Anfang Mai zog es diese Einladung auf Druck der Regierung zurück. Bolsonaro liegt in allen Umfragen weit hinter seinem Herausforderer, Ex-

Präsident Lula da Silva. Nun setzte Bolsonaro durch, dass das Militär erstmals an der Überwachung der Auszählung teilnimmt. Dazu werden zehn hochrangige Militärs in die »Transparenzkommission« der Wahlbehörde entsandt. Bolsonaro hat seine Strategie von langer Hand vorbereitet: Zwei Generäle in seinem Kabinett haben laut einem Polizeibericht seit 2019 Daten gesammelt, die Zweifel am Wahlsystem untermauern sollen. Zum Vizekandidaten hat er ebenfalls einen General erkoren, den ehemaligen Verteidigungsminister Walter Braga Netto. Der Offizier gilt als Hardliner und steht dem rechtsradikalen Gedankengut des Präsidenten nahe. Es sei »besorgniserregend«, wie Bolsonaro versuche, »das Vertrauen in die Wahlen und die Institutionen scheinbar zu untergraben«, sagt Anna Cavazzini, Europaabgeordnete der Grünen und Vizepräsidentin der Brasilien-Delegation des Europäischen Parlaments. JGL

Verkürzte Quarantäne

CHINA Das 1,4-Milliarden-Einwohner-Land hat seine strengen Corona-Einreiseregeln deutlich entspannt. Wer aus dem Ausland in die Volksrepublik einreist, muss seit dieser Woche nur noch sieben Tage in Hotelquarantäne verbringen und sich anschließend drei Tage lang zu Hause isolieren. Damit halbierte die Nationale Gesundheitskommission (NHC) die Dauer der pandemiebedingten Quarantäne – seit China sie im März 2020 erstmals einführte, war sie noch nie so kurz. Zudem wurden die auf dem Festland geltenden Vorschriften

jenen in Hongkong angepasst, was Unternehmensvertreter und getrennte Familien seit Langem gefordert hatten. Man solle den Schritt jedoch nicht als eine Abkehr von der chinesischen Null-Covid-Strategie interpretieren, sagte der NHC-Vertreter Lei Zhenglong: »Hierbei handelt es sich absolut nicht um eine Lockerung.« Die verkürzte Quarantäne sei auf die relativ kurze Inkubationszeit der Omikron-Variante zurückzuführen, nicht auf einen Politikwechsel. Zuletzt hatten mehrere chinesische Spitzenpolitiker ihr Festhalten an der Null-Covid-Strategie bekräftigt und damit Loyalität zu Staats- und Parteichef Xi Jinping demonstriert, dessen Markenzeichen die strengen Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie sind. Der Parteichef in Peking, Cai Qi, hatte am Montag gar verlauten lassen, die Hauptstadt werde »die kommenden fünf Jahre« daran festhalten. Nachdem diese Aussage im chinesischen Internet allgemeine Entgeisterung ausgelöst hatte, wurde sie aus den meisten Publikationen wieder gelöscht. GFA



Flughafenmitarbeiter in Shanghai



Französische Soldaten in Mali

»Die Stabilität ist bedroht«

MALI Uno-Nothilfe Koordinator Martin Griffiths über die Lage nach dem Abzug der französischen Soldaten



Griffiths, 70, britischer Diplomat, war zuvor Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für den Jemen.

Mali gilt als Schlüsselland der Sahelzone, die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen nehmen dort zu. Nach acht Jahren haben die Franzosen jetzt ihre Militäroperation »Barkhane« beendet. Die Uno-Friedensmission »Minusma« soll die Region nun stabilisieren.

SPIEGEL: Herr Griffiths, wie ist die Sicherheitslage in Mali derzeit?

Griffiths: Sie ist hochdramatisch, ich mache mir große Sorgen. Das Volk leidet unter Gewalt, dem Klimawandel, Dürren, Überschwemmungen. Und es gibt niemanden, an den sich die Menschen in ihrer Not wirklich wenden können.

SPIEGEL: Wie genau sieht die Bedrohung aus?

Griffiths: Der Aufstand dehnt sich Richtung Süden aus. Es gibt viele radikale Kämpfer, die systematisch die Jugend in diesen Konflikt hineinziehen. Viele junge Männer haben keine Alternative und werden Soldaten. Die Stabilität der Sahelregion ist bedroht. Das Land ist extrem gefährdet.

SPIEGEL: Worum geht es in diesem Konflikt?

Griffiths: Verschiedene Volksgruppen kämpfen um die Macht und haben sich mit militanten Islamisten zusammengetan. Manche kooperieren mit al-Qaida, andere, etwa im Nordosten des Landes, mit dem IS. Diese bewaffneten Gruppen haben bereits den größten Teil der Region Ménaka eingenommen und könnten bald die Hauptstadt Bamako attackieren. Es kommt zu brutalen Vertreibungen, unsere Helfer erreichen die Bedürftigen kaum noch.

SPIEGEL: Was bedeutet der Abzug der französischen Soldaten?

Griffiths: Es gibt Befürchtungen, dass das Ende der französischen Operation »Barkhane« zur weiteren Eskalation der Gewalt und bewaffneten Auseinandersetzungen führt. Die Region Ménaka grenzt an Niger, und einige mit dem IS verbundenen Truppen kamen bereits über die Grenze ins Land. Dies wird sich auch stark auf die Mission »Minusma« auswirken...

SPIEGEL: ...an der auch bis zu 1400 deutsche Soldaten beteiligt sind. Das Mandat wurde diese Woche verlängert, trotz des Widerstands aus China und aus Russland, wohl vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine.

Griffiths: Momentan gibt es viele Unsicherheiten. Aber vergangene Woche bei einem Briefing der Uno in New York habe ich den Eindruck gewonnen, dass es doch so etwas wie einen kollektiven Willen gibt. SUK



Szenen einer Verwandlung: 1 | Selenskyjs Geburtshaus in Krywyj Rih 2 | Selenskyj-Lutscher 3 | Ukrainefahne an Denkmal des siegreichen Sowjetsoldaten 4 | Wohnanlage Ameisenhaufen 5 | Kinderelektroautos in Krywyj Rih 6 | ArcelorMittal-Stahlwerk

Stadt der roten Hunde

UKRAINE Wie wurde aus dem Schauspieler Wolodymyr Selenskyj ein Kriegspräsident? Ein Besuch in seiner Heimatstadt Krywyj Rih, in der die Menschen stolz sind auf ihren Anführer – und Angst haben vor dem näher kommenden Krieg. *Von Walter Mayr und Julia Kochetova (Fotos)*

Krywyj Rih gilt als Stadt mit stählernem Kern. Tatsächlich gibt es sie hier noch, die Bilder wie zu Sowjetzeiten: Männer, die zehn Stunden täglich am Hochofen stehen; werktätige Frauen, die abends zwischen Hochhausschluchten heimwärts hasten. Bilder aus einer Welt, die von Eisenerz, Koks und Stahl geprägt ist.

Mehrheitlich ist in der Metropole der Zentralukraine mit ihren 630 000 Einwohnern Russisch zu hören – immer weniger in Ämtern, wohl aber in den Straßen und Alleen. Die Stadt ist vom Eisenerzstaub gezeichnet, nach Regengüssen sind die Straßen voller karmesinroter Pfützen. Krywyj Rih ist die Stadt mit der höchsten Krebsrate in der Ukraine. Der Komplex des Stahlwerks bedeckt eine Fläche, die einer mittleren ukrainischen Großstadt entspricht.

Nicht weit vom Werk entfernt wächst zu Sowjetzeiten ein zarter Junge auf. Er meldet sich in seiner Nachmittagsfreizeit zu Tanz- und Gitarrenkursen an. Als Elfjähriger schon tritt er bei der »Gentleman-Show« an – einem stadtweiten Wettbewerb, in dem Singen, Tanzen und Talent zum Schauspiel gefragt sind. Der dunkelhaarige Bub, »Wowa« wird er gerufen, trägt am Ende stolz die Siegerurkunde nach Hause.

Wer begreifen will, wie aus dem für Musisches und Komik begabten Wowa jener Wolodymyr Selenskyj im Armeelook werden konnte, der nun seit mehr als vier Monaten an der Spitze seines Staates dem russischen Vernichtungsfeldzug trotzt, der wird in Krywyj Rih fündig. Die Stahlstadt, in der der Präsident geboren wurde und aufwuchs, hat ihn geformt und gehärtet – das zumindest sagen jene, denen es darum geht, den Beitrag der Stadt zu dieser Erfolgsgeschichte hervorzuheben. Andere sehen vor allem das Verdienst der Person Selenskyj.

Den ersten Schlüssel zum Verständnis soll Walentina Ignatenko liefern, stellvertretende Direktorin der von jeher als anspruchsvoll bekannten Schule 95. Hier begann Selenskyj, nach einem zwischenzeitlichen Mongoleiaufenthalt, als Zweitklässler. Später legte er auch seine Reifeprüfung an diesem Institut ab. Ignatenko, die von sich sagt, sie sei »die letzte Mohikanerin, die ihn kennt und noch unterrichtet hat«, ist ein picobello in Blassrosa gehülltes Monument sowjetischer Didak-

tik. Scharf im Ton, gütig im mütterlichen Herz, unbeugsam im Blick auf schulische Erfolgsstatistiken (»Wir hatten dieses Jahr 13 Medaillisten, das heißt: Bestnote in jedem Fach«).

Ihren einstigen Schützling nennt sie zärtlich »unseren Wolodja«. Dennoch fehlt im Dienstzimmer ein Porträt des ins Präsidialamt Aufgestiegenen. »Er wusste, wie man sich bewegt, er konnte sich darstellen, verfügte über eine beeindruckende Stimme, ein dermaßen ungewöhnliches Talent hatte ich bis dahin selten gesehen«, sagt Ignatenko.

Aber hätte sie ausgerechnet diesem Bürschen die Aufgabe zugetraut, Putin, dem russischen Aggressor, so entgegenzutreten? »Ich war anfangs ein wenig erstaunt«, räumt die Vizedirektorin ein. Aber jetzt, da der stoppelbärtige Mann auf Telegram oder bei einschlägigen Fernsehsendern allabendlich im olivgrünen T-Shirt zu ihr und zum Volk spricht, eindringlich, die Kamera fest im Blick, lasse sie sich keinen Auftritt mehr entgehen. Was Selenskyjs Erfolgsrezept sei? »Die Leute glauben ihm.«

Selenskyjs politischer Durchbruch begann mit der im Rückblick prophetisch anmutenden Fernsehserie »Diener des Volkes« im Jahr 2015. Darin spielt er einen Schullehrer. Einen, der schließlich Präsident wird – weil er der Korruption so überzeugend den Kampf ansagt, dass er die Herzen der Wähler erobert. Fast genauso kam es für Selenskyj dann auch im wirklichen Leben. Bis heute allerdings geraten ihm bisweilen noch die verschiedenen

Ebenen durcheinander: »Manchmal schlüpft er in eine Rolle und fängt an zu reden wie ein Schauspieler, der einen Präsidenten spielt – ich denke nicht, dass uns das hilft«, klagte Oleksij Arestowytsch, ein Berater und selbst Schauspieler, dem »Time«-Magazine.

Selenskyj entstammt einer jüdischen Familie, wuchs aber nicht religiös auf. Sein Viertel galt als vergleichsweise behütet, in jener Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als die Stadt durch massive Bandenkrawalle erschüttert wurde. Die »Begunys«, wörtlich: die Davonrennenden, an die 40 Gangs bewaffneter Halbstarker, lieferten sich blutige Duelle von Rayon zu Rayon, von Viertel zu Viertel. Man bastelte sich zweiläufige Pistolen und Handgranaten, es gab Tote und Amputierte. Eine Erinnerung an diesen Abschnitt seiner Jugend in Krywyj Rih konnte man in Selenskyjs Videobotschaft vom 4. März erahnen, acht Tage nach der russischen Invasion: »Ich bin in Kiew. Ich habe gerade keine Zeit wegzulaufen.« Nur um dann hinzuzufügen: »Tod denen, die weglaufen.«

»Mit dem Ende der Sowjetunion gab es damals keine Kultur, keinen Sport mehr, also lungerte die Jugend herum«, sagt Andrij Schajkan, Rektor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften und Technologie an der Universität Krywyj Rih. Er war zeitgleich mit Selenskyj Student in dem Gebäude, in dem er jetzt noch immer sitzt und dessen Kellergeschoss einst vom sowjetischen Geheimdienst NKWD und von der Gestapo genutzt wurde.

Im Hörsaal 18 studierte der spätere Komiker und Präsident Jura. Schajkan, der Kommilitone von damals, ist inzwischen der Vorgesetzte von Selenskyjs Vater. Der so ehrgeizige wie temperamentvolle Selenskyj senior weist Studenten auch mit Mitte siebzig unverdrossen in die Geheimnisse der Informatik und des Software-Designs ein. Noch im Juni nahm er in Krywyj Rih Examen ab.

Wolodymyr, den heutigen Präsidenten, hat Schajkan auf der Bühne kennengelernt, im Rahmen eines KWN-Talentwettbewerbs. Das russische Kürzel KWN steht für »Klub der Lustigen und Einfallsreichen«. Die Show galt als bevorzugtes Sprungbrett für die Welt von Fernsehen, Film und Theater. Dass er gegen den späteren Starkomiker und dessen Truppe keine Chance haben werde, sei ihm schnell



klar geworden, sagt der Rektor: »Die probten seit Jahren, das waren Profis, und ihr Anführer war Wolodymyr, er hat die Soloauftritte bestritten.«

Man habe sich danach nie mehr aus den Augen verloren, sagt Schajkan. Selenskyj habe ursprünglich Polizist wie sein Großvater werden wollen. Er sei dann aber bis 2019 mit seiner Komikertruppe regelmäßig an der alten Uni in Krywyj Rih aufgetaucht, zweimal pro Jahr, für Benefizkonzerte zugunsten von Kindern, die Elternteile verloren oder andere Schicksalsschläge erlitten hatten. »Er ist ein Mensch, der Verantwortung übernimmt«, sagt Schajkan.

Weiterfahrt durch diese zerfaserte, vielsichtige Stadt: In ihrem Zentrum sieht es mancherorts so aus, als hätte man sich in ein malerisches ukrainisches Bauerndorf verfahren. Wenig später folgen unversehens Hochhausfronten bis zum Horizont. Dazwischen überall Zeichen der neuen Zeit: entspanntes Shisha-Rauchen im georgischen Restaurant »Gruscha«, direkt daneben der »No Taboo«-Sexshop – alles fußläufig von Selenskyjs Kindheitsplätzen entfernt.

Aber auch der alte Zirkus aus der Sowjetzeit, der Heldenpark, der Kulturpalast der Metallurgisten – alles ist noch da. Genauso wie die oft miserable Luft und der rote Staub, wann immer die Produktion auf vollen Touren läuft. In Selenskyjs früherer Nachbarschaft erzählen sie glaubhaft Geschichten von roten Hunden in den Wohnvierteln nahe den Minen und Hochöfen. In staubschluckenden Wasserbecken vor dem Stahlwerk, die sich zu Seen ausgeweitet haben, baden und fischen nun die Menschen von Krywyj Rih.

Das Geburtshaus Selenskyjs liegt in einem begrünten Innenhof an der heutigen Hurowa-Straße. Im gleichen Haus, gleicher Aufgang Nummer 5, wohnte damals mit seinen Eltern der heutige Chef des ukrainischen Inlandsgeheimdiensts SBU, Iwan Bakanow. Die Selenskyjs übersiedelten später in den sogenannten Ameisenhaufen – ein inzwischen etwas heruntergekommenes Wohnsilo-Monster mit 854 Apartments. Wer sich dort nach Erinnerungen an Staatsoberhaupt erkundigen möchte, trifft auf einen Herrn, der mit eisernem Kanaldeckelheber in der Hand Wüstes androht. Aus Furcht, ein Foto könnte den Russen verraten, wo Selenskyj mal wohnte – und damit Tausende in Gefahr bringen.

Manchmal wirkt es, als würden dem Präsidenten die alten Kumpels aus Krywyj Rih mehr Ärger als Freude bereiten: Iwan Bakanow von Stiege 5 zum Beispiel, später Studienkollege und Geschäftspartner, war 2019 Organisator des von Selenskyj triumphal gewonnenen Präsidentschaftswahlrennens. Anschließend zum Chef des Geheimdienstes befördert, steht der langjährige Vertraute laut ukrainischen Berichten mittlerweile vor dem Aus. Ihm werden katastrophale strategische Fehler angekreidet, die den Einmarsch der Russen in die wichtige Stadt Cherson mit ermöglichten; verantwortlich gemacht wird er

Bedrohte Heimat

Vormarsch russischer Truppen



Quelle: Institute for the Study of War and Critical Threats Project; Stand: 29. Juni

auch für endemische Korruption in den Reihen seines Spähdienstes.

Außerdem ist da noch die Sache mit Borys Schefir. Selenskyjs langjähriger Vertrauter und Geschäftspartner hatte in einem Interview noch Ende Mai 2019 gesagt: »Glaubt ihr denn, Putin ist ein Irrer, dem es gefällt, auf lebendige Menschen zu schießen? Ein Psychopath oder so was? Er ist ein kluger Mann. Klar, er hat imperiale Ambitionen. Trotzdem, man kann sich doch einigen.« Er denke, so Borys Schefir, der Krieg »wurde vom Zaun gebrochen, um kräftig Kohle zu machen. Auf beiden Seiten«.

Borys und sein Bruder Serhij Schefir, die im Zentrum von Krywyj Rih aufwuchsen, sind bis heute Schlüsselfiguren im System Selenskyj. Man lernte sich in der Geburtsstadt kennen, gemeinsam wohnten sie in den Neunzigern in einem Apartment am Rande Moskaus. Alle drei waren mit von der Partie, als 2003 das Medienunternehmen Studio Kwartal 95 gegründet wurde, das die Serie »Diener des Volkes« produzierte – aus dessen Kern wuchsen später bedeutende Teile des heutigen politischen Machtzentrums in der Ukraine.

Serhij, der jüngere der Brüder, gilt unverändert als Mentor und wichtiger Berater des Präsidenten. Offiziell dient er ihm als Erster Sekretär. Dem SPIEGEL erklärt er in der vergangenen Woche, seine Rolle sei bescheiden: »Ich würde mich nicht als Mentor sehen, eher als Partner, Kollege, Freund. Wir kennen uns ja noch aus Krywoj Rog.« Schefir benutzt bis heute den russischen Namen für das, was er »eine Stadt, die dich ein Leben lang begleitet«, nennt.

Mit Wolodymyr Selenskyj habe man über die Jahre eine Menge an Projekten, »auch politische«, umgesetzt, und er sei »zutiefst stolz«, nun Teil der Mannschaft eines Präsidenten zu sein, »den heute die ganze Welt kennt und für den sie sich begeistert«. Schefir, der im vergangenen September ein bis heute

nicht aufgeklärtes Attentat überlebte, sagt über seine Geburtsstadt: »Leute aus Krywoj Rog stehen für echtes Business, nicht für eitles Geschwätz; das sind Leute von Wort und Tat, die halten, was sie versprechen.« Hauptmerkmal? »Eiserner Charakter.«

Ein langjähriger Weggefährte aus der Stadt bestätigt das bei einem Spaziergang im Park, der früher nach der Parteizeitung »Prawda« benannt war: »Während wir von der Tussowka (Clique –Red.) nach einer Show auf der Krim bis fünf Uhr früh Party machten, waren Selenskyj und die Schefirs unmittelbar danach wieder im Hotel. Dort schrieben sie an neuen Drehbüchern.« Selenskyj mache grundsätzlich nur Dinge, von denen er überzeugt sei, »und dann bleibt er unbeirrbar auf seinem Pfad, auch wenn unterwegs viele andere abspringen«.

Glaubt der Präsident also an das, was er jetzt sagt – dass die ganze Ukraine, einschließlich Krim und Donbass, zurückerobert werden wird? »Vielleicht weiß er mehr als wir, aber ich halte die These für gewagt.«

Nachdem im Oktober 2021 bekannt geworden war, dass die berühmten vier aus Krywyj Rih, also die Schefir-Brüder gemeinsam mit Selenskyj und Bakanow, Teilhaber eines Netzwerks aus Offshore-Firmen sind, sank die Popularität des Präsidenten binnen zweier Monate auf 23 Prozent. Hatte nicht gerade Selenskyj sich Ehrlichkeit und Transparenz auf die Fahnen geschrieben? Und wie sieht eigentlich Selenskyjs Verhältnis zu seinem maßgeblichen Förderer aus, dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj, der wegen des Verdachts auf milliardenschweren Betrug mehrere Prozesse am Hals hat? Die Invasion am 24. Februar ließ diese Themen schlagartig in den Hintergrund treten. Bereits Anfang März stimmten mehr als 90 Prozent der Befragten dem Kurs des Staatsoberhauptes zu.

Selenskyjs Muttersprache ist Russisch, und große Teile der Industriestadt Krywyj Rih galten bis 2014 als Janukowytsch-Land – als verlässliche Wählerbasis des Moskau-treuen Premiers und späteren Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Selenskyj selbst und sein Trupp waren noch 2010 bei Janukowytschs 60. Geburtstag in der Staatsdatscha Foros auf der Krim aufgetreten – als Entertainer. Erst nach dem Einmarsch der Russen auf der Krim und der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste auf dem Kiewer Maidan begann sich auch in Krywyj Rih langsam die Stimmung zu drehen.

Der Puschkin-Platz soll künftig Joe-Biden-Platz heißen, auch Maxim Gorki und die Moskau-Allee werden weichen müssen – das verlautet aus der Umbenennungskommission. Der gusseiserne Sowjetsoldat am Denkmal für den Sieg über den Nazi-Faschismus trägt inzwischen eine ukrainische Flagge in der Hand. Wladimir Putin hat auch in dieser traditionell russlandfreundlichen Stadt das Gegenteil dessen bewirkt, was er wollte.

Bedürfte es dafür eines lebenden Beispiels, so käme Oleksandr Wilkul infrage. Der ehe-

mals piekfein gekleidete und glatt rasierte, bis 2014 amtierende Vizepremier sitzt jetzt bärtig und in Kampfkleidung als Leiter der Militärverwaltung von Krywyj Rih hinter seinem Schreibtisch. Er teilt sich die Macht in der Stadt mit seinem Vater, der nach mehr als zehn Jahren im Amt wieder als Bürgermeister einsprang. Der rechtmäßige Amtsinhaber wurde im August erschossen aufgefunden. Motiv und Täter unklar.

Wilkul junior, eine Kalaschnikow auf dem Sideboard seines Büros geparkt, schloss sich 2003 der prorussischen Partei der Regionen von Janukowytsch an. Während der am Ende blutig niedergeschlagenen Euromaidan-Proteste ab November 2013 war er stellvertretender Regierungschef. Als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2019 unterlag er Selenskyj. Anstatt Fragen zu seiner Vergangenheit zu beantworten, zieht er es vor, über die Gegenwart und den Krieg zu reden.

Wilkul lobt sich für seine Weitsicht. Weil er die Zufahrtsstraßen mit schwerem Baugerät blockieren ließ, als die Russen zu Beginn des Krieges mit einer Iljuschin und Suchoi-Bombern dabei waren, auf dem Flugplatz die Übernahme von Krywyj Rih vorzubereiten. Später spendierte das Stahlwerk 130-Tonnen-Sattelzüge, und der Oligarch Rinat Achmetow ließ Barrikaden sowie Panzersperren liefern.

Wie fühlt sich einer, der sich noch vor nicht so langer Zeit in der Gunst Moskaus sonnte und der nun die Verteidigung von Selenskyjs Geburtsstadt gegen den Kremlterror organisieren soll? Wilkul druckst herum und ringt sich schließlich ein paar Worte zum Präsidenten ab: »Mein Respekt vor ihm ist gewachsen, und wir sind stolz, dass unser Landsmann aus Krywyj Rih so tapfer ist, ein Symbol ukrainischer Widerstandskraft.«

Zum Abschied fällt Wilkul noch ein Vergleich ein, den er seinem Gast mit auf den Weg gibt: »Vor 1945 hatten wir hier die deutschen Faschisten, jetzt haben wir die russischen Faschisten im Land – und die sind zum Teil noch schlimmer.«

Vom Sieg über die deutschen Faschisten kündigt ein gewaltiges sowjetisches Siegesdenkmal mit der Inschrift »Nie vergessen«. Es steht neben einem Mosaik mit überlebensgroßen Werktätigen und einem kleineren Lenin, vor der beeindruckenden Kulisse des Stahlwerks. Der erste Hofhofen wurde hier 1934 angeworfen.

In einem kargen Büro auf dem Gelände sitzt Artjom Filipjew, stellver-

tretender Vorstandsvorsitzender des Industrie-Dinosauriers. Inzwischen unter Leitung des Weltkonzerns ArcelorMittal sind hier noch immer an die 22 000 Menschen beschäftigt. 57 000 waren es einmal. Neben Filipjew hängt ein Plakat mit einem Gedicht, in dem es heißt: »Du willst Rosen, ich scheiß drauf, das Land braucht Lokomotiven aus Stahl.«

Filipjew sagt, über Selenskyj und über Politik könne er in seiner Position nicht reden, nur so viel: Dass die Häfen blockiert seien und der Stahl-export stocke, weswegen die Produktion heruntergefahren wurde, das sei von Teilen der Politik und Bevölkerung nicht nur bedauert worden. »Wir sind ja nicht nur die größten Arbeitgeber und Steuerzahler, sondern auch die größten Umweltverschmutzer hier.«

Hinein ins Innere des Rauch und Staub speienden Monsters. In den endlosen Gängen und Winkeln des Werks lässt sich erahnen, warum Asowstal in Mariupol zur letzten Bastion der dortigen Verteidiger werden konnte. In Krywyj Rih ist es längst nicht so weit. Aber er könne nicht ausschließen, demnächst mobilisiert zu werden, sagt Witalij, der die Stellung hält über einem gewaltigen Auffangbecken, in dem sich das von der Schlacke getrennte, geschmolzene Eisen sammelt. Das Temperaturmessgerät zur Linken zeigt 1435 Grad Celsius. Hat er hier den gefährlichsten Job im ganzen Werk? »Gefährlich ist es überall«, sagt Witalij, »vor allem in diesen Zeiten.«

Stahlstadt bringt Mann mit stählernem Willen hervor – so geht die einfache Erzählung über Wolodymyr Selenskyj. Allerdings unterschlägt sie den Anteil, den Eltern und Großeltern am Werdegang des Jungen hatten, der Wowa gerufen wurde. Wer weit hinausfährt an den Rand



1 | Vizeschuldirektorin Ignatenko 2 | Rektor Schajkan 3 | Ex-Vizepremier Wilkul

Grabmal der Selenskyj-Großeltern:

Von vier Brüdern überlebte einer



von Krywyj Rih, der erreicht am Ende des Friedhofs Aller Brüder den schwarzen Grabstein von Semjon Selenskyj und seiner Gattin. Der Großvater des Präsidenten war während des Zweiten Weltkriegs Oberst in der 57. Garde-Mot-Schützendivision der Roten Armee. Von vier Brüdern überlebte er als einziger.

Selbst nach dem Krieg kämpfte Semjon noch weiter – er wurde, seines hohen Ansehens wegen, vom Stadtrat gebeten, den notorischen Verbrechersyndikaten in Krywyj Rih auf den Hals zu rücken. Der ursprüngliche Wunsch des Enkels Wolodymyr, Polizist zu werden, soll mit seiner Bewunderung für den Großvater zu tun haben. Ein Foto, das Selenskyj Tage vor seiner Amtseinführung kniend am Grab der Vorfahren zeigt, ging um die Welt.

Keine drei Jahre später erklärte Putin dem Juden Selenskyj, er werde nun die Ukraine »denazifizieren«.

Ob der Krieg auch Krywyj Rih erreicht, als Heimat des Präsidenten ein naheliegendes symbolisches Ziel? Im Norden, Richtung Dnipro, wachen die Männer von Oberst Oleksandr Piskun in ihren Schützengräben. Auch die »bodraja smena«, die schnelle Eingreiftruppe, ist da. Sie muss im Angriffsfall ganz nach vorn. Im Süden, wo ein einzelner junger Nationalgardist an der Uniform den Aufnäher »Meine Ehre heißt Treue« trägt, Wahlspruch der SS, werden weitflächig Gräben aufgerissen und Straßen so umgeleitet, dass Panzer nicht durchkämen. Man rüstet sich.

Es gab zuletzt Einschläge von Mehrfachraketenwerfern des Typs Uragan in Dörfern 20 Kilometer südlich von Krywyj Rih. Die Sirenen heulen in der Stadt bei Tag und Nacht. Würden die Einwohner die Anweisungen der Militärverwaltung befolgen, sie säßen die meiste Zeit im Bunker.

Ausgerechnet in dem Moment, da auf einem Schotterstück neben dem Zentralfriedhof der Sarg des Soldaten Iwan Drjutschkow Richtung Grube getragen wird, ertönt wieder der Luftalarm. Niemanden scheint das zu kümmern. Weinende Frauen klammern sich an den Sarg, der Priester schreitet entschlossen voran. Neben der Grube für Drjutschkow sind allein hier unter blau-gelben ukrainischen Flaggen noch 16 weitere in weniger als zwei Monaten ausgehoben worden.

In Krywyj Rih gibt es insgesamt 36 Friedhöfe.



Jonathan Browning / DER SPIEGEL

Exilant Cheng in London: »Wir teilen ein kollektives Trauma«

Endlich wieder frei

HONGKONG 25 Jahre nach der Rückgabe der einstigen Kronkolonie sind viele Bewohner nach Großbritannien geflohen. China hat sich die Stadt weitgehend einverleibt – wer konnte, holte sich einen britischen Überseepass.

Zunächst glaubte Simon Cheng an eine technische Störung. Die Schranke, die China von Hongkong trennt, öffnete sich nicht. Erst als er einen Polizisten auf sich zu-eilen sah, der die Bodycam an seiner Uniform einschaltete, ahnte der damals 28-Jährige, dass etwas nicht stimmte. Cheng wollte an jenem Augusttag 2019 von einer Dienstreise in China zurück nach Hongkong, zurück in seine Heimatstadt. Nun hing er im Bahnhof West Kowloon fest, der sich zwar auf dem Gebiet der Sonderverwaltungsregion befindet, aber von den chinesischen Behörden kontrolliert wird.

Die Beamten begleiteten Cheng in die Grenzstadt Shenzhen, 40 Minuten mit dem Zug. Dort übergaben sie ihn an nicht uniformierte Männer, die sich nicht auswiesen. Die Männer brachten Cheng an einen unbekannten Ort, fesselten ihn an einen Stuhl und verhörten ihn stundenlang. 15 Tage lang blieb er in Gefangenschaft, einen Anwalt durfte er nicht sprechen. Die Männer folterten, ohne

Spuren zu hinterlassen, so berichtet er es: Er musste seine Arme in die Höhe recken, bis die Durchblutung eingeschränkt war. Kurz bevor er nicht mehr konnte, befahlen sie ihm, die Position zu wechseln, die Knie zu beugen und so zu verharren, dann schlugen sie ihm auf die Sprunggelenke. In den Verhörpausen brachten sie ihn in eine Einzelzelle. Um sich zu beruhigen, führte Cheng Selbstgespräche, betete oder sang. »Irgendwann freust du dich auf das Verhör, auch wenn du weißt, dass du gefoltert wirst«, sagt er, »weil du dann zumindest mit jemandem reden kannst.«

Seine Peiniger fragten ihn, warum er seine Heimat nicht liebe. Ob er an den Demokratieprotesten teilgenommen habe, die damals fast jedes Wochenende in Hongkong stattfanden. Wer die Demonstrationen organisiere, wer sie anleite – das müsse er doch wissen? Die Männer fragten immer und immer wieder, ob er ein Agent der britischen Regierung sei. Cheng arbeitete damals im Generalkonsulat des Vereinigten Königreichs in Hongkong –

und in der paranoiden Weltsicht der chinesischen Führung lag es nahe, dass Großbritannien bei den Protesten seine Hände im Spiel haben musste. Mehr als 150 Jahre lang war Hongkong britisch regiert worden, bis vor genau einem Vierteljahrhundert der Union Jack eingeholt und die chinesische Flagge mit den fünf goldenen Sternen auf rotem Grund gehisst wurde.

Der 1. Juli ist Hongkongs Schicksalstag: Im Jahr 1997 erfolgte der »Handover«, also die Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik, aus der Kronkolonie wurde eine Sonderverwaltungsregion, der die chinesische Regierung »ein hohes Maß an Autonomie« zusicherte. In der Nacht zum 1. Juli 2020 wiederum trat das sogenannte Staatssicherheitsgesetz in Kraft – jene Ansammlung von völlig unpräzise formulierten Paragrafen, mit der Peking seither die Eigenständigkeit der Stadt einebnet. Das Gesetz soll Sezessionsakte, Subversion, Terrorismus und geheime Absprachen mit ausländischen Mächten ahnden, in Wahrheit aber hat es der Demokratiebewegung das Rückgrat gebrochen. Viele ihrer Protagonisten sitzen heute im Gefängnis, große Demonstrationen sind nun undenkbar, kritische Medien gaben auf, die Wahlgesetze wurden so geändert, dass sie nur noch eine Farce sind. Die Gleichschaltung Hongkongs mit dem Rest der Volksrepublik schreitet voran.

Dennoch ist der Widerstandsgeist der Hongkonger nicht verblasst – er ist, wenn man so will, bloß umgezogen: Ein erheblicher Teil des demokratischen, freiheitsliebenden Hongkongs konstituiert sich in Großbritannien neu. Der frühere Kolonialherr hat vielen Menschen aus der Stadt einen Weg in die Freiheit geebnet. Einer von ihnen ist Simon Cheng.

Zweieinhalb Jahre nach seiner Tortur sitzt er in einer Shoppingmall im Londoner Bankenviertel Canary Wharf. Hier ragen Hochhäuser in die Höhe, es ist der Ort in London, der Hongkong am ähnlichsten ist. Eine Stadt aus Stahl und Glas, in der Menschen in eng geschnittenem Anzug durch die Straßen hasten. Cheng trägt lieber Pullover, darauf die britische Flagge. Bei einer Tasse Kakao erzählt er seine Geschichte.

Warum die chinesischen Behörden ihn nach 15 Tagen gehen ließen, hat Cheng nie erfahren. Ganz genau weiß er hingegen, dass es in den Verhören um völlig andere Fragen ging als im Geständnisvideo, das ein chinesischer Sender später ausstrahlte: Vor laufender Kamera musste er erzählen, dass er auf seiner Dienstreise Prostituierte besucht habe – illegal in China. Cheng sagt, er habe sich schuldig bekannt, weil sie ihn sonst nicht freigelassen hätten.

Um fünf Uhr morgens am 24. August 2019 wurde Cheng schließlich entlassen. Eine Fahrzeugkolonne brachte ihn zur Grenze. Im Auto sagte ihm ein Mann auf Kantonesisch, dem in Hongkong gesprochenen Dialekt: »Für Spione gibt es keine Menschenrechte.« Während der Fahrt starrte Cheng aus dem Fenster

und versuchte, sich alles einzuprägen. Kurz danach flüchtete er nach Taiwan. Aber auch dort hatte er das Gefühl, beschattet zu werden.

Im November 2019 landete er in Großbritannien. Das Land ist ihm vertraut, er hat dort studiert, auch wegen seines Jobs am Generalkonsulat war er regelmäßig dort. In der neuen Heimat kümmert er sich nun um die vielen Hongkonger, die der Stadt in den vergangenen Jahren den Rücken gekehrt haben, die völlig neu anfangen müssen, in einem Land, das beinahe 10 000 Kilometer entfernt ist. »Hongkongers in Britain« hat Cheng seine Organisation genannt.

Mehr als eine halbe Million Einwohner Hongkongs haben seit den großen Demokratiedemonstrationen den British National Overseas Pass (BNO) erhalten. Jeder Hongkonger, der vor dem Handover in der Stadt gelebt hat, hat Anspruch auf dieses Reisedokument. Bis vor ein paar Jahren war es ein recht nutzloses Büchlein, ein britischer Pass zwar, aber mit der unschönen Einschränkung, dass man sich nicht in Großbritannien niederlassen durfte. Warum ein solches Dokument beantragen, wenn man mit dem offiziellen Hongkonger Pass in ähnlich viele Länder visafrei reisen darf?

Nachdem in Hongkong das Sicherheitsgesetz eingeführt wurde und Unschuldige im Gefängnis verschwinden, hat die Regierung in London den BNO aufgewertet. Man darf nun in Großbritannien leben und nach fünf Jahren die britische Staatsbürgerschaft beantragen. Mehr als 100 000 Hongkonger haben daher in den vergangenen Monaten ihre Heimat verlassen und sind aus den Subtropen ins kalte und feuchte England gezogen.

Chengs Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Exil-Hongkonger zu vernetzen, aber auch den vielen Ankommenden bei praktischen Fragen zu helfen: Wie bekomme ich eine Wohnung, einen Arbeitsplatz, den richtigen Aufenthaltsstatus? Inzwischen erhält die Organisation staatliche Gelder, mit denen sie unter anderem ihre 30 Angestellten bezahlt. Vor Kurzem haben sie ein kleines Büro in der Nähe der Waterloo Station bezogen. »Wir teilen eine kollektive Erinnerung«, sagt Cheng, »ein kollektives Trauma.«

Erlitten hat das auch die Familie Chung. Akribisch haben die Chungs die Ausreise vorbereitet. Sie haben ihre Wohnung in Hongkong verkauft, ihre Jobs gekündigt. Als ihr Flugzeug in Heathrow landete, sagt Dover

Chung, habe er sich endlich wieder frei gefühlt. In Hongkong gehörten die Chungs zum Mittelstand, das Ehepaar, beide 55, arbeitete in der Finanzabteilung einer Versicherung. Zelda Chung liebt an ihrer Heimat das warme Klima, die günstigen Restaurants, in denen sie jeden Abend mit Freunden essen gehen konnte, und, dass sie jederzeit kurzfristig einen Arzttermin bekam. In London alles Mangelware.

Ihre Tochter war schon vor einigen Jahren zum Studium nach Großbritannien gezogen. Eigentlich hatten die Eltern nicht vor, ihr zu folgen, die Proteste und ihre Niederschlagung änderten jedoch alles. Nun sitzen Vater, Mutter und Tochter gemeinsam in einem Restaurant unweit ihrer Londoner Wohnung.

»Eine Fernsehsendung, die ich 20 Jahre lang gesehen habe, wurde plötzlich nicht mehr ausgestrahlt«, sagt Dover. Seine Tochter ergänzt: »Und die Zeitung, die du immer gelesen hast, die gibt es auch nicht mehr.« Der Freundeskreis der Familie spaltete sich entlang der politischen Linien. »Die Blauen, das sind die Anhänger des Regimes«, sagt Zelda. »Wir waren eher gelb. Also: dagegen.« Blau und Gelb, das ist die politische Farbenlehre Hongkongs.

Die Chungs sind aus freien Stücken gegangen. Anders als Simon Cheng steht ihnen weiterhin die Möglichkeit offen, Hongkong zu besuchen. Sie haben sich in London ein neues Leben eingerichtet: eine Wohnung gefunden, neue Freunde kennengelernt, mit denen sie gemeinsam kochen oder essen gehen. Seit Kurzem hat Zelda einen Job. Dover arbeitet in Teilzeit beim Luxuskaufhaus Harrods. »In Hongkong könntet ihr so viel mehr verdienen und wärt bei Freunden und Familie«, das hören die Chungs oft aus der alten Heimat. Aber das reicht ihnen nicht. Dover

»Irgendwann freust du dich aufs Verhör, auch wenn du weißt, dass du gefoltert wirst.«

Simon Cheng, Aktivist

Proteste in Hongkong 2019: Der Demokratiebewegung das Rückgrat gebrochen

sagt: »Unsere Freiheit ist mehr wert als der Wohlstand.«

Ja, die Freiheit: »Hongkong war für China ein Gedächtnispalast«, sagt Chris Patten, der letzte britische Gouverneur in der Stadt. »Dort konnten sich die Menschen an Tiananmen erinnern und taten dies auch.« Vorbei. Alle Versammlungen zum Jahrestag des Massakers wurden in Hongkong in diesem Jahr untersagt.

Als junger Student hat Cal Tatar, heute 29, mit einem Freund das »Festival of Hong Kong« gegründet: eine Pop-up-Ausstellung, die jedes Jahr die eigenständige Kultur der Stadt beleuchtet. Achtmal hat Tatar das Festival ausgerichtet, 2022 nun zum ersten Mal in London. In einem Randbezirk, wo Wäsche auf den Balkonen zum Trocknen hängt und der Putz von den Hauswänden bröckelt, drängen sich Hunderte Besucher in einem stickigen Vereinshaus. Auf den Tischen liegen die Exponate: Ölgemälde, Landkarten, aber auch Hongkonger Zeitungen, die inzwischen nicht mehr verlegt werden, sowie Karikaturen von Xi Jinping als Winnie Puuh – ein gängiges Spottbild, weil dem chinesischen Machthaber eine Ähnlichkeit mit dem pummeligen Zeichentrickbär nachgesagt wird. Tatar hat in der Heimat als wissenschaftlicher Mitarbeiter an einer Hochschule gearbeitet. In Hongkong reichte ein Masterabschluss, in Großbritannien, sagt er, brauche er einen Dokortitel, um an einer Universität zu arbeiten. Also jobbt er in einem Restaurant. Die Ausstellung hat er mit Spenden finanziert.

Als er im vergangenen Jahr das letzte »Festival of Hongkong« ausrichtete, erzählt Tatar, hätten sich fragwürdige Gestalten unter die Besucher gemischt. Männer, die die Exponate und das Publikum fotografierten, Mitarbeiter des Sicherheitsapparats, vermutet er. Danach fühlte er sich nicht mehr sicher. Er ging ins Exil, nicht wissend, ob es wirklich unumgänglich war. »Ich weiß nicht, ob ich jemals wieder zurückkann«, sagt er. In seinen ersten Monaten in London habe er Orte gemieden, die ihn zu sehr an seine Heimat erinnern: Greenwich, wegen des Wassers. Canary Wharf, wegen der Hochhäuser. Und Chinatown im Herzen Londons sowieso.

Das ist es wohl, was Simon Cheng, die Familie Chung und Cal Tatar vereint: der Schmerz und die Sehnsucht nach einer Stadt, die nur noch in ihrer Erinnerung existiert.

Georg Fahrion, Christoph Giesen, Muriel Kalisch





Alaa Badarneth / DER SPIEGEL

Der Fluch des Todeskults

NAHOST Dschenin im Westjordanland war die Hochburg des gewaltsamen Widerstands, dann erlebte es einen Wirtschaftsboom. Nun könnte es zum Epizentrum einer neuen Eskalation werden.

Inmitten von Dinosauriern, Löwen und Delfinen betreibt der Palästinenser Bassam Haddad sein Tourist Village. Auf dem 45 000-Quadratmeter großen Areal befinden sich neben vielen Tier- und Urtier-Figuren ein Viersternehotel mit 135 Zimmern, ein Freiluft- und ein Hallenbad, ein Folkloremuseum, drei Hochzeitssäle, ein Amphitheater und ein Vergnügungspark mit mehr als 40 Attraktionen. 30 Millionen Dollar haben der 50-jährige Haddad und sein Vater Ibrahim investiert, Ausdruck der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Zu Beginn des Jahrtausends stand hier, wenige Kilometer östlich der Stadt Dschenin im nördlichen Westjordanland, ein kleines Familienhotel. In den anderthalb Jahrzehnten seit dem Ende der zweiten Intifada, der letzten großen Eskalation des Konflikts zwischen Israelis und den Palästinensern im Westjordanland, konnte Bassam Haddad massiv expandieren. »Seit 2005 kamen immer mehr Leute«, sagt er. Seine Gäste sind fast ausnahmslos arabische Bürger Israels.

Ein Sicherheitszaun trennt das palästinensische Autonomie- und das israelische Staatsgebiet voneinander. Seit 2007 der Dschalamah-Checkpoint für Fahrzeuge geöffnet wurde,

strömen viele arabische Israelis in Westjordanland. Auf der Suche nach Erholung, aber auch weil Waren und Dienstleistungen sehr viel günstiger sind. Über den Checkpoint kommen drei Viertel der lokalen Wirtschaftskraft. Mehr als 15 000 Palästinenser pendeln in die andere Richtung, weil es in Israel mehr Jobs und höhere Löhne gibt. Der Checkpoint war bis Ende 2021 knapp zwei Jahre wegen Corona geschlossen. »Wir waren gerade dabei, uns von der Pandemie zu erholen«, sagt Bassam Haddad. »Dann kam Shireen.«

Haddad meint die Erschießung der palästinensischen Starreporterin Shireen Abu Akleh am 11. Mai. Die offiziellen Untersuchungen dauern noch an, doch die »New York Times« und das Recherchekollektiv Bellingcat kamen zum Schluss: Die 51-jährige Al-Jazeera-Journalistin ist wahrscheinlich im Flüchtlingslager von Dschenin durch eine Kugel aus einem israelischen Gewehr getötet worden. Dabei hatte sie bei einem frühmorgendlichen Militäreinsatz weit abseits gestanden und Schutzweste sowie Helm mit Presseschriftzug getragen. Die Tötung einer der bekanntesten Journalistinnen der arabischen Welt habe viele Besucher abgeschreckt, sagt Haddad: »Die Leute denken, wenn ihr das passieren kann, ist hier niemand sicher.«

Der Tod der Reporterin hat den Konflikt weiter befeuert, der sich bereits seit Monaten aufgeschaukelt hat. Palästinenser sehen den Anstieg israelischer Militäraktionen seit 2021 und die Spannungen rund um den Tempelberg in Jerusalem als Ursache. Israelis nennen eine Serie von Terroranschlägen in diesem Frühjahr, einige der Täter kamen aus Dschenin und Umgebung. Darunter ein 29-jähriger Palästinenser, der drei junge Israelis in einer Bar mitten in Tel Aviv ermordete. Mehrmals wöchentlich stürmen seither israelische Kommandos in das Flüchtlingslager in Dschenin. Oft kommt es zu Feuergefechten mit palästinensischen Kämpfern. Immer wieder auch zu Toten.

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), die gemäß Oslo-Verträgen hier eigentlich die Sicherheitsverantwortung trägt, hat über die 10 000 Bewohner des Camps faktisch schon lange keine Macht mehr. Milizen führen am helllichten Tag auf einem Friedhof für getötete Kämpfer ihre Uniformen und Sturmgewehre vor. Kinder, die vorbeilaufen, heben kaum den Blick, so alltäglich sind für sie ver mummt, schwer bewaffnete Männer.

Eine Besonderheit des Lagers ist die Eintracht der Kampfgruppen, die anderswo verfeindet sind: Hamas, Al-Quds-Brigaden des Islamischen Dschihad und Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden, die einst der herrschenden Fatah nahestanden. Die Vermummten auf dem Friedhof berichten, das Lager sei in Blöcke aufgeteilt, mit verschiedenen Verantwortlichkeiten, gemeinsam organisierten sie Patrouillen und Warnsysteme.

Dschenin galt während der zweiten Intifada ab 2000 als »Hauptstadt der Selbstmordattentäter«, hier tobten erbitterte Kämpfe. Weite Teile des Camps lagen danach in Trümmern, viele der ehemaligen Kämpfer sitzen noch immer in israelischen Gefängnissen. Die Jüngeren jedoch wuchsen mit der Verklärung einer Schlacht auf, die sie meist selbst gar nicht erlebt hatten – während der Friedensprozess zum Stillstand kam. Kaum eine Hauswand ist heute in Dschenin ohne Märtyrerplakat. Kinder rasen hupend mit in Israel gestohlenen Elektrorollern durch die Gasen, Jugendliche ziehen T-Shirts hoch, um frische Schussverletzungen zu präsentieren. Einer von ihnen lacht, als er seinen künstlichen Darmausgang vorzeigt.

Trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Israel kann von einem Waffenstillstand in und um Dschenin keine Rede sein. Und immer wieder drohen israelische Militärs eine groß angelegte Aktion gegen das Camp an. Kobi Michael, früher im Ministerium für Strategische Angelegenheiten für die Palästinensergebiete verantwortlich, heute Experte des Institute for National Security Studies, eines Thinktanks in Tel Aviv, fordert eine Aktion mit mehreren Tausend Soldaten gegen die Kämpfer: »Nur so können wir die Terrorinfrastruktur ein für alle Mal beseitigen und danach die PA wieder die Kontrolle übernehmen lassen.«

Die Folgen wären wohl fatal. Die lokale Wirtschaft dürfte vollständig einbrechen, die Eskalation in anderen Orten könnte zunehmen, nicht zuletzt im Gazastreifen. Mittelfristig könnte sich der im Camp propagierte Opferkult noch verstärken. Der Vater eines im Mai bei einem israelischen Einsatz getöteten 16-jährigen Jungen berichtet, sein Sohn habe keine andere Wahl gehabt, als sich ebenfalls dem bewaffneten Widerstand anzuschließen: »Ich war die meiste Zeit in israelischen Gefängnissen, und er hatte seine Arbeit verloren. Wie hätte ich ihn da aufhalten sollen?«

Thore Schröder



5 Karte: OpenStreetMap

Jetzt den SPIEGEL testen und Prämie sichern

6× DER SPIEGEL für nur €23,90 + Wunschprämie



34 %
sparen
+ Prämie



€-10-DiversChoice-Tankgutschein

Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig.



€-10-Amazon-Gutschein

Für Bücher, CDs, DVDs, Spiele, Technikartikel und vieles mehr.

Einfach jetzt anfordern:  abo.spiegel.de/6x

oder telefonisch unter 040 3007-2700 (Bitte Aktionsnummer angeben: SP22-026)



Diktatur der Minderheit

ESSAY Die Republikaner in den USA werden zur extremistischen Partei – was heißt das für die Demokratie? *Von Christoph Scheuermann*



Scheuermann, 44, stellvertretender Ressortleiter Ausland, war von 2017 bis 2019 SPIEGEL-Korrespondent in Washington.

DER SPIEGEL

In diesen Tagen spielen sich in Washington wie in einem etwas zu hektischen Thriller zwei Handlungen gleichzeitig ab. Erstens wird vor einem Untersuchungsausschuss des Kongresses der Putschversuch des 6. Januar 2021 seziert; immer neue Zeugen tauchen auf, mit immer haarsträubenderen Erkenntnissen. Zweitens laufen vom Supreme Court, dem obersten Verfassungsgericht, Schockwellen eines Urteils durch das Land, dessen historische Bedeutung nicht zu überschätzen ist: die Aufhebung der wegweisenden Entscheidung »Roe gegen Wade« aus dem Jahr 1973 und damit die faktische Abschaffung des Rechts auf Abtreibung. Die Hauptfiguren beider Geschehnisse stammen aus der Republikanischen Partei.

Bei den Untersuchungen zum 6. Januar sind es Donald Trump und seine Verbündeten, die im Verdacht stehen, in den Monaten nach der Präsidentschaftswahl einen Putsch versucht zu haben. Die von vielen Republikanern mitgetragene Manipulationskampagne kulminierte in dem Sturm auf das Kapitol, bei dem ein Mob wütender Trump-Anhänger in das Kongressgebäude eindrang, Abgeordnete und Senatoren jagte und den Vizepräsidenten davon abhalten wollte, die Wahl Bidens offiziell zu zertifizieren. Im Untersuchungsausschuss wird immer deutlicher, wie tief der damalige Präsident und sein Stab in die Organisation und Koordinierung des Coups eingebunden waren.

Diese Woche sagte Cassidy Hutchinson vor den Abgeordneten aus, eine frühere Beraterin von Trumps Stabschef. Laut Hutchinson wollte Trump an jenem Januartag persönlich zum Kapitol fahren, um den bewaffneten Mob anzuführen – wovon ihn die Personenschützer des Secret Service abzuhalten versuchten. Trump habe daraufhin ins Steuer seiner Dienstlimousine gegriffen und gerufen: »Ich bin der verdammte Präsident, ich will zum Kapitol!« Es kam angeblich zum Handgemein,

Trump ging dem Secret-Service-Mitarbeiter an die Gurgel. Am Ende wurde er ins Weiße Haus gefahren.

Es wäre einfach, solche wahnwitzigen Episoden allein einem Mann mit autokratischen Fantasien anzulasten. Aber Trump agierte als Präsident in einem Umfeld, das Lügen, Betrug und Gewalt nicht nur ermöglichte, sondern auch belohnte. Er wird wohl gegen Ende des Jahres, nach den Kongresswahlen, seine erneute Präsidentschaftskandidatur bekannt geben, und seine Partei wird dem wenig mehr entgegensetzen als begeisterten Jubel – nicht trotz, sondern vermutlich wegen des Sturms auf das Kapitol. Und deshalb geht es längst nicht nur um einen unfähigen Tyrannen, sondern um eine gesamte Partei, die zur Bedrohung der Demokratie geworden ist.

Trump konnte Präsident werden, weil er seinen zumeist weißen, alten, männlichen Wählern versprach, die alte Riege der Republikaner wegzufegen, die er RINO nennt, »Republican in name only« – Pseudo-Republikaner. An die Stelle eines vernünftigen Konservatismus, der hier und dort noch herrschte, traten endgültig Wahnsinn und der Wille zur kulturkämpferischen Eskalation.

Bei dem Abtreibungsurteil zeigt sich, wie entschlossen eine Minderheit fundamentalistischer Christen ist, einer Mehrheit im Land ihren Willen aufzuzwingen – und wie hilflos diese Mehrheit dagegen ist. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs wird Folgen für Millionen Frauen in den USA haben. Jeder Bundesstaat kann nun entscheiden, Schwangerschaftsabbrüche zu verbieten. Etliche Staaten setzen das Urteil bereits um, in Arkansas schlossen Abtreibungskliniken, in Idaho, Tennessee und Texas wird der Eingriff binnen 30 Tagen verboten sein, in Alabama sagten Kliniken über Nacht Beratungstermine ab und schickten das Personal nach Hause.

Seit Jahrzehnten hatten evangelikale Gruppen, konservative Lobby-

isten und Politikerinnen und Politiker darauf hingearbeitet, dieses Recht auszuhöhlen, obwohl inzwischen 61 Prozent der Amerikaner finden, Abtreibungen sollten in den meisten oder allen Fällen legal sein. Der Kampf gegen die Abtreibung ist das einigende Thema dieser Gruppen, die Berufung möglichst konservativer Juristen an Bundes- und Landesgerichte war das Mittel zum Zweck. Mit der Besetzung zweier offener Richterposten am Supreme Court während Trumps Präsidentschaft waren sie am Ziel.

Die Republikaner, gegründet 1854 von Antisklaverei-Aktivistinnen, sind zur Bewegung geworden, die Bürgerrechte zurückdreht und Freiheiten einschränkt. Der konservative Supreme-Court-Richter Clarence Thomas stellte schon in Aussicht, dass nach »Roe gegen Wade« weitere Urteile gekippt werden könnten, etwa zur gleichgeschlechtlichen Ehe, die von 71 Prozent der Amerikaner befürwortet wird, oder dem Zugang zu Verhütungsmitteln, den in Umfragen 91 Prozent unterstützen. Am Donnerstag fällten die Richter die Entscheidung, den Einfluss der staatlichen Umweltschutzbehörde beim Klimaschutz einzuschränken.

Die Frage ist, wie die Grand Old Party von Abraham Lincoln derart radikal und hysterisch wurde. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman schrieb in der »New York Times«, dass ökonomische Erklärungen für die Verbitterung vieler weißer Amerikanerinnen und Amerikaner zu kurz griffen – die Vereinigten Staaten seien schon durch schlimmere Krisen gegangen, ohne dass eine der großen Parteien der Demokratie den Rücken kehrte.

Krugman sieht stattdessen verstörende Parallelen zwischen den Republikanern von heute und dem Ku Klux Klan der 1920er-Jahre, einer Bewegung verbitterter weißer Kleinstadtbewohner, die Schwarze, Immigranten und urbane Eliten verachtete, wissenschaftlichen Erkenntnissen skeptisch gegenüber stand und einen Hass auf intellektuelle pflegte. »Der Extremismus der Republikaner zieht einen großen Teil seiner Energie aus denselben Quellen«, schreibt Krugman. Zu seiner Analyse passt, dass am Wochenende eine Abgeordnete der Partei das Abtreibungsurteil des Supreme Court als »Sieg für weißes Leben« feierte, während Trump gut gelaunt hinter ihr stand.

Natürlich ziehen die Republikaner nicht mit weißen Spitzmützen



Christobal Herrera-Ulshkevich / epa

durch die Vorstädte, auch wenn sie Rechtsextreme und Hooligans wie die »Proud Boys« an sich binden. Und im Gegensatz zum Klan vor hundert Jahren hat die Partei langfristige Strategien zur Machtsicherung entwickelt. Sie nutzt die Verschiebung von Wahlkreisgrenzen, »gerrymandering«, um Wählerinnen und Wähler der Demokraten zu bündeln und in anderen Gegenden eine republikanische Mehrheit zu betonieren. Sie verschärft in etlichen Bundesstaaten die Wahlgesetze, um Schwarzen und anderen Minderheiten, die eher den Demokraten zuneigen, die Stimmabgabe zu erschweren. Und sie profitiert bei Präsidentschaftswahlen von der ungleichen Gewichtung tendenziell konservativer Bundesstaaten bei den Stimmen von Wahlleuten. Die versuchte Manipulation der Präsidentschaftswahl und der Coup vom 6. Januar waren die Fortführung dieser Strategie mit anderen Mitteln.

Und natürlich begann die Radikalisierung nicht mit Trump, sondern Anfang der Neunzigerjahre mit Rush Limbaugh, Sean Hannity und anderen Hasspredigern des rechten Talk-Radios. Eine zentrale Rolle spielte auch der Abgeordnete Newt Gingrich, der den Republikanern im Kampf gegen den damaligen demokratischen Präsidenten Bill Clinton das Vokabular der Feindesbeschimpfung, Verächtlichmachung und Polarisierung beibrachte. Die Radikalisierung machte sich im Kongress bemerkbar: Während die Abgeordneten und Senatoren der Demokraten nur wenig nach links rückten,

vollzogen ihre konservativen Kolleginnen und Kollegen laut einer Studie des Pew Research Center seit Anfang der Neunzigerjahre einen dramatischen Rechtsruck.

Trump kam im richtigen Moment in den Klub. Sein Aufstieg wurde auch dadurch möglich, dass die Kontrollmechanismen innerhalb der Partei über Jahre erodiert waren, auch der Einfluss von Groß Spendern und die Polarisierung durch Twitter, Facebook und anderen Netzwerken halfen. Nie standen die Tore für gefährliche Spinner bei den Republikanern so weit offen wie heute.

Die Zahl der Aufrechten schwindet. Brad Raffensperger ist zu nennen, Innenminister des Bundesstaates Georgia, den Trump wenige Tage vor dem 6. Januar anrief und ihm mitteilte, er solle einfach genug Stimmen »finden«, um Bidens Wahlsieg zu kippen; Raffensperger wehrte sich erfolgreich dagegen. Oder Russell Bowers, Sprecher des Parlaments in Arizona, der sich ebenfalls weigerte, Trump illegal eine Mehrheit in dem Bundesstaat zu verschaffen. Oder die erzkonservative Liz Cheney, Co-Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zum 6. Januar, die seit Jahren Aufklärung von ihrer Partei fordert – und nun zu Trumps Nemesis geworden ist.

Raffensperger, Bowers und Cheney haben eine große Zahl von Feinden in den eigenen Reihen. Bowers wehrte sich wochenlang gegen Trump-Anhänger, die mit Megafonen vor sein Haus in Arizona gezogen waren. Liz Cheney musste dabei zusehen, wie in ihrem Bundes-

Antiabtreibungsprotest in Florida

Das Vorhaben, die zerstrittenen Gruppen und Fraktionen zu versöhnen, muss als gescheitert gelten.

staat Wyoming Parteifreunde für ihren Ausschluss aus der Partei stimmten.

Bidens Plan nach der Wahl war, die zerstrittenen Gruppen und Fraktionen im Land miteinander zu versöhnen, Linke mit Rechten, Demokraten mit Republikanern. Das Vorhaben muss als gescheitert gelten. Vermutlich bestand Bidens große Fehlannahme darin zu glauben, dass die Republikaner des Jahres 2022 jenen von 1972 ähneln, als er erstmals in den Senat gewählt wurde. Inzwischen findet sich unter den Anhängern eine beträchtliche Zahl christlicher Fundamentalisten, Abtreibungsgegnerinnen, Verschwörungsgläubiger und Waffenfetischisten – dies nicht erkannt und einkalkuliert zu haben ist auch ein Versagen des Präsidenten. Inzwischen ähneln die Republikaner eher der Fidesz-Partei des ungarischen Autokraten Viktor Orbán mit seiner Vision der »illiberalen Demokratie«, in der viele Rechte in Washington ein Vorbild sehen.

Bidens Wahlsieg fühlt sich daher mittlerweile nicht mehr wie ein Triumph an, sondern wie die Ruhepause vor einer noch größeren Katastrophe. Die Demokraten haben zwar bis November (dünne) Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus sowie die Macht im Weißen Haus, können aber wegen der Blockade der Republikaner kaum Gesetze auf den Weg bringen und große Projekte umsetzen. Der Kongress liegt lahm, das politische System wirkt dysfunktional, während eine Mehrheit der republikanischen Anhänger glaubt, dass Biden ein illegitimer Präsident ist.

Diese Woche berichtete die frühere Bezirksangestellte und Wahlhelferin Wanda' ArShaye Moss aus dem Bundesstaat Georgia vor dem Untersuchungsausschuss zum 6. Januar von Todesdrohungen, die sie erhielt, nachdem Trump die Lüge verbreitet hatte, sie habe gefälschte Stimmzettel für Joe Biden angenommen. Sie solle »wegen Hochverrats gehängt werden«, hetzten Unterstützer des Ex-Präsidenten, andere beschimpften sie mit rassistischen Parolen.

In neuen Umfragen sagen 25 Prozent der Republikaner, dass sie den Sturm auf das Kapitol am 6. Januar für gerechtfertigt halten. Eine von zwei Parteien in Amerika hat sich zu wesentlichen Teilen von der Demokratie verabschiedet. Und die zweite Partei, die Demokraten, hat keine Antwort darauf. ■

Recht statt Rache

FRANKREICH In dieser Woche verurteilte ein Gericht die Verantwortlichen und Hintermänner der Pariser Anschläge vom 13. November 2015. Das Mammutverfahren sollte dem Terror mit der ganzen Macht des Rechtsstaats begegnen. Hat es sich gelohnt? *Von Britta Sandberg*

Kurz bevor am Mittwochnachmittag das Urteil im größten Terrorprozess Frankreichs gefällt wird, sitzen sie alle gemeinsam auf den Cafétterrassen vor dem Pariser Justizpalast: die Opfer der Anschläge des 13. November 2015, die Anwälte und Journalisten. Nebenkläger, die seit Monaten zum Prozess kamen und neue Freundschaften geschlossen haben, stellen sich für Erinnerungsfotos auf. Anwälte, die dem Verfahren ein Jahr ihres Lebens widmeten, sitzen auf Bistrostühlen, die schwarzen Roben in Rucksäcken neben sich. Dies sei eine wunderbare, symbolische Rache, twittert jemand: »Das Leben geht weiter, und wir füllen wieder die Cafétterrassen.«

Die Anschläge von Paris, auf das Stade de France, auf Cafétterrassen im 11. Arrondissement und den Konzertsaal Bataclan, bei denen 130 Menschen starben, waren eine Kriegserklärung islamistischer Terroristen an Frankreich, angeblich eine Antwort auf die französische Bombardierung Syriens. Der damalige Präsident François Hollande sagte dem SPIEGEL vor knapp zwei Jahren: »Wir hatten es mit einem kriegesischen Akt zu tun.«

Die Frage sei gewesen, so Hollande, ob das Land in Angst erstarren und sich von Panik und Hass beherrschen lassen würde. Das ist nicht geschehen, doch die Anschläge prägen Frankreich bis heute, sie beförderten Rassismus, separatistische Tendenzen und die extreme Rechte. Ohne die Nachwirkungen der Anschläge säßen vielleicht nicht 89 Abgeordnete des rechtsextremen Rassemblement National im neu gewählten Parlament.

Enorme Erwartungen lasteten auf dem Gerichtsverfahren gegen den einzigen Überlebenden des Terrorkommandos und seine Helfer. Kann ein Prozess Wunden heilen, das kollektive Trauma einer Nation lindern, den Opfern und ihren Angehörigen Trost spenden? Kann er zeigen, dass die Demokratie und der Rechtsstaat stärker sind als der Hass, dass sie eine

Antwort geben können auf den Terror – nach ihren Regeln?

V13 lautet das Kürzel, das Frankreichs Bemühungen zusammenfasst, diesem mörderischen Angriff angemessen zu begegnen, mit der ganzen Macht des Rechtsstaats. V steht für Vendredi, Freitag. Die 13 für das Datum.

Für V13 ließ der Staat die gesamte Île de La Cité, auf der sich der Justizpalast befindet, während der Prozesstage sperren, für Autos, Fußgänger, Fahrradfahrer. Es ist ungefähr so, als würde man in Berlin den Kurfürstendamm oder die Straße Unter den Linden zehn Monate lang abriegeln. Aber V13 hatte Priorität. Die USA versagten, als es darum ging, die Drahtzieher der Anschläge des 11. September 2001 vor Gericht zu stellen. Sie erfanden Foltermethoden wie tagelangen Schlafentzug und sperrten Schuldige wie Unschuldige ohne Gerichtsverfahren, ohne Urteil, auf unbestimmte Zeit in Guantanamo ein.

Frankreich wollte es besser, anders machen. Kein Aufwand schien zu groß. Allein 50 Millionen Euro an Anwaltskosten verschlang der Prozess; der Gerichtssaal, der eigens dafür gebaut wurde, kostete 7,5 Millionen. 330 Anwälte vertraten 2400 Nebenkläger und verteidigten Angeklagte. Es war das aufwendigste Terrorverfahren seit dem Prozess in Stammheim gegen die »Rote Armee Fraktion« in den 1970er-Jahren. Doch hat es sich gelohnt?

»Der Prozess war symbolisch wichtig, und er hat mehrere Dinge bewiesen«, sagt die Anwältin Negar Haeri, die einen der Angeklagten verteidigte. »Erstens, wir leben noch, und wir stehen aufrecht. Zweitens, wir führen diesen Kampf gegen den Terror und für einen gerechten Prozess nach unseren Regeln, den Regeln der Justiz. Wir geben dafür nicht unsere Werte auf.«

Es ist der 143. Prozesstag, als Haeri diese Worte sagt, wenige Tage vor dem Urteilsspruch. Haeri, eine schma-

le 41-jährige Frau mit klimpernden goldenen Armreifen unter der schwarzen Anwaltsrobe, sitzt auf einer Holzbank in der Halle vor dem Gerichtssaal. Ihr Mandant ist der Angeklagte Mohamed Amri. Vor wenigen Tagen hat sie ein flammendes Plädoyer für Amri gehalten, um zu erreichen, dass er nicht wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wird.

Amri hatte den Hauptangeklagten Salah Abdeslam in der Anschlagnacht von Paris zurück nach Belgien gefahren. Abdeslam hatte ihn angerufen und darum gebeten. Wusste er, dass der Freund zu der Zelle gehörte, die gerade die Anschläge verübt hatte? »Hätte er es wissen können?«, fragte Haeri in ihrem Plädoyer. Sie ermahnte die Richter, in Amris Kopf nichts zu vermuten, was es dort nie gegeben habe.

Der Grat zwischen Beweisführung, Vermutungen und Hypothesen ist schmal in diesem Prozess. Daran haben auch zehn Monate Gerichtsverhandlungen nichts ändern können. »Ab wann ist man Mitglied einer terroristischen Vereinigung?«, fragt Haeri. »Wenn man, wie mein Mandant, Leihwagen organisiert hat, ohne zu wissen, dass in ihnen Mitglieder der Terrorzelle von A nach B transportiert werden sollten?«

Wie würde sie das Verhältnis zu ihrem Mandanten und den anderen Angeklagten beschreiben? »Der erste Reflex war, Menschen, die solch monströse Taten begangen haben, auf diesen Akt zu reduzieren. Aber dann sieht man sie auf einmal täglich in der Glasbox hinter ihren Masken. Man sieht, wie sie sich entschuldigen, dass sie Angst haben, dass sie lachen. Man redet mit ihnen. Das verändert etwas.«

Die Anwältin versuchte darzulegen, dass ihr Mandant über die Attentatspläne bewusst nicht informiert wurde. Dass er geholfen habe, wie man sich eben aushalf unter »Brüdern« in Molenbeek, diesem Stadtviertel Brüssels, aus dem viele der Terroristen kamen und in dem

»Der Prozess darf nicht die Fortsetzung des Krieges gegen den Terrorismus mit anderen Mitteln sein.«



Verteidigerin Ronen

M. Chameil / Divergence



Illustration: Ivan Brun / Le Monde



Illustration: Ivan Brun / Le Monde

Angeklagter Abdeslam, Anwälte (Gerichtszeichnungen): Viele Fragezeichen sind geblieben

sich alle seit Kindertagen kannten. »Frères«, Brüder, so nennen sie sich auch noch im Prozess. »Ich weiß nicht, ob ich dir eines Tages werde vergeben können, Bruder, für das, was du mir angetan hast«, sagte am vergangenen Montag ein Angeklagter zu einem anderen.

Außer Salah Abdeslam stand keiner der Haupttäter vor Gericht, keiner von ihnen hat die Anschläge überlebt: Sie sprengten sich selbst in die Luft oder wurden von der Polizei erschossen. Von Beginn an hatte der Terrorprozess das Manko, dass die wahren Täter keine Auskunft mehr geben konnten. Neben Abdeslam saßen viele Helfershelfer auf der Anklagebank: Logistiker, die konspirative Wohnungen organisierten, Papiere fälschten,

Leute zum Flughafen fuhren oder von dort abholten. Aber auch Männer, die in Molenbeek entschieden, nach Syrien zu gehen, um dort Soldaten im Dienste des IS zu sein. Warum sie das taten, fiel ihnen schwer zu erklären.

»Wir halten an der Scharia fest, so wie ihr an eurer Demokratie«, hatte Abdeslam im Februar vor Gericht gesagt – der Mann, der so gern ausging, Joints rauchte, Alkohol trank und eine Verlobte hatte, bevor er zum Attentäter wurde.

Warum er nicht abgelehnt habe, bei den Anschlägen mitzumachen, wird der Angeklagte Mohamed Abrini, der 11. Mann des Kommandos, der sich im letzten Moment

absetzte und im Taxi zurück von Paris nach Brüssel fuhr, im März vor Gericht gefragt. »Ich habe versucht, der Sache auszuweichen. Aber ich konnte doch Abaaoud nicht kränken«, antwortet Abrini hilflos. Der Syrienkämpfer Abdelhamid Abaaoud gilt als Drahtzieher des 13. November, er war ein Kindheitsfreund Abrinis.

Die Pariser Anschläge gehören zu den schwersten Terrorangriffen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Aber ihre Hintermänner entpuppten sich in den vergangenen zehn Monaten als erschreckend banal. »Wir haben einen Megaprozess gegen nichtssagende Leute geführt. Sie haben sich alle verhalten wie kleine Dealer«, sagt Anwalt Gérard Chemla. »Und genauso formulierten sie ihre Verteidigungslinie: Nicht ich war es, der den Stoff in meine Tasche gesteckt hat. Die anderen waren es.«

Chemla vertritt mehr als 140 Opfer in diesem Prozess. Er hat sie von Beginn an gewarnt, nicht zu viel zu erwarten. Fast alle Opfer sehnten sich nach Versöhnung, sagt Chemla. Sie wollten, dass die Täter einsehen, was sie getan haben. Aber so funktioniere das nicht. Der Anwalt ist mit einem Klappfahrrad zum Gespräch in ein Café unweit des Justizpalasts gekommen, er hat seiner Frau versprechen müssen, während des Prozesses nicht die Metro zu nehmen. Beide hielten die Anschlagsgefahr bis zum Schluss für groß.

Welche Bilanz zieht er nach fast zehn Monaten vor Gericht? Es zählten weniger die Urteile, sagt Chemla. »Es ist der Prozess an sich. Er hat allen Platz eingeräumt, den Angeklagten, den Anwälten und vor allem den Nebenklägern, den Opfern. Sie waren wirklich außergewöhnlich, das hat diesen Prozess so würdig gemacht: Sie standen vorn im Gerichtssaal, wandten sich an die Anwälte und sagten, verteidigt diese Angeklagten gut, das ist uns wichtig.«

Chemla erzählt von Mandanten, die Nachrichten an Abdeslam schrieben und mit jenen Angeklagten sprachen, die sich unter Auflagen frei bewegen konnten. Dieselben Mandanten hätten zu Beginn des Prozesses beantragt, den Tätern auf keinen Fall begegnen zu müssen. Er sagt: »Das ist die Gefahr. Wenn man die Angeklagten täglich in ihrer Glasbox sitzen sieht, sie sprechen hört, dann bekommen sie eine menschliche Dimension, die sie zuvor nicht hatten.« Dieses Stockholm-Syndrom betreffe im Übrigen nicht nur die Nebenkläger, sondern auch Journalisten und Anwälte. Chemla hält nicht viel von den Versuchen der Verteidigung, das Strafmaß ihrer Mandanten zu reduzieren. »Die einfache Tatsache, dass der Hauptangeklagte Salah Abdeslam einem Plan zustimmte, bei dem am Ende 130 Menschen starben, reicht für die Höchststrafe. Im Übrigen hat dieser Mann nie Reue wegen seiner Taten gezeigt.«

Am Nachmittag des 147. Prozesstags tritt Olivia Ronen vorn an das Stehpult im Ge-

richtssaal, ihr gegenüber sitzt der Vorsitzende Richter. Ronen ist die Anwältin des Hauptangeklagten. Beide sind 32 Jahre alt. Abdeslam hatte zu der jungen Anwältin Kontakt aufgenommen, weil er mit seinem früheren Verteidiger nicht zurechtkam; angeblich hatte er sie zuvor im Fernsehen gesehen. In ihrem Plädoyer appelliert Ronen an die Richter, die Forderung der Anklage nach einer lebenslangen Strafe für Abdeslam mit unbegrenzter Sicherheitsverwahrung zu überdenken. Sollten sie davon nicht abweichen, würde ihr Mandant ein Leben lang eingesperrt. Es wäre eine Todesstrafe auf Zeit.

»Dieser Prozess darf nicht die Fortsetzung des Krieges gegen den Terrorismus mit anderen Mitteln sein«, sagt Ronen. »Die Anklage verlangt, einen Feind definitiv unschädlich zu machen, indem man ihn zu einer Strafe verdammt, die dem sozialen Tod entspricht.« Ronen spricht unglaublich schnell, als hätte sie Angst, nicht alles sagen zu können, um ihren Mandanten vor dem »lebenslanglich« zu retten.

Zwei Stunden lang wird sie da vorn stehen und den Mann verteidigen, der behauptet, aus »humanitären Gründen« Abstand genommen zu haben vom ursprünglichen Plan, sich in einem Café des 18. Arrondissements in die Luft zu sprengen. Er sei mit dem Sprengstoffgürtel am Körper in dieses Café gegangen und habe ein Getränk bestellt, hatte Abdeslam im April ausgesagt. Er habe die Leute um ihn herum angeschaut und dann seine Meinung geändert. »Sie waren jung, sehr jung. Ich sah Leute, die tanzten, die sich amüsierten. Ich bin nicht aus Angst zurückgewichen vom Plan, sondern aus Menschlichkeit, ich wollte sie nicht töten.«

Es habe nicht nur einen Tatort gegeben in der Nacht vom 13. November, erklärt Ronen, sondern viele. Abdeslam sei nicht im Bataclan gewesen, er habe nicht mit Kalaschnikows auf die Caféterrassen gezielt, er habe niemanden getötet. Von der Anklage werde er dennoch behandelt wie die übrigen Attentäter, die ihre Sprengladungen zündeten. »Unsere Rolle ist es doch, der natürlichen Neigung zu widerstehen, den anderen genauso leiden zu lassen, wie er die Opfer hat leiden lassen.« Die Anschläge seien grausam gewesen, aber die Justiz dürfe es nicht sein.

»Ronens Plädoyer war beeindruckend«, wird ein Anwalt später im Hintergrundgespräch sagen, »aber es



Julien Daniel

»Wir haben einen Mega-prozess gegen nichts-sagende Leute geführt.«

Gérard Chemla,
Nebenklägeranwalt

wird ihren Mandanten nicht retten können. Der ist unrettbar.«

Welchen Beruf er habe, hatte der Vorsitzende Richter den Angeklagten Salah Abdeslam am ersten Tag des Prozesses gefragt. »Ich habe jegliche Berufstätigkeit aufgegeben, um Kämpfer des ›Islamischen Staats‹ zu werden«, sagte Abdeslam. »Ach so, ich hatte Zeitarbeiter notiert«, antwortete der Richter.

Einen Tag vor der Urteilsverkündung sitzt Nadia Mondeguer in ihrer Wohnung im 11. Arrondissement – nicht weit von dem Ort entfernt, an dem ihre Tochter Lamia, damals 30 Jahre alt, starb. Lamia hatte sich am Abend des 13. November 2015 mit ihrem Freund Romain auf der Terrasse des »Belle Équipe« getroffen, um 20.50 Uhr traf sie dort ein. Romain kam zehn Minuten später. Eine halbe Stunde später waren beide tot, niedergemäht von den Kalaschnikows dreier Terroristen. Einer davon war Brahim Abdeslam, der ältere Bruder des Hauptangeklagten Salah.

Die Schüsse, die ihre Tochter töteten, hatte Nadia Mondeguer in ihrer Küche gehört. Vor Gericht erzählte sie: Sie habe sich noch gewundert, was für ein besonders lautes Feuerwerk dies sei. In ihrer Wohnung, in der überall Fotos ihrer Tochter Lamia stehen, sagt sie: Sie habe Angst vor der Urteilsverkündung. Und Angst vor dem Ende des Prozesses. »Irgendwo tief in mir gibt es diese irrationale Furcht, dass ich dann endgültig realisiere, dass meine Tochter tot ist, dass ich mich mit dem Ende des Prozesses weiter von ihr entfernen werde.«

Lamia wäre heute 37 Jahre alt. »Aber für mich wird sie immer 30 bleiben. Ihr kleiner Bruder ist jetzt älter als sie, auch das ist schwer zu begreifen.« Bis heute kann sich Nadia Mondeguer keine Kinderfotos ihrer Tochter anschauen: »Weil doch die ganze Kindheit darauf hinführt, Kin-

der zu glücklichen Erwachsenen zu machen.«

Mondeguer ist in den vergangenen Monaten fast täglich im Gericht gewesen oder hat den Verhandlungen per Webradio zugehört, das eigens für die Opfer eingerichtet wurde. Nicht dabei zu sein wäre für sie undenkbar gewesen, sagt sie. Sie habe den Versuch wagen müssen, dieses Ereignis zu verstehen, das ihr Leben auf den Kopf gestellt hat. Bis zum 13. November 2015 habe sie ein gutes, ein ruhiges Leben geführt. Sie wollte wissen, warum ausgerechnet sie dieses große Unglück traf – eine Ägypterin, die nach Frankreich kam, um einem Krieg zu entfliehen.

Viele Fragezeichen sind für sie geblieben. Die Finanzierung der Anschläge sei nach wie vor ungeklärt, ebenso die Frage, woher die ganzen Waffen kamen. Sie bedauert, dass die Haupttäter tot sind und nicht in der größten Glasbox im Gerichtssaal saßen.

Auch sie, die Mutter eines ermordeten Kindes, sagt, sie habe das Plädoyer der Anwältin Olivia Ronen »brillant« gefunden. Wie Ronen will sie nicht, dass der Hauptangeklagte Salah Abdeslam lebenslanglich mit unbegrenzter Sicherheitsverwahrung bekommt. Ein erstaunlicher Wunsch. Salahs Bruder war für den Tod ihrer Tochter verantwortlich. Nadia Mondeguer sagt, es sei nicht besonders kompliziert, sich dem Hass hinzugeben. »Aber ich möchte nicht in einer Welt leben, die von Hass geprägt ist. Humanismus geht oft auf Entscheidungen zurück, die sich gegen die eigenen Interessen richten.«

Am Mittwochabend verurteilt das Gericht Abdeslam dennoch zur Höchststrafe. Es sieht ihn als einen der Urheber der Anschläge des 13. November an und folgt auch nicht seiner Darstellung, er habe freiwillig den Plan verworfen, sich in die Luft zu sprengen. Abdeslams Sprengstoffgürtel habe einfach nicht funktioniert.

Mohamed Amri, der Mann, der die Leihwagen besorgte und Abdeslam noch in der Nacht zurück nach Belgien fuhr, wird zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Es sei wenig wahrscheinlich, so das Gericht, dass er die Anschlagpläne nicht kannte.

Den Angeklagten, den Nebenklägern und ihren Anwälten bleiben zehn Tage Zeit, um Berufung gegen die Urteile einzulegen. Lamias Mutter will erst einmal ins Meer fahren, um Abstand zu gewinnen. Und im Herbst nach Brüssel, zum Prozess gegen die belgische Zelle. Sie hofft immer noch auf Antworten.

Bänke der Opfer im Gerichtssaal:

Viele sehnen sich nach Versöhnung



Illustration: Ivan Bruun / Le Monde

Gesamtsieger der Tour de France 2020 und 2021:
Tadej Pogačar aus Slowenien

Weit gereist

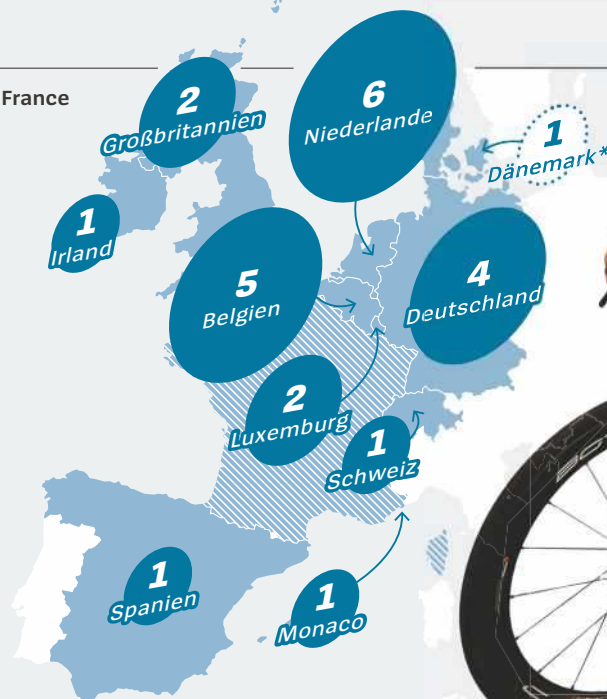
Auslandsstarts der Tour de France

23-mal

startete die Tour im Ausland. Amsterdam war 1954 die erste Stadt außerhalb von Frankreich, in der die Rundfahrt losging.

Dieses Jahr werden die ersten drei Etappen in Dänemark gefahren, die vierte startet in Frankreich.

* Start am 1. Juli
Grafik



Christian Hartmann / epa-EFE

Die Tour de France, größtes jährlich stattfindendes Sportereignis der Welt, wird seit 1903 ausgetragen. In zwei Jahren wird die Radrundfahrt ein Novum erleben. Wegen der Olympischen Spiele im selben Jahr wird sie erstmals nicht in Paris enden, der Zielort wird nach Nizza verlegt. Dagegen wurde die Tour schon 23-mal außerhalb Frankreichs gestartet. Den Anfang machte 1954 Amsterdam, in Deutschland waren Köln, Frankfurt am Main, Berlin und Düsseldorf Startorte, im kommenden Jahr soll es im spanischen Bilbao losgehen.

GUT ZU WISSEN

Haben Läufer mit Prothesen Vorteile?

Die Olympischen Spiele 2012 hätten ein historischer Wendepunkt für die Inklusion behinderter Sportler werden können. Oscar Pistorius startete damals als erster beinamputierter Mensch bei Olympia. Eine Medaille verpasste der Südafrikaner, der Hype um ihn war aber dennoch riesig. Ein zweiter Prothesenläufer ist bis heute auf der ganz großen Bühne des Sports nicht dazugekommen. Die entscheidende Frage konnte nicht beantwortet werden: Bringen Karbonprothesen einen Vorteil im Vergleich zu gesunden Beinen?

Eine Studie ist der Beantwortung dieser Frage näherge-

kommen – zumindest für den 400-Meter-Lauf. »Wir konnten keinen Vorteil für Prothesenläufer feststellen«, sagt Owen Beck von der Emory University in Atlanta, USA. Der Biomechaniker verglich zusammen mit seinem Team die Leistungen der zwei schnellsten beidseitig amputierten Läufer mit den Werten nicht amputierter Topathleten in den einzelnen Abschnitten des Rennens.

Am Start sind die Prothesenläufer deutlich langsamer – im Schnitt um 40 Prozent. Auch in den Kurven verlieren sie mehr Tempo. Auf der Geraden waren beide Gruppen ähnlich schnell. Auf den fina-

len 100 Metern ist der Prothesenläufer jedoch schneller. Die amputierten Läufer – das zeigen Messungen auf dem Laufband – benötigen weniger Sauerstoff. Sprinten könnte für Sportler mit Prothesen weniger anstrengend sein, was vor allem im letzten Teil des Rennens wichtig ist.

Zusammengenommen gleichen sich Vor- und Nachteile der Prothesen aus. »Ich finde es diskriminierend, die Athleten nicht starten zu lassen«, folgert Beck. Gleichzeitig be-

tont der Forscher, dass die Ergebnisse nicht auf andere Sportarten übertragbar seien – etwa auf den Weitsprung, wo der deutsche Weltrekordler Markus Rehm seit Langem darum kämpft, gegen Menschen ohne Amputation antreten zu dürfen.

Bis 2020 mussten Paralympics-Sportler, die an regulären Wettbewerben teilnehmen wollten, selbst nachweisen, dass ihnen durch die Prothesen kein Vorteil entsteht. Diese Regel wurde gekippt, nachdem US-Sprinter Blake Leeper geklagt hatte. Leeper darf dennoch nicht an Großereignissen teilnehmen. Seine Prothesen seien zu lang, das mache ihn schneller, sagt der Weltverband. Auch das überzeugt Beck nicht: »Wir konnten keinen Zusammenhang zwischen der Länge der Prothese und der Höchstgeschwindigkeit feststellen.« KJO



Jamie Squire / Getty Images

Leepers Prothesen

»Biologie ist nicht revidierbar«

GESCHLECHTER Seit Jahren ringt der Sport um einen fairen Umgang mit Transathletinnen. Sollen sie in Frauenteams mitspielen dürfen, wie es der Deutsche Fußball-Bund gerade beschlossen hat? Der Experte Ross Tucker warnt eindringlich davor.

Lia Thomas ist die berühmteste Transschwimmerin der Welt. Die US-Amerikanerin wurde als Junge geboren und identifiziert sich als Frau. Vor drei Jahren, während ihres Studiums an der Universität von Pennsylvania, begann sie eine Hormonersatztherapie, startete im Herbst vorigen Jahres bei den Damen und gewann im März die US-Collegemeisterschaft über 500 Yard Freistil. Ihr Traum sei es, bei den Olympischen Spielen 2024 in Paris zu schwimmen, verkündete sie danach.

Diesen Traum haben die Delegierten des Weltschwimmverbands Fina in der vorvergangenen Woche mit ihrer »Richtlinie zur Teilnahmeberechtigung für männliche und weibliche Wettbewerbskategorien« zerstört. Thomas machte deutlich, was sie von der Entscheidung hält: Es sei »zutiefst beunruhigend« und »diskriminierend«, so werde »allen Frauen Schaden zugefügt«. Stimmt das?

Die Fina beschloss nach Konsultation renommierter Endokrinologinnen, Sportphysiologen, Juristinnen, Menschenrechtsexperten, Fachleuten für Geschlechterdiskriminierung sowie aktiver und ehemaliger Leistungsschwimmerinnen, dass eine Transsportlerin künftig nur dann bei den Frauen starten darf, wenn sie – anders als Thomas – mit dem Eintreten der männlichen Pubertät oder spätestens bis zum zwölften Lebensjahr Testosteronblocker genommen hat. Der Verband begründet dies mit den physischen Leistungsunterschieden zwischen männlichen und weiblichen Körpern, die sich in der Pubertät herausbildeten.

Kaum ein Thema wird in der Sportwelt derzeit so hitzig diskutiert wie die Inklusion von Transathletinnen in den Frauensport. Im vergangenen Jahr nahm die neuseeländische Gewichtheberin Laurel Hubbard als erste offen lebende Transfrau an den Olympischen Spielen teil. Im Frühjahr stieß der Fall der Transrennfahrerin Emily Bridges eine Debatte an, nachdem ihr der Start bei den

britischen Meisterschaften untersagt worden war. Bis heute ringen viele Verbände um einen fairen Umgang mit Athletinnen und Athleten, die trans, inter und nicht binär sind.

Ross Tucker ist Bewegungsphysiologe, er arbeitet für den Weltrugbyverband World Rugby. Der Südafrikaner war Teil einer Expertengruppe, die 2020 festlegte, dass Transfrauen im Rugby nicht mehr in einem Frauenteam spielen dürfen, wenn sie erst nach der Pubertät ihre Geschlechtsangleichung begonnen haben.

SPIEGEL: Herr Tucker, wie bewerten Sie die Entscheidung der Fina?

Tucker: Ich halte sie für richtig und bin froh, dass sie getroffen wurde, aber sie hat mich auch überrascht. In den vergangenen Jahren gab es wenige Anzeichen, dass Sportverbände willens sind, sich nach der Biologie zu richten und nach der Mehrheitsmeinung unter Athletinnen. Schauen Sie sich etwa die Richtlinie an, die das Internationale Olympische Komitee im November beschlossen hat.

SPIEGEL: Das IOC hat festgelegt, dass keine Athletin ausgeschlossen werden



Wissenschaftler
Tucker

Cornelius Müller

Olympiasiegerin
Semenya: Vergebens
gegen Ausschluss
geklagt



Fabien Dubessay / AFP

dürfe, solange nicht nachgewiesen sei, dass sie einen Wettbewerbsvorteil habe. Den Nachweis, dass eine Transfrau ihren Konkurrentinnen gegenüber im Vorteil ist, müssen die Verbände erbringen.

Tucker: Das ist wissenschaftsfeindlich und kann nicht funktionieren. Im Endeffekt hat sich das IOC auf nichts festgelegt, sondern das Problem auf die Fachverbände abgewälzt.

SPIEGEL: Werden andere Verbände der Fina folgen?

Tucker: Das ist meine Hoffnung. Vor zwei Jahren, als wir das Regelwerk im Rugby geändert haben, hielten sich die anderen Verbände noch bedeckt. Viele hatten Angst, dass sie mit Klagen überhäuft werden, wenn sie festlegen, dass Frauensport nur biologischen Frauen offenstehen soll. Einige befürchteten, an den Kosten für Gerichtsprozesse bankrottzugehen. Die Fina hat die Entscheidung nun live bei YouTube übertragen, jeder konnte sich von den Argumenten überzeugen. Zudem hatte der Schwimmverband die Meinung der Athletinnen eingeholt, die sich in großer Mehrheit für die neue Regelung aussprachen. Das war wichtig.

SPIEGEL: Es gab heftige Reaktionen. Die US-Fußballerin Megan Rapinoe, eine einflussreiche Frauenaktivistin, bezeichnete die Entscheidung als »grausam« und »abstoßend«.

Tucker: Ich bin erstaunt über ihre Reaktion, sie müsste es eigentlich besser wissen. Sie ist Mitglied des besten Frauenteams der Welt, das vor wenigen Jahren ein Testspiel gegen eine männliche U-15-Mannschaft aus Dallas verlor, mit 2:5.

SPIEGEL: Warum tut sich der Sport so schwer mit Transathletinnen?

Tucker: Die Schwierigkeit liegt darin zu definieren, welche Personen am Frauensport teilnehmen dürfen, ohne dabei die Betroffenen zu beleidigen oder sie zu bevormunden, indem man ihnen ein Geschlecht oktroyiert. Wir leben in einer Zeit, in der die Trennung zwischen Mann und Frau, wie sie im Sport praktiziert wird, für



Rich von Eiberstein / Icon Sportswire / AP

Transschwimmerin Thomas in Atlanta im März: »Es ist zutiefst beunruhigend«

Teile der Gesellschaft nicht mehr zeitgemäß ist. Wenn sich ein biologischer Mann als Frau identifiziert oder andersherum, ist das in vielen Gesellschaftsbereichen unproblematisch. Im Sport ist das leider anders, denn es gibt nun mal Unterschiede im Leistungsniveau von biologischen Männern und Frauen.

SPIEGEL: Woran liegt das?

Tucker: Männer haben im Schnitt mehr Muskelmasse und weniger Fettmasse als Frauen, ein größeres Herz und eine größere Lunge, eine erhöhte Hämoglobinkonzentration im Blut, sie verfügen also über mehr Kraft und Ausdauer. Die physiologisch wichtigsten Unterschiede zwischen Männern und Frauen bilden sich in der Pubertät heraus. Deswegen müssen wir im Sport eine Kategorie schaffen für Menschen mit diesen physischen Vorteilen. Tun wir dies nicht, wird Sport für die Hälfte der Bevölkerung bedeutungslos.

Studien belegen, wie stark Männer Frauen körperlich überlegen sind. Mäßig trainierte oder untrainierte Männer besitzen im Schnitt 33 Prozent mehr Muskelmasse im Oberkörper als untrainierte Frauen, in den Beinen sind es sogar 40 Prozent. Männliche Leistungssportler sprinten etwa um 11 Prozent schneller als weibliche. Hinzu kommt der Sicherheitsaspekt: World Rugby begründete 2020 die Entscheidung für den Ausschluss von Transfrauen unter anderem mit der deutlich

größeren Wucht, die auf den Nacken einer Frau wirke, wenn ein männlicher, schwerer Körper sie zu Boden reiße – der Wert liege im Schnitt um 20 bis 30 Prozent höher, als wenn der Angriff von einer Frau erfolge.

SPIEGEL: Fürsprecher der Inklusion argumentieren, dass im sportlichen Wettkampf immer jemand einen physischen Vorteil habe. Der Rekordolympiasieger Michael Phelps etwa habe eine außergewöhnlich große Spannweite, auch für solche Ausnahmesportler gebe es keine eigenen Kategorien.

Tucker: Soll das zur Folge haben, dass wir Kategorien im Sport generell abschaffen? Das wäre unfair gegenüber Frauen. Nur durch die Einteilung in Männer- und Frauenwettbewerbe können wir weibliche Exzellenz wertschätzen. Es gibt Tausende Männer und Jungen, die schneller sprinten können als die amtierende 100-Meter-Olympiasiegerin.

SPIEGEL: Die Fina will nun neben Frauen- und Männerwettbewerben eine dritte, eine offene Wettkampfkategorie einführen. Ist das die Lösung für das Dilemma?

Tucker: Ich verstehe die Intention des Verbands, die Idee ist sicher gut gemeint. Gleichwohl kann ich nicht erkennen, welchen sportlichen Wert ein Wettkampf haben soll, bei dem sich das Teilnehmerfeld einzig über die individuelle Geschlechtsidentität konstituiert. Nehmen wir an, auf Startblock eins steht dann eine Transfrau, die sich keiner Hormonersatz-

therapie unterzieht – biologisch gesehen ist dieser Mensch also männlich. Daneben startet ein Transmann, der kein Testosteron nimmt, biologisch also weiblich ist. Die Konkurrenz wäre so heterogen, dass der Wettkampf bedeutungslos wäre.

SPIEGEL: Der Weltradsportverband UCI schreibt ab Juli vor, dass Transfrauen vor einem Start bei den Frauen mindestens zwei Jahre lang eine Hormonersatztherapie machen müssen und zu keiner Zeit einen bestimmten Testosterongrenzwert überschreiten dürfen – eine sinnvolle Regelung?

Tucker: Die Regularien der UCI greifen zu kurz. Studien zeigen, dass es für die körperliche Leistungsfähigkeit keinen großen Unterschied ausmacht, ob Transsportlerinnen für ein Jahr oder für zwei Jahre Testosteron unterdrücken. Das Problem ist, dass die männlichen Vorteile gegenüber Frauen durch eine Senkung des Testosteronspiegels zwar geringer, aber nicht aufgehoben werden. Wenn die UCI also behauptet, sie gewährleiste Fairness für alle, ist das eine Mutmaßung, keine faktenbasierte Aussage.

SPIEGEL: Auch andere Verbände haben Testosterongrenzwerte eingeführt, eine falsche Entwicklung?

Tucker: Ja, zumindest nach aktueller Studienlage. Biologie ist nicht revidierbar, der einmal erlangte Vorteil, in diesem Fall die vollzogene männliche Pubertät, lässt sich durch eine Hormonersatztherapie nicht völlig ausmerzen.

SPIEGEL: Kritiker monieren, die Datenlage sei zu dünn, es gebe keine validen Informationen darüber, wie sich eine Testosteronsenkung bei Leistungssportlern auswirke.

Tucker: Es stimmt, dass bislang wenige solche Untersuchungen durchgeführt wurden. Aber es gibt Grund zur Annahme, dass es sich bei ihnen sogar umgekehrt verhält: dass eine Transathletin mehr körperliche Vorteile konservieren kann als eine Untrainierte.

SPIEGEL: Einen anderen Weg geht der Deutsche Fußball-Bund. Vor einer Woche hat der DFB eine Regelung verabschiedet, die es nicht binären, Inter- und Transpersonen zukünftig freistellt, ob sie im Männer- oder im Frauenbereich spielen wollen, ausschlaggebend soll dabei einzig die geschlechtliche Identität sein. Kann das funktionieren?

Tucker: Der DFB begründet die Entscheidung unter anderem damit, dass »alle Menschen unterschiedliche körperliche Stärken und Fähigkeiten« hätten, »die nur gemeinsam im Team zum Erfolg führen, unabhängig vom Geschlecht«. Für mich liest sich das so, als wäre man sich im Verband durchaus darüber im Klaren, dass Männer Vorteile haben, nur scheint für den Verband Inklusion wichtiger zu sein als Fairness. Die Nachteile für Frauen werden weggewischt. Es ist eine Regelung, die Frauen diskriminiert.

SPIEGEL: Gibt es Sportarten, in denen Transfrauen problemlos bei den Frauen starten könnten, ohne dass es für die Konkurrentinnen unfair oder unsicher wäre?

Tucker: Im Reiten gibt es keine Geschlechtertrennung, die Leistungen sind vergleichbar. Auch im Sportschießen sind die Ergebnisse nahezu identisch, wenn man die Werte der vergangenen Olympischen Spiele vergleicht. Im Bogenschießen ist der Leistungsunterschied nur gering, er beträgt etwa 0,5 Prozent.

SPIEGEL: Wie lässt sich ein Flickenteppich an unterschiedlichen Regelungen vermeiden?

Tucker: Es würde helfen, wenn mehrere große Verbände ihre Regelungen synchronisier-

ten. Die Fifa und der Leichtathletikverband World Athletics haben nach der Fina-Entscheidung angekündigt, dass sie ihr Regelwerk überarbeiten wollen. Sollten sie dem Beispiel der Schwimmer folgen, wären drei der wichtigsten Sportverbände der Welt in Übereinstimmung mit der Wissenschaft, kleinere Verbände könnten dann folgen.

Das derzeitige Regelwerk von World Athletics (WA) steht seit Jahren in der Kritik. Der Verband verbietet Transfrauen und intergeschlechtlichen Personen den Start bei Rennen über 400, 800 und 1500 Meter sowie eine Meile, sofern sie ihren Testosteronwert nicht medikamentös unter einen Schwellenwert senken. Ursprünglich argumentierte WA dabei mit einer später in Teilen korrigierten Studie, die belegen sollte, dass Betroffene über diese Distanzen einen signifikanten Leistungsvorteil gegenüber Frauen mit durchschnittlichen Hormonwerten haben. Caster Semenya aus Südafrika, 2012 und 2016 Olympiasiegerin über 800 Meter, ging gegen diese Regel vor, scheiterte vor dem Sportschiedsgerichtshof Cas und vor einem Schweizer Bundesgericht.

Semenya, heute 31, ist intergeschlechtlich; sie verfügt über einen männlichen Chromosomensatz und einen für Frauen außergewöhnlich hohen Testosteronwert, bei Geburt wurde sie als Mädchen zugeordnet, durchlief aber die Pubertät ähnlich die der Jungen. Tucker war Mitglied des Expertenteams, das Semenya in der Auseinandersetzung mit dem Cas beriet.

SPIEGEL: Viele Jahre lang stritt der Sport über Sportlerinnen wie Semenya, heute geht es um Transathletinnen. Wo liegt der Unterschied?

Tucker: Wir können die Eigenschaften identifizieren, die Männer und Caster Semenya und Transfrauen gemeinsam haben. Sie sollten im Sport also gleichbehandelt werden: wie biologische Männer. Mir ist bewusst, dass sich einige Leute davon angegriffen fühlen werden, aber rein wissenschaftlich gesehen ist das ein Fakt. Die Fälle unterscheiden sich allein in ethischer Hinsicht: Semenya wurde als Mädchen sozialisiert. Wenn dir ein Sportverband 20 Jahre später sagt: Es ist falsch, wie du bislang gelebt hast, nimm Medikamente, nur dann darfst du bei den Damen starten – dann ist das etwas völlig anderes, als wenn es um eine Transfrau geht, also einen Menschen, der sich als Frau definiert.

SPIEGEL: Wie lässt sich das Problem lösen?

Tucker: Die Fina hat es aus meiner Sicht perfekt gelöst. Sie argumentiert nun: Es ist uns egal, ob du trans bist oder inter oder dich einfach nur als Frau identifizierst – wenn du die männliche Pubertät durchlaufen hast, darfst du nicht bei den Frauen starten, ohne Ausnahme. Ich vermute, die Leichtathletikfunktionäre haben sich ein paar Bierchen gegönnt, als die Fina ihre Entscheidung bekannt gegeben hat. Ihnen wurde ein Weg aufgezeigt, wie sie künftig ethischen Dilemmas wie im Fall Semenya entgehen können.

Interview: Thilo Neumann

Ohne Geld kein Ruhm

FUSSBALL Jahrzehntlang spielte das deutsche Nationalteam der Frauen um die Titel mit. Nun droht es den Anschluss zu verlieren. Was ist passiert?

Almuth Schult ist eine der bekanntesten deutschen Fußballerinnen. Die Torhüterin war achtmal Pokalsiegerin, feierte sechs deutsche Meisterschaften, mit der Nationalmannschaft war sie bei den bislang letzten Erfolgen dabei, dem Europameisterschaftstrophäe 2013 und dem Olympiasieg 2016.

Schult kämpft für den Fußball der Frauen, für dessen Anerkennung, für bessere Bedingungen. Doch nun wechselt die 31-Jährige nach neun Jahren beim Vorzeigeklub VfL Wolfsburg ins Ausland, zum Angel City FC nach Los Angeles. Sie wolle dazulernen: »Es ist auch eine Fortbildungsmaßnahme für mich«, sagt sie. Die Nationaltorhüterin will herausfinden, warum der Fußball der Frauen in den USA so viel populärer ist als in Deutschland.

Mit dem Weggang der Torhüterin in die USA verliert die Bundesliga der Frauen einen ihrer wenigen Stars. Er zeigt, dass die spannendsten Entwicklungen im Frauenfußball derzeit im Ausland stattfinden – ein Problem für Deutschland. Zweimal holte die DFB-Auswahl den WM-Pokal, aber der letzte Cupgewinn liegt 15 Jahre zurück. Bei der Weltmeisterschaft 2019 schieden die Deutschen bereits im Viertelfinale aus. Und auch der letzte der acht EM-Triumphe liegt nun schon neun Jahre zurück, 2017 war im Viertelfinale Schluss. Für die Olympischen Sommerspiele in Japan hatte sich die Nationalmannschaft nicht mal qualifiziert.

Die EM, die am kommenden Mittwoch beginnt, könnte für die DFB-Auswahl ähnlich kläglich enden. Selbst ein Aus schon nach der Gruppenphase ist denkbar.

Am zweiten Spieltag trifft die DFB-Auswahl auf die starken Spanierinnen. Im April spielte Almuth Schult mit dem VfL Wolfsburg im Camp Nou gegen den FC Barcelona, es sollte ein Highlight werden vor 91.648 Zuschauern, Weltrekord für Frauenfußballspiele. Doch auf dem Feld lähmte die Kulisse die VfL-Spielerinnen. »Wir haben auf dem Platz nicht mehr so miteinander kommunizieren können, wie wir es gewohnt sind«, sagt Schult.



DAVID MCINDYRE / ZUMA PRESS / CALSP / AP

Olympiahebin Hubbard 2021

Aus der Bundesliga kannten die Wolfsburgerinnen eine solche Euphorie nicht. Sieben deutsche Nationalspielerinnen standen in der Startaufstellung des VfL, für Barcelona liefen acht spanische Auswahlspielerinnen auf. 0:4 stand es nach 38 Minuten, 1:5 am Ende.

Wenige Wochen vor dem EM-Start sitzen die deutschen Nationalspielerinnen in einem Gebäude auf dem »Herzo Base«, dem Adidas-Standort in Herzogenaurach, an Tischen oder auf Couches und warten auf Journalisten. Es ist Medientag, die Pressevertreter sollen mit den Spielerinnen ins Gespräch kommen. Einige weniger bekannte Fußballerinnen warten vergebens, sie sitzen verloren auf den Stühlen, gucken auf ihre Handys, am Ende befragen sich einige gegenseitig.

Viel Betrieb ist vor allem bei Schult und Sara Däbritz. Däbritz ist eine der wenigen Stars im Team, sie hat 200 000 Follower bei Instagram. Die Mittelfeldspielerin mit den langen schwarzen Haaren ist eine von nur zweien, die im Ausland spielen. Sie war für Paris Saint-Germain in Frankreich aktiv und spielt ab der kommenden Saison für Olympique Lyon. Sie lobt die überragende PSG-Fankultur und wie gut man sich dort entwickeln könne, »man kann viel voneinander lernen«, sagt sie.

Zur EM beschwört die 27-Jährige die Erfolge der Vergangenheit: »Wir sind Deutschland«, sagt sie. Wohl wissend, dass die rasante Entwicklung des Fußballs der Frauen in Ländern wie England, Frankreich und Spanien deutsche Erfolge schwerer machen.

Zu normalen Ligaspielen kommen auch anderswo in Europa nicht viele Fans. Allein den internationalen Klubs gelingt es, bei großen Spielen ihren Anhang zu mobilisieren, nicht nur in Barcelona. 49 094 Zuschauer waren im Wembley-Stadion im englischen Pokalfinale dabei, 17 531 beim deutschen Endspiel in Köln.

Als neuer Trendsetter gilt England, dort gibt es eine reine Profiligas. Bestehende Männerklubs finanzieren seit einigen Jahren die Frauenabteilungen. Das erklärte Ziel: 2022 im eigenen Land erstmals einen Titel im Fußball der Frauen zu gewinnen. »Time for change« nennt sich das Konzept des Verbands.

»In England wird in großen Arenen gespielt, da herrscht Aufbruchstimmung«, sagt Torhüterin Schult, die das aus der Bundesliga häufig anders kennt: »Es gibt diverse Orte, wo die Kabine sehr klein ist, nur eine



Michael Memmler / Elbner-Pressefoto / picture alliance

Nationalspielerin Schult: Auf Fortbildungsreise in die USA

Toilette für 18 Spielerinnen zur Verfügung steht und der Physiotherapeut seine Liege nicht aufbauen kann.«

Nationalspielerin Melanie Leupolz, die bei der EM wegen ihrer Schwangerschaft fehlen wird, beschrieb den Unterschied nach ihrem Wechsel von Bayern München in Richtung FC Chelsea einmal so: »Wir haben drei feste Physios und einen Arzt, das kannte ich so aus dem Frauenfußball überhaupt nicht. Wir sind auf dem gleichen Trainingsgelände wie die Männer, haben also auch dort überragende Bedingungen.«

Die TV-Übertragung in England übernehmen die etablierten Sender BBC und Sky, das ist reizvoll für Topspielerinnen, die mit Sponsoren ihr Einkommen verbessern. Der deutschen Liga »fehlt dagegen diese Sichtbarkeit«, beklagt Wolfsburgs ehemaliger Trainer Stephan Lerch. Hierzulande kann die Spiele nur regelmäßig live verfolgen, wer ein MagentaTV-Abo hat.

Ganz anders die Verhältnisse in den USA, insbesondere in Los Angeles. Eine Gruppe berühmter Frauen, darunter die US-Schauspielerinnen Natalie Portman und der Tennistar Serena Williams, hatten sich dort die Frage gestellt, warum es in der kalifornischen Großstadt keinen Topklub im Fußball der Frauen gibt. Also gründeten sie vor zwei Jahren Angel City FC. Mit Schult im Tor wollen sie ihre Bekanntheit auch in Europa stärken – und um Titel spielen.

Schult, die bei der EM die Nummer zwei im Tor sein wird, imponiert dieser Gründergeist. »Das ginge in Deutschland so ja überhaupt nicht,

weil man nicht einfach in der ersten Liga starten kann. Hier gäbe es erst mal eine Debatte um mangelnde Tradition«, sagt sie.

16 000 Dauerkarten hat der Angel City FC verkauft. Bei Schults ehemaligem Verein in Wolfsburg, dem aktuellen deutschen Meister, lag der Zuschauerschnitt zuletzt bei 1219 Fans pro Heimspiel. Die Klubchefinnen von Angel FC, Stars aus den unterschiedlichsten Bereichen, werden demnächst auf der Tribüne sitzen, »Happening« ist garantiert.

Erste Ansätze, den Frauenfußball auch hierzulande wieder attraktiver zu machen, gibt es immerhin. So hat Eintracht Frankfurt vor zwei Jahren die Bundesligalizenz des Traditionsvereins 1. FFC Frankfurt übernommen und erreichte in der vergangenen Saison den besten Zuschauerschnitt. Die einstigen FFC-Spielerinnen haben nun eine größere finanzielle Sicherheit. Fünf Spielerinnen stellt der Klub im DFB-Kader für die EM, darunter Abwehrspielerin Sara Doorsoun.

Die langjährige Wolfsburgerin war vor einem halben Jahr nach Frankfurt gewechselt. Sie erzählt von dem Drive, der dort herrsche, von der besonderen Fanszene, von der Reise, die die Eintracht-Spielerinnen zum Europa-League-Finale der Männer nach Sevilla machen durften.

Und trotzdem ist selbst in Frankfurt der Weg zu optimalen Bedingungen noch weit. Doorsoun: »Wir müssen in ein externes Gym fahren, dort trainieren und dann zurück zum Klub fahren, um vom Physio behandelt zu werden.«

Jan Göbel, Benjamin Knaack

Schwächeanfall

Turnierbilanz der deutschen Fußballnationalmannschaft der Frauen

■ Turniersieg
■ vor dem Endspiel ausgeschieden

2000	Olympia
2001	EM
2003	WM
2004	Olympia
2005	EM
2007	WM
2008	Olympia
2009	EM
2011	WM
2013	EM
2015	WM
2016	Olympia
2017	EM
2019	WM
2021	Olympia

■ Grafik

DER SPIEGEL

8 Prämien zur Wahl

Jetzt eine neue Leserin oder einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!



TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT

DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.



Le-Creuset-Pfannenset, 2-teilig

Für alle Herdarten geeignet, mit großen Bratflächen. Größen: 24 und 28 cm. Ohne Zuzahlung.



Faltliege Nassau – rot/beige

Aus geöltem Eukalyptusholz und mit Wendeauflage. Aufstellmaße: ca. 186 × 55 × 56 cm. Ohne Zuzahlung.



€100,- Prämie

Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch!



KitchenAid-Küchenmaschine

Küchenhelfer mit 4,28-Liter-Schüssel und vielen Extras.
Maße: 35 × 35 × 22 cm. Zuzahlung: € 229,-.



reisenthel-Carrycruiser

Allround-Genie für den täglichen Einkauf. Mit Tragegurt.
Maße: ca. 42 × 33 × 45 cm. Ohne Zuzahlung.

Einfach jetzt bestellen:

 **abo.spiegel.de/p22**

oder telefonisch unter:
040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis
von nur € 5,60 statt € 6,10 im
Einzelkauf.





Wie Irrlichter umschwirren Hunderte Glühwürmchen auf dem Foto, das durch Langzeitbelichtung entstand, die Birkenstämme in einem nächtlichen Wald in der Nähe der ungarischen Stadt Salgótarján. Der Name der Insekten ist doppelt irreführend. Bei den erleuchteten Kerbtieren handelt es sich nicht um Würmer, sondern um Käfer. Und ihr geisterhaftes Licht wird nicht wie in einer elektrischen Glühbirne erzeugt; vielmehr senden sie kaltes Licht aus, das durch eine chemische Reaktion entsteht, mit einer ähnlich hohen Lichtausbeute wie bei einer LED.

Peter Komka / epa

Vorfahrt für Elektroautos

ANALYSE Warum kein Hersteller Pkw bauen will, die mit E-Fuels betankt werden

Das war es dann für Autos mit Benzin- oder Dieselmotor. Mit dem Beschluss der europäischen Umweltminister in der Nacht zu Mittwoch steht fest: Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten tragen das zuvor schon von Kommission und Parlament verkündete Ende der Verbrenner mit. Jetzt sind sich alle drei europäischen Institutionen im Grundsatz einig. Ab dem Jahr 2035 dürfen nur noch Neuwagen auf den Markt kommen, die kein CO₂ ausstoßen. Faktisch heißt das: Vorfahrt für Elektroautos.

Noch während der entscheidenden Sitzung sorgte die deutsche Bundesregierung für Verwirrung: Ja zu den Klimazielen, Ja zu 100 Prozent emissionsfreien Autos 2035, aber auf Drängen der FDP auch Ja zu einer Zukunft mit Verbrennungsmotoren, die allerdings nur mit E-Fuels betankt werden dürften. Wie das zusammenpasst? Kurz gesagt: gar nicht. E-Fuels, also mit Ökostrom erzeugte synthetische Kraftstoffe, könnten zwar theo-

retisch klimaneutral hergestellt werden. Doch im Vergleich zu Batterieantrieben wäre die fünf- bis sechsfache Menge erneuerbarer Energie nötig, um Autos mit E-Fuels zu betreiben, rechnet die Umweltorganisation Transport & Environment in einer neuen Studie am Beispiel von VW- und BMW-Modellen vor. Unter realistischen Bedingungen würden im Lebenszyklus eines im Jahr 2030 gekauften E-Fuel-Wagens nur fünf Prozent CO₂-Äquivalente gegenüber reinen Benzinern gespart. Kommission und Parlament hatten E-Fuel-Schlupflöcher für den Verbrennungsmotor deshalb eigentlich verworfen.

Theoretisch gäbe es zwei Möglichkeiten – beide schlecht. Grüner Sprit wird in herkömmlichen Autos an herkömmlichen Tankstellen beigemischt, bringt aber ökologisch wenig. Effektiver wäre eine Exklusivlösung, bei der mithilfe von Sensoren im Tank und leicht veränderten Zapfanlagen sichergestellt wird, dass wirklich nur E-Fuels getankt werden und nicht herkömmliche Kraftstoffe. So verlangt es auf Betreiben der Bundesregierung jetzt auch der EU-Ministerrat. Nur, wofür soll es gut sein, jetzt noch eine parallele Infrastruktur aufzubauen? Und wer baut die Fahrzeuge für diesen teuren Umweg? Kein Autohersteller plant deshalb derzeit den Bau von Autos, die ausschließlich mit E-Fuels betankt werden können. Arvid Kaiser

Zeckensommer im Bergland

PARASITEN Die gute Nachricht zuerst: Das Robert Koch-Institut (RKI) meldet für 2021 einen Rückgang bei der von Zecken übertragenen gefährlichen Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME). Insgesamt seien 390 FSME-Erkrankungen übermittelt worden. Dies entspreche einer Abnahme um 45 Prozent gegenüber dem Rekordwert von 712 FSME-Erkrankungen im Jahr davor. Allerdings: Durch einen technischen Fehler hätten rund fünf Prozent der Fälle nicht gezählt werden können, schreibt das RKI. Dass die Fälle gerade im Jahr 2020 so hoch waren, könnte mit der Pandemie zusammenhängen; aufgrund der Coronamaßnahmen verbrachten die Menschen mehr Zeit in der Natur. Doch auch schon in den Jahren davor hatte das RKI einen Anstieg der Fallzahlen registriert. Die RKI-Zahlen sind folglich kein Grund zur Entwarnung.

»Die aktuellen Zahlen klingen zunächst, als hätten wir es mit einem Gesamtrückgang zu tun«, sagt Gerhard Dobler, Leiter des Nationalen Konsiliarlabors FSME am Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr in München. Doch der Eindruck täusche: »Man darf die aktuellen Zahlen nicht nur mit dem Spitzenjahr 2020 vergleichen«, sagt er. Betrachte man die Infektionszahlen zwischen 2001 und 2016, werde deutlich, dass die FSME-Fälle auch im vergangenen Jahr über dem Schnitt gelegen hätten. Dobler rechnet zudem damit, dass die FSME-Erkrankungen in diesem Jahr wieder deutlich über denen des Vorjahres liegen werden. »Das können wir bereits an den aktuellen Fallzahlen ablesen«, sagt er.

Erklären lässt sich der Anstieg unter anderem damit, dass sich infizierte Zecken durch Wetterveränderungen heute in höheren Lagen verbreiten, wo es auch viele Wanderer gibt. »Früher haben wir die FSME

nur bis zu Höhen von 500 Metern gesehen, heute kommt sie auch auf 600 oder sogar 700 Meter Höhe vor«, sagt Dobler. »Die Zahl der im Allgäu und im Voralpenland gemeldeten FSME-Fälle ist heute deutlich höher als noch vor 15 Jahren. Das Gleiche sehen wir in Mittelgebirgsregionen in Sachsen und in Thüringen.« IRB, KRY



Zecke

Ladislav Kubec / Getty Images

»Es gibt da einen fatalen Wettbewerb«

SUCHT Die Uno warnt: Cannabis wird immer stärker, mehr Konsumenten landen in der Psychiatrie. Was lässt sich tun?



Heino Stöver, 66, arbeitet am Institut für Suchtforschung der Frankfurt University of Applied Sciences.

SPIEGEL: Herr Stöver, der aktuelle Bericht der Vereinten Nationen zum Cannabis-konsum liest sich teilweise recht alarmistisch, wie beurteilen Sie die Entwicklung?

Stöver: Tatsächlich haut die Uno bei dem Thema immer mächtig auf den Putz. Da geht es vor allem darum, die Weltöffentlichkeit vor Drogen zu warnen. Leider sind diese Berichte wissenschaftlich schwach und vor allem dogmatisch geleitet. Die Berichte der europäischen Drogenmonitoring-Behörde EMCDDA in Lissabon dagegen sind wissenschaftlich fundiert.

SPIEGEL: Aber auch der europäische Bericht warnt vor dem immer höheren Wirkstoffgehalt in Cannabisprodukten wie Gras und Hasch, vor allem durch synthetische Cannabinoide.

Stöver: Ja, das ist wirklich gefährlich, in diesem Punkt hat

der Uno-Bericht recht. Der THC-Gehalt ist teilweise von 6 auf 20 Prozent angestiegen, es gibt da einen fatalen Wettbewerb zwischen den Produzenten, die versuchen, sich mit Cannabis, das richtig knallt, zu übertrumpfen. Unerfahrene Nutzer wissen oft gar nicht, was sie da rauchen, dann liegen sie plötzlich nachts vor dem Klub auf der Straße und haben vergessen, wie sie heißen. Aber die entscheidende Frage ist doch,

wie wir die Konsumenten am besten vor gefährlichen Nebenwirkungen schützen.

SPIEGEL: Welche Methoden wären das aus Ihrer Sicht?

Stöver: In Deutschland nehmen mehr als 80 000 Menschen medizinische Cannabisprodukte ein; die sind niedrig dosiert, gut verträglich, und vor allem wird die Herstellung strengstens überwacht. Beim medizinischen Cannabis gibt es keinen Wettlauf zu immer höherem Wirkstoffgehalt. Mit strengen Herstellerkontrollen könnte man den Cannabismissbrauch viel besser in den Griff bekommen als durch strafrechtliche Verfolgung.

SPIEGEL: Muss nicht mehr getan werden, wenn die Zahl der mit Cannabissucht behandelten Menschen ansteigt?

Stöver: Genau deshalb müssen wir jetzt schnell handeln. Der Schwarzmarkt stellt ein Gesundheitsrisiko dar. Stellen Sie sich vor, Alkohol wäre verboten, Sie würden auf dem Schwarzmarkt Flaschen mit durchsichtiger Flüssigkeit angedreht bekommen und wüssten dabei nicht: Ist das Weißwein oder Wodka? Genau das ist doch die Situation mit Cannabis. Wenn wir hier eine Regulierung hätten wie in den niederländischen Coffeeshops, dann könnten sich die Nutzer orientieren, was sie da eigentlich kaufen.

SPIEGEL: Viele Kritiker nennen die Niederlande eher als abschreckendes Beispiel für weltweiten Drogentourismus.

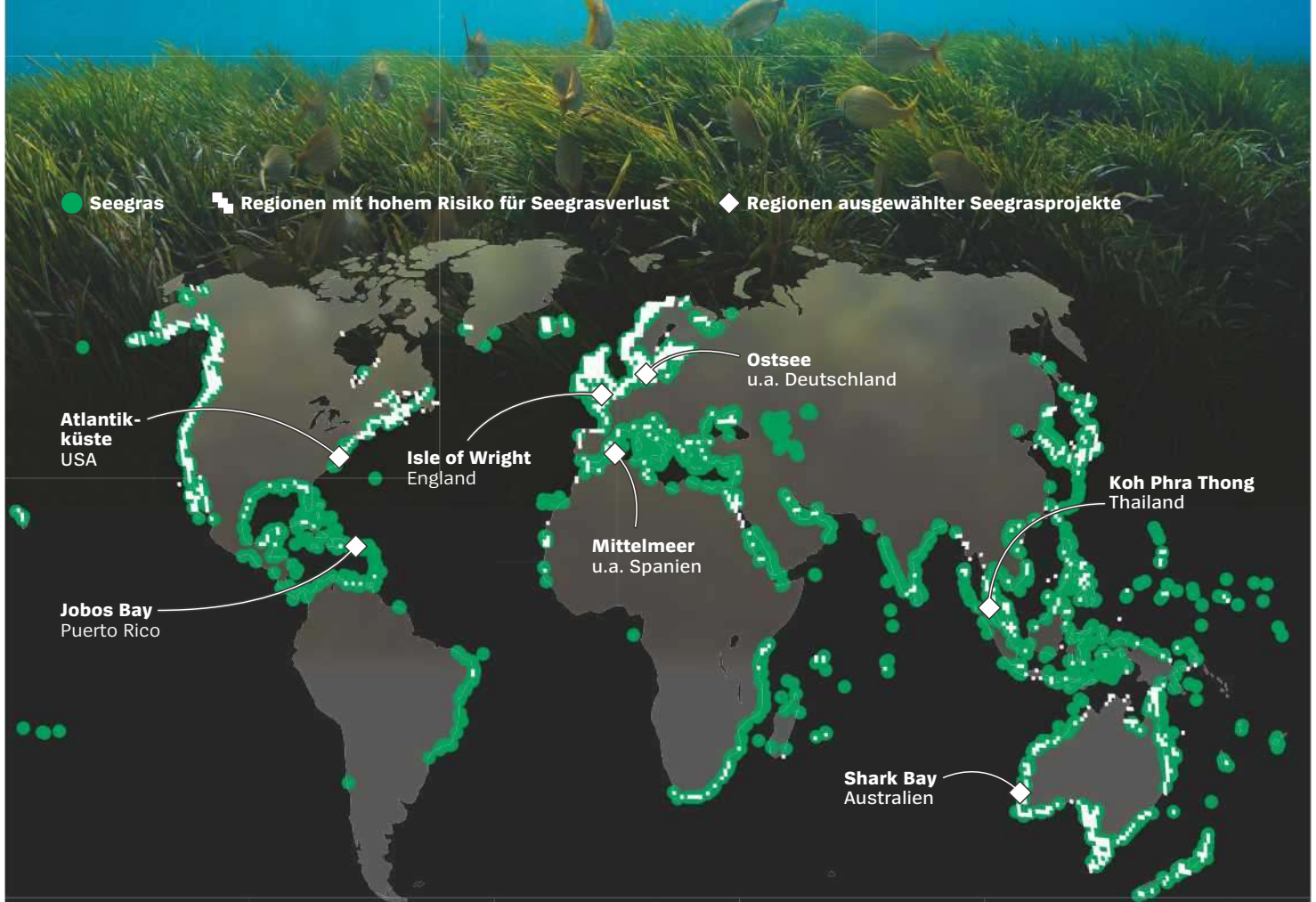
Stöver: Die Probleme dort liegen aber weniger in der niederländischen Gesetzgebung als in der mangelnden Aufklärung und Transparenz in den Herkunftsländern der Drogentouristen. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags hat 2019 die Faktenlage durchleuchtet in Ländern, wo Drogen legalisiert wurden, darunter einige US-Bundesstaaten, Kanada, Belgien, Uruguay, Portugal und natürlich der Klassiker, die Niederlande. Das Ergebnis war dann eindeutig: »Die Drogenpolitik der Niederlande führte zu einem Rückgang der Konsumenten harter Drogen auf ein Niveau, das unterhalb des Niveaus der meisten Länder Westeuropas und den USA lag.« HIL



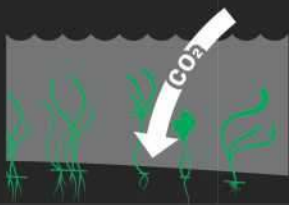
Michael Kuenne / Presscov / ZUMA PRESS / picture alliance

Wälder am Meeresgrund

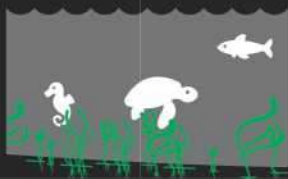
UMWELT Seegraswiesen können auf gleicher Fläche mehr Kohlendioxid speichern als tropische Regenwälder. In der Ostsee erproben Biologen nun, die Gewächse anzupflanzen. Können die Unterwasserpflanzen helfen, den Klimawandel aufzuhalten?



Alleskönner der Meere



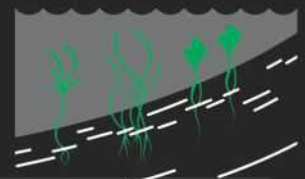
Klimaregulierung
Seegraswiesen speichern Kohlenstoff und helfen, den Klimawandel zu mildern.



Biodiversität
Die dichten Gräser bieten vielen Tieren Nahrungsgrundlage und ein Habitat.



Seuchenkontrolle
Die Pflanzen verringern die Belastung durch Krankheitserreger wie Vibrien.



Küstenschutz
Küstenerosion wird durch die Gewächse vermindert, sie schützen vor Überschwemmungen und Sturmfluten.

■ Quellen: UNEP-WCMC; PNAS; GRID-Arendal

[M] Jose M. Pinatel / Getty Images

Vor einem Jahr haben die Ökologen Tadhg Ó Corcora und Thorsten Reusch am Meeresgrund ein Allerweltsgewächs angepflanzt. Nun sind die Wissenschaftler des Geomar-Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung in die Kieler Förde zurückgekehrt, um zu erkunden, wie sich ihre Seegraswiese entwickelt hat. Denn die unscheinbaren Salzwasserpflanzen sollen helfen, das Weltklima zu retten.

Weltweit bedecken um die 70 Seegrasarten schätzungsweise bis zu 270 000 Quadratkilometer Meeresboden, eine Fläche, etwa so groß wie Neuseeland. Die Pflanzen kommen auf allen Kontinenten außer der Antarktis vor. Ihre Vorfahren lebten einst an Land, vor rund hundert Millionen Jahren eroberten sie die Ozeane. Die Meeresweiden mit ihren bis zu 1000 grünen Sprossen pro Quadratmeter sind ökologisch ebenso wichtig wie die farbenfrohen Korallenriffe: Seegraswiesen schützen den küstennahen Meeresboden vor Erosion, dienen Fischarten wie dem Hering, dem Kabeljau oder dem Pazifischen Pollack («Alaska-Seelachs») als Schlafzimmer und Kinderstube, sie versorgen das Wasser mit Sauerstoff und säubern es von Schwebstoffen und gefährlichen Krankheitserregern. Vor allem aber kann Seegras enorme Mengen Kohlenstoff speichern – und könnte damit ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die globale Erwärmung werden.

Reusch schnorchelt durchs flache Wasser, um Blattproben der Pflanzen für Genuuntersuchungen im Labor zu nehmen. Ó Corcora klopft mit einem Gummihammer Kunststoffrohre in den Boden. Er sammelt Sedimentproben, mit denen er später den Kohlenstofftransport im Untergrund untersuchen will. Rund um die Seegraswiese tobt das Leben: Eine Gruppe von Sandaalen schlängelt sich durchs Wasser, zwischen den grünen Halmen sind ein Seestern, ein Lippfisch und mehrere Quallen zu erkennen.

In geringer Wassertiefe nutzen die Blätter das Sonnenlicht für die Photosynthese. Dabei entziehen sie dem Wasser Kohlendioxid und produzieren Zucker. Ein Team um die Biologin Maggie Sogin von der University of California in Merced hat kürzlich errechnet, dass weltweit zwischen 0,67 und 1,34 Millionen Tonnen Zucker im Boden unter den Seegraswiesen enthalten sein könnten. Im Wurzelbereich ist demnach die Konzentration von Saccharose ungefähr 2000-mal so hoch wie im Meerwasser.

Wenn die Pflanzen sterben, sinken sie auf den Meeresboden hinab. Und weil dieser fast sauerstofffrei ist, wird das organische Material nicht durch Bakterien zersetzt. Die Seegräser sondern außerdem chemische Verbindungen ab, sogenannte Phenole, die sogar spezialisierte Mikroorganismen davon abhalten, die Saccharose abzubauen. So entstehen über Tausende Jahre dicke Matten. In ihnen bleibt der Kohlenstoff gespeichert, eine Art Unterwassermoor.

Dass der Treibhausgasanstieg in der Atmosphäre nicht noch stärker ausfällt, liegt auch an den Weltmeeren, die etwa ein Drittel der menschengemachten CO₂-Emissionen schlucken. Zehn Prozent des Gesamtausstoßes werden dabei von Pflanzen in ufernahen Bereichen der Meere aufgenommen. Dazu gehören die Seegräser. Diese Ökosysteme bedecken noch nicht einmal 0,2 Prozent des weltweiten Meeresbodens – doch in ihnen ist halb so viel Kohlenstoff gebunden wie in allen Landpflanzen der Erde. Seegraswiesen vermögen bis zu 35-mal so schnell Kohlenstoff zu binden wie tropische Regenwälder.

Wenn die Menschheit es wirklich schaffen will, die Erderwärmung zu begrenzen, muss sie spätestens ab der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts im großen Stil Kohlendioxid aus der Atmosphäre entfernen. Fachleute sprechen von negativen Emissionen. Für diese Jahrhundertaufgabe gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, keine davon ist perfekt. Die Endlagerung von CO₂ unter der Erde beispielsweise ist sehr energieaufwendig. Auch die Wiederaufforstung ist eine große Herausforderung. Zum einen müsste dafür wohl der weltweite Fleischkonsum sinken, zum anderen würden die Bäume den in ihnen gebundenen Kohlenstoff teilweise wieder abgeben, wenn sie absterben oder es zu einem Waldbrand kommt.



»Seegras allein wird nicht ausreichen, um den Kohlenstoffausstoß auf Nettonull zu senken.«

Angela Stevenson,
Biologin am
Institut Geomar

Anpflanzung in der Kieler Förde:
Mühselige Unterwassergärtnerie



Wasserpflanzen sind da eine gute Alternative. Nach etwa zwölf Jahren, so hat eine Studie gezeigt, kann eine künstlich angelegte Seegraswiese so viel Kohlenstoff binden wie eine natürlich entstandene. Ob das auch in der Praxis funktioniert, wird derzeit weltweit in Forschungsprojekten untersucht.

Das Problem: Es gibt bisher keine Anbaumethode, die großflächig funktioniert. Diese Erfahrung musste auch das Geomar-Team machen. Es hat neben der Versuchsfläche in der Kieler Förde auch noch an der Schleimündung bei Maasholm und – in diesem Frühjahr – in der Gelteringer Bucht Seegras gepflanzt. Die Pflanzen waren zuvor behutsam natürlichen Seegrasfeldern entnommen und in Becken im Geomar kultiviert worden. Auf den ersten Blick scheint der Plan aufgegangen zu sein: Zwischen Mai und November des vergangenen Jahres, sagt Reusch, sei auf der Versuchsfläche die Zahl der Seegrasssprossen je Quadratmeter von 8 auf 300 bis 400 angewachsen. »Das war explosionsartiges Wachstum«, freut sich der Meeresforscher, »und es spricht dafür, dass unser Ansatz funktioniert.« Nur ist die Gesamtfläche noch immer recht klein.

Ein Team der University of Virginia arbeitet schon länger an einem ähnlichen Projekt. Vor der Delmarva-Halbinsel im Atlantik, unweit der Einmündung der Chesapeake Bay, werden Jahr für Jahr die Seegrassflächen vergrößert, ein mühsames Unterfangen. Immerhin haben die Forschenden eine interessante Klimabilanz ermittelt: Auf jedem Quadratkilometer können die Seegrasswiesen 42 Tonnen CO₂ pro Jahr binden, das entspricht in etwa den Emissionen eines US-Mittelklassehaushalts.

Für die gesamte deutsche Ostseeküste hat die Geomar-Forscherin Angela Stevenson ausgerechnet, dass schon in den natürlich dort wachsenden Seegrasswiesen etwa 8,14 Millionen Tonnen Kohlenstoff gespeichert sind. Und jedes Jahr kommen bis zu 56 000 Tonnen hinzu. An insgesamt 20 Standorten hat Stevenson für ihre Arbeit Proben genommen. Die Frankokanadierin ist am Meer aufgewachsen, am Ufer des Sankt-Lorenz-Golfs. In ihrem Heimatort, sagt sie, habe es kaum Kinder zum Spielen gegeben. Also ist sie das ganze Jahr am Ufer herumgestreift, hat die Vielfalt des dortigen Lebens kennengelernt – und gesehen, wie der Klimawandel das Ökosystem nach und veränderte.

Als Wissenschaftlerin hat sie diese Veränderungen dokumentiert. Doch

nun will sie das Problem nicht mehr nur beschreiben, sondern an Lösungsansätzen forschen. Aktuell, so Stevenson, gibt es im deutschen Teil der Ostsee 285 Quadratkilometer Seegraswiesen. Wenn sich die Wasserqualität bessere, etwa indem der schädliche Nährstoffeintrag aus der Landwirtschaft gesenkt werde, könnten sie in den kommenden gut 40 Jahren auf weiteren 57 Quadratkilometern ganz von selbst wieder wachsen. Aber das wäre nicht das Allheilmittel in der Klimakrise. »Seegras allein wird natürlich nicht ausreichen, um den Kohlenstoffausstoß auf Nettonull zu senken«, sagt sie.

Derzeit geht der Trend ohnehin in die andere Richtung. Weltweit schrumpfen die Seegraswiesenflächen; rund ein Fünftel sind seit Beginn der wissenschaftlichen Aufzeichnungen verschwunden. Bis heute hält diese Entwicklung an: Jedes Jahr, so eine Schätzung, gehen sieben Prozent aller Seegraswiesen verloren. Alle halbe Stunde wird demnach Unterwasserregenwald von der Größe eines Fußballfelds zerstört – was die globale Erwärmung anheizt: Die fortlaufende Zerstörung des Seegrases könnte pro Jahr CO₂-Emissionen von 50 bis 300 Millionen Tonnen verursachen.

Gut untersucht ist ein Vorfall in der Shark Bay an der Westküste Australiens. Über den Jahreswechsel 2010/11 kam es in dem Meeresgebiet zu einem gigantischen Sterben. Damals gingen binnen kürzester Zeit fast 1000 Quadratkilometer von insgesamt 4300 Quadratkilometer großen Unterwasserweiden verloren. Im Zuge einer marinen Hitzewelle waren die Wassertemperaturen um zwei bis vier Grad Celsius gestiegen. Auf diese Weise wurden in den Folgejahren bis zu neun Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt.

Von allein erholen und vergrößern sich Seegraswiesen nur langsam. Wer ihre Ausbreitung fördern will, muss sie deshalb aktiv anpflanzen. Nur ist die Sache leider ziemlich kompliziert: Seegräser können sich mithilfe von Wurzelstöcken ungeschlechtlich ausbreiten, zum anderen können sie sich über Samen vermehren. Der zweite Weg sorgt für mehr genetische Diversität – und damit für bessere Überlebensbedingungen bei sich ändernden Umwelteinflüssen. Doch bisher hat kaum ein Seegrasprojekt Erfolg bei der Aussaat gehabt, eine Ausnahme ist das vor der Küste von Virginia.

Ein Vorhaben der Marikom GmbH in Rostock will das Setzen der Spro-



Christoph Seidler / DER SPIEGEL



Dr. Florian Huber / Submaris

sen effektiver machen. »Pflanzen in den Boden zu drücken, Loch für Loch, das dauert zu lange«, sagt Doktorandin Daniela Glück. Mit 185 000 Euro gefördert von der umstrittenen Stiftung Klima- und Umweltschutz MV, die die Pipeline Nord Stream 2 vorantreiben sollte, arbeitet Glück zusammen mit Kollegen deswegen an einem Ansatz, der an das Verlegen von Rollrasen erinnert. Die einzelnen Seegraspflanzen – sie wurden nach Stürmen am Strand eingesammelt – werden an Land in einer Gitterstruktur aus Hanffasern befestigt.

Auf einer Sandfläche am künstlichen Riff Rosenort, etwa zwei Kilometer vor Graal-Müritz, haben Taucher in diesem Frühjahr die ersten 24 Quadratmeter solcher Matten verlegt. Das Seegras befindet sich in sechs Meter Wassertiefe. Ideal ist das jedoch nicht, weil die Pflanzen dort nicht mehr allzu viel Sonnenlicht empfangen.

In anderen Ländern ist man weiter. Der Meeresbiologe Eduardo Infantes von der Universität Göteborg gehört zu einem Team, das bereits länger an der Renaturierung von Seegrasswiesen an der schwedischen Westküste arbeitet. »Begonnen haben wir mit quadratmetergroßen Flächen – im ver-

Biologe Reusch, Seestern in Meereswiese: Explosionsartiges Wachstum

»Wir hoffen, dass sich das Seegras den höheren Temperaturen anpassen kann.«

Thorsten Reusch, Ökologe

gangenen Jahr haben wir einen Hektar bepflanzt«, sagt er.

Billig ist das Ganze nicht. Pro Hektar Anpflanzung rechnet Infantes mit rund 100 000 Euro. Das Ausstreuen von Samen habe sich dabei nicht gelohnt, die Verluste seien einfach zu hoch, sagt der Meeresbiologe: Die Samen würden von den Meeresströmungen fortgetragen oder von Strandkrabben gefressen. »Wir konzentrieren uns daher inzwischen darauf, mit Sprossen zu arbeiten und die Technologie zu verbessern.«

Geomar-Forscher Reusch und seine Leute haben bisher als Unterwassergärtner Pflanze für Pflanze in den Boden gedrückt. Doch eigentlich hofft er, die Sache mit den Samen doch noch irgendwie in den Griff zu bekommen.

»Ich gebe nicht gern auf«, sagt er. Bisher überleben nur etwa zehn Prozent der Samen. Der Forscher sagt, das liege auch am Zeitpunkt der Aussaat. Statt wie bisher üblich im Oktober will er das Saatgut lieber im März in den Boden bringen. Dazu plant er, eine Million Samen in Klimakammern überwintern zu lassen. »Wir brauchen noch drei bis fünf Jahre, bis die Verfahren effektiv sind«, sagt er.

Aber wird das Seegras überhaupt in den immer wärmer werdenden Meeren zurechtkommen? Tropische Korallenriffe wie das Great Barrier Reef sind wegen der Klimakrise schon jetzt dem Untergang geweiht. »Beim Seegras wird das Limit in 10 bis 20 Jahren erreicht sein«, sagt Forscher Reusch. »Wir hoffen, dass sich das Seegras bis dahin den höheren Temperaturen anpassen kann.«

Um das herauszufinden, haben die Biologinnen und Biologen am Geomar unlängst einen öffentlichkeitswirksamen Versuch gestartet. Auf einem Schwimmponton in der Kieler Förde stehen sechs schwarze Becken, in denen Seegras angepflanzt wurde. Einige der Tanks werden nun geheizt: ein, zwei, drei und vier Grad Celsius mehr als in der Förde. So sollen die Pflanzen zeigen, welche Wassertemperaturen sie gerade noch aushalten. Die Überlebenden könnten dann Ausgangspunkt für künftige Pflanzen und Samen sein, mit denen weitere Flächen vor Deutschlands Küsten bepflanzt werden.

Im Moment ist die Ostsee noch vergleichsweise kühl. Selbst im heißesten Tank haben die Pflanzen keine Probleme. Doch das kann sich im Hochsommer ändern.

Christoph Seidler

Virenjagd in der Kloake

PANDEMIE Abwassertests sollen verhindern, dass Deutschland im Blindflug in den Coronaherbst stürzt. In vielen Nachbarländern bewährt sich ein solches Frühwarnsystem bereits.

Im Kanalnetz von Wien jagt Norbert Kreuzinger einen unsichtbaren Feind. Das unterirdische Labyrinth ist 2500 Kilometer lang. Dreimal die Woche lässt der Professor für Wasserwirtschaft Wasserproben entnehmen, die er dann in seinem Labor an der Technischen Universität Wien auswertet. Auf diese Weise versucht der Forscher frühzeitig zu erkennen, ob sich neue Coronavirusvarianten verbreiten oder ob sich eine weitere Welle aufbaut. »CSI Abwasser« nennt sich das Team der Virendetektive.

Die 1,9 Millionen Wienerinnen und Wiener verbrauchen pro Person täglich im Schnitt fast eine Badewanne voll Wasser. Wer infiziert ist, scheidet mit dem Stuhlgang Virenpartikel aus, die im Abwasser landen. Die Kloakenanalyse bietet viele Vorteile, sie ist schnell, billig und anonym. Und in der aktuellen Phase der Pandemie, in der viele Infizierte gar keinen PCR-Test mehr machen lassen, liefert nur sie ein einigermaßen zuverlässiges Lagebild.

Derzeit beobachten die Wiener Forscherinnen und Forscher, wie die Virenlast im Abwasser ansteigt. Insbesondere nimmt der Anteil der beiden neuen Varianten BA.4 und BA.5 deutlich zu. Das ist derzeit an vielen Orten in Europa so, in der Schweiz lag der Anteil der beiden neuen Varianten Ende Mai laut Abwassertests in Altsiedlungsanlagen bereits bei fast 50 Prozent. In der Alpenrepublik sollen die Abwasserdaten ab 5. Juli ins nationale Corona-Dashboard integriert werden. Der Vormarsch der Abwassertestung bekommt derzeit eine besondere Bedeutung: Die meisten Coronamaßnahmen wurden aufgehoben, es wird deutlich weniger getestet – »und ohne die Abwasserdaten befinden wir uns im Blindflug«, sagt Kreuzinger.



Forscher Kreuzinger

Michael Indra / SEPA Media / IMAGO

Nur Deutschland ist bei den systematischen Abwassertests wieder einmal spät dran. Erst vor wenigen Tagen forderte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ein neues »Pandemie-Radar«, das auch die Abwassertestung umfassen soll. Etliche Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit der Virenjagd in der Kloake. Schon ab Mai passten Stichproben oft nicht mehr zu den offiziellen Infektionszahlen: Die Inzidenzen gingen wochenlang bergab, die Virenlast im Wasser dagegen drehte bereits wieder in die andere Richtung.

Das hat auch Björn Helm von der TU Dresden festgestellt, er beprobt vor Ort das Abwasser und bereitet sich gemeinsam mit Gesundheitsämtern und Landkreis auf eine mögliche Herbstwelle vor (siehe Grafik).

»Bei der Abwassertestung werden wir derzeit von Nachbarländern wie Österreich abgehängt«, sagt Helm. Zu lange hätten Gesundheitsministerium und RKI gezögert, das Verfahren flächendeckend einzuführen.

»Die Abwasseranalytik ist in vielen Ländern längst Standard bei der Pandemieüberwachung: Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Österreich zum Beispiel setzen die Abwasseranalytik zuverlässig beim Pandemiemonitoring ein«, bestätigt Susanne Lackner, Professorin an der TU Darmstadt: »In Deutschland dagegen sind wir immer noch im Testlaufmo-

us, wir sind noch weit entfernt von einer standardmäßigen Abwasserdatenmeldung über ein RKI-Dashboard.«

Ihr Team deckt durch Abwasserproben rund 40 Prozent der hessischen Bevölkerung ab, insbesondere der Flughafen in Frankfurt ist dabei von Interesse, weil dort ein bunter Virenzoo aus aller Welt sichtbar wird. Dort testet Lackner alle zwei Wochen. Die neuen Varianten BA.4 und BA.5 dominieren im Abwasser in Hessen seit Anfang Juni – vier Wochen bevor sich ihre Vorherrschaft in den offiziellen Inzidenzen zeigte.

Bislang werkten viele Abwasserforschende isoliert vor sich hin, aber langsam vernetzt sich der Flickenteppich. Lackner ist an einem nationalen Testlauf beteiligt, bei dem mithilfe von Bund und EU-Geldern an derzeit 48 Klärwerken Proben auf Coronaviren untersucht werden. Einige Stellen werten dabei die Proben zweimal pro Woche aus, andere nur alle paar Monate. Diese 48 Klärwerke machen nicht einmal fünf Promille der rund 10 000 Anlagen in ganz Deutschland aus. »Die müssten wir nicht alle überwachen«, sagt Lackner: »Rund 250 Kläranlagen würden ein gutes Lagebild zeichnen.« Wann und ob die Ergebnisse in das offizielle RKI-Dashboard integriert werden, ist offen. Bis zur Herbstwelle dürfte es nichts werden.

Die »CSI Abwasser« in Wien denkt bereits über den kommenden Coronaherbst hinaus. »Wir würden die Abwassertestung gern auch als Frühwarnsystem für die winterliche Grippewelle einsetzen«, sagt Norbert Kreuzinger. Außerdem würde er am liebsten Zeitreisen durch die Kloake ermöglichen: »Wir bauen eine Datenbank mit zurückliegenden Abwasserproben und dem Erbgut auf, um auch Jahre später noch nachvollziehen zu können, wann genau ein neuer Erreger aufgetaucht ist.«

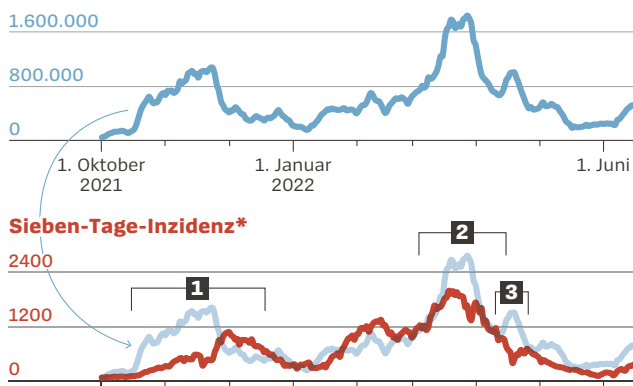
Kreuzinger weiß aber auch, welche Schwächen die Abwassertestung hat: Wenn es stark regnet, wird das Viren-aufkommen verdünnt; auch heiße Sommertage können das Ergebnis verfälschen. Doch derlei Ungenauigkeiten änderten nichts daran, dass die Kloake das derzeit bestmögliche Frühwarnsystem darstelle. Und warum dauert es in Deutschland so lange? »Manchmal braucht es da bei den Gesundheitsämtern vielleicht etwas mehr Pragmatismus und Mut zur Lücke«, sagt Kreuzinger: »Das Perfekte ist der Feind des Guten.«

Hilmar Schmudt

Ungefilterte Aufklärung

Wie sich die Entwicklung der Coronapandemie im Abwasser erkennen lässt, am Beispiel von Dresden

Coronaviruspartikel im Abwasser je Liter, Sieben-Tage-Durchschnitt



- 1 Deutlich intensiverer Anstieg der Delta-Welle in den Abwasserdaten
- 2 Die Pandemiedynamik wurde bei den tagesaktuellen Testdaten stark unterschätzt.
- 3 Eine »Nachwelle« Ende April wurde bei gesunkenen Testzahlen nicht erfasst.

* am Meldetag; Stand: 20. Juni

5 • Quelle: Björn Helm, AG Siedlungshydrologie, TU Dresden



Kevin Schaefer / Getty Images

Mein lieber Albatros

VERHALTENSFORSCHUNG Warum leben einige Tierarten monogam, während andere wechselnde Partner bevorzugen? Evolutionsbiologen erforschen die Paarbeziehungen bei Vögeln, Säugetieren und Amphibien. Die wichtigste Erkenntnis: Es ist kompliziert. Und damit fast so wie bei uns Menschen.

Alexander Ophir untersucht seit Langem Paarbeziehungen im Tierreich. Und in jedem neuen Lebensabschnitt veränderte sich auch sein wissenschaftliches Interesse: »Als Student hat mich der Konkurrenzkampf der Männchen um einzelne Weibchen fasziniert«, sagt der Verhaltensforscher von der Cornell University in Ithaca im US-Bundesstaat New York. »Dann wollte ich herausfinden, warum ein Individuum einen bestimmten Partner auswählt.«

Später heiratete Ophir und wurde Vater von drei Jungen. Seither ergründet er vor allem, warum Pärchen zusammenbleiben und welche Rolle die Männchen für die Entwicklung der Nachkommen spielen. Um solche Fragen zu klären, hält der Wissenschaftler in seinem Labor Präriewühlmäuse. Ein paar Kilometer entfernt hat er ein eingezäuntes

Versuchsgebiet, wo die Nager in relativer Freiheit leben – und sich paaren. Dort kann Ophir sie mit Sendern ausstatten und verfolgen, wer sich wo mit wem vergnügt.

Präriewühlmäuse gelten als Paradebeispiel für die Monogamie, eine bei Säugetieren eher untypische Form des Sexuallebens. Die Tiere leben mit der oder dem Liebsten zusammen und ziehen ihre Jungen gemeinsam auf. Das ist auch deshalb verblüffend, weil die mit ihnen nah verwandten Wiesenwühlmäuse keinerlei Neigung zu stabilen Paarbindungen zeigen; dabei besiedeln sie teilweise dieselben Flächen und sehen den treuen Nachbarn sehr ähnlich. Warum ist das so?

Ein Grund ist wohl eine Besonderheit in der Hirnchemie der treuen Nager. Sie schütten große Mengen des Bindungshormons Oxytocin aus, das auch bei Menschen dazu führt,

dass sie sich Partner und Kindern besonders verbunden fühlen.

Bei Vögeln sind exklusive Paarbeziehungen – zumindest auf Zeit – weniger ungewöhnlich. Etwa 90 Prozent der Arten teilen das Nest mit einem festen Partner und hegen die Nachkommen im Duett. Albatrosse etwa sind dafür bekannt, dass sie sich über Jahrzehnte aneinander binden, Schwäne gar Sinnbild für lebenslange Beziehungen. Amphibien und Reptilien hingegen sind in der Liebe eher wechselfreudig, doch auch unter ihnen haben Forschende inzwischen monogame Arten ausgemacht. So gilt etwa eine bestimmte peruanische Pfeilgiftfroschart als die weltweit erste bekannte monogame Amphibienart.

Die Allianz zweier Tannenzapfenechsen kann 20 Jahren halten. Auch Dornschwanzskinke zählen zu den monogamen Reptilien. Und bei den Fischen unterhalten etwa Tigerhaie und Seepferdchen oft dauerhafte Zweierbeziehungen. Dabei bedeutet Monogamie nicht unbedingt ewige Treue: »Manche Präriewühlmäuse betrügen ihre Partnerinnen und zeugen Nachwuchs außerhalb der festen Beziehung«, sagt Verhaltensforscher Ophir. Einige Wühlmäuseriche sind zwar fest vergeben, ziehen aber dennoch immer wieder von Bau zu Bau und ergreifen jede Gelegenheit zum außerehelichen Sex.

Mehr als für das Phänomen der Monogamie interessieren sich Forschende daher inzwischen dafür, warum sich einzelne Tiere nicht an diese Lebensform halten. Denn das

passiert auch bei als monogam geltenden Arten öfter als angenommen, wie in letzter Zeit immer mehr Langzeitbeobachtungen und genetische Untersuchungen ergeben haben. Wie Tiere leben und lieben, ist, so scheint es, zwar genetisch programmiert; doch Paarungsstrategien sind sehr viel individueller, flexibler und wandlungsfähiger als lange vermutet und hängen teilweise von ganz bestimmten Umweltbedingungen ab.

»Fortpflanzungsstrategien können grundsätzliche Erkenntnisse darüber liefern, wie sich komplexe Verhaltensweisen entwickeln«, sagt Hope Klug, Evolutionsbiologin an der University of Tennessee in Chattanooga. Das Liebesleben sei »eine Plattform, über die wir auch andere Phänomene der Verhaltensbiologie verstehen können«, ergänzt Wühlmausforscher Ophir.

Die Paarbeziehung ist die wohl universellste Form des Sozialverhaltens im Tierreich – gäbe es sie nicht, wäre jede Art mangels Nachwuchs dem Untergang geweiht. Auch deswegen erhoffen sich Forschende davon generelle Erkenntnisse über die Evolution des sozialen Miteinanders.

Dabei ist es eigentlich ganz einfach. Es geht um Fortpflanzung und die Weitergabe der eigenen Gene. Liebe, Treue, Romantik sind evolutionsbiologisch nichts als Mittel zum Zweck. Monogamie zahlt sich dann aus, wenn sich wie bei Vögeln Mutter und Vater bei der Futtersuche abwechseln können oder wenn, wie bei einigen Säugern, der Vater aufpasst, dass nicht Feinde oder Artgenossen den Nachwuchs meucheln.

Ewige Treue braucht es dafür nicht. Forschende unterscheiden zwischen sozialer und genetischer Monogamie. Im ersten Fall teilen sich Mutter und Vater zwar die Aufzucht der gemeinsamen Nachkommen, können aber auch weiteren Nachwuchs außerhalb der Paarbindung haben. Genetische Monogamie hingegen heißt, dass die Männchen tatsächlich keine Nachkommen mit anderen Partnerinnen zeugen.

In beiden Fällen hält die Bindung meist nicht, bis dass der Tod die Paare scheidet. Antica Culina, Biologin am Institut Ruđer Bošković im kroatischen Zagreb, hat im Rahmen ihrer Doktorarbeit für 64 als monogam geltende Vogelarten nachgewiesen, dass Beziehungen regelmäßig in die Brüche gehen und sich die einst eng verbundenen Tiere mit anderen Partnern fortpflanzen. Die Gründe dafür sind höchst unterschiedlich. So trennen sich Vogelpaare zum Beispiel, wenn aus der Verbindung zu wenige



Lindsey Lowe

»Auch bei Vögeln gibt es Trennungen und Untreue, das finde ich sehr spannend.«

Hope Klug, Biologin

Nachkommen hervorgehen. »Dann kann es für das einzelne Tier besser sein, den Partner zu wechseln«, sagt Culina.

Doch längst nicht immer hat eine Trennung Vorteile, auch dann nicht, wenn neue Verbindungen mehr Nachwuchs verheißen. So hat Culina beobachtet, dass Individuen, die ihren Partner zuvor sitzen ließen, in der folgenden Paarungszeit öfter ohne Nachwuchs bleiben als andere.

»Jede Trennung hat ihren Preis«, folgert Culina. Bei Kohl- und Blau-meisen sowie bei Höckerschwänen haben ihre Analysen gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, im Jahr nach der Trennung zu sterben, deutlich höher ist als bei treuen Artgenossen. Der Effekt zeigte sich sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Tieren.

Noch ist nicht klar, warum Scheidungen lebensgefährlich sind. »Paarbeziehungen bei Vögeln wurden bislang vor allem während der Fortpflanzungszeit erforscht«, so Culina, »wenn wir die Evolution der Monogamie verstehen wollen, sollten wir uns auch anschauen, was dazwischen passiert.« Ein Grund für die höhere Überlebensrate von Paaren könnte etwa sein, dass sich diese im Winter auf die Nahrungssuche konzentrieren können und nicht zusätzlich Ausschau nach einem neuen Partner halten müssen.

Umgekehrt leben manche Arten nicht monogam, obwohl das naheliegend zu sein scheint. Bei Sandgründeln etwa umhegen die Männchen wochenlang die befruchteten Eier, sie säubern das Gelege und schützen es vor Feinden. »Sie sind wirklich gute Väter«, sagt Evolutionsbiologin Klug, die in ihrem Labor das Liebesleben dieser Fische erforscht. Doch trotz der intensiven Brutpflege paaren sich Männchen wie Weibchen während der Brutzeit praktisch ununterbrochen auch mit anderen Partnern.

Präriewühlmausfamilie: Romantik ist nur Mittel zum Zweck



Todd Ahern / Emory University

Womöglich habe sich bei den Meeresbewohnern die monogame Lebensweise nicht entwickelt, vermutet Klug, weil sie bei ihnen mehr Nachteils Vorteile hätte. »Wenn Männchen und Weibchen ungestraft damit davonkommen, sich mit vielen anderen Artgenossen zu paaren«, sagt die Wissenschaftlerin, »dann tun sie es.«

Bei Vögeln hingegen, erklärt Klug, müsse sich die weitgehend monogame Lebensweise sehr früh in der Evolution bewährt haben, sonst wäre sie nicht so weitverbreitet. »Und dennoch gibt es auch bei Vögeln Trennungen und Untreue«, sagt die Wissenschaftlerin, »das finde ich sehr spannend.«

Bei einer bestimmten Pfeilgiftfroschart wiederum ist es wohl ein einziger Umweltfaktor, der den Frosch zur Monogamie zwingt – alles hängt von der Größe des Minütümpels ab, in dem seine Kaulquappen groß werden.

Die Frösche leben im Blätterdach tropischer Regenwälder und laichen nicht in Teichen oder Tümpeln am Boden. Bei der monogam lebenden Art *Ranitomeya imitator* sind die Tümpel in Blatttrichtern oder Astlöchern so klein, dass sie kaum Nahrung enthalten; deshalb müssen sich Männchen und Weibchen gemeinsam ums Füttern kümmern. Frösche der nah verwandten Art *Ranitomeya variabilis* hingegen nutzen größere Tümpel, die genug Verpflegung enthalten. Die Weibchen werden nicht gebraucht, die Männchen kümmern sich allein um die Aufzucht, eine stabile Paarbeziehung ist nicht nötig.

Umwelteinflüsse können andere Tiere wiederum so verwirren, dass sie von ihrer bewährten Paarungsstrategie abweichen. Albatross-Ehen etwa halten meist ein Leben lang. Nur bis zu drei Prozent der Verbindungen gehen jährlich in die Brüche. Ein Team um Francesco Ventura von der Universität Lissabon hat die Trennungsraten von mehr als 15 000 Brutpaaren von Schwarzbraunalbatrossen auf den Falklandinseln analysiert und festgestellt: Je höher die Wassertemperatur an der Meeresoberfläche im jeweiligen Jahr lag, desto mehr Beziehungen zerbrachen. In warmen Jahren trennten sich rund acht Prozent der Paare.

Möglicher Grund: Bei höheren Temperaturen finden die Vögel weniger Nahrung. Das wiederum gefährdet den Bruterfolg – und bei den potenziellen Elterntieren steigt der Stresslevel. Die Weibchen verlassen also womöglich ihren Partner, um dadurch bessere Aussichten auf Nachwuchs zu haben, obwohl der Grund

für den Misserfolg die Erwärmung ist und nicht eine schlechte Partnerwahl.

Wann sich Fremdgehen auch für die eigentlich monogamen Präriewühlmausmänner lohnt, hat Verhaltenspsychologe Ophir in einer Simulation berechnet. Untreue Exemplare stehen vor einem Dilemma. Sex mit anderen Weibchen hat den Vorteil, dass sie ihre Gene öfter weitergeben können. Zugleich birgt dieses Verhalten aber die Gefahr, dass sich andere Männchen ebenso verhalten und der Abtrünnige Babys großzieht, die nicht seine sind. Untreue ist dann die bessere Option, so Ophirs Berechnung, wenn in einer Wühlmauspopulation mehr als die Hälfte der Männchen ihre Weibchen betrügen.

Ob dieser Fall in der Natur tatsächlich nach den strengen Regeln der Statistik eintritt, ist noch nicht bekannt. »Aber wir wissen, dass in allen Gemeinschaften von Präriewühlmäusen viele männliche Tiere Nachkommen mit anderen Weibchen als ihrer jeweiligen Partnerin zeugen«, sagt Ophir.

Die sogenannten Wanderer unter den Präriewühlmäusen weichen auch im echten Leben auf jeden Fall von der monogamen Lebensweise ab. Diese Tiere, Männchen wie Weibchen, sind notorische Singles, sie haben keinen festen Wohnsitz und sind immer auf der Suche nach Affären. Der Grund könnte sein, dass sie für eine feste Bindung nicht attraktiv genug sind. Viele Wanderermännchen etwa sind magerer als ihre Artgenossen, auch ihre äußeren Geschlechtsorgane sind weniger imposant. »Wahrscheinlich machen diese Tiere einfach das Beste aus einer schlechten Ausgangslage«, vermutet Ophir.

Für Weibchen, das hat einer seiner Studenten vor Kurzem nachgewiesen, wird die Partnersuche nach einer Trennung schwerer. Im Labor setzten die Forschenden Ex-Partner jeweils mit einem neuen Exemplar des anderen Geschlechts zusammen. Die Weibchen, so zeigte sich, gingen daraufhin keine so innige Bindung ein wie in ihrer ursprünglichen Beziehung. Männchen hingegen hatten nach der erzwungenen Trennung keine Scheu, sich neu zu binden. Eine Erklärung dafür gibt es bislang nicht.

Und der Mensch? Der ist auch nur ein Säugetier, das in mehr oder weniger monogamen Beziehungen lebt. Von seinem Forschungsgegenstand, glaubt der Verhaltenswissenschaftler, ließen sich Rückschlüsse ziehen, warum Beziehungen bei Menschen halten oder eben nicht. Inzwischen sei nachgewiesen, dass mit dem Bindungsverhalten verbundene neuronale und hormonelle Prozesse ähnlich ablaufen wie bei Tieren.

»Das erklärt zumindest zum Teil, warum auch Menschen jemanden lieben und ihn trotzdem betrügen können«, sagt Ophir. Das Liebesleben der Präriewühlmaus, glaubt er, liefere dann zwar keine Entschuldigung – »aber doch immerhin eine mögliche Erklärung«.

Julia Koch

»Wir werden einen Euro-päer zum Mond bringen«

RAUMFAHRT Nasa-Chef Bill Nelson möchte trotz des Ukrainekriegs weiter mit Russland im All zusammenarbeiten – und schon bald eine bemannte Mission zum Erdrabanten starten.

Nelson, 79, flog 1986 als Astronaut mit der Raumfähre »Columbia« ins All. Bevor er vor einem Jahr Direktor der amerikanischen Welt-raumbehörde wurde, vertrat der Demokrat seinen Heimatstaat Florida im US-Senat.

SPIEGEL: Herr Nelson, können Sie es moralisch rechtfertigen, nach Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine auf der Internationalen Raumstation weiter mit Russland zusammenzuarbeiten?

Nelson: Es gibt absolut keine Entschuldigung für das, was Präsident Putin in der Ukraine getan hat, für das Abschlagen unschuldiger Menschen, für die Invasion eines unabhängigen

Landes. Das ist auch gegen die Interessen Europas und der Vereinigten Staaten. Dennoch gibt es dort oben im All eine Raumstation, die von Russen und Amerikanern gemeinsam betrieben wird. Das wird auf friedliche und professionelle Weise weitergehen.

SPIEGEL: Scott Kelly, ein Ex-Astronaut wie Sie, hat erklärt, dass »die Ermordung unschuldiger Menschen, Vergewaltigung, Völkermord die Bedeutung der Zusammenarbeit im Welt-raum übersteigen«. Kann sich die Raumfahrt freimachen von irdischer Politik?

Nelson: Ja, das kann sie. Und sie tut es auch. Schauen Sie sich die Geschichte an. Mitten im Kalten Krieg, als die Sowjetunion und die



■ **Weltraumbehördenchef Nelson:** »Russland hat der Raumstation nicht den Stecker gezogen«

Simon Pauly / DER SPIEGEL

USA Todfeinde waren und ihre Atomwaffen jederzeit zum Einsatz kommen konnten, trafen sich 1975 ein amerikanisches und ein sowjetisches Raumschiff im All. Die Zusammenarbeit wurde auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fortgesetzt. Unser Space Shuttle koppelte an die russische Raumstation »Mir« an. Und dann beschlossen wir, gemeinsam die Internationale Raumstation zu bauen. Beide Länder werden für den Betrieb benötigt, die Russen für den Antrieb, die Amerikaner für die Energieversorgung. Wir werden weiterhin eine professionelle Beziehung zwischen Kosmonauten und Astronauten haben, um diese Station am Leben zu halten.

SPIEGEL: Roskosmos-Direktor Dmitrij Rogosin hat öffentlich dazu aufgerufen, der Ukraine »ein für alle Mal« ein Ende zu setzen. Wie kann eine Person, die zu Völkermord aufruft, noch ein Partner für die USA sein?

Nelson: Sie haben diese Dinge von niemandem sonst bei Roskosmos gehört.

SPIEGEL: Aber Rogosin ist Chef der russischen Raumfahrtagentur, kein kleiner Angestellter.

Nelson: Seine Zuhörerschaft besteht aus einer Person. Und das ist Präsident Putin.

SPIEGEL: Rogosin hat bereits damit gedroht, die Beteiligung seines Landes an der Station zu beenden. Wie können Sie sicher sein, dass das nicht tatsächlich geschieht?

Nelson: Die russische Regierung hat der Raumstation nicht den Stecker gezogen. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn Sie genau hinschauen, werden Sie keinen Unterschied beim Betrieb feststellen.

SPIEGEL: Sie stehen kurz vor dem Abschluss eines Abkommens mit Moskau, das vorsieht, dass ein amerikanischer Astronaut in einem Sojus-Raumschiff mitfliegt, während eine russische Kosmonautin mit einer amerikanischen SpaceX-Kapsel reisen soll. Ist es verantwortungsvoll, in der aktuellen Lage noch neue Verträge mit Russland zu schließen?

Nelson: Für uns macht das sehr viel Sinn. Man braucht sowohl Russen als auch Amerikaner zum Betrieb der Raumstation. Was passiert, wenn einem unserer Raumfahrzeuge etwas zustößt? Wir brauchen den anderen Transporter als Back-up. Und deshalb werden wir auch weiterhin einen Austausch von Besatzungen haben.

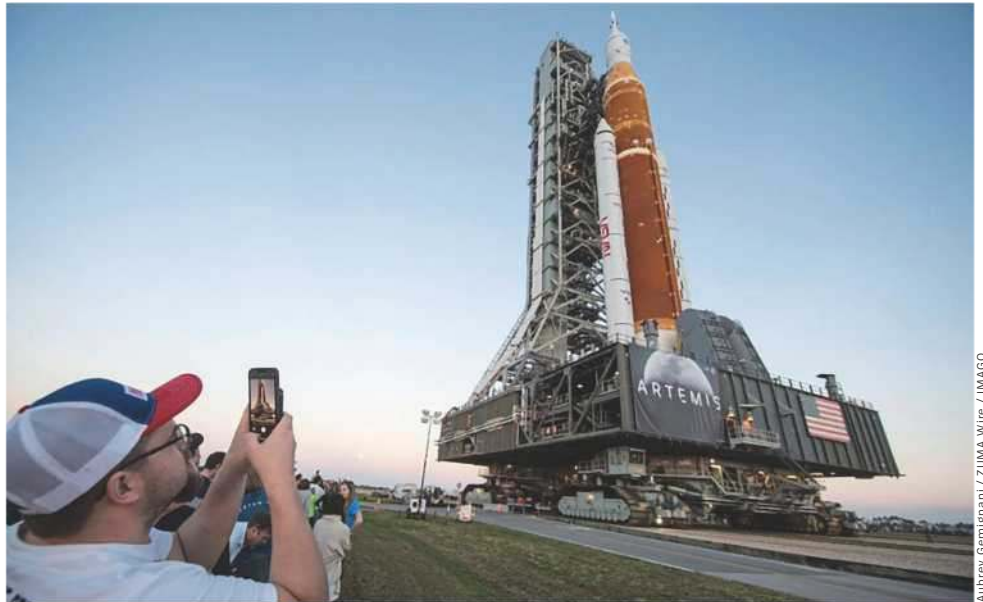
SPIEGEL: Aber müssten Sie nicht an einem Plan B arbeiten, um die ISS notfalls allein am Leben halten zu können?

Nelson: Im Moment planen wir, die Station kontinuierlich mit den Russen zu betreiben. Das ist meine Antwort. Ich weiß, dass Sie jetzt eine saftige Geschichte hören möchten. Aber mehr kann ich Ihnen nicht sagen.

SPIEGEL: Uneinig sind sich die Partner auch, wie lange die ISS noch um die Erde kreisen soll...

Nelson: Wir gehen davon aus, dass die Station bis 2030 in Betrieb bleibt.

SPIEGEL: Das nächste große Ziel der Nasa ist die Rückkehr zum Mond. Unter anderem wollen Sie dort die Eisvorkommen am Südpol untersuchen und Technologien für eine künf-



Mondrakete SLS im Kennedy Space Center: »Wir versuchen, im August zu starten«

tige Reise zum Mars erproben. Wann werden wieder Astronauten auf dem Erdtrabanten landen?

Nelson: Ende 2025, das ist der Plan. Aber das kann sich natürlich durch viele kleine Details verzögern. Zum Beispiel müssen wir sicherstellen, dass die nötigen Raumanzüge bis dahin fertig sind.

SPIEGEL: Sie müssen auch Ihre riesige neue Mondrakete, das Space Launch System (SLS), erfolgreich fliegen lassen. Wann wird sie das erste Mal abheben?

Nelson: Wir haben soeben einen entscheidenden Test im Kennedy Space Center abgeschlossen. Mit der Rakete auf der Startrampe haben wir fast alle Schritte vor dem Abheben geübt, einschließlich des Betankens mit dem superkalten Treibstoff. Jetzt haben wir alle Daten, die wir brauchen. Wir versuchen, im August zu starten. Aber das machen wir nur, wenn wir wirklich bereit sind.

SPIEGEL: Jeder Start des SLS kostet mehrere Milliarden Dollar. Dazu benötigen Sie eine weitere Rakete, die die Landefähre zum Mond bringt. Diese Rakete wird von SpaceX gebaut, der Firma von Elon Musk, die den Ruf hat, Starts billiger zu machen. Warum benutzen Sie die SpaceX-Rakete, das »Starship«-System, nicht gleich für die gesamte Mission?

Nelson: Es gibt nur eine Rakete, die startbereit ist: unser SLS. Und die »Orion«-Raumkapsel an ihrer Spitze ist auch das einzige Fahrzeug, in dem die Besatzung die Rückkehr zur Erde überstehen kann. Irgendwann möchte Elon

Musk das mit seinem »Starship« auch können. Aber wir müssen uns mit dem praktischen Hier und Jetzt beschäftigen.

SPIEGEL: Zum »Artemis«-Programm gehört auch das Gateway. Das ist eine Raumstation, die um den Mond kreist. Am Bau soll sich auch Europa beteiligen. Aber der Nasa fehlt das Geld. Werden Sie auf den Außenposten in der Umlaufbahn verzichten, um Geld für die Landung auf dem Mond freizumachen?

Nelson: Nein, wir werden Mittel für beides haben.

SPIEGEL: Wie realistisch ist eine dauerhaft besetzte Mondstation?

Nelson: Wir gehen davon aus, dass wir ab 2025 zunächst jedes Jahr einen Flug zum Mond durchführen werden. Mit einem dieser Flüge wird der Bau des Gateways in der Umlaufbahn starten. Danach ist die Mondstation auf der Oberfläche dran.

SPIEGEL: Wann werden wir den ersten europäischen Astronauten auf der Oberfläche des Mondes sehen?

Nelson: Das steht noch nicht fest. Aber wir werden ganz sicher einen Europäer zum Mond bringen. Zuerst werden wir jedoch einen europäischen Astronauten auf dem Gateway haben. Denn das bauen wir gemeinsam mit der europäischen Weltraumorganisation.

SPIEGEL: Könnten Sie sich auch eine Kooperation mit China vorstellen?

Nelson: Ich würde eine Zusammenarbeit mit China sehr begrüßen. Aber bis jetzt hat es sich geweigert. Die Chinesen sind sehr verschwiegen; sie sind nicht transparent. Das haben wir vergangenes Jahr beobachtet, als ein großes Teil einer ihrer alten Raketen auf die Erde stürzte. Es hätte auch in Europa oder in Saudi-Arabien niedergehen können. Aber sie wollten uns die Koordinaten nicht mitteilen. Es gab überhaupt keine Kommunikation. Das ist unentschuldig, wenn Menschenleben und Eigentum bedroht sind.

Interview: Christoph Seidler

»Ich würde eine Zusammenarbeit mit China sehr begrüßen. Aber bis jetzt hat es sich geweigert.«



Krieps in »Corsage«

Kaiserin und Rebellin

KINO Der Regisseurin Marie Kreutzer ist mit ihrem Historienfilm »Corsage« ein packendes Meisterwerk über Elisabeth von Österreich gelungen.

Wie soll man ankommen gegen dieses übermächtige Bild der Kaiserin von Österreich, das Romy Schneider in ihren »Sissi«-Filmen schuf? Die österreichische Regisseurin Marie Kreutzer und ihre Hauptdarstellerin Vicky Krieps haben diese Herausforderung angenommen – und triumphieren nun. Bessere Filme als dieses grandiose Selbstbehauptungs-drama über eine Ausbrecherkaiserin, die ihrem goldenen Käfig immer wieder entkommt, durch Mut, Dreistigkeit, vor allem aber durch Intelligenz, hat man in den letzten Jahren selten gesehen. Angefangen beim komplexen Drehbuch, das nahezu jede Figur zu ihrem Recht kommen lässt, über die pointierten Dialoge und präzise komponierten Bilder bis hin zu den Darstellern, denen es ge-

lingt, die Zuschauer in ihre oft sehr schwierigen Gefühlslagen hineinzuziehen. Beim Festival in Cannes lief »Corsage«, der nun in die deutschen Kinos kommt, nicht im Wettbewerb, der einmal mehr von Männern dominiert wurde, sondern in der – allerdings renommierten – Nebenreihe »Un certain regard«. Ein schlechter Witz, wenn man bedenkt, dass die Festivaloberen gern davon reden, Frauen fördern zu wollen. Gebannt sieht man Krieps dabei zu, wie sie die inneren Konflikte ihrer Figur austrägt. Wie Elisabeth dagegen aufbegehrt, dass ihr Leben an der Seite ihres Gatten verstreicht, und sie gleichzeitig nicht vergessen kann, was ihre Rolle als Kaiserin verlangt. Das ist alles sehr modern und bewegend. Ein von Anfang bis Ende packender Film. **LOB**

Komplexer Killer

STREAMING Seit Anthony Hopkins' Auftritt als Hannibal Lecter in »Das Schweigen der Lämmer« (1991) haben unzählige Serienmörder Horror auf den Leinwänden verbreitet. Meist waren sie brillante, sadistische Sonderlinge mit merkwürdigen Ticks, deren Taten symbolisch standen für die Lust des Homo sapiens an Gewalt und Mord. So einfach macht es sich die großartige Serie »In with the Devil« nicht, die der Streamingdienst Apple TV+ ab dem 8. Juli zeigt. Hier ist der Killer ein komplexes menschliches Geschöpf, dem andere Gefühle als pure Blutlust zugestanden werden. Larry Hall gibt es in Wirklichkeit, er soll in den Achtziger- und Neunzigerjahren eine unbekannte Anzahl von Mädchen und Frauen ermordet haben. Der Schauspieler Paul Walter Hauser zeichnet ein Porträt dieses rätselhaften Mannes zwischen Verletzlichkeit und Wahn. Der verurteilte Drogendealer Jimmy Keene (Taron Egerton) kann seine Gefängnisstrafe abkürzen, wenn es ihm gelingt, den mutmaßlichen Killer, der seine Taten nie gestanden hat, im Knast zum Reden zu bringen. Die Serie erzählt psychologisch glaubwürdig von der zögerlichen Beziehung, die sich zwischen den Männern entwickelt. Bewegend wird der Sechsteiler durch den Auftritt von Ray Liotta, der James' kranken Vater mit geisterhafter Hinfälligkeit spielt. Es war eine seiner letzten Rollen vor seinem plötzlichen Tod. **KAE**



Szene aus »In with the Devil«

Haute Couture für die Katz

MODE In den vergangenen Jahren gab es kaum ein Luxusmodehaus, das nicht versucht hätte, mit Konventionen zu brechen. Nun scheint es beim Edellabel Gucci eine Art Rückbesinnung auf die Wurzeln zu geben. Stichwort: Tierliebe. Gegründet wurde das Unternehmen 1921 von Sattlermeister Guccio Gucci in Florenz, die ersten Designs waren vom Pferdesport inspiriert. Über 100 Jahre später widmet sich Gucci wieder den tierischen Begleitern, allerdings auf ganz andere Art: Man möchte sie einkleiden. Vor wenigen Tagen launchte Gucci seine erste Haustierkollektion. Vor allem für Hunde und Kat-

zen gibt es Mäntelchen, Leinen und Halsbänder mit dem verschränkten Doppel-G. Verantwortlich dafür ist Gucci-Kreativchef Alessandro Michele. Das Modehaus verspricht, die Kollektion betone »die Charakterzüge jedes Hundes und jeder Katze – von verspielten Schmusetigern bis hin zu kecken Diven«. Auch wenn Michele im Netz hierfür gefeiert wird – auf der jüngsten Konzernsitzung wurde seine Teilentmachtung beschlossen. Gucci zeigt Anzeichen von Verbrauchermüdigkeit und wächst nicht so schnell wie Topkonkurrent Luis-Vuitton. Einige sehen das Ende der Ära Michele nahen. Würde das mit einer Haustierkollektion eingeläutet, hätte es natürlich seinen Charme. SPÄ

Religionskritik auf TikTok

MUSIK Es ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit für muslimische Künstler, sich offen für die Rechte von Homosexuellen einzusetzen. Und doch wird das Thema zunehmend aufgegriffen: In Frankreich haben die aus Marokko stammenden Schriftsteller Leïla Slimani und Abdellah Taïa in ihren Romanen und Essays mehrfach aufgezeigt, wie sehr ihr Heimatland ins Intimleben der eigenen Bevölkerung eingreift. Außer-eheliche Beziehungen und Homosexualität unterliegen in Marokko strafrechtlicher Verfolgung. In Spanien hat sich jetzt die ebenfalls aus Marokko stammende muslimische Rapperin und Influencerin Miss Raisa durch ein Kurzvideo auf TikTok den Hass radikaler Islamisten zugezogen. Die 25-jährige Künstlerin, die im vergangenen Jahr durch eine Talentshow im spanischen Fernsehen bekannt wurde, erreicht mit ihren Beiträgen mittlerweile über eine halbe Million Follower. Ihre autobiografischen, oft schwerwütigen Lieder erzählen von ihrem Bestreben nach Anerkennung als immigrierte Muslimin, von Religion und Toleranz. Für Aufsehen hatten zwei Posts mit dem Titel »Islam: Friede oder Hass?« gesorgt: Sie finde, dass man Lesben, Schwule, Bi-



Miss Raisa

sexuelle wie Transpersonen unterstützen solle. Die Religion müsse aufhören, sich ins Privatleben der Menschen einzumischen. Seither häufen sich bewundernde Kommentare, aber auch Beschimpfungen. Man habe ihr sogar mit Enthauptung gedroht, sagt sie. Davon einschüchtern lässt Miss Raisa sich offenbar nicht. Stattdessen legt sie nach, spricht darüber, dass ihrer Meinung nach all jene, die ihre Religion dazu nutzen würden, Hass gegenüber anderen zu streuen, nichts mit dem Islam zu tun hätten. »Wenn ihr glaubt, das ist der richtige Weg, Muslim zu sein, dann gehören wir eindeutig nicht demselben Glauben an.« PE

Gucci-Werbung für Haustierkollektion



GUCCI

Trauerspielfilm

REGISSEURE Es gab eine Zeit, in der die größten Hollywoodstars dringend in Woody-Allen-Filmen mitspielen wollten, von Michael Caine bis Scarlett Johansson, von Julia Roberts bis Hugh Grant. Wem Allen eine Rolle auf den Leib schrieb, der oder die galt gleichsam als geadelt. Doch im Zuge der #MeToo-Bewegung wurden Vorwürfe gegen den heute 86-jährigen Regisseur laut, er habe in den Neunzigerjahren seine minderjährige Stieftochter sexuell missbraucht. Trotz Dementi wollten sie nicht mehr verfallen. Nun muss sich Allen die Schauspieler für seine Filme eher unter seinesgleichen suchen: unter denjenigen, die ihre besten Zeiten hinter sich

haben. In seinem neuen Spielfilm »Rifkin's Festival«, der bereits 2020 Premiere hatte und nun in die deutschen Kinos kommt, verkörpert Wallace

Shawn und Gina Gershon ein Ehepaar beim Filmfestival von San Sebastián. Sie ist die PR-Frau eines französischen Regiestars, er ein Filmexperte. Es ist



Gershon, Shawn in »Rifkin's Festival«

schmerzhaft und traurig, dabei zuzusehen, wie sehr Allen sich anstrengt, so lustig und geistreich zu sein wie früher, und wie selten ihm dies gelingt. Ständig stellt er Szenen aus berühmten Filmen von Regisseuren nach, die für ihn Vorbilder waren. In einer Hommage an »Das siebente Siegel« von Ingmar Bergman verkörpert Christoph Waltz den Tod. Doch diese Zitate wirken eher verkrampft als verspielt. Und die Zwanghaftigkeit, mit der Allen aus seinen männlichen Helden Ebenbilder seiner selbst macht, nervt diesmal noch mehr als sonst, weil Wallace Shawn kein besonders subtiler Schauspieler ist. Allen plant offenbar schon einen weiteren Film, der in Paris spielen soll. Man sieht dem Projekt mit einem gewissen Bangen entgegen. LOB



Autorin Decker
auf ihrer Berliner
Dachterrasse

Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL

»Früher dachte ich, ich verdiene nicht den Stuhl, auf dem ich sitze«

KARRIEREN Anika Decker schrieb einige der erfolgreichsten Kinodrehbücher Deutschlands, aber das große Geld verdienten andere. Dann begann sie, für ihre Rechte zu kämpfen – und verklagte Til Schweiger.

Die Frau, die lange Zeit im Schatten stand, tritt jetzt auf der großen Bühne des Berliner Zoo Palasts ins Licht. Neben ihr steht Elyas M'Barek, auf den Kinossesseln liegen Softtampons und ein Perioden-Bingo. Anika Decker sagt, sie hasse eigentlich Premieren. Sie stehe viel zu sehr unter Druck, um sie genießen zu können. Zudem gebe es an jedem Premierenabend etwas, das sie die Stunde der Wahrheit nennt. »Das sind Leute, die haben schon einen getrunken, kommen auf dich zu und labern dich voll, wie schlimm sie deinen Film finden. Ich sage dann: Meine Eltern sind hier, ich bin total müde und verletztlich, bitte lassen Sie mich in Ruhe.«

Decker ist derzeit eine der interessantesten Frauen des deutschen Filmgeschäfts, und das liegt auch daran, dass sie sich nichts mehr gefallen lassen möchte. Zuletzt hat sie das mit einer Klage gegen Til Schweigers Firma Barefoot Films und Warner Bros. bewiesen. Schweiger zählt trotz regelmäßiger Fehltritte und Peinlichkeiten immer noch zu den großen deutschen Kinonamen. Warner Bros. gehört zu den einflussreichen internationalen Major-Studios. Dass sich Decker gerade mit den Mächtigsten der Mächtigen angelegt hat, hat Signalwirkung für die deutsche Kreativbranche.

Für ein erstes Treffen mit dem SPIEGEL hat Decker das Soho House in Berlin vorgeschlagen. Sie ist hier Mitglied. Sie werde bald heiraten, erzählt sie, erst standesamtlich am Bodensee, die große Party steigt dann später in Berlin. Ihre Trauzeugin ist die Schauspielerin und neue Präsidentin der deutschen Filmakademie Alexandra Maria Lara. Gerade hat Decker die Eheringe abgeholt.

Dass die Premiere ihres neuen Films und ihre Hochzeit jetzt zeitlich so nah beieinanderliegen, war nicht geplant. Deckers neuer Film »Liebesdings« mit Elyas M'Barek in der Hauptrolle sollte schon im Februar starten, wurde aber wegen Corona verschoben. Und jetzt also fällt ziemlich viel Liebesdingsdabums zusammen.

Kann jemand, der so viele Liebeskomödien wie sie geschrieben hat, die eigene Hochzeit eigentlich genießen – ohne immer an irgendwelche kitschigen Filmszenen zu denken?

Decker sagt, tatsächlich verschwimme alles gerade. Aber zumindest eine Grenze habe sie gezogen: Sie wolle keinen Hochzeitsfilm. Auch wenn viele ihrer Freunde das für einen Fehler halten. »Aber ich kenne mich, ich hätte dann nachts um halb drei auf meiner eigenen Hochzeit im Brautkleid im Schneiderraum gehockt.«

Vor 15 Jahren feierte Decker mit dem Drehbuch von »Keinohrhasen« ihren Durchbruch. Wieder mal spielte Schweiger einen strauchelnden Helden, der sich bessern muss. Aber auf einmal gab es da eine weibliche Komponente, die neu war. In einer der lustigsten Szenen lässt sich Schweiger, der im Film Ludo Decker heißt, erklären, wie man Frauen erfolgreich oral befriedigen kann – und wie es eben nicht geht. In den Nullerjahren schrieb Decker eine Kolumne für das Skateboard-Magazin »Boardstein«. Schon dort stellte Decker unter Beweis, dass sie im Absurden oft das Komische findet.

»Keinohrhasen« hatte in Deutschland mehr als sechs Millionen Zuschauer, die Fortsetzung »Zweiohrküken«, die Decker ebenfalls zusammen mit Schweiger schrieb, mehr als vier Millionen. Decker war jetzt plötzlich Drehbuchstar. Die »FAZ« bezeichnete sie 2012 als »Die 12-Millionen-Frau«, weil damals so viele Menschen ihre Filme gesehen haben. Seitdem sind schon wieder mehrere Millionen hinzugekommen.

Bald fing Decker an, Regie zu führen. Die Filme heißen »Traumfrauen« oder »High Society«, es sind große Mainstreamproduktionen mit großen Namen: Elyas M'Barek, Iris Berben, Karoline Herfurth. Kassenschlager mit Happy End. Man hat mit Deckers Filmen eine gute Zeit, dafür sind sie da.

»Ich werde mit der Art von Filmen, die ich mache, natürlich nie einen Oscar gewinnen«, sagt Decker selbst. Dafür ist sie aber mittlerweile eine feste Größe im deutschen Mainstreamkino. Sie steht für einen respektlosen Blick auf die Beziehungen der Geschlechter, auf männliche wie weibliche Marotten. Nichts ist zu derb, nichts zu geschmacklos, in »Liebesdings« schlägt eine Boulevardjournalistin, gespielt von Deckers Freundin Alexandra Maria Lara, einem ihrer Mitarbeiter vor, das Erbrochene eines Stars zu probieren.

Sie hat etwas erreicht, das in Deutschland bislang meist nur Männern gelungen ist. Genau wie Helmut Dietl, Detlev Buck, Sönke Wortmann, Bully Herbig oder auch Bora Dagtekin hat Decker es geschafft, aus ihrem Namen im Komödiengenre eine Marke zu machen. Aber trotz all ihres Erfolgs, der imposanten Zahlen und Deckers Witz, den sie auch im Interview unter Beweis stellt, gibt es da diese andere Seite.

Ihr Weg, so erzählt sie, sei hart gewesen. Die Filmbranche bezeichnet sie als ein »extremes Machobusiness«. Als sie das erste Mal Regie führte, gab man ihr den Rat, erst mal jemanden vor versammelter Mannschaft richtig fertigzumachen, um das Signal zu senden: Ich bin hier der Boss.

»Ich habe nie viel über meine männlichen Figuren sprechen müssen, immer über die weiblichen: Die geht mit zu vielen ins Bett oder mit zu wenigen. Die benimmt sich peinlich. Die ist zu tough und deshalb unsympathisch. Die redet zu viel. Ich sage dann: Sei mal zwei Wochen mit mir zusammen, dann weißt du, wie viel Frauen reden.«

Bei »Traumfrauen« hatte Decker eine Riesendiskussion, ob ein Verhütungsring im Kühlschrank gezeigt werden darf. Decker fand: ja. Die Studiobosse: nein. Auch musste sie darüber diskutieren, ob eine von Iris Berben gespielte Frauenfigur nicht zu dumm wirke, wenn sie mit ihrem Ex-Freund schlafe. Decker sagte: »Dann war ich schon sehr oft in meinem Leben sehr dumm.«

Decker lernte über die Jahre, sich diesen Diskussionen zu stellen. »Früher dachte ich, ich verdiene nicht mal den Stuhl, auf dem ich sitze.« Sie habe mit extremen Selbstzweifeln gekämpft. Sich eingebildet, dass sie härter arbeiten müsse als alle anderen, um den gleichen Respekt zu bekommen. Sie fürchtete,

Sie hat etwas erreicht, das in Deutschland bislang meist nur Männern gelungen ist.



Hauptdarsteller Lucie Heinze, M'Barek, Regisseurin Decker, Szene aus »Liebesdings«: Respektloser Blick auf die Beziehungen der Geschlechter

nach einem Flop sofort wieder weg vom Fenster zu sein.

Trotzdem war sie nicht mehr bereit, sich alles gefallen zu lassen. Sie wurde selbstbewusster und fordernder. Sie stritt viel und organisierte Treffen, bei denen sich Frauen aus der Medienbranche vernetzten und vor Männern warnten, die sie schlecht bezahlten oder schlecht behandelten. Zusammen mit ihrem Bruder Jan gründete sie eine eigene Produktionsfirma: Decker Bros.

Dennoch verfolgt Decker die Angst, dass von einem Tag auf den anderen alles vorbei sein könnte, dieser Siegeszug, diese Erfolgssträhne. Darüber würde sie gern mal einen Film machen, sagt sie. Oder ein Buch schreiben. Um dieses verdammte Gefühl endlich loszuwerden. Woher es kommt? Decker sagt, das wüsste sie selbst gern.

Sie kam 1975 in Marburg zur Welt und wuchs in Stadtallendorf auf, knapp 20 Kilometer von Marburg entfernt. Ein »Highlight ihrer Kindheit« sei der Tag gewesen, an dem ihr Bruder auszog. Denn sie bekam seinen Fernseher. »Dass man sonntagsmorgens aufwachen und Fernsehen gucken kann, finde ich heute noch unglaublich. Ich habe lange gar nicht mitbekommen, dass das ein Berufswunsch von mir ist. Ich dachte, ich entziehe mich der Realität, indem ich in Filme und Serien abtauche.«

Beide Eltern waren Lehrer, wie viele andere in ihrer Familie. Sie komme aus einer »Lehrerdynastie«, sagt sie. Die Lehrerkindbiografie teilt Decker mit Til Schweiger. Wenn sich die Verwandtschaft an ihren Geburtstagen traf, sei gern über alternative Leselernmethoden diskutiert worden. Schon ihr Bruder habe dagegen rebelliert und Jura studiert.

Einmal gab es Streit mit ihren Eltern, weil Decker nach Marburg wollte, um sich den Film »Angeklagt« mit Jodie Foster anzuschauen, in dem es um eine Vergewaltigung

geht. Doch Decker war noch nicht 16. »Meine Eltern wollten immer alles richtig machen. Sie nahmen die Altersfreigabe der FSK sehr ernst.«

Marburg war für sie die Ahnung eines Lebens, das woanders möglich war. Kinos, Studenten, Lesungen, Joints. Allerdings fuhr der letzte Bus um 23 Uhr. Als Max Goldt in Marburg aus seinen Werken las, sei das für sie eine Offenbarung gewesen. Ein Gedanke, der neu und ziemlich aufregend war, setzte sich in ihrem Kopf fest: Man kann ja vom Schreiben leben.

Nach dem Abitur ging sie nach München, um dort Literaturwissenschaften zu studieren, doch die Stadt war zu teuer, sie musste Geld verdienen. In der Fernsehbranche fand sie Jobs, als Produktionsassistentin und Dramaturgin. Sie schrieb Konzepte für Sitcoms und Vorabendserien, dachte sich Spiele für »Big Brother« aus.

Irgendwann lernte sie Bora Dagtekin kennen, der damals auch fürs Fernsehen arbeitete, Drehbücher für »Gute Zeiten, schlechte Zeiten« schrieb und später die »Fack ju Göthe«-Filme schuf. Bis heute sind die beiden eng befreundet und schätzen sich sehr. Decker gibt Dagtekin ihre Drehbücher zum Lesen, er sei immer gnadenlos ehrlich, das tue manchmal weh.

Decker ist auch mit M'Barek befreundet, den sie bereits kannte, lange bevor er Deutschlands berühmtester Schauspieler war. »Damals kam er manchmal in die Bars nicht rein. Wenn wir in der Gruppe ausgegangen sind, hatte ich als blonde Frau deutlich bessere Karten als die drei Typen mit Migrationshintergrund an meiner Seite.«

Andere prominente Freunde von Decker sind die Schauspielerinnen und Moderatorinnen Palina Rojinski oder die Schriftstellerin Helene Hegemann. Fragt man sie, warum so viele ihrer Freunde prominent seien, sagt sie, sie habe auch sehr viele unbekannte.

Die, die prominent sind, seien ihr eher zugefallen. Die deutsche Filmbranche sei eine kleine Welt.

Wenn man ein paar Stunden mit Decker verbringt, kann man sich gut vorstellen, warum sie viele Freunde hat. Man kann mit ihr aufs Klo gehen und neben ihr pinkeln, ohne dass es sich komisch anfühlt. Sie zeigt einem ihr Hochzeitskleid vor der Feier auf dem Handy und erzählt, wie sie durch die halbe Stadt gefahren sei, um es ändern zu lassen. Dann habe sie Barbara Becker bei der Schneiderin getroffen und halb nackt mit ihr geplaudert, bis sie gemerkt habe, dass jemand von der »Bunten« mit in der Schneiderei stand.

Dadurch, dass Decker ihre eigenen Schwächen offenlegt, entsteht schnell das Gefühl, man könnte ihr auch etwas Peinliches anvertrauen, weil sie es verstehen würde. Vielleicht ist das auch das Rezept ihrer Filme, dass sie die Grundhaltung vermitteln: Egal wer du bist, komm erst mal rein, wir lachen gemeinsam ein bisschen über uns und das Leben, und dann schauen wir weiter.

Bevor es in Berlin richtig teuer wurde, kaufte sich Decker in einer beliebten Gegend eine Wohnung. Hier, im fünften Stock, arbeitet sie. Die Dachterrasse mit Blick über Berlin und Aussicht auf den Fernsehturm hat sich Decker von einem Landschaftsgärtner begrünen lassen.

Decker öffnet die Tür, barfuß und in einem langen blauen Kimono, sie verteilt Cola Zero mit Eiswürfeln. Ihr Hund Rudi ist in seiner »Auslaufgruppe«, dafür ist Deckers künftiger Mann da. Er ist sehr groß und sehr nett und verkündet ironisch, dass er kurz vor der Hochzeit sein Höchstgewicht erreicht habe. Man ahnt, dass sich Decker, was Humor betrifft, einen Partner auf Augenhöhe ausgewählt hat.

Auf Deckers linkem Arm steht »a million little pieces«. Es ist der Titel eines Buchs, in

dem der Protagonist abends im Bett liegt und das Gefühl hat, er bestehe aus einer Million Teile. Alles ist zersplittert, nichts passt mehr zusammen. »Als ich wieder lernen musste zu laufen, hat mir das sehr geholfen«, sagt Decker. 2010 endete eine nicht diagnostizierte Nierenentzündung in einer Blutvergiftung mit Organversagen. Sie lag acht Tage im künstlichen Koma, anderthalb Monate auf der Intensivstation. Und vielleicht ist das einer der Gründe, warum Decker sich nichts mehr gefallen lassen möchte: weil ihr die Zeit mittlerweile zu kostbar geworden ist, um sie mit Arschlöchern zu verschwenden.

Kurz vor der Premiere ihres Films merkt man Decker den Druck an, unter dem sie steht. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass »Liebessdings« ein Erfolg wird. Und sie weiß, dass sie sich mittlerweile genug Feinde gemacht hat, die ihr einen Misserfolg gönnen würden. Decker, die meistens nahbar, schlagfertig und herzlich ist, wird immer ernst, wenn es ums Business geht.

Kino, sagt Decker, sei etwas ganz anderes als Fernsehen oder Serien. Ihre Zuschauerinnen müssen nicht nur auf der Couch liegen und etwas streamen oder umschalten, sie müssen aufstehen, sich einen Mantel anziehen, rausgehen, sich eine Karte kaufen. »Das sind viele Hürden«, sagt sie. Vor allem jetzt. Die Kinobranche steckt gerade in einer ihrer größten Krisen.

Decker sagt, sie bewundere Filmemacherinnen wie Doris Dörrie oder Katja von Garnier. Sie habe deren Karriere mit »Argusaugen« verfolgt und den Eindruck bekommen, dass man in der Filmbranche als Frau weniger Fehler machen dürfe. »Meine männlichen Kollegen können sich ein, zwei Flops erlauben und bekommen doch wieder ein großes Projekt.«

Auch wegen dieser Ungleichbehandlung begann Decker, um das Geld zu kämpfen, das ihr ihrer Meinung nach zusteht. Vor vier Jahren verklagte sie den Konzern Warner Bros. und Til Schweigers Firma Barefoot Films. Ihr Ziel: eine Nachvergütung für ihre Arbeit an »Keinohrhasen« und »Zweiohrküken«.

Decker hatte für »Keinohrhasen« ursprünglich eine vergleichsweise niedrige Drehbuchgage von 17500 Euro erhalten. Allerdings war sie damals eine noch weitgehend unbekannte Autorin, Schweiger ebnete ihr den Weg für eine große Karriere. Später zahlte ihr Schweiger noch weitere 32500 Euro.

Seit dem Jahr 2002 gibt es im Urheberrecht einen sogenannten Fairnessparagrafen, der den Kreativen einen Anspruch auf Nachvergütung einräumt, wenn ihre Bezahlung in einem »auffälligen Missverhältnis« zu den Erlösen steht. Jost Vacano, der Kameramann von »Das Boot«, erstritt sich durch diesen Paragrafen eine Nachzahlung von mehreren Hunderttausend Euro. »Keinohrhasen« spielte an den Kinokassen rund 70 Millionen Euro ein.

Auf Anfrage des SPIEGEL haben sich Til Schweiger und Warner Bros. nicht zu dem Verfahren geäußert.

Wenn Anika Decker erzählt, wie sie sich im Gerichtssaal neben ihrem Anwalt Nikolaus Reber fühlte, während die Gegenseite gleich acht Juristen aufbot, wähnt man sich in einem Hollywoodfilm wie »Erin Brockovich«, in dem eine mutige Frau gegen einen Großkonzern prozessiert. David gegen Goliath, die alte Geschichte.

»Ich bin dafür gar nicht gemacht, gebe im Gerichtssaal kein besonders stolzes Bild ab«, sagt sie. »Aber ich will auch, dass sich was ändert.« Decker ist mittlerweile so etwas wie die Frontfrau der Initiative Kontrakt 18, die sich unter anderem dafür einsetzt,

»Ich hatte gehofft, das Drama damals um den Verhütungsring oder den Sex von Iris Berben war so ein Überbleibsel aus den 90ern.«

Filmemacher Schweiger, Decker, Schauspielerinnen Nora Tschirner in »Keinohrhasen«: Sechs Millionen Zuschauer



Passig / DAVIDS



Warner Bros. / dpa

dass Drehbuchautorinnen und -autoren mehr Mitsprache und Rechte erhalten.

Im Februar errang Decker vor Gericht einen ersten Erfolg und darf nun die Unterlagen einsehen, aus denen hervorgeht, wie viel »Keinohrhasen« und »Zweiohrküken« eingenommen haben. Schweiger habe sie seitdem nicht mehr gesehen, sagt sie. »Ich hoffe, ich kriege keine Ohrfeige, wenn wir uns irgendwann mal treffen. Es gab von seiner Tochter schon Posts mit Totenkopf und Särgen.«

Am Abend nach dem Treffen in Deckers Wohnung schreibt sie eine Nachricht, sie ist wütend. Bei der Pressearbeit stellt sich gerade heraus, dass es Schwierigkeiten gibt, »Liebessdings« zu bewerben. In dem Film verirrt sich ein Superstar, gespielt von Elyas M'Barek, in ein feministisches Varietétheater. Dort tanzen Künstlerinnen als Tampons verkleidet. Jetzt zielt sich wohl ein öffentlich-rechtlicher Sender, die Filmausschnitte zu zeigen.

Decker schreibt: »Ich versuche mich derweil zu beruhigen, weil ich mich gerade sehr aufgeregt habe darüber, dass Tampons so ein heißes Eisen zu sein scheinen. Vom Dialog über die Abtreibung fange ich gar nicht erst an. Wahnsinn, wie viele Bedenken es bei absolut lebensnahen Themen gibt. Wirklich Wahnsinn!«

Später schreibt sie: »Entschuldige. Ich wollte dich gar nicht so zumüllen. Ich werde das beobachten. Ich hatte gehofft, das Drama damals um den Verhütungsring oder den Sex von Iris Berben war so ein Überbleibsel aus den 90ern.«

Wenn sie so etwas schreibt, wirkt Decker manchmal wie eine Frau, die in ihrer neuen Rolle ein bisschen gefangen ist. Sie kann jetzt, da sie erst einmal angefangen hat zu kämpfen, auch nicht mehr aufhören. Aber man merkt ihr an, dass es ihr wirklich um etwas geht.

Vor wenigen Wochen war Decker mit ihrer Cousine im Berliner Promirestaurant Grill Royal. Der Kellner teilte ihnen einen Tisch zu. Dann, so erzählt es Decker, habe sie die Tochter Schweigers am Nebentisch gesehen. Jene, die sie mit einem Totenkopf und Särgen bedacht hatte.

Sie sei aufgesprungen und habe sofort wieder gehen wollen.

Nein, habe ihre Cousine gesagt: Du bleibst hier sitzen. Du hast vor Gericht gesiegt. Und wir haben jetzt Hunger.

Decker habe kurz gezögert.

Dann habe sie sich hingesetzt.

Lars-Olav Beier, Nora Gantenbrink

Einfach durchbrettern Richtung Süden

LITERATUR Sommerurlaub, das heißt auch: endlich lesen statt immer nur glotzen. Unsere Redaktion empfiehlt sechs Bücher, die Sie unbedingt (wieder mal) lesen sollten.

Für Unerschrockene

Als ich »Unser Teil der Nacht« aus der Hand legte, musste ich erst mal nachdenken, wann ich zuletzt eine richtige Horrorgeschichte so richtig »geschmökert« habe. Es muss am Ende meiner spätkindlichen Stephen-King-Phase gewesen sein, die vor gut 30 Jahren mit E. A. Poe, H. P. Lovecraft und E. T. A. Hoffmann milde abgeklungen ist. Mariana Enríquez ist mir untergejubelt worden. Es handle sich, so die Empfehlung, um eine Erzählung aus dem Argentinien der Diktatur, eine Familiengeschichte mit Elementen des magischen Realismus. Stimmt alles, nur war ich auf den Horror nicht vorbereitet. Ein geheimnisvoller Orden steht mit einer ominösen »Dunkelheit« im Bunde, der Menschen geopfert werden. Ein moribunder Vater, das Medium, will seinen Sohn vor dem Zugriff der Verwandtschaft bewahren. Zuerst versuchte ich, diese »Dunkelheit« als Chiffre für die Militärjunta zu lesen. Erst allmählich wurde mir klar, dass »Unser Teil der Nacht« eine Mischung aus »Stand by Me« und »Stranger Things« ist, ein Hybrid aus Stephen King und Gabriel García Márquez. Da war es schon zu spät – und ich blieb dabei. Einfach, weil ich einen solchen Schauer beim Lesen schon lange nicht mehr erlebt habe. Was an Enríquez' Kunst liegt, leichter Hand durch vier Jahrzehnte zu führen und das nackte Grauen gerade so weit auszuleuchten, dass die eigene Vorstellung den Rest übernimmt. Ganz wie früher. Trivialer Trick, aber sehr effizient.

Arno Frank

Mariana Enríquez:

»Unser Teil der Nacht«.

Aus dem Spanischen von Inka Mater und Silke Kleemann.
Tropen; 832 Seiten, 28 Euro.

Für Lebensgierige

Glühwürmchen lassen sich am besten in den Sommermonaten sichten. Immer wenn ich eines sehe, muss ich an das großartige Buch »Töchter« von Lucy Fricke denken. Es handelt von zwei Freundinnen: Martha und Betty. Die fahren zunächst mit Marthas todkrankem Vater in die Schweiz, dann entscheiden sie sich fürs Durchbrettern. Die Reise geht weiter

über die Alpen nach Italien und Griechenland. Und natürlich kommt alles ganz anders als geplant. Vordergründig ist »Töchter« ein Roadmovie, aber eigentlich ist es ein Buch übers Leben, über Freundschaft, Familie, verpasste Chancen. So was kann ja schnell ins große Kitschfass kippen, aber hier nicht, denn hier wird Schmerz zuverlässig in Lakonie umgewandelt, und das klingt dann zum Beispiel so: »Seit drei Tagen saß ich hier schon fest. Nachts fegten die Ratten durch die Gassen, tags stapelten sich die Touristen am Trevi-Brunnen. Vor den Museen die Wachen mit Maschinenpistolen, im Untergrund Bahnhöfe, in deren Finsternis ich den Dreck nur riechen konnte, und für den Vatikan sollte ich mich online anmelden.« In Italien kommt es später dann auch zum Glühwürmchen-Gate. Die Tiere umschwärmen Martha und Betty – und als das Display von Marthas Handy kurz aufleuchtet, stürzt sich eines der Würmchen darauf. An dieser Stelle steht dann: »Das gehörte zum Bittersten, was ich je gesehen hatte, ein Glühwürmchen, das versuchte, ein iPhone zu ficken.«

Nora Gantenbrink

Lucy Fricke:

»Töchter«.

Rowohlt; 240 Seiten; 12 Euro.

Für Nachwuchsphilosophen

Was ist Liebe? Mit der Frage kann der Fünfjährige zu Hause im ersten Moment so wenig anfangen wie mit dem Buch, das diesen Titel trägt. Wen liebst du? Darauf weiß er eine Antwort. Die lautet aber irritierenderweise nicht Mama oder Papa. Sondern Affi und Robbi, die Kuschtierchen, die Schlafanzüge aus demselben Stoff tragen wie er. Und warum liebt er sie? Weil sie immer da sind und immer schon da waren. Und ein bisschen vielleicht auch wegen der Schlafanzüge, die dem seinen so ähneln. Was ist Liebe? Das fragt im Buch ein kleiner Junge seine Großmutter. Sie weiß keine Antwort – und schickt ihn hinaus in die Welt, damit er es selbst herausfindet. Liebe sei ein Fisch, hört er unterwegs, schimmernd und glitschig. Liebe sei Applaus, ein Moment im Rampenlicht. Liebe sei ein Haus, das wa-

kelt und ächzt, doch am Ende steht es – und man lebt darin. Der Junge im Buch versteht so wenig wie der Fünfjährige zu Hause. Was ist Liebe? Die Frage scheint im ersten Moment sehr groß zu sein für ein Kinderbuch. Aber auch die Gespräche, die sich beim Vorlesen ergeben, werden größer und größer. Und so ist am Ende nicht nur der Fünfjährige klüger, sondern auch sein Papa. Denn das ist das Kunststück, das dem US-Bestsellerautor Mac Barnett und der Illustratorin Carson Ellis gelingt: eine Geschichte für Kinder zu erzählen, die die Erwachsenen ins Nachdenken bringt. Und alle miteinander ins Gespräch.

Tobias Becker

Mac Barnett:

»Was ist Liebe?«.

Illustriert von Carson Ellis.

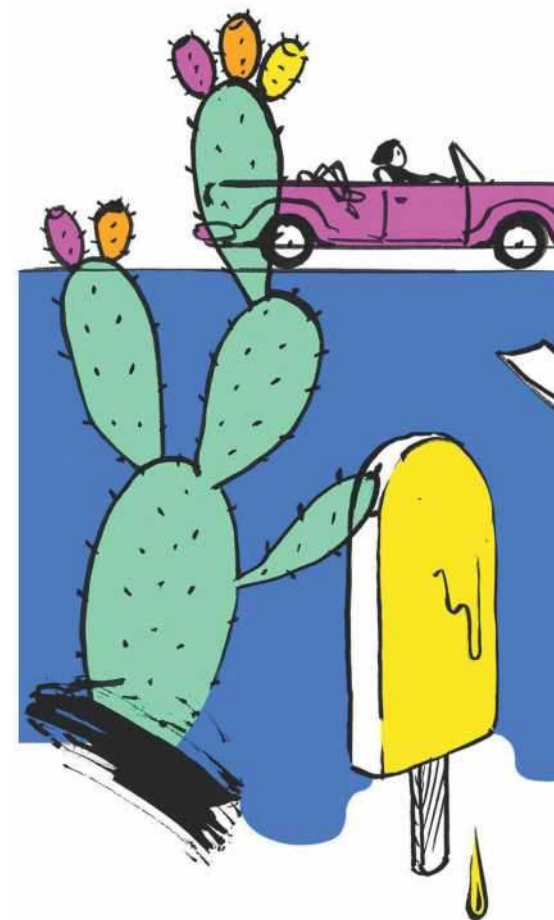
Aus dem amerikanischen Englisch

von Bärbel Brands.

Weissbooks; 44 Seiten; 16 Euro.

Für kühle Köpfe

Warum man den Winterroman »Der Zauberberg«, dessen berühmtestes Kapitel auch noch »Schnee« heißt, unbedingt im Sommer lesen sollte? Weil Sommer mehr ist als Wasser und Eis und Gewitter und Schweiß. Sommer ist vor allem, im besten Falle, Form; Form, die zerfließt wie eine Eiskugel bei 30 Grad. Die Zeit zieht sich in Thomas Manns Roman wie nur kurz gekauter Big Babol, süß und klebrig



und scheinbar endlos. Im »Zauberberg« will der Protagonist nur für drei Wochen ins Sanatorium in den Schweizer Alpen kommen, am Ende bleibt er sieben Jahre. Die Figuren leben im Sanatorium fast ausschließlich in der »horizontalen Lebensweise«, liegen auf Liegen und machen eigentlich nichts. In den Bergen zwar, könnte aber auch am Strand sein. Ich habe den »Zauberberg« nicht am Strand gelesen, aber an einem anderen Ort der totalen Zeitauflösung, nämlich in einem Bus von Peru nach Buenos Aires, 72 Stunden lang, drei Tage und drei Nächte. Das war wirklich furchtbar und leider nicht Ausdruck einer horizontalen, sondern einer vertikalen Lebensweise. Mit jeder Stunde fiel mir auf dieser Busfahrt das Lesen schwerer, aber es gab nichts anderes zu tun, außer den Telefonos im Fernseher über mir zuzusehen, die ich natürlich nicht verstand. Die Worte haben beim Lesen irgendwann ihren Sinn verloren, dann aber wiedergefunden. Mal war ich mehr, mal weniger bei Bewusstsein. Kann gut sein, dass es »Zauberberg«-Lesenden, die bei hohen Temperaturen unterm Sonnenschirm liegen, ähnlich ergeht. Mit dem Unterschied,

dass sie jederzeit zwischendurch ins Wasser springen können. Dafür hätte ich beim Lesen im Bus wirklich alles gegeben.

Xaver von Cranach

Thomas Mann:

»Der Zauberberg«.

S. Fischer; 1008 Seiten; 18 Euro.

Für Wellenreiter

Ich weiß nicht, was Sommer- oder Ferienliteratur sein soll, und ich möchte bitte im Urlaub auch keine sogenannte leichte Literatur lesen. »Wellen« als Strandlektüre zu bezeichnen, weil die Geschichte am Meer spielt und sich hier eine Liebesgeschichte entfaltet – das wäre respektlos. Trotzdem kann man Eduard von Keyserlings bekanntestes Werk sehr gut auch am Strand lesen. Als Keyserling, Abkömmling einer baltischen Adelsfamilie, an dem 1911 erschienenen Roman arbeitete, war er seit mehreren Jahren nahezu blind. Er diktierte die Erzählung seinen Schwestern. Vielleicht ragen die Schilderungen verschiedener Meeresstimungen deshalb so sprachmächtig aus diesem schmalen und gewaltigen Werk. Erzählt wird die Geschichte

Den »Zauberberg« sollte man unbedingt im Sommer lesen, an einem Ort der totalen Zeitauflösung: dem Strand.

der Gräfin Doralice, die mit dem Adelsstand gebrochen hat und mit einem bürgerlichen Maler zusammenlebt. Aber durch Missverständnisse und unterschiedliche Vorstellungen ist die junge Liebe bedroht. Von Keyserling beschreibt eine sterbende Gesellschaftsschicht, die keine Funktion mehr hat und keinen Lebensinhalt, nur leer gewordene Rituale. Die Moderne ist längst da und wird sie hinwegfegen, die Protagonisten wissen es nur noch nicht. Schöner als Keyserling hat nie jemand einen Untergang beschrieben.

Oliver Kaever

Eduard von Keyserling:

»Wellen«.

Reclam; 190 Seiten; 12 Euro.

Für Stubenhocker

Reisen macht schlauer – und manchmal auch schreckhaft. Davon handelt »Atlas eines ängstlichen Mannes«. Der Schriftsteller Christoph Ransmayr erzählt in diesem hoch unterhaltsamen Buch für alle Menschen, die es im Sommer in die weite Welt hinauszieht, von rund 70 Orten, die er besucht hat. Manche hat er auch nur aus der Ferne gesehen wie das Sternbild Haar der Berenike. Das betrachtet er in einer Sommernacht von einer Almwiese im stockfinsternen österreichischen Hölleengebirge aus durchs Teleskop, umgeben von in der Dunkelheit weidenden, unheimlich seufzenden Kühen. Eine seiner weitesten Reisen führte den Österreicher Ransmayr auf die Südseeinsel Pitcairn, wo die Nachkommen der Meuterer von der »Bounty« leben. Die Merkwürdigkeiten und die Magie der Fremde beschwört er in einer karg poetischen, freundlich beiläufigen Sprache. Zugleich zieht er die Bilanz einer nomadischen Schriftstellerexistenz. Jede von Ransmayrs Geschichten in »Atlas eines ängstlichen Mannes« beginnt mit den Worten »Ich sah ...«. Ich muss beim Lesen und Wiederlesen dieser Geschichten immer an Bob Dylans Song »A Hard Rain's A-Gonna Fall« denken, der ähnlich funktioniert. Tatsächlich ist es die Sprachgeste der Rhapsoden, der fahrenden Sänger der Antike, die Dylan und Ransmayr gleichermaßen benutzen. Weit gereiste Männer berichten staunenden Zuhörern von ihren Abenteuern – und werden um ihre Kraft zur Überwindung aller Welterkundungsfurcht beneidet.

Wolfgang Höbel

Christoph Ransmayr:

»Atlas eines ängstlichen Mannes«.

S. Fischer; 464 Seiten; 13 Euro.



Illustration: Studio Pong / DER SPIEGEL



Darsteller Brandt
als CEO Cramer

Netflix

Die Party vor dem Crash

STREAMING Die Netflix-Serie »King of Stonks« persifliert den Wirecard-Skandal und verlegt ihn, wie passend, nach Düsseldorf. In der Hauptrolle als enthemmter Fintech-CEO: Matthias Brandt. Eine Tour mit ihm und Regisseur Jan Bonny durch die Abgründe der Stadt am Rhein.

Ein Edeltaliener in Düsseldorf-Oberkassel, das Gespräch kreist um die Zähne der oberen Zehntausend. Matthias Brandt sagt: »Irgendwann liefen immer mehr Leute mit diesen unnatürlichen weißen Latenzäunen im Mund rum, das ist wohl auch eine Art Aufstiegstrophäe.« Demnach gönnt sich der zu Geld gekommene Mann, der Virilität und Wohlstand ausstrahlen will, heute nicht mehr unbedingt ein teures, klimaschädliches Auto, sondern investiert in eine getunte, strahlende Zahnfront. Das Gebiss als Statussymbol unserer Zeit, als Porsche für die Visage.

Für den Schauspieler Brandt war die XXL-Keramik im Gesicht das Werkzeug, um sich in den Alphahai in der Vorstandsetage eines Finanztechnologieanbieters einzufühlen, den er in seiner neuen Serie verkörpert: »Die Zähne ebneten mir einen Weg in den Exzess und

die Enthemmung, die in dieser Figur angelegt ist«, sagt er. Neben ihm sitzt Regisseur Jan Bonny, er spricht zärtlicher über Brandts Antihelden: »Diese überdimensionierte Zahnleiste macht den Mann auch verletzlich. Man denkt doch mitfühlend: Was ist denn da passiert?«

Brandt, 60, und Bonny, 43, sind seit vielen Jahren durch ihre Arbeit an Psychodramen und Polizeithrillern für ARD und ZDF verbandelt, in denen sich die Menschen gegenseitig so wehtun, dass es den Verstand übersteigt. Nun haben sie für Netflix die Serie »King of Stonks« gedreht – der Titel ist sowohl eine Verballhornung des Wortes Stockbroker als auch eine Hommage an Helmut Dietls Hochstaplerkomödie »Schtunk!«

Ging es bei Dietl um die gefälschten Hitler-Tagebücher, geht es hier um die manipulierten Kurse bei Wirecard, jenem jungen Dax-Unter-

nehmen, dessen Manager den größten Finanzskandal in Deutschland verursacht haben. Nur heißt das Unternehmen in der Serie nicht Wirecard, sondern Cable Cash. Und der CEO ist kein geheimnisvoller Manipulator im Hintergrund wie Wirecard-Chef Markus Braun, sondern der grölende Gernegroß Magnus A. Cramer, der vor Publikum Bumsbewegungen nachahmt, wenn er einen Konkurrenten niedermacht. Brandt spielt ihn als Mischung aus Elon Musk und Robert Geiss.

Das fiktive Unternehmen Cable Cash hat seinen Sitz in Düsseldorf, hier haben Brandt und Bonny die meisten Szenen gedreht. Wir sind mit ihnen zu einer langen Tour durch die Stadt verabredet, um über Hochstapler, Reichtum und Gier zu sprechen.

Den Anfang machen wir in Oberkassel links des Rheins. Fast nirgendwo in Deutschland wohnt man teurer. Der Italiener liegt auf

einer Art Piazza, die von älteren Herren in teuren Autos umrundet wird – entweder sehr großen, sehr leisen Geländewagen oder sehr kleinen, sehr lauten Sportwagen. Sie werden entweder gesehen oder gehört, ignorieren geht nicht.

»Unsere Serie gehört nicht nach Hamburg-Blankenese oder nach München-Bogenhausen«, sagt Bonny, »hier in Düsseldorf geht man offener um mit dem, was man hat oder vorgibt zu haben. Wenn du glaubst, du hast eine gute Geschichte zu erzählen, musst du sie laut in die Welt blasen.«

Bonny und Brandt sind beide ganz in Schwarz gekleidet. Zwischen den edlen pastellfarbenen Polohemden und bunten Shorts, die man an diesem heißen Sommertag in Oberkassel sieht, stechen sie heraus wie die Punks, die mit dem 9-Euro-Ticket in Westerland auf Sylt eingefallen sind. Wie unterschiedlich ihr Temperament ist, wird klar, sobald sie über Magnus Cramer reden. Bonny nennt ihn sanft Magnus, Brandt spöttisch Dr. Cramer.

»Ein unfassbarer Idiot«, so Brandt. »Wenn du so einen spielst, ziehst du daraus einen unheimlichen Lustgewinn. Du hantierst mit Eigenschaften von Leuten, denen du so über die Jahre begegnet bist.« Auf diese unangenehme Breitbeinigkeit sei er vom Schulhof bis zum Filmset immer wieder getroffen.

Vielleicht ist es das schöne Wetter oder der Weißwein – Bonny ist milder gestimmt: »Man muss seinen Figuren auch im größten Abgrund mit Zärtlichkeit begegnen.« Der Regisseur ist in Düsseldorf geboren und aufgewachsen, er verachtet die Stadt und ihre Bewohner zwar irgendwie, aber noch mehr will er sie immerzu umarmen. Er sei gleichermaßen begeistert wie entsetzt, mit welcher Geschwindigkeit hier die unterschiedlichsten Amplituden durchlaufen würden: »Von phänomenaler Zuneigung über maximales Desinteresse bis zu aggressivem Niedermachen – das aber nach zwei Altbier wieder zur Verbrüderung führen kann.«

Es ist dieses Gefühlschaos, das ihn mit den anderen Verantwortlichen veranlasst hat, die Wirecard-Geschichte in Düsseldorf anzusiedeln. »Es nützt ja nichts, eine Serie zu drehen, in der man einfach nur zeigt, was für Arschlöcher die Figuren sind«, sagt Bonny. »Man muss dem ja was entgegenstellen. Und das ist die große Liebe für die Stadt.«

Ein paar der weißen Lattenzäune sind auch hier beim Italiener unter den Gästen auszumachen, sie bespre-

chen lautstark ihre Geschäfte. »Ja«, sagt Brandt und nickt, »hier gehört der Dr. Cramer hin.«

Der CEO in »King of Stonks« trickst mit immer neuen Drohungen, Lügen und Komplotten gegen das Auffliegen des Betrugs an. Das Erzähltempo ist enorm, zwischen den halsbrecherischen Verkaufsshows der Cable-Cash-Crew und ihren schamlosen Saufgelagen danach gibt es für das Serienpublikum Börsencrashkurse und eine Wirecard-Skandalchronik im Highspeedmodus von »How to Sell Drugs Online (Fast)«. Das Fintech-Business wird hier in schnell geschnittenen 30-Sekunden-Tutorials erklärt, so wie das digital organisierte Drogengeschäft in »How to Sell Drugs Online (Fast)«. Im Team mit den Schöpfern des Netflix-Hits, Philipp Käßbohrer und Matthias Murmann, hat Bonny die Produktion auch entwickelt.

Für Brandt ist es der erste größere Auftritt in einer grellen Comedy. Bonny und er gehen normalerweise eher in die dunklen Ecken der menschlichen Psyche. Fünf Projekte haben sie vor »King of Stonks« gemeinsam bewältigt, darunter zwei aufwühlende »Polizeirufe« über mörderischen Machismo auf dem Polizeirevier und entfesselte Neonazigewalt. Seit 2006 arbeiten sie zusammen, damals war Brandt in der öffentlichen Wahrnehmung noch nicht der stille Star des deutschen Films, sondern vor allem der Sohn des Bundeskanzlers, der ein bisschen aussah wie sein Vater, aber statt Politik lieber Theater machte.

Es ist ihm gelungen, aus diesem mächtigen Schatten zu treten, um ein großes Publikum an gefährliche Orte und zu gefährlichen Menschen mitzunehmen, die man sonst eher meidet. Eine erste Bewegung in diese Richtung war Bonnys Regiedebüt »Gegenüber«, darin spielte Brandt einen Streifenpolizisten, der sich da-

Viele von Bonnys Filmen gewinnen wichtige Preise, drohen aber aus Jugendschutzgründen ins Nachtprogramm abgeschoben zu werden.

heim von seiner herrschsüchtigen Frau misshandeln lässt. Vor drei Jahren war er unter Bonnys Regie in »Wir wären andere Menschen« als Fahrlehrer zu sehen, der sich durch eine Reihe archaischer Morde von seinem Jugendtrauma befreit. Das waren Filme wie Faustschläge.

Inzwischen sitzen wir im Taxi Richtung Bahnhofsviertel und überqueren auf der Oberkasseler Brücke den gleißenden Rhein. Gut 20 Kilometer stromaufwärts haben Brandt und Bonny die Szene für »Wir wären andere Menschen« aufgenommen, in der der Fahrlehrer einen Mann mit bloßen Händen im Fluss ertränkt. Muss es nicht eine gewisse persönliche Disposition geben, wenn man immer wieder so bereitwillig in die Seelenkeller anderer Menschen hinabsteigt? Brandt kennt solche Fragen, lässt sie sonst gern ins Leere laufen, weil sie ihm zu sehr um seine eigene Person kreisen. Dabei soll die doch hinter der Rolle verschwinden.

Jetzt im Taxi sagt er: »Ich habe ja nur mich selbst als Ausdrucksmittel, insofern könnte man das mit der persönlichen Disposition schon sagen. Das sind irgendwo immer Varianten meiner selbst.« Brandt schaut auf den Rhein und versucht es noch mal mit einer anderen Erklärung: »Ich lebe ja das Leben, das ich lebe. Und ganz viele Varianten des Lebens lebe ich eben nicht. Aber auf einmal kann ich das in einem Film eben doch tun.« Das habe nichts mit Betroffenheit zu tun, sondern mit bloßer Neugier: »Ah, interessant, das wäre also bei einer gewissen Verquickung unterschiedlicher Ereignisse auch möglich.«

Pathos ist diesem leisen, hinter-sinnigen, gelegentlich sardonisch lächelnden Mann fremd, aber über seine Rollen als Täter, Opfer, Ermittler und jetzt eben auch Dax-Bonze ist er zum Schmerzensmann der Republik geworden. Möglicherweise ist es dieser jahrelang kultivierte, eigentümliche Unterdruck in Spiel und Auftreten, den sich Brandt als Sohn des übergroßen Politikers auferlegt hat, durch den bei ihm die extremsten Rollen glaubhaft werden.

Und Regisseur Bonny ebnet Brandt den Weg in diese Abgründe. Meist spielen seine Filme in schäbiger Umgebung, in Gaststätten mit Resopallook, in Eigenheimen im abgewetzten Achtzigerjahre-Biedermann, in den schimmigen Rückständen der alten Bundesrepublik. »Deutsche Anti-Poesie« haben sie bei den Öffentlich-Rechtlichen seinen Stil mal

Kreativpartner Brandt, Bonny im Düsseldorfer Bistro Agi:
Punk und Protz



Marcus Simatis / DER SPIEGEL



Szene aus einem Überwachungsvideo in Butscha

SPIEGEL TV

MONTAG, 4.7., 23.20 – 0.00 UHR, RTL

Als Putin den Tod nach Butscha brachte – Rekonstruktion

Das beispiellose Kriegsverbrechen zeichnet SPIEGEL TV anhand von Zeugen-aussagen, Überwachungsvideos und Handyauswertungen nach. Die Morde und Plünderungen russischer Soldaten in Butscha sind minutiös geschildert.

Hinsetzen und ankleben – »die letzte Generation« kämpft mit allen Mitteln

Reportage über Umweltaktivisten, die versuchen, die Klimakrise durch zivilen Ungehorsam aufzuhalten.

KABEL EINS

SONNTAG, 3.7., 20.15 – 22.15 UHR, KABEL EINS

Deutschlands größte Geheimnisse – Die unfassbarsten 13 Staffel 3, Folge 1

Welches lange Zeit streng gehütetes Regierungsgeheimnis verbirgt sich in den Weinbergen von Nordrhein-Westfalen? Und was haben alle jungen Menschen in einem 600-Seelen-Dorf gemeinsam?



Titelgrafik zur Sendung

Was geschah unter einem schwäbischen Wirtshaus, das die Welt veränderte? Und welcher weltweite Exportschlager stammt aus einem kleinen Ort in Thüringen?

Die Show präsentiert 13 schräge Orte, Rekorde, Geschichten und lädt zum Miträtseln ein. Es gilt, Hinweise zu kombinieren und so die Geheimnisse zu lüften. Zahlreiche Prominente wie Janine Kunze, Aaron Troschke, Peter Giesel und Madita van Hülsen knobeln mit.

SPIEGEL TV REPORTAGE

DONNERSTAG, 7.7., 23.25 – 0.20 UHR, SAT.1

Ein Jahr nach der Flut – das Leben nach der Katastrophe



Hoteliersfamilie Kempen

Das Wasser hat ihnen fast alles genommen. Zwölf Monate lang hat SPIEGEL TV vier Betroffene begleitet. Vom Tag nach der verhängnisvollen Nacht bis zu diesem Sommer, in dem die meisten Trümmer zwar beseitigt, aber das Trauma längst nicht verheilt ist. Eine berührende Geschichte über Menschen, die kämpfen. Um ihre Existenz und ihr altes Leben.

getauft, um den schwer vermarktbarsten Absturzdramen ein Label aufzudrücken.

Viele von Bonnys Filmen gewinnen wichtige Preise, drohen aber aus Jugendschutzgründen immer wieder ins Nachtprogramm abgeschoben zu werden. Um finanziell unabhängig zu sein, dreht er zwischendurch Werbespots, stets mit großem Budget. Gerade bereitet er die Kampagne für die Champions League bei Amazon vor.

Punk und Protz, zwischen diesen Polen agiert der Regisseur. Sein Zuhause ist und bleibt aber der Punk. Das wird bei der zweiten Station dieses Trips deutlich: dem Bistro Agi, einer Kaschemme nahe dem Hauptbahnhof mit eingeschränkter Getränke- und Speisekarte. Bonny ist um die Ecke aufgewachsen; beim Türken drei Hauseingänge weiter hat er schon als kleiner Junge seinen Döner gegessen. Auf Agis Tresen steht eine Drei-Liter-Flasche Jägermeister, zwei Spielautomaten bimmeln vor Kunstledersesseln.

Wir steigen in den Keller hinab, in dem früher eine Kegelbahn war und auch mal ein privater Klub mit Spieltischen. Der befreundete Künstler Alex Wissel hat in Agis Keller vor vielen Jahren 24-Stunden-Partys veranstaltet. Bonny filmte und machte später mit dem Freund daraus einen Experimentalfilm. Aus derselben Lust am Ausprobieren entstand zwei Jahre danach das Projekt »Rheingold«, eine experimentelle Komödie, ebenfalls eher assoziativ und nicht für das breite Publikum. Der Film wurde unter anderem in der Sammlung von Julia Stoschek gezeigt, der prominentesten deutschen Mäzenin im Bereich Medienkunst.

Auch Brandt übernahm einen Part in »Rheingold« – den des Düsseldorfer Halbpromis Helge Achenbach. Noch so ein Aufschneider, diesmal nicht aus der Finanz-, sondern aus der Kunstwelt. Achenbach zockte einst unter anderem den Aldi-Erben Berthold Albrecht mit Oldtimern und Kunstgemälden ab. Er gab den reichen Mann und suhlte sich in dem Luxus, den er sich ergaunert hatte. Später wurde er wegen Betrugs zu fast 20 Millionen Euro Schadensersatz und einer Haftstrafe von sechs Jahren verurteilt.

»Ein fabelhafter Hochstapler«, schwärmt Brandt. »Er hat einen Beruf erfunden, Art-Consulting, den es vorher so nicht gab. Die Beschäftigung mit Achenbach und diesem ganzen Parvenükosmos war eine schöne Vorbereitung auf Cable Cash und Dr. Cramer.« Das Art-Consulting à la Achenbach und die Fintech-Schwindeleien à la Dr. Cramer – hier wie dort wird mit Illusionen gedealt. In einer Szene von »King of Stunks«, als das Lügenkonstrukt des Zahlungsdienstleisters mit seinen fast wertlosen Tochterfirmen schon in sich zusammenzubrechen droht, bleckt Brandt als CEO Cramer das Gebiss und jubiliert: »Weil ich so strahle, sind alle geblendet.«

Im Keller von Agis Bistro sagt Bonny: »Der Aktienmarkt und der Kunstmarkt haben viel gemein, da geht es um Hoffnung,

Sehnsucht, den Zauber totaler Irrationalität.« Der Preis für eine Aktie oder ein Bild bemesse sich schließlich vor allem an dem, was Leute bereit seien zu zahlen, weil sie an die Erzählung dahinter glauben. »Das macht diese beiden Märkte so attraktiv für Hochstapler, die wissen, wie man eine gute Geschichte erzählt.«

Bonnys Experimentalfilme laufen auch in Galerien und Museen. Deshalb ist es nicht überraschend, dass er als letzten Stopp das Philara ein paar Straßen weiter vorschlägt, eine Galerie in einem lauschigen Hinterhof, in der ein reicher Privatmann seine Sammlung moderner Kunst ausstellt.

Heute ist eigentlich zu, aber eine Mitarbeiterin schließt für uns auf. Man kennt sich, Bonny hat hier eine wichtige Szene von »King of Stonks« gedreht. Uschi Glas spielt darin eine Brokerin, die in Kunst investiert. Oder eine Kunstsammlerin, die auf Aktien wettet.

Statt die Kunst an den Wänden zu bewundern, reden wir – klar, bei dieser Serie – über Investments. Brandt erzählt vom Weltpartag, der ihn geprägt habe, damals im alten Westdeutschland, als man einmal im Jahr stolz seine Spardose zur Volksbankfiliale trug. Seine Bankberaterin habe ihm vor Kurzem aber nahegelegt, dass es so nicht mehr weitergehe. Die Inflation, die Strafzinsen. Jetzt besitze er auch ein paar Aktien, »aber ich nehme keine ethischen, politischen oder ökologischen Schweinereien in Kauf, damit's mehr Dividende gibt«.

Saubere Aktieninvestments, geht das? Bonny sagt mit Blick aufs eigene Portfolio leicht zerknirscht: »Ich bin nicht unschuldig. Ich versuche, mein Geld einigermaßen würdevoll zusammenzuhalten und dabei niemanden zu bestehlen.« Allerdings halte er die Macht der Börse über den Lauf der Welt für »fatal«. »Das Aktiengeschäft ist die Krisenerzählung unserer Zeit«, sagt er. »Mit Molltönen wird berichtet, wenn der Dax fällt, als wäre das so schrecklich wie ein Krieg im eigenen Land. Und mit Erleichterung und Begeisterung sollen wir reagieren, wenn er steigt, auch wenn das den wenigsten auch nur einen Euro mehr in die Faust gibt.«

Brandt hat sich inzwischen auf eine Sitzgelegenheit niedergelassen, die ein bisschen wie ein Ausstellungsstück aussieht. Flach, eckig, aber unerwartet bequem. Er sagt: »Irgendjemand hat mal entschieden, dass ›Börse vor acht‹ im Ersten läuft, so als ob das die gleiche Bedeutung hätte wie die parlamentarischen Entscheidungen, über die danach in der ›Tagesschau‹ berichtet wird. Jeder muss das angeblich wissen. Keiner versteht's.« Dann ruft er aus dem obskuren Sitzobjekt heraus: »Ich will die nicht so ernst nehmen, wie die sich nehmen. Ich will die lächerlich machen.«

Geht klar. Wer nach »King of Stonks« sein Geld begeistert einer zähnefletschenden Dax-Dogge wie Dr. Cramer hinterherwirft, dem ist auch nicht mehr zu helfen.

Christian Buß

SPIEGEL Bestseller

BELLETRISTIK



Zwei Halbbrüder wissen wenig über die Vergangenheit ihres Vaters. Der eine begibt sich auf eine Spurensuche durch die Geschichte der Familie. | **Platz 3**

- 1** (3) **Heinz Strunk**
Ein Sommer in Niendorf Rowohlt; 22 Euro
- 2** (2) **Bonnie Garmus**
Eine Frage der Chemie Piper; 22 Euro
- 3** (6) **Susanne Abel**
Was ich nie gesagt habe dtv; 23 Euro
- 4** (4) **Lucinda Riley**
Die Toten von Fleet House Goldmann; 22 Euro
- 5** (5) **Donna Leon**
Milde Gaben Diogenes; 25 Euro
- 6** (10) **Susanne Abel**
Stay away from Gretchen dtv; 20 Euro
- 7** (8) **Ildikó von Kürthy**
Morgen kann kommen Wunderlich; 22 Euro
- 8** (7) **Michael Kobr/Volker Klüpfel**
Affenhitze Ullstein; 24,99 Euro
- 9** (1) **Sarah J. Maas** Crescent City – Wenn ein Stern erstrahlt dtv; 24 Euro
- 10** (9) **Miranda Cowley Heller**
Der Papierpalast Ullstein; 23,99 Euro
- 11** (11) **Carsten Henn**
Der Geschichtenbäcker Piper; 15 Euro
- 12** (12) **Martin Walker**
Tête-à-Tête Diogenes; 25 Euro
- 13** (17) **Jan Weiler**
Der Markisenmann Heyne; 22 Euro
- 14** (16) **Carsten Henn**
Der Buchspazierer Piper; 15 Euro
- 15** (13) **Micky Beisenherz/Sebastian Fitzek**
Schreib oder stirb Droemer; 19,99 Euro
- 16** (19) **Bernhard Schlink**
Die Enkelin Diogenes; 25 Euro
- 17** (15) **Mona Kasten**
Lonely Heart lyx; 18 Euro
- 18** (14) **Don Winslow**
City on Fire HarperCollins; 22 Euro
- 19** (18) **Renate Bergmann** Dann lassen wir eben die Heizdecke weg! Ullstein; 10,99 Euro
- 20** (–) **Elizabeth George**
Was im Verborgenen ruht Goldmann; 26 Euro

SACHBUCH



Der ehemalige Generalvikar des Bistums Speyer wirft der katholischen Kirche mangelnden Reformwillen vor und erklärt, warum er ausgetreten ist: Er habe seinen Glauben retten müssen. | **Platz 2**

- 1** (1) **Kurt Krömer** Du darfst nicht alles glauben, was du denkst Kiepenheuer & Witsch; 20 Euro
- 2** (3) **Andreas Sturm**
Ich muss raus aus dieser Kirche Herder; 18 Euro
- 3** (2) **Marietta Slomka**
Nachts im Kanzleramt Droemer; 20 Euro
- 4** (5) **Brianna Wiest** 101 Essays, die dein Leben verändern werden Piper; 22 Euro
- 5** (7) **Christiane Hoffmann**
Alles, was wir nicht erinnern C. H. Beck; 22 Euro
- 6** (4) **Neven Subotić/Sonja Hartwig**
Alles geben Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 7** (6) **Klaus von Dohnanyi**
Nationale Interessen Siedler; 22 Euro
- 8** (9) **Peter Hahne**
Das Maß ist voll Quadriga; 12 Euro
- 9** (13) **Vincent Klink** Ein Bauch spaziert durch Venedig Rowohlt; 25 Euro
- 10** (8) **Dr. Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt**
Bewegung Insel; 26 Euro
- 11** (18) **Richard David Precht**
Freiheit für alle Goldmann; 24 Euro
- 12** (12) **Catherine Belton**
Putins Netz HarperCollins; 26 Euro
- 13** (17) **Navid Kermani** Jeder soll von da, wo er ist, einen Schritt näher kommen Hanser; 22 Euro
- 14** (19) **Florian Illies**
Liebe in Zeiten des Hasses S. Fischer; 24 Euro
- 15** (10) **Angela Merkel**
Was also ist mein Land? Aufbau; 8 Euro
- 16** (16) **Doris Dörrie**
Die Heldin reist Diogenes; 22 Euro
- 17** (11) **Ray Dalio**
Weltordnung im Wandel Finanzbuch; 29,99 Euro
- 18** (–) **Gertrude von Holdt**
Die Halligpastorin Bene; 14 Euro
- 19** (–) **Ken Mogi**
Nagomi DuMont; 20 Euro
- 20** (–) **Bettina Tietjen**
Früher war ich auch mal jung Piper; 22 Euro

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); Informationen unter spiegel.de/bestseller

Die Kultur hat Long Covid

VERANSTALTER Die Theater sind wieder offen, die Konzerte finden statt – doch die Leute kommen nicht wie erhofft. Fehlende Fachkräfte, hohe Kosten und geänderte Gewohnheiten machen der Veranstaltungsbranche zu schaffen. Ist Besserung in Sicht?



Haus der Berliner
Festspiele während des
Theatertreffens

Stefan Boness / VISUM

Es war ein Tweet, der klang wie ein tiefer Seufzer oder ein Hilferuf. »Am Samstag haben wir Premiere mit ›Brüste und Eier‹ von Mieko Kawakami am Thalia Theater«, schrieb der Regisseur Christopher Rüping. »Tolle Besetzung, fantastischer Stoff. Es wird voraussichtlich die erste Premiere, seit ich Theater mache, die nicht ausverkauft sein wird. Bricht mir das Herz.« Rüping, 36, im Augenblick der wahrscheinlich beste Schauspielregisseur im deutschsprachigen Raum, die Bühnenumsetzung eines Erfolgsromans, das Thalia eines der großen Häuser des Landes – eigentlich beste Voraussetzungen für einen Erfolg. Aber der Vorverkauf lief nicht. Und Rüping behielt recht, bei der Premiere blieben Plätze leer.

Ähnlich in der Musik. Das traditionsreiche Festival Rock am Ring etwa war gut besucht. Doch eine ganze Reihe von Veranstaltungen wurde abgesagt: das Wireless Festival in Frankfurt, das Puls Open Air auf Schloss Kaltenberg. Und das riesige Heavy-Metal-Spektakel in Wacken wird zwar stattfinden – aber Rammstein-Sänger Till Lindemann, eigentlich einer der Headliner, wird nicht kommen: Er bekam offensichtlich das Personal nicht zusammen, das er für seine Show gebraucht hätte.

Und dann ist da noch Helene Fischer, der größte deutsche Popstar. Sie wird dieses Jahr nur ein einziges Konzert geben, Ende August auf dem Gelände der Messe München. Um die 100 000 Besucher werden erwartet. Allerdings wurde die Aftershowparty, ein Event nach dem Konzert, abgeblasen. Eine offizielle Begründung gibt es nicht, aber womöglich waren 90 Euro für die Zusatzveranstaltung (bei der Fischer gar nicht aufgetaucht wäre) den Helene-Fischer-Fans zu viel Geld.

1,4 Milliarden Euro hat das Kulturstatsministerium in den vergangenen zwei Jahren über das Neustart-Programm bewilligt, um die Folgen der Coronakrise abzumildern, davon wurden bisher 926 Millionen ausgezahlt. Und noch einmal 137 Millionen über den Sonderfonds für Kulturveranstaltungen. Manche Soloselbstständige mussten deshalb kein Hartz IV beantragen, Theater stemmten digital übertragene Vorstellungen aus dem Boden. Jetzt, so dachte man, könnte es endlich wieder losgehen.

Denn war nicht eines der großen Versprechen der Nach-Corona-Zeit, dass man wieder ins Theater gehen könne oder ins Konzert? Die Kultur sei systemrelevant, hatte es während der Pandemie immer wieder geheißen, es war das Hauptargument, mit dem für staatliche Hilfen gestritten wurde. Die Kultur sei eines der zentralen öffentlichen Güter und müsse geschützt werden, weil sie der pandemischen Gefahr hilflos gegenüberstehe – aber gesellschaftlichen Zusammenhalt und Kommunikation ermögliche. Nun, so wie es aktuell aussieht, leidet die Veranstaltungsbranche unter Long Covid.

Theater und Orchester in Deutschland hätten es mit einer zweifachen Krise zu tun, den



Rammstein-Sänger Lindemann: Das Personal nicht zusammenbekommen

Nachwirkungen von Corona und dem Krieg gegen die Ukraine, so Carsten Brosda, Hamburger Kultursenator und Präsident des Deutschen Bühnenvereins in einem Interview. Für die Zeit nach Ostern habe man auf eine Phase gehofft, »in der die Pandemie zwar nicht vorbei ist, aber in der wir etwas Zuversicht schöpfen können. Dann kam der Krieg in der Ukraine, der die Gesellschaft durchschüttelt«. Brosda folgert: »Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger jetzt doppelt überzeugen, sich den Theatern zuzuwenden.«

Das könnte schwierig werden. Wie schlecht steht es bitte, wenn die Kultur zur Pflicht wird?

Nun hat es nicht nur psychologische Gründe, warum jemand nicht mehr ins Theater oder Konzert geht. Es ist häufig auch teurer geworden, so wie alles gerade mehr Geld kostet, es hat mit veränderten Gewohnheiten zu tun, mit dem Alter, aber auch mit den unter-

schiedlichen Organisationsformen von Kultur in Deutschland, ob etwas staatlich subventioniert wird oder nicht. Doch die Kulturschaffenden unterschiedlicher Sparten stehen vor ähnlichen Problemen: Die Leute kommen nicht mehr so wie vor der Pandemie.

Von »geschredderten Zuschauerzahlen«, spricht Peter Hilton Fliegel, der Leiter des Schauspiels am Stadttheater Bremerhaven in einem Bericht in der »Deutschen Bühne«, dem Blatt des Deutschen Bühnenvereins. Die Oper Frankfurt habe 5000 ihrer 12 000 Abonnenten verloren, berichtet das Theater-Onlineportal »Nachtkritik«. Im dortigen Schauspiel sind es 3000 Abos weniger. Das Burgtheater in Wien gehe für die Saison nur noch von einer Auslastung um die 63 Prozent aus, berichtet der »Standard«. Und die Münchner Kammerspiele kommen für die laufende Spielzeit nur auf 58 Prozent.

Beim Theatertreffen in Berlin im Mai, der alljährlichen Leistungsschau, blieben in diesem Jahr etliche Plätze in den Vorstellungen leer – für die Organisatoren der in den Sechzigerjahren gegründeten Veranstaltung, die viele Jahre lang nur einen Teil der Ticketwünsche erfüllen konnten, eine höchst ungewohnte Erfahrung.

Auch in Hannover läuft es nicht gut. Sonja Anders, die Intendantin des dortigen Schauspiels, die sich während der Coronazeit eine Menge Gedanken darüber machte, wie man das Publikum halten könne, die mit der Politik im Gespräch war und Open-Air-Veranstaltungen organisierte, berichtet von Auslastungszahlen von maximal 60 Prozent. Vor allem ein Teil der älteren Zuschauerinnen und Zuschauer bleibe aus Angst vor Ansteckung weg. »Aber ich stelle auch fest, dass es beim Kulturgenuß und bei der Freizeitgestaltung einen Rückzug ins Private gibt«, sagt Anders. »Die Leute streamen am Wochenende zu Hause Filme. Oder sie haben sich dem neu entdeckten Grill- und Koch-



Superstar Fischer

trend zugewandt.« Gerade die Vorstellungen am Sonntagnachmittag seien in ihrem Theater früher im Vorverkauf zuerst ausverkauft gewesen, »heute sind sie die am schlechtesten verkauften, weil die Menschen als neues Sonntagsritual Im-Wohnzimmer- oder Auf-dem-Balkon-Sitzen dem Theater vorziehen«. Gut laufe der Ticketverkauf dagegen »für alles, was irgendwie Eventcharakter hat«, sagt Anders, eine Open-Air-Vorstellung von Shakespeares »Was ihr wollt« etwa. »Es werden auch sehr viel öfter Tickets spontan gekauft.«

Anders hält es allerdings für falsch, »jetzt schon in Panik zu verfallen, nur weil es nach Corona nicht gleich wieder die gleichen Zuschauerzahlen wie vorher gibt«. Auch weil der Applaus, den es bei den Vorführungen gerade gebe, lauter und intensiver sei als je zuvor – und sich das Publikum deutlich verjüngt habe. Doch unter Theaterleuten mache sich derzeit eine gewisse Nervosität breit, etwa wenn sich die Chefs und Chefinnen der Schauspielhäuser zu Versammlungen des Deutschen Bühnenvereins treffen. Jeder wisse schließlich um die miese Finanzlage der öffentlichen Kassen.

»Unabhängig von den Zuschauerzahlen wird in Zukunft weniger Geld da sein, das ist klar«, so Anders. »Daraus ergibt sich eine ernsthafte Gefahr für die Struktur der deutschen Stadttheater und Staatstheater, die seit Jahrhunderten mit Repertoire und Ensemble arbeiten. Plötzlich steht quasi der ganze Betrieb infrage.«

Das ist in der Welt des Pop anders. Staatlich gefördert wird hier ohnehin kaum. Und tatsächlich sind viele Klubkonzerte, egal ob Pop, Rock, Elektronik oder Experimentelles, so gut besucht wie vor der Pandemie. Aber der Eindruck trügt. Nichts ist normal, nichts hat sich erholt, die Krise der Konzertbranche ist vielschichtig und die Unsicherheit groß, vor allem mit Blick auf einen Herbst, in dem mit neuen Coronavarianten und fehlender politischer Planung womöglich wieder alles von vorn losgeht: Masken- und Testpflicht, Bestuhlung und Abstandsregeln, wenn nicht sogar Schließung und Stillstand eines Konzert- und Tourneebetriebs, der gerade erst wieder zaghafte und ruckelnde Schritte gemacht hat.

Genaue Zahlen wurden noch nicht erhoben, doch Booking-Agenten und Veranstalter sind sich einig, dass allein die seit Jahren gestiegenen Preise ein Problem seien. Axel Ballreich, Vorsitzender des Musikspielstättenverbands LiveKomm und Mitinhaber des

»In der Kulturszene tut man immer so, als ob jetzt alle aus Angst vor Corona nicht mehr kommen. Ich denke eher, dass die Leute sich umorientiert haben.«

Axel Ballreich,
Musikspielstätten-
verbandschef

Concertbüros Franken, rechnete schon vor der Wiederöffnung der Klubs damit, dass die Preise für Konzertkarten um 15 bis 20 Prozent steigen würden.

Der Grund dafür liegt zum einen in der Verzögerung oder Verschiebung zahlreicher großer wie kleiner Tourneen über die Pandemie hinweg. Viele Preise wurden für 2020 kalkuliert, die Konzerte finden aber erst 2022 statt, sodass die inzwischen gestiegene Inflation einberechnet werden muss, dazu kommen steigende Löhne für Bühnenarbeiter und Techniker, Security und Gastronomie.

Dabei ist es schon schwierig genug, überhaupt Personal zu rekrutieren. Die Konzertbranche klagt – analog zu allen Wirtschaftszweigen – über Fachkräftemangel. Ballreich nennt das Beispiel eines Riggers, also eines Technikers, der im Gerüst über der Bühne die Licht- und Soundanlage installiert. »Man findet schon Leute«, sagt Ballreich, »aber bei großen Konzerten war früher immer eine Tagespauschale von rund 400 Euro fällig. Jetzt kriegst du keine Rigger mehr unter 700 Euro.« Viele haben sich während der Pandemie einen Job in einer anderen Branche gesucht – diese Leute jetzt in den Konzertbetrieb zurückzulocken kostet Geld. Mehr Geld als früher.

Zwar sind die meisten Klubs und Konzerthallen einigermaßen durch die Coronajahre gekommen, da waren zum einen die Förderprogramme der Bundesregierung, zum anderen das Kurzarbeitergeld. Aber jetzt laufen die Programme aus, und nicht nur Ballreich fürchtet, dass viele Spielorte nicht überleben. »Viele Veranstaltungen, die im nächsten Frühjahr oder Sommer stattfinden sol-

len, laufen im Vorverkauf sehr, sehr schlecht.«

Superstars wie derzeit die Rolling Stones oder im kommenden Jahr Bruce Springsteen sind Selbstläufer, auch wenn die Preise zum Teil horrend sind. Die billigsten Karten für das Springsteen-Konzert im Hamburger Volksparkstadion kosten momentan 299 Euro. »Aber alles, was im mittleren und kleinen Bereich spielt, tut sich sehr schwer, speziell Veranstaltungen im Rahmen der klassischen Kultur.« Gut funktionierten Hip-Hop und Techno. Die jungen Leute, sagt Ballreich, »die kennen da keine Angst, die holen sich halt Corona, und eine Woche später ist es wieder gut«.

Trotzdem: Selbst in der Technoszene ist wenig wie vor der Pandemie. Die berühmte Schlange vor dem Berliner Berghain ist am Wochenende zwar wieder so lang wie früher. Allerdings ist der Preis gestiegen: 18 Euro kostete der Eintritt damals, 22 sind es nun. Die Kosten sind gestiegen. Und in der Fläche sieht es auch in dieser Szene nicht gut aus. Festivals haben weniger Besucher als erhofft, die Klubs jenseits der Metropolen hadern mit den höheren Preisen, die sie verlangen müssen, um zu überleben.

»Die Leute haben ihr Verhalten geändert«, sagt Ballreich, der zwei mittelgroße Hallen in Nürnberg bespielt, sie seien nach Corona einfach nicht mehr so veranstaltungsaffin. »In der Kulturszene tut man immer so, als ob jetzt alle aus Angst vor Corona nicht mehr kommen.« Er glaube das nicht. »Ich gehe eher davon aus, dass sich viele Leute umorientiert haben.«

Lassen sich solche Prozesse beeinflussen, oder müssen Kulturschaffende ihrem Niedergang hilflos entgegenblicken? In den Theatern macht man sich jetzt zumindest Gedanken darüber, wie man diese Entwicklung aufhalten kann. Bei der Jahreshauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins Anfang Juni in Oldenburg gab es den Workshop »Audience Development«, in dem es um Strategien gegen den Zuschauerschwund ging. Manche Bühnen setzen auf zeitlich begrenzte Lockangebote wie in Hamburg. Wer dort im Thalia Theater ein reguläres Ticket kaufte, konnte zeitweise bis zu sieben Personen zum vergünstigten Preis von neun Euro mit ins Theater nehmen. Ob das reichen wird?

Vielleicht ist es auch einfach so, wie es Harald Schmidt neulich in einem Interview sagte: »Es gibt kein neues Publikum. Das alte bleibt weg.«

Andreas Borcholte, Wolfgang Höbel,
Ulrike Knöfel, Tobias Rapp

Schlange vor Berliner Klub Berghain:
So lang wie vor der Pandemie



Roland Owsnitzyk / Votus / IMAGO

Wo die Liebe wohnt

MUSIKKRITIK Jochen Distelmeyer war der wichtigste deutsche Songschreiber seiner Generation. Jetzt klingt er wie Peter Maffay. Was soll uns das sagen?

Jochen Distelmeyer hat seinem Publikum schon vieles zugemutet. Vielleicht war es dieses Mal zu viel. So zumindest wäre die verdächtige Stille in den deutschen Feuilletons noch wenige Tage vor der Veröffentlichung seines neuen Albums »Gefühlte Wahrheiten« zu erklären: kein großes Interview, kaum Rezensionen, stattdessen ein fast peinlich berührt wirkendes Schweigen.

Lag es an »Ich sing für Dich«, dem ersten neuen Song von Distelmeyer nach seinem Solodebüt »Heavy« von 2009? Darin richtet sich der 54-Jährige mit sanftem Countrypop an die »Alten und die Kinder«, an »jede Frau und jeden Mann / Die unbemerkt von allen aufstehen, wenn sie fallen / und jeden, der das nicht allein kann«. Er entwirft eine Welt, in der »rings um Dich nur Krieg und Krise tobt ... / Und Du nicht weißt, wo Deine Liebe wohnt«. Irgendwann schmachtet eine Trompete in diesen gemächlich versöhnlichen Sound, als wäre man nicht bei einem der ehemals scharfsinnigsten Vertreter des sogenannten Diskurspops, sondern mit den gesetzteren Kollegen von Element of Crime auf dem Weg zu Getränke Hoffmann, auf ein Trostbierchen mit der Tristesse.

Ein bisschen Bob Dylan ließ Distelmeyer auch hineinfallen in dieses erste Lebenszeichen nach all den Jahren; er singt davon, »dass auf Deine Welt ein harter Regen fällt«, und meint damit natürlich »A Hard Rain's A-Gonna Fall«. Aber das war's dann auch schon fast mit den klugen Verweisen und der Ironie, ansonsten ist jetzt alles eins zu eins, sogar der Albumtitel. Denn Distelmeyer dringt nun zur Essenz seines Songwritings vor, eben schlicht zur Wahrheit des Gefühls. Schon im frühen Blumfeld-Song »Zeittotschläger« sang er abseits aller Textverschachtelungen: »Ich will, dass Liebe wahr wird«, bereits vor 30 Jahren hieß ein Song prophetisch »Viel zu früh und immer wieder; Liebeslieder«. Der späte Jochen Distelmeyer besingt in seinen neuen



Sven Sirdt

Liedern nun eine schmerzhaft Trennung.

Auch seine Direktheit ist manchmal schmerzhaft, etwa wenn er in »Zurück zu mir« den technik- und Social-Media-skeptischen alten Knacker gibt: »Mal unter uns, da ist kein Glück in den Maschinen / Auf dem Markt nur falsche Götter, denen wir dienen / Das Reallife ist den Hatern ins Netz gegangen / Egal, wohin man surft, nur verirrte Seelen«, singt er so ranschmeißerisch, dass es junge Hörer wohl »cringe« nennen würden. Drei auf Englisch gesungene Lieder gibt es, was ausgerechnet bei einem so versierten Rhetoriker wie ihm zu Floskeln gerinnt, wenn er sich in »Gone Girl« fatalistisch nach Hank Williams streckt: »I'm so lonesome I could die«.

Dabei ging es doch gerade Distelmeyer immer darum, sich in seiner Sprache nicht nur von den Spießern, sondern auch vom Liedermacherduktus der Siebzigerjahre abzusetzen, von der Popsprache und ihren Slogans sowieso. Einseifen lassen wollte man sich von Demagogen keiner Seite, als Blumfeld in den Neunzigerjahren mit Alben wie »Ich-Maschine« und »L'état et moi« Gesellschaftskritik mit Gefühlen der Entfremdung zusammenbrachte. So

**Sänger
Distelmeyer**

Er will nicht
Teil einer
ergrauten
Jugendbewe-
gung sein.
Er wagt es,
altersgerechte
Musik
zu machen.

dringlich, dass sie zu Vorreitern eines gefeierten linksintellektuellen deutschen Postpunks wurden, der damals auch von Bands wie Die Sterne oder Tocotronic gespielt wurde und seitdem respektvoll Hamburger Schule genannt wird.

Doch dann begannen die Zumutungen.

1999 schockierte Distelmeyer auf dem Album »Old Nobody« seine Fans, als er sich in Songs wie »Tausend Tränen tief« dem Schlagerhaften von Münchner Freiheit und dem Pop von George Michael annäherte, dann verstörte er mit Naturlyrik vom »Apfelmann«, schließlich folgten die vorläufige Auflösung der Band und das Soloalbum, auf dem vom Diskurs kaum noch etwas übrig war. Plötzlich trat Distelmeyer in der uncoolen Schunkel-Spielunken-Sendung »Inas Nacht« auf. Es folgten ein eitler, von der Kritik zerrissener Debütroman und Coverversionen von Britney Spears und Lana Del Rey. Und jetzt, vor allem in »Ich sing für Dich«, klingt sein merkwürdig akzentuierter Gesang auch noch wie Peter Maffay. Es ist die ultimative Provokation.

Und damit auch schon wieder Punk. Über »Old Nobody« schrieb die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« einmal vom »Schäm-Impuls«. Heute gilt es als eines der hellsichtigsten und besten Blumfeld-Alben. Man muss den guten Songs von »Gefühlte Wahrheiten« – es gibt ein paar – also vielleicht nur Zeit geben, dann könnten sie zu Klassikern reifen.

Denn es geht bei Distelmeyer ja auch um die Frage, wie man älter werden kann mit jenem wohl auf ewig zugeschriebenen Zwangsrebellengestus. Tocotronic haben ihren Weg kunstsinnig ins erwachsene Werk gefunden, auch andere Absolventen der Hamburger Schule ziehen noch ihre Kreise, nur Distelmeyer, ihr Ex-Anführer, will kein Teil einer ergrauten Jugendbewegung sein. Er wagt es, altersgerechte Musik zu machen.

Der Preis dafür ist Einsamkeit, und daraus ziehen seine in prallster Pop-schönheit produzierten Balladen eine berührende Kraft: »Ich bin aufgewacht heut' morgen / Und mein Leben war mir fremd«, singt er als kaffeesker Bluesmann im zentralen Stück »Nicht einsam genug«: »Ich bin rausgegangen, um nachzusehen / Gucken, ob mich jemand kennt«. Vor dem Haus trifft der Erzähler dann ein Mädchen, das ihm ein Taschentuch schenkt: »Du wirst es brauchen«, sagt sie zu ihm, »Du bist noch nicht einsam genug«. Doch, gefühlt schon.

Andreas Borcholte

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, **Telefon** 040 3007-0 · **Fax** -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · **Mail** spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Melanie Amann, Thorsten Dörting, Clemens Höges

STRATEGIE & OPERATIONS Susanne Amann; Philipp Löwe, Johanna Röhr, Anne Seith

BLATTMACHER Judith Horchert, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITORS Birger Menke, Dr. Susanne Weingarten

CREATIVE DEPARTMENT Bente Kirschstein; Elsa Hundertmark

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz; Friederike Freiburg, Maximilian Rau, Ole Reiksmann

CHEFS VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Jörn Sucher. *Online:* Patricia Dreyer, Anselm Waldemann; Melanie Ahlmeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicola Kwasiński, Jonas Leppin, Florian Merkel, Malte Müller-Michaelis, Charlene Opsteinstein, Dr. Dominik Peters, Dr. Jens Radü, Daniel Raecke, Martin Wolf

AUTOREN/REPORTER DER CHEFREDAKTION Susanne Beyer, Ullrich Fichtner, Thomas Schulz

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit
Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock, Christoph Hickmann (stellv.), Wolf Wiedmann-Schmidt (Teamleitung Innere Sicherheit), *Redaktion:* Maik Baumgärtner, Sophie Garbe, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Milena Hasenkamp, Valerie Höhne, Tino Lehmann, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Serafin Reiber, Anna Reinmann, Sven Röbel, Jonas Schauble, Sven Scharr, Christoph Schult, Christian Teves, Severin Weiland. *Autoren, Reporter:* Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Fidelius Schmidt. *Politik Hamburg:* Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Marc Röhlige, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung:* Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik Tienieden, Dr. Markus Verbeet. *Redaktion:* Lisa Duhm, Katrin Elger, Silke Folken, Maik Großekathöfer, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Philipp Kollenbroich, Annette Langhans, Gunther Latsch, Benjamin Maack, Peter Maxwill, Christopher Piltz, Alexander Preker, Angsar Siemens, Sara Wess, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Annette Großbongardt, Julia Fittner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegreffe.

Berlin: Julia Löffler, Guido Mingsel, Hannes Schrader

WIRTSCHAFT/NETZWELT *Leitung:* Markus Brauck, Yasemin El-Sharif, Judith Horchert, Isabella Hülsen, Stefan Kaiser, Cornelia Schmergal. *Redaktion:* Hilken Bidder, Michael Brächer, Florian Diekmann, Kristina Guirke, Simon Hage, Dr. Claus Hecking, Henning Jauregg, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Klauwiter, Torsten Kleinz, Janne Knödler, Matthias Krenz, Alexander Kühn, Maria Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schulz.

Berlin: Patrick Beuth, Ines Book, Markus Dettmer, Max Hopenstedt, Michael Kröger, Gerald Trautetter.

Autoren, Reporter: David Böcking, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Katrin Kutz (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.), Özlem Topkan (stellv.). *Redaktion:* Monika Bolliger, Alexander Chernyshev, Francesco Collini, Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Muriel Kallisch, Steffen Lüdke, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Alexandra Rojkov, Anna-Sophie Schneider, Lina Verschwele. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Christoph Reuter, Thore Schröder.

Berlin: Julia Amalia Heyer, Aleksandar Sarovic

WISSEN *Leitung:* Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Marco Evers, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Arvid Kaiser, Viola Kiel, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Julia Merlot, Jörg Römer, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mittel). *Redaktion:* Felix Wadewitz. *Autoren, Reporter:* Rafaela von Brodow, Christoph Seidler. *Berlin:* Susanne Götzte, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmündt, Frank Thadesuz. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Stefan Kuzmann, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.). *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Xaver von Cranch, Nora Gantenbrink, Oliver Kaever, Ulrike Knöfel, Carola Padberg, Jurek Skrobala, Katharina Stiegelmann. *Autoren, Reporter:* Lothar Gorris, Wolfgang Höbel. *Berlin:* Lars-Olav Beier, Elisa von Hof, Philipp Oehmke, Hannah Pilarczyk, Tobias Rapp. *Autoren, Reporter:* Andreas Borcholte, Sebastian Hammelheide, Elke Schmitter

REPORTER *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stuff (stellv.). *Redaktion:* Barbara Hardinghaus, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Marc Hujer, Frauke Hünfeld, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion:* Peter Ahrens, Anne Armbricht, Matthias Fiedler, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Benjamin Knaack, Marcus Krümer, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil

INVESTIGATION *Teamleitung:* Rafael Buschmann; Sven Becker, Roman Höfner, Roman Lehberger, Theresa Locker, Nicola Naber, Christoph Winterbach. *Koordination SPIEGEL TV:* Thomas Heise

MEINUNG & DEBATTE Anna Clauß, Lothar Gorris, Alexander Neubacher

LEBEN *Leitung:* Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus, Janko Tietz. *Redaktion:* Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Franziska Bulban, Markus Deggerich, Maren Keller, Heike Klovert, Nika Laurenz, Dr. Heike Le Ker, Eva Lehnen, Michael Ruddat, Katherine Rydlink, Sandra Schulz, Sebastian Späth, Julia Stanek, Nina Weber. *Autoren:* Enrico Ippolito, Julie Lutteroth, Marianne Wellershoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON MANAGER MAGAZIN VON FALENCY) *Leitung:* Helene Endres. *Redaktion:* Tanya Falencyk, Helene Flachsenberg, Florian Gontek, Katharina Hölter, Maren Hoffmann, Sophia Schirmer (Teamleitung Start), Markus Sutura, Verena Töpper

GESCHICHTE *Leitung:* Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. *Redaktion:* Dr. Felix Bohr, Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Dr. Danny Kringel, Frank Patalong, Martin Pfaffensteller

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel. *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Alexandra Klausner, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gartred Alfei, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Jung, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Stefan Mook, Sandra Pietsch, Fred Schlottbeck, Sebastian Schulin, Sandra Wäge

PRODUKTION *Leitung:* Petra Thormann; Kathrin Beyer, Christoph Brüggemeier, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Britta Romberg, Martina Friedman, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Mascha Zuder, Jose Blanco (stellv.), Mareile Mack (stellv.), Claudia Apel, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thorsten Gerke, Niklas Hauser, Signe Heldt, Gillian Henn, Daniel Hoffmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Jan Kappelmann, Petra Konopka, Matthias Krug, Charlotte Lensing, Theresa Lettner, Nasser Manouchiehi, Parvin Nazemi, Nicole Neumann, Peter Peters, Inka Recke, Jens Rensing, Franziska Schade, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anke Wellnitz, Lena Wöhler. *Mail:* foto@spiegel.de. *SPiEGEL Foto USA:* Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT *Leitung:* Dagmar Nothjung, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lisa Debacher, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhuhe, Linna Grage, Fabian Grege, Louise Jensen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Rödiger

TITELBILD *Teamleitung:* Johannes Unzelt; Suze Barrett, Alexandra Grünig, Pia Pritzel

GRAFIK & INTERACTIVE *Leitung:* Ferdinand Kuchlmayr; Dr. Matthias Stahl (stellv.); Cornelia Baumermann, Alexander Epp, Guido Grigat, Thomas Hammer, Max Heber, Frank Kalinowski, Anna-Lena Kornfeld, Chris Kurt, Niklas Marienhagen, Aida Marquez Gonzales, Gernot Matzke, Lina Moreno, Klaas Neumann, Michael Niestadt, Dawood Ohdah, Bernhard Riedmann, Lisa Rossa, Hanz Sayami, Alexander Trempler

DESIGN/UX Katja Braun, Anna van Hove

KORREKTORAT Sebastian Hofer

TEXTPRODUKTION *Leitung:* Heike Grudus; Angela Ölscher, Gesche Sager, Stefan Schütz, Holger Uhlig, Valérie Wagner

DATENJOURNALISMUS *Leitung:* Marcel Pauly; Holger Dambeck, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA & LESERDIALOG *Leitung:* Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.). *Redaktion:* Kai Bonte (Forum), Philipp Dreyer, Ariane Fries (Teamleitung Community), Luisa Höppner, Charlotte Klein, Sebastian Maas, Petra Maier (Teamleitung Google Web Stories), Aingeru Metz, Robert Schlösser, Kim Staudt, Katharina Zingler

SEO *Teamleitung:* Insa Winter; Alexandra Knappe, Bastian Midasch, Heiko Stammel, Hanna Zobel

VIDEO *Leitung:* Frauke Böger, Anne Martin (stellv.). *Redaktion:* Thilo Adam, Benjamin Braden, Sven Christian, Dennis Deuermeyer, Birgit Großekathöfer, Janita Hämaläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Marco Kasang, Carolin Katschak (Teamleitung Talk), Eckhard Klein, Andreas Landberg, Jonathan Miske, Fabian Pieper, Rachelle Pouplier, Dr. Isabella Reichert, Leonie Voss, Christian Weber

CHEFS VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dirk Schulze, Martin Sümening

AUDIO *Leitung:* Sandra Sperber, Yasemin Yüksel, Olaf Heuser (Chef vom Dienst). *Redaktion:* Imre Balzer, Adrian Breda, Philipp Fackler, Robert Hauspurg, Lenne Kaffka, Martin Mestermann, Sebastian Spalek, Regina Steffens, Marius Vornweg-Brückner

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Markus Böhm, Lukas Eberle, Tobias Großekemper, Miriam Olbrich, Jägerhofstraße 19-20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Fellerstraße 7-9, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Stephaniestraße 30, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

LEIPZIG Peter Maxwill, Postfach 310315, 04162 Leipzig

MÜNCHEN Jan Friedmann (Koordination Nachrichten), Martin Hesse, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

BADEN-WÜRTTEMBERG Christine Keck

REDAKTIONSVERTRETUNGEN/KORRESPONDENTENBÜROS AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger

BANGKOK Maria Stöhr

BRÜSSEL Markus Becker (Büroleitung), Ralf Neukirch (Reporter Europapolitik), Michael Sauga (Autor), Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rvbruessel@spiegel.de

KAPSTADT Fritz Schaap, P. O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa

LONDON Jörg Schindler

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Perelok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 3637622

NAIROBI Heiner Hoffmann, Tel. +254 111 341478

NEW YORK Marc Pitzke, Bernhard Zand

PARIS Britta Sandberg, Tel. +33 158 625120

PEKING Gorge Fahrion, Christoph Giesen

ROM Frank Hornig, DER SPIEGEL, c/o Stampa Estera, Via dell'Umbria 83/C, 00187 Rom

SAN FRANCISCO Alexander Demling

SAO PAULO Nicola Abé

TAHITI Anna-Lena Abbott, Johannes Korge

TAHITI/FRANZÖSISCH-POLYNESIEN

BIOTE Bredow

TEL AVIV P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

WARSAU Tel. +48 22 6179295, rvwarschau@spiegel.de

WASHINGTON Roland Nelles, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3437222

WIEN Walter Mayr

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Ann-Dorit Boy, Giorgos Christides, Arno Frank, Oliver Das Gupta, Jochen-Martin Gutsch, Leo Klimm, Jasmin Löchner, Juan Moreno, Max Polonyi, Wiebke Ramm, Anja Rützel

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akghar, Nikolai Antoniadis, Dr. Susmita Arp, Verena Barchfeld, Lars Böhm, Eva Bräth, Viola Brocke, Dr. Heiko Buschke, Almut Giesinger, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Dr. Matthias Fett, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Anna Köster, Ines Köster, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maas, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulet, Claudia Niesen, Sandra Ofner, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Sara Maria Ringer, Friederike Röhreke, Andrea Sauerbier, Marco Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Anna Schwarz, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Taisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahl, Dr. Charlotte Weichert, Peter Welter, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Anzeigen: Hannes Engler
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 77 vom 1. Januar 2022
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media
Vertrieb: Torben Sieb
Herstellung: Silke Kussaba

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Haas (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

INTERNET www.spiegel.de
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbriefe@spiegel.de
Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationsdokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Ombudsstelle
Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice
Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdrucke in Medien aller Art
Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken oder Videos Kontakt, Beratung: www.gruppe.spiegel.de/syndication und Bestellung: syndication@spiegel.de, Tel.: 040 3007-3540 für Deutschland, Österreich, Schweiz. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Simone Daley, Mail: simonedaley@nytimes.com, Telefon: +44 20 7061 3507, ISSN 0038-7452

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn, www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstellenanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 291,20, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/auslandsabo, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnentenservice Persönlich erreichbar Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
☐ für € 5,60 pro gedruckte Ausgabe
☐ für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,69) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.

Der Bezug ist monatlich kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten
Straße, Hausnummer oder Postfach
PLZ, Ort
Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)
Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten
SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)





United Archives / ddp

Martin Bangemann, 87

Sein Name steht vor allem für den ungenierten Wechsel aus politischen Ämtern direkt in die Wirtschaft. 1999 wollte der FDP-Politiker ohne Karenzzeit aus der EU-Kommission zum spanischen Kommunikationskonzern Telefónica wechseln. Obwohl Martin Bangemann zuvor als EU-Kommissar die Telefonmärkte liberalisiert hatte, mochte er keinen Interessenkonflikt erkennen. Die EU-Kommission nahm die Causa zum Anlass, einen Verhaltenskodex für ausscheidende Kommissare zu beschließen. 1934 im sachsen-anhaltinischen Wanzleben geboren, trat Bangemann nach dem Jurastudium in die baden-württembergische FDP ein und war 1971 einer der Verfasser der »Freiburger Thesen«, in denen sich die FDP zu einem »sozialen Liberalismus« bekannte. Seine Zeit als Parteivorsitzender (1985 bis 1988) und Bundeswirtschaftsminister (1984 bis 1988) im Kabinett von Helmut Kohl war überschattet von der Enthüllung, dass seine langjährige Sekretärin als Agentin für die Stasi gearbeitet hatte. Mit dem CDU-Kanzler teilte er eine Vorliebe für gutes Essen sowie die Bereitschaft, Freundschaften über politische Prinzipien zu stellen: Auch nach der Enttarnung als Stasiagentin hielt Bangemann zu seiner Sekretärin privat Kontakt. Den Ruhestand verbrachte der Büchernarr zusammen mit seiner Frau auf seinem Anwesen im französischen Département Deux-Sèvres. Martin Bangemann starb dort am 28. Juni an einem Herzinfarkt. csc

Leonardo Del Vecchio, 87

Im Dolomitenort Agordo standen zahllose Menschen am Straßenrand, als der Leichenwagen mit seinem Sarg passierte. Vor 61 Jahren war Leonardo Del Vecchio mit einem Motorroller hier angekommen: Die Gemeinde verschenkte Grundstücke an Investoren, die Arbeitsplätze schaffen wollten. Mit sieben Angestellten baute Del Vecchio dort Brillenteile. Später kaufte er Marken wie Ray-Ban oder Oakley und schloss Lizenzverträge mit Luxuslabels wie Armani oder Prada. Sein Vater, ein Straßenhändler von Obst und Gemüse, starb, bevor Leonardo Del Vecchio geboren wurde. Der Junge wuchs in einem Waisenhaus auf und arbeitete als Feinmechaniker, bevor er seine Firma Luxottica gründete. Der Selfmademilliardär galt nach Giovanni Ferrero (Nutella) als zweitreichster Mann Italiens. Del Vecchio hatte sechs Kinder aus drei Beziehungen. Eine Rolle im Konzern sah er für sie eher nicht. »Einen Manager kannst du feuern, auch wenn es teuer ist. Einen Sohn nicht«, sagte der Unternehmer einmal. Leonardo Del Vecchio starb am 27. Juni in Mailand. HOR

Margaret Keane, 94

Ihre Bilder von Kindern mit riesigen, traurigen Augen hingen in den Sechzigerjahren in vielen US-Wartezimmern. Doch die Zahnärzte und anderen Eigentümer der naiven Werke dachten, Walter Keane hätte sie gemalt – der Mann, den die aus Tennessee stammende Künstlerin Margaret Keane 1955 geheiratet hatte. Der geniale Vermarkter gab ihre Bilder als seine aus, ließ die großäugigen Gesichter auf Poster und Postkarten drucken. Seine Frau Margaret zwang er, hinter verschlossenen Türen Nachschub zu malen. Das Kunstestablishment hasste die Keane-Kinder; ein Kritiker sorgte 1964 mit einem Verriss dafür, dass ein Großwerk bei der Weltausstellung in New York abgehängt wurde. 1965 trennte sich Margaret Keane von ihrem Mann, zog nach Hawaii und wurde Zeugin Jehovas. Den Schwindel um die Bilder ließ sie 1970 in einem Interview auffliegen. Darin forderte sie Walter zu einem Malwettbewerb mitten in San Francisco auf. Der kam nicht, überzog aber seine Ex-Frau mit Beleidigungen. 1986 kam der Fall in Honolulu vor Gericht, wo Margaret rasch das Beweisstück 224 anfertigte, während Walter eine Schulterverletzung vorschützte. Die Künstlerin bekam recht, ihr Ex-Mann wurde zu vier Millionen Dollar Schadensersatz verurteilt, die er aber nicht zahlen konnte. Er starb 2000, ohne seinen Betrug öffentlich eingestanden zu haben. Sie hingegen malte weiter Kindergesichter, mit fröhlicherem Ausdruck als früher. 2014 verfilmte Tim Burton die Geschichte des Paares in »Big Eyes«. Margaret Keane starb am 26. Juni im kalifornischen Napa. FEB



John Palmer / MediaPunch / dpa

Klaus Hübötter, 92

Vom Kommunisten zum Kapitalisten, vom politischen Gefangenen zum Bremer Ehrenbürger: Das Leben von Klaus Hübötter verlief alles andere als erwartbar. 1930 in Hannover geboren, trat er 1950 der KPD bei. 1955 gründete er gemeinsam mit Klaus Rainer Rühl und Peter Rühmkorf den Hamburger »Studentenkurier«, aus dem später die linke Zeitschrift »konkret« wurde. Als Funktionär des im Westen verbotenen kommunistischen Jugendverbands FDJ wurde Hübötter 1956 zu 18 Monaten Haft verurteilt. Bis 1991 war er Mitglied der DKP. Später bekannte er,



Privat

mal die SPD, mal die Linke zu wählen. In der Friedensbewegung blieb er immer aktiv. Als bekannter Kommunist durfte der Jurist mit Dokortitel nicht als Rechtsanwalt arbeiten. Deshalb wurde er Baukaufmann und Investor in Bremen – und brachte es bis zum Millionär. Er arbeitete nicht nur als Immobilienmakler, sondern prägte auch das Stadtbild: mit anspruchsvoller Architektur und mit der Rettung abrisssbedrohter Gebäude, etwa des ehemaligen Radio-Bremen-Sendesaals oder des einstigen Geschäftshauses eines ins Exil getriebenen jüdischen Kaufmanns. Auch in Bremens lettischer Partnerstadt Riga ließ Hübötter einige historische Bauten sanieren. Eines seiner Bremer Projekte wurde 1984 mit dem Deutschen Preis für Denkmalschutz ausgezeichnet. 2010 erhielt er die Bremer Ehrenbürgerwürde. Nebenbei schrieb der verheiratete Vater zweier Töchter etliche Bände mit Aphorismen und Gedichten. Klaus Hübötter starb am 21. Juni in Bremen. STG

Klare Kante

Fast 40 000-mal wurde ihr Tweet geteilt, auch die Presse verbreitete die Nachricht: Nachdem bekannt wurde, dass der Supreme Court in den USA das Recht auf Abtreibung aufweichen will, twitterte die Singer-Songwriterin **Phoebe Bridgers**, 27, im Mai über ihre Abtreibung im Jahr 2021. Vergangenen Freitag wurde die höchstrichterliche Entscheidung offiziell. Bridgers erzählt jetzt dem »Guardian«, dass sie gar nicht groß über ihren Tweet nachgedacht habe, es sei einfach klar gewesen, dass sie sich in die Debatte einbringen und Stellung beziehen müsse. Gerade weil sie wisse, dass sie als weiße Frau der oberen Mittelklasse aus Kalifornien immer Zugang zu Abtreibung behalten würde. Sie sei also gar nicht persönlich betroffen. Sie beschreibt die politische Entwicklung in den USA als langsam fortschreitende Vergiftung – und versucht, dem etwas entgegenzusetzen: Für jedes verkaufte Konzertticket spendet sie einen Dollar an eine Organisation, die es Frauen ohne Ausweispapiere ermöglicht, eine Abtreibung vornehmen zu lassen, wenn es nötig ist. Es gehe nicht darum, jedem die eigene Meinung aufzudrängen, aber: »Beim Thema Menschenrechte will ich allen zeigen, woran ich glaube.« KS



Matt Winkelmeier / Coschella / Getty Images



Papas Geheimnis

Gerade erst lief Steven Spielbergs Version von »West Side Story« im Kino, bald geht ein Bühnenrevival auf Welttournee, und knapp 32 Jahre nach seinem Tod wird jetzt die Lebensgeschichte des Komponisten Leonard Bernstein verfilmt. Für **Alexander Bernstein**, 66, Sohn und Co-Nachlassverwalter, weckt das Comeback komplexe

Erinnerungen. »Mein Vater war ein wundervoller, lustiger, liebevoller Mensch«, sagte er dem SPIEGEL. Doch der Weltstar habe ein Doppelleben geführt, das »sehr hart für ihn« gewesen sei. Bernstein war schwul, aber 27 Jahre lang mit der Schauspielerin Felicia Montealegre verheiratet. »Sie liebten sich beide so sehr«, sagt der Sohn. »Sie hoffte nur, dass er diskret sein würde.« Er und seine Schwes-

tern Jamie und Nina hätten von den Affären gewusst. »Das war okay. Wir haben seine Boyfriends nur nicht immer gemocht.« Lieber erinnert er sich an die rauschenden Partys seiner Eltern, bei denen er Stars wie Lauren Bacall, Franco Zeffirelli, Richard Burton und die Beatles kennenlernte. »Sie behandelten uns wie Menschen«, sagt Bernstein, »nicht wie Kinder, die man ins Bett schicken musste.« PIT

Rätselraten ums Ehe-Aus

Er hat bereits Erfahrung mit dem Prozedere, für sie wäre es das erste Mal: **Rupert Murdoch**, 91, Medienmogul, und **Jerry Hall**, 66, Model und Mutter vierer Kinder von Mick Jagger, lassen sich offenbar scheiden. Die Nachricht ging um die Welt, ohne von den Betroffenen kommentiert zu werden – und ohne Dementi. »Vertraute«, die nicht namentlich genannt werden wollten, wussten zunächst der »New York Times« zu berichten, dass nach sechs Jahren das Ehe-Aus bevorstehe. Andere »Freunde« fielen aus allen Wolken, denn das Paar, wahlweise als



Ferdous Shamim / ZUMA / ddp

Power-, Luxus- oder Glamour-Couple apostrophiert, galt als glücklich und zufrieden. Hall kümmerte sich rührend um ihren Mann, der wiederum kaufte im Dezember für 200 Millionen Dollar eine Ranch in Montana, was von manchen als romantische Geste verstanden wurde. Das Rätselraten um den Grund der Trennung bewegte die Gemüter. War die Pandemie schuld? Zu viel Nähe während des Lockdowns? Gerüchte brachen sich Bahn, Murdoch habe vor einiger Zeit begonnen, sich über das Benehmen seiner Frau zu beklagen. Ihm missfalle ihre Trinkfreude. Sie genieße zwar tatsächlich gern mal einen Drink, sagen (unbekannte) Freunde, sei aber »nicht exzessiv«, wie der »Telegraph« schrieb. Obwohl keine Details über den Ehevertrag zwischen Hall und Murdoch bekannt sind, spekuliert die Klatschpresse, dass die Trennung mit zu den teuersten unserer Zeit zählen wird. Für Multimilliardär Murdoch wäre es die vierte Scheidung. Hall war mehr als 20 Jahre lang mit Sir Mick zusammen, doch nicht offiziell verheiratet. Bei der Trennung erhielt sie laut »Telegraph« 22 Millionen Dollar. KS

Zeichenstift statt Baseball

Der Modedesigner **Michael Kors**, 62, fürchtete sich als Teenager davor, dass jemand ihn als queer identifizieren könnte: »Ich war super, super dünn, sah ein bisschen androgyn aus, und da war diese Angst, bloßgestellt zu werden.« Allerdings sei er nicht so ängstlich gewesen, sich völlig zu verstellen und zu behaupten, er sei hetero. Das berichtet Kors jetzt über sein Coming-out im amerikanischen Magazin »Vogue«. Als Elf- oder Zwölfjähriger habe er sich lieber in seinem Zimmer eingeschlossen und gezeichnet, als rauszugehen und Baseball zu spielen. Einmal habe er seinen Stiefvater fragen hören, warum der Junge immerzu in seinem Zimmer hocke und Frauenkleider zeichne: »Was ist er, eine Tunte oder was?« Kors war zutiefst verletzt. Doch seine Mutter hielt zu ihm: Er sei talentiert und etwas Besonderes, antwortete sie. Freier konnte sich Kors erst im College fühlen, als er andere Homosexuelle kennenlernte. Während er sich mit 18 vor seinen Freunden als schwul outete, habe er seiner Mutter



Jonas Gustavsson / Sipa USA / ddp

zunächst erklärt, er sei bisexuell – und das, obwohl sie sehr liberal war. Sie hätten zusammen im Auto gesessen, erzählt Kors, und nach einer intensiven Stille habe seine Mutter gesagt: »Das glaube ich nicht.« Weil er dachte, es würde den Schock mildern, wenn er von Bisexualität spreche, habe er eine Weile an seiner Behauptung festgehalten. Als er dann schließlich ausgesprochen habe, dass er schwul sei, habe seine Mutter geantwortet: »Ich möchte einfach, dass du glücklich bist – und ehrlich zu dir selbst.« KS

Heldin an Deck

Gleichberechtigung der Geschlechter muss in Hollywood hart erarbeitet werden. Diese Erfahrung machte US-Schauspielerinnen **Natalie Portman**, 41, bei der Vorbereitung zu ihrem neuen Film. Im Marvel-Spektakel »Thor: Love and Thunder« teilt sie sich die Rolle des titelgebenden Superhelden aus der nordischen Götterriege mit dem muskelbepackten Hauptdarsteller Chris Hemsworth – und tritt als weibliches Kraftpaket auf. Um der Physis der Figur nahe-zukommen, habe sie ein zehnmonatiges Training absolviert, das vor allem auf ihre Arm- und Bauchmuskeln abzielte, erzählte Portman in einem Interview mit dem Branchenblatt »Variety«. Sich unter Schmerzen körperlich fit für eine Rolle zu machen, damit kennt sich die unter anderem aus »Star Wars« bekannte Charakterdarstellerin aus. Für ihre oscarprämierte Hauptrolle in »Black Swan«

musste sie sich in eine Ballerina verwandeln. Damals wurde von ihr verlangt, sich so klein wie möglich zu machen, nun aber habe sie so groß und kräf-

tig wirken müssen, wie es geht: »Das ist eine unglaubliche Herausforderung – auch für die Geisteshaltung einer Frau.« Digitale Effekte wurden also



Jordan Strauss / Invision / AP / picture alliance

vielleicht nicht angewendet, um Portman kräftig aussehen zu lassen, im Internet kursierten bereits vor dem Filmstart nächste Woche Setfotos, auf denen Portman mit sehr starken Oberarmen zu sehen ist. Ein Problem ließ sich jedoch nicht im Fitnessstudio lösen: Um die nur 1,60 Meter große Schauspielerin auf Augenhöhe mit dem hünenhaften Hemsworth zu bringen, mussten die Filmemacher in die Trickkiste greifen. Für die gemeinsamen Szenen bauten sie eine Art erhöhten Laufsteg für Portman, den die Crew »das Deck« nannte. Je nach Akzent der Mitwirkenden habe »Deck« aber manchmal eher nach »Dick« geklungen, einem englischen Slangwort für Penis. »Das war einer unserer Running Gags«, sagte Portman, die zu den Gründerinnen der seit dem Missbrauchsskandal um Harvey Weinstein aktiven Initiative Time's Up gehörte: »Sie mussten alle über mein Deck gehen!« BOR



Mephisto im Kreml

Nr. 27/2022 Titel: Der Kaltmacher

Wow! Welch ein Titelbild! Doppel-, ja mehrfach-deutiger geht es kaum. In einem Bild werden die grausame Kaltschnäuzigkeit, mordende Gleichgültigkeit und diabolische Verachtung für den Rest der Welt symbolisiert. Ja, dem Schädel des Kriegsherren – könnte man interpretieren – entströmt sogar das Faulgas der Verderbtheit und züngelt kalt-blau empor. Dieses Titelbild wird wieder einmal aufbewahrt. Und ich hoffe, ich kann es in einiger Zeit hervorkramen und mit der Gewissheit darauf blicken, dass der kalte Hauch Putins sein letzter war.

Tom Brüderl, Landshut (Bayern)

Geniales Titelbild, optisch wie wortschöpferisch. Dem Betrachter offenbart sich das Ebenbild eines Soziopathen. Man ist konfrontiert mit dem Herrn der Kriege, dem Verursacher ungezählter Tode, dem Verantwortlichen für Hungernde weltweit, man blickt auf den Drahtzieher, wenn demnächst in Europa gefroren werden könnte. Dieses verstörende Porträt eines dämonisch-irrational Getriebenen steht für die Personifizierung einer seit Langem tickenden Zeitbombe, die zu entschärfen trotz aller Sanktionen nicht gelingt.

Peter Hülcker, Norderstedt (Schl.-Holst.)

Sie haben offenbar den Ehrgeiz, den Wettbewerb um die perfideste Darstellung Putins zu gewinnen. Ich gratuliere Ihnen jetzt schon mal: Sie schaffen das.

Hans-Jörg Stein, Nützen (Schl.-Holst.)

Danke für die umfangreiche Recherche und ein großes Lob an die Redakteure, die diese komplizierten Zusammenhänge verständlich dargestellt sowie schwere politische Versäumnisse und Fehlentscheidungen unserer politischen Elite aufgedeckt haben. Ein unbeschreibliches Ohnmachtsgefühl überfällt einen, dass man sich diesem Mephisto im Kreml auf Gedeih und Verderb ausgeliefert hat.

Ursula Thielemann, Hamburg

Wer diesen hervorragend recherchierten Bericht über die ungeheuren Fehler und Versäumnisse in der Energieversorgung der vergangenen Jahrzehnte sehr genau liest, muss Schlimmes für die Gegenwart und unsere Zukunft befürchten. Wir alle haben Anspruch auf die volle Wahrheit.

Alois Schwind, Wachtberg (NRW)

Interessanter Artikel, der die Wirkungen der deutschen Energiepolitik seit den Siebzigerjahren gut skizziert. Mir fehlt nur ein aktueller Aspekt: Wir betreiben in Deutschland über 9000 Biogasanlagen. Deren Methanproduktion könnte circa 20 Prozent der jährlichen Erdgaslieferungen substituieren, die wir bisher aus Russland bezogen haben. Anstatt kurz- und mittelfristig die heimische Produktion von klimafreundlichem Biogas zur Substitution von russischem Erdgas zu nutzen, diskutiert die Politik das Thema nicht einmal. Stattdessen wird auch bei zweifelhaften Regimen um Flüssigerdgas gebuhlt.

Prof. Dr. Martin Wittmaier, Bremen

»Der Markt wird's schon richten. Nur richtet der Markt nicht, was sich nicht rechnet«: Dieser Satz bringt es auf den Punkt. Das zeigt sich auch immer wieder in vielen anderen Bereichen. Es

wird höchste Zeit, dass Politiker und Politikerinnen dies bei ihren Entscheidungen mit bedenken, egal wie groß der Aufschrei aus der Wirtschaft wäre. Eigentlich müsste man das mittlerweile auch bei der FDP verstanden haben.

Gert Schmidt, Lehrte (Nieders.)

Der Artikel nimmt nur die alte Bundesrepublik in den Blick. Die Probleme der Energiewirtschaft des Ostens bleiben ausgeblendet, obwohl auch diese bis heute nachwirken. Schon lange vor Putin benutzten die Sowjets ihre Öl- und Gasvorkommen, um selbst die eigenen »Brüder« zu erpressen und wirtschaftlich abhängig zu machen.

Peter Schewe, Regenstau (Bayern)

Korrekturen

Zu »Die Unbeirrbare« in Heft 23/2022, Seite 84: Laut unserer Darstellung stand der Leiter der EU-Antibetrugsbehörde OLAF, Ville Itälä, in der Kritik, weil er jüngst Ermittlungen gegen einen früheren Parteifreund behindert habe. Dies trifft jedoch nicht zu, vielmehr wurde er in der französischen Zeitung »Libération« für den Umgang mit den Ermittlern kritisiert, die vormalig an diesem Verfahren beteiligt waren. Itälä bestreitet die Vorwürfe.

Zum Inhaltsverzeichnis in Heft 26/2022, Seite 5: Im Heftteil Ausland wurde für die Seite 86 ein Interview mit dem Politiker Daniel Cohn-Bendit über den Hang der Franzosen zur Revolte angekündigt. Durch einen technischen Fehler befand sich in der Ausgabe jedoch stattdessen ein Essay des Schriftstellers Jonathan Littell zum Krieg in der Ukraine. Das Interview mit Daniel Cohn-Bendit wurde mittlerweile auf SPIEGEL.de veröffentlicht.

Zu »Die Ära der Deglobalisierung« in Heft 26/2022, Seite 62: Die Hauptherkunftsländer für Kobalt und Lithium wurden vertauscht: Kobalt kommt hauptsächlich aus dem Kongo, Lithium hingegen aus Australien, Chile und China – und nicht umgekehrt.

Rüsten, rüsten, rüsten

Nr. 25/2022 Leitartikel: Die Ukraine braucht jetzt Waffen, sonst verliert sie den Krieg

Was denn nun? Im Untertitel des Leitartikels ist von der »bedingungslosen Unterstützung« der Ukraine durch Deutschland die Rede, während im Artikel »Sonderzug nach Westen« mehrfach Bedingungen für eine solche Unterstützung erwähnt werden. Meine Meinung: Bedingungslos geht es nicht, denn man muss ja irgendwelche Ziele zumindest anstreben.

Christoph Müller-Luckwald, Bingen (Rhld.-Pf.)

»Sollte die Ukraine ihren Existenzkampf verlieren, ist kein Land in Europa mehr sicher«, schreibt Özlem Topçu in ihrem Leitartikel. Vor einigen Wochen hieß die Titelgeschichte »Putins Desaster«. Darin wurde ausgeführt, dass die Welt Putins Macht lange überschätzt hat und seine Armee viel schwächer ist als gedacht. Und vor dieser geschwächten Armee muss sich ganz Europa fürchten? Fast täglich kann man in der Presse lesen, dass die modernen westlichen Waffensysteme den russischen weit überlegen sind. Schließlich wenden die Nato-Staaten ja auch ein Vielfaches mehr für Rüstung auf als Russland. Trotzdem müssen wir rüsten, rüsten, rüsten – immer mehr. Ich wäre dem SPIEGEL sehr dankbar, wenn er einen Experten aufreiben könnte, der für diesen Irrsinn eine rationale Erklärung hat.

Wilfried Rahe, Mühldorf (Bayern)

Bei Fehlverhalten ausschließen

Nr. 25/2022 Die Skepsis gegenüber einem EU-Beitritt der Ukraine bleibt groß

Vielen Dank für die ausgewogene Analyse. Im Grunde hat die Europäische Union ihre Osterweiterungen von 2004 bis 2013 noch nicht verkräftet, denn sie muss sich mit einem Mangel an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie hoher Korruption in einigen dieser Länder herumschlagen. Noch problematischer sind Staaten mit umstrittenen oder gar mi-

Das jahrelange Versagen der politischen Elite in der Energiepolitik hat Deutschland in eine dramatische Lage gebracht. Hohe Abhängigkeit und Kosten bei Energie und Rohstoffen, hohe Inflation, Verschuldung et cetera. Es sieht nicht gut aus, uns stehen schlechte Jahre bevor.

Bernhard Ottenbreit, Bad Kreuznach (Rhld.-Pf.)

Nr. 26/2022 Titel

Nach diesem Artikel stellt sich doch einfach nur folgende Frage: Wann stehen die verantwortlichen Politiker und Mitarbeiter der Krankenversicherung vor Gericht? Bei den Tätern wird doch nichts mehr zu holen sein.

Reinhold Winter, Birstein (Hessen)

Nr. 25/2022 Die Berliner Halbwelt mischte kräftig mit beim Betrug mit Coronatests

Durch E-Mobilität löst sich das Problem der Feinstoffemissionen durch Bremsabrieb ganz ohne Kosten von selbst: Rekuperation. Wenn ich bei 30 000 Kilometern Fahrleistung vielleicht hundertmal die Bremse betätigt habe, ist das viel!

Norbert Hilde, Senden (NRW)

Nr. 25/2022 Warum jetzt noch der Verbrennungsmotor verbessert wird

aber seit 28 Jahren glücklich verheiratet – und beim Autofahren wechseln wir uns ab, da wir beide gerne fahren und das selbstverständlich finden.

Kim Bagus, Dreieich (Hessen)

Sorry, aber was ist daran falsch, dass ein Mann – inklusive Verlobungsring – einen Heiratsantrag macht? Wäre es nicht auch Knechtschaft, wenn eine Frau das macht? Knechten heißt, jemanden zum Sklaven machen. Ein ritualisierter Akt der Liebe wird hier als Sklaverei bezeichnet – und das Fahren auf dem Beifahrersitz als Unterdrückung der Frau angesehen. Tipp an die Autorin: einfach mal dem Freund die Beifahrertür öffnen und sich ans Steuer setzen. Vielleicht ist er sogar dankbar dafür und fühlt sich nicht mehr als Fahrsklave.

Detlev F. Neufert, Bernau am Chiemsee

litärisch umkämpften Außengrenzen, denn sie ziehen die EU zwangsläufig in ihre Konflikte hinein. Die Ukraine wird wohl in ferner Zukunft, wenn Putin längst nicht mehr im Amt ist und der wirtschaftliche Wiederaufbau Osteuropas mit einer Demokratisierung einhergegangen ist, gleichzeitig mit Russland und Belarus der EU beitreten, Moldau vermutlich schon eher. Und die sechs Balkanstaaten, die es in die EU zieht, könnten sich erst einmal zu einer Föderation zusammenschließen, um zu üben, wie man in einem Staatenbund konstruktive Politik macht. Ansonsten: keine EU-Erweiterung, bevor die EU sich das Recht gegeben hat, Mitgliedstaaten bei schwerem Fehlverhalten auch gegen deren Willen auszuschließen.

Dr. Wolfgang Caesar, Stuttgart

Gerade weil es sich mit Blick auf den Aggressor Russland und auch China als ein fataler Fehler erweisen könnte, wenn es die EU gegenüber der Ukraine bei einem reinen Lippenkenntnis beließe, ist eine Reform der EU, die endlich die widersinnige Einstimmigkeitsregelung über Bord wirft, dringend vonnöten. Nur dann könnten Beitritte der Kandidaten schneller realisiert werden, ohne dass das in unsäglichen Entscheidungsdilemmata münden würde, wie wir sie bis heute insbesondere mit Ungarn erleben müssen. Es sollte künftig auch möglich sein,

ein Mitglied aus der Gemeinschaft auszuschließen, wenn sein Handeln mit freiheitlichen Werten unvereinbar ist. Viktor Orbán hat sich diesbezüglich längst disqualifiziert.

Rüdiger Reupke, Isenbüttel (Nieders.)

Dann lieber woanders

Nr. 25/2022 Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst

Wer die derzeitige Lage am Arbeitsmarkt einigermaßen realistisch verfolgt, wird sich kaum für den öffentlichen Dienst interessieren. Eine sachgerechte Organisationsstruktur fehlt meistens. Sesselkleber mit dem Hauptziel eines ungestörten Tagesablaufs und Aufsteiger, die sich statt um eine vernünftige Erledigung der obliegenden Aufgaben hauptsächlich um die Pflege und Förderung ihres Status bemühen. Es gibt da hoffnungsvolle Ansätze für Verbesserungen, aber die Fortschrittlichen werden vom Apparat auch heute noch häufig als Schädlinge bekämpft.

Winfried Ade, Oberndorf (Bad.-Württ.)

Ich bin verwundert, dass im Artikel nicht auf die schlechte Bezahlung beziehungsweise Besoldung im öffentlichen Dienst eingegangen wird – meines Erachtens eine der Hauptursachen

für Personalmangel. Mit vergleichbarer Ausbildung beziehungsweise Studium verdient man in der freien Wirtschaft deutlich mehr. Auch die teils mangelnde Wertschätzung, geringen Aufstiegschancen, schlechte Ausstattung, marode Gebäude und vergleichsweise langen Arbeitszeiten tragen nicht zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes bei. Bundesbedienstete zum Beispiel haben eine Wochenarbeitszeit von 41 Stunden. Die meisten arbeiten dann lieber woanders 38 oder gar 35 Stunden bei höherem Gehalt. Der Staat ist eben leider kein attraktiver Arbeitgeber.

Name und Wohnort der Redaktion bekannt

Sorry, was ist daran falsch?

Nr. 25/2022 Homestory: Das Comeback der Verlobung

Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen! Valentinstag, Verlobung, Hochzeitsplanerin und »Baby Shower«, blaue und rosa Kinderausstattungen – ich fasse das alles nicht. Eine Amerikanerin betrachtete einmal bei einem Meeting ratlos meine Hände und fragte schließlich perplex: »Where is your engagement ring?« Denn der Wert des Verlobungsringes ist für Amerikaner der wichtigste Indikator für das Jahreseinkommen des Ehemannes. Ja, ich war nie verlobt, bin

Sie haben keine Verteidigungsrede auf die Verlobung gehört? Ich bin kein Pfarrer und kein Mitglied im Ethikrat, aber es ist eigentlich ganz einfach. Es geht darum, die Entscheidung zu treffen, eine Bindung einzugehen und die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft zu haben. Wenn junge Menschen die Reife dafür haben, ist das doch eine gute Sache. Zu dieser Gelegenheit einen Ring zu verschenken ist doch schön – verblüht nicht, wertstabil, eine Freude für Träger wie Betrachter. Wie sollen wir uns das vorstellen, wenn wir schon »weiter« wären? »Schatz, wäre es nicht praktischer, wenn wir zusammenziehen? Zu dem freudigen Anlass schenke ich dir eine Mallorca-Reise oder einen Amazon-Gutschein oder einen Satz Alufelgen oder ein SPIEGEL-Abo. Da haben wir dann immer eine schöne Erinnerung?«

Rainer Tilse, Pforzheim

Ihre Autorin irrt (wie die meisten Menschen in dieser Frage), wenn sie schreibt, dass Maria und Josef vor der Ehe keinen Sex miteinander gehabt hatten. Bei der »unbefleckten Empfängnis« geht es um etwas ganz anderes, nämlich dass Maria von jedem Makel der Erbsünde bewahrt gewesen ist.

Heidi Loleit, Erding (Bayern)

Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.

Brandenburg

AA

Waldbrandlage bei Treuenbrietzen stabil

Stand: 20.06.22, 07:14 Uhr

Der Waldbrand bei Treuenbrietzen ist außer Kontrolle. Die Regionallaststelle

Von Rbb24.de

Die »Thüringer Allgemeine« über die nord-koreanische Regierung: »Auf Angebote aus den USA, Südkorea und der internationalen Gemeinschaft, Impfstoffe bereitzustellen, ging das Regime nicht ein. Ein Grund könnte sein, dass es im Land an Kühlkapazitäten für Impfstoffe und geschultes Personal mangelt.«

Aus dem »Trierischen Volksfreund«: »Herzlich – auch wenn weit und breit kein Regenbogen in Sicht war, denn Trier hatte sich an diesem Tag mit knapp 24 Sonnenstunden wieder mal als nördlichste Stadt Italiens erwiesen.



Schild in einem Geschäft in Scharbeutz (Schl.-Holst.)

Aus der »Zeit«: »Und die Bruchlinie der Debatte verläuft nicht an den gewohnten Stellen. Es geht nicht um links gegen rechts oder Gewerkschaften gegen Arbeitnehmer.«

Aus der Fachzeitschrift »Photonews«: »Ian Parry war ein Fotojournalist, der während der rumänischen Revolution 1989 im Auftrag der »Sunday Times« im Alter von nur 24 Jahren starb.«

An diesen Aufgaben haben Sie Spaß:

- Beurkundung von Sterbefällen.
- Koordinierung und Festsetzung von Bestattungsterminen.
- Gebührenfestsetzung- u. Bescheide für Graberwerbe und Bestattungen.
- Verwaltung von Gräbern.
- Statistiken.

Stellenanzeige auf Karriere.huerth.de

SOCIAL DESIGN AWARD

**JETZT MITMACHEN
BEIM WETTBEWERB 2022!**



WIR FÜR UNSER KLIMA

WORUM GEHT ES?

Die Welt braucht uns jetzt: Der Klimawandel betrifft uns alle, und stoppen können wir ihn nur alle zusammen. Daher werden gute gemeinschaftliche Projekte gesucht, die zu Klimaschutz, Naturschutz und Biodiversität beitragen.

WIE KANN MAN TEILNEHMEN?

Mitmachen kann jeder! Die Einreichungsphase für den Social Design Award läuft bis zum 31. August 2022. Unterlagen und Onlineformular gibt es unter spiegel.de/socialdesignaward.

WIE LÄUFT DER WETTBEWERB AB?

Eine Jury wählt die besten Ideen aus, die Leserinnen und Leser auf SPIEGEL.de können ab Ende September 2022 daraus ihren Favoriten wählen. Die Gewinner geben wir am 8. November 2022 in SPIEGEL WISSEN 2/2022 und auf SPIEGEL.de bekannt.

WAS GIBT ES ZU GEWINNEN?

Vergeben werden beim Social Design Award wieder ein Jurypreis und ein Publikumspreis. Die Preise sind jeweils mit 2500 Euro dotiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Illustration: Victor Visa / DER SPIEGEL

Zitate

Die »New York Times« verweist in einem Text über den Documenta-Skandal um ein antisemitisches Kunstwerk auf ein SPIEGEL-Interview mit der Generaldirektorin (»Ich nehme meine Aufgabe verantwortungsvoll wahr«, SPIEGEL.de am 23. Juni 2022):

In diesem aufgeheizten Klima wäre eine gewisse Wachsamkeit zu erwarten gewesen. Aber von wem? Das Banner, das offenbar spät gehisst wurde, weil es restauriert worden war, entging der Überprüfung (des Künstlerkollektivs –Red.) Ruangrupas, dessen Mitglieder in einer Entschuldigung sagten, sie hätten die anstößigen Elemente nicht entdeckt. Sabine Schormann, die Generaldirektorin der Documenta, sagte dem Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL, dass die Verwaltung aus Respekt vor der künstlerischen Freiheit keine Kunst vorab überprüft hatte. Die Arbeit wurde entfernt. Aber für Deutschlands Establishment ist diese Documenta eindeutig vorbei.

»Zeit Online« greift einen SPIEGEL-Artikel über das Durcheinander an deutschen Flughäfen auf (»Check-in-Frust statt Urlaubslust«, Nr. 11/2022):

Wie ungewohnt und in manchen Fällen offenbar grenztraumatisch es für Deutsche ist, wenn die Servicemaschine nicht mehr lautlos vor sich hin schnurrt, zeigt ein Satz, mit dem der SPIEGEL seinen Text über die Zustände an manchen Flughäfen begann: »Wer in den Urlaub fliegt, muss vorher durch drei Höllen. Sie heißen Check-in, Sicherheitskontrolle und Einstieg am Gate.« Hölle, ernsthaft? Das gegenteilige Bild erklärt mehr: Der Anspruch, überall billig und lautlos bedient zu werden von echten Menschen, die aber bitte dabei vernünftig Deutsch sprechen und nicht zu südländisch aussehen sollen – das ist das trügerische Paradies, aus dem auch die letzten Deutschen jetzt vertrieben werden, wenn sie, was natürlich niemandem zu wünschen ist, ihren Urlaubsflieler verpassen.

Die »Sächsische Zeitung« analysiert in einem Porträt über den Grünenpolitiker Christian Ströbele den Wandel seiner Partei während des Ukraine-Kriegs und bezieht sich auf einen SPIEGEL-Titel (Nr. 18/2022):

Kriegszeiten sind schlechte Zeiten für theoretische Debatten – Debatten, wie sie die Grünen immer wieder und auch ganz gerne geführt haben. Entsprechend hämisch klangen manche Überschriften der letzten Wochen: »Die Olivgrünen« titelte der SPIEGEL Ende April. »Frieden schaffen mit schweren Waffen?«, wunderte sich der NDR. Und auch der »Tagesspiegel« fragte, ob die »Friedenspartei« ihre Grundsätze über Bord werfe.



Investieren Sie doch mal in die Zukunft unseres Planeten.

**Jetzt zu nachhaltigen
Finanzen beraten lassen –
von Ihrer Sparkasse.**

Mehr auf sparkasse.de/mehralsgeld



Weil's um mehr als Geld geht.



**laden sauber und
fahren sauber**

Mit E.ON Drive

laden Sie Ihr E-Auto bequem
zu Hause an Ihrer eigenen Wallbox –
und das mit 100 % Ökostrom^{1,2}.
So leisten Sie bereits heute einen
aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

Das WIR bewegt mehr.

eon.de/emobility

e-on

Drive

¹In Höhe Ihres Verbrauchs wird Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen und in das Stromnetz eingespeist. Der Nachweis erfolgt über die Entwertung von Herkunftsnachweisen beim Umweltbundesamt. ²Voraussetzung für die Belieferung mit Strom durch E.ON ist ein entsprechender, separater Stromliefervertrag.